



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

Geschichte der Nationa

Stanford University Libraries



3 6105 047 253 963

von Damaschke

Geschichte der Nationalökonomie

Zweite Auflage

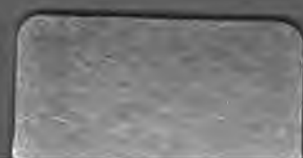


Jena, Verlag von Gustav Fischer





3-11
4437







Geschichte der Nationalökonomie.

Eine erste Einführung

von

A d o l f D a m a s c h k e.

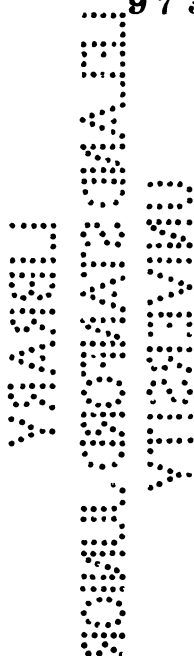
Zweite durchgesehene Auflage:



Jena.
Verlag von Gustav Fischer
1906.

~~~~~  
Alle Rechte vorbehalten.  
~~~~~

97372



Vorwort.

Bei Vorträgen, die ich in der „Freien Hochschule“ und im „Freien volkswirtschaftlichen Seminar“ in Berlin gehalten habe, ist mir vielfach der Wunsch nahegelegt worden: „Nennen Sie uns ein nicht zu umfangreiches Buch, das die volkswirtschaftlichen Theorien und Bewegungen in einer Weise darstellt, daß man es auch ohne fachwissenschaftliche Vorbildung verstehen kann.“

Ich habe diesem Wunsche nicht entsprechen können. Die mir bekannten Schriften auf diesem Gebiete waren entweder zu umfangreich, oder sie boten mehr Reflexionen über Theorien, als eine Darstellung dieser Theorien und Bewegungen selbst.

Eine Kenntnis der historischen Entwicklung aber ist auf national-ökonomischem Gebiet für die Gewinnung eines richtigen Werturteils so unentbehrlich, wie auf jedem anderen Gebiet.

Heute ist solche Kenntnis noch außerordentlich selten. Auch in gebildeten Kreisen, in denen jedes Nichtwissen auf dem Gebiete der Literatur und Kunst schwer schaden würde, nimmt man schiefe und direkt falsche Urteile auf dem Gebiete der Volkswirtschaft mit einer Gelassenheit hin, die nur in dem außerordentlich geringen Maße des Durchschnittswissens ihre Erklärung findet. Selbst in der Presse sind Verwechslungen staatssozialistischer, sozialdemokratischer, anarchistischer, bodenreformerischer Anschauungen keine Seltenheit. Ein solcher Zustand aber bildet in unserer von sozialen Problemen erfüllten Zeit eine sehr ernste Gefahr. Manche Unterlassungs- und

Begehungskünde auf sozialem Gebiete findet allein in dieser Unkenntnis ihren Grund.

Ich habe mich deshalb entschlossen, aus jenen Vorträgen dieses Buch herauszugeben. Es will eine „erste Einführung“ sein. Es setzt also nichts voraus. Es ist geschrieben nicht sowohl für Volkswirtschaftler von Fach, als für Männer und Frauen aller Berufe, die sich auf einem Gebiete unterrichten wollen, aus dessen Kenntnis allein ein zutreffendes Urteil über unsere Zeit und ihre Aufgaben gewonnen werden kann.

Berlin, 23. September 1904.

A. Damaschke.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Das Buch ist bei seinem Erscheinen aus allen Parteilagern freundlich begrüßt worden. In wenigen Monaten war die erste Auflage vergriffen. Das darf wohl als ein Zeichen dafür betrachtet werden, daß eine „Geschichte der Nationalökonomie“ gerade in dieser Begrenzung und dieser Form den Wünschen vieler entspricht. Ich habe deshalb wesentliche Änderungen nicht vorgenommen, sondern mich mit einer genauen Durchsicht und kleinen Ergänzungen begnügt.

Möge das Buch auch fernerhin die wichtigste Aufgabe einer „ersten Einführung“ erfüllen: Freude zu erwecken an der Pflicht, über eine „Einführung“ hinaus immer tiefer einzubringen in das Verständnis der Gesetze des sozialen Lebens!

Berlin, 26. März 1905.

A. Damaschke.

Inhalt.

	Seite
I. Von den Aufgaben der Nationalökonomie	1—4
Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik. — Ihre nationale und soziale Bedeutung. — Die Gefahr der Beeinflussung. — Das Urteil der Geschichte.	
II. Das Altertum	5—20
Aus der Urzeit Babylons. — Israels Boden- und Armengeetze. — Die Propheten. — Volkswirtschaftspolitik in Sparta und Attika. — Hellas' Niedergang. — Roms Aufstieg und Verfall. — Reformversuche der Gracchen. — Ihr Untergang. — Staatssozialistische Versuche.	
III. Das Mittelalter und das kanonische Recht	21—42
Die Apostel und die soziale Frage. — Zeugnisse der Kirchenväter. — Der Niedergang des Großgrundbesitzes. — Die „Landkolonneninspektoren“. — Das Wesen des Feudalsystems. — Städtebildung und Kolonisation des Ostens. — Der Einfluß der Kirche. — Die mittelalterliche Agrarverfassung. — Landlöhne. — Meister und Gesellen in den Städten. — Arbeitszeit und Arbeitslohn. — Die städtische Bodenfrage. — Die Kirche und die Klöster. — Thomas von Aquino. — Die Lehre vom Wert. — Die Lehre vom Zins. — Ihr gegenwärtiger Stand. — Naturrecht und Staatsrecht. — Die Bedeutung der Bodenfrage.	
IV. Das Zeitalter des Merkantilismus	43—66
Erfindungen und Entdeckungen. — Spaniens Aufstieg und Niedergang. — Die Aufrichtung der absoluten Zentralgewalt in Frankreich. — Die Übergangszeit in Deutschland. — Luther und Calvin über den Zins. — Der	

Bauernkrieg. — Das absolute Landesfürstentum. — Die Bevölkerungspolitik. — Das Streben nach günstiger Handelsbilanz. — Kolonien und Flotten. — Englands „Navigationsakte“. — Die Unterstützung der Manufakturen. — Eingriffe in die persönliche Freiheit. — Hohenzollernsche Bildungs- und Bodenpolitik. — Wahrheit und Irrtum des Merkantilismus.

V. Die Physiokraten 67—106

Die Entartung des Merkantilismus in Frankreich. — Bauernelend und Handelsauffschwung. — Das Recht auf Arbeit. — Wirtschaftliche Freiheit! — Die Lehre von den 3 Bevölkerungsklassen. — Die „Schule“. — Praktische Arbeit in der Provinzverwaltung. — Statistik, Aufhebung der Fronen, Arbeitsnachweis. — Ein Physiokrat als Finanzminister. — Der Wehlkrieg. — Freiheit der Arbeit und des Verkehrs. — Die 6 historischen Edikte. — Der Verfassungsentwurf. — Der Widerstand der Königin. — Turgots Sturz. — Das Urteil eines modernen Staatsmanns. — Die französische Revolution. — Die Stellung der Jakobiner. — Die Verschwörung des Babeuf. — Die Physiokratie in Russland, Polen, Schweden und der Schweiz. — Zwei deutsche Fürsten als Physiokraten. — Die Vertreter der Physiokratie in der deutschen Wissenschaft. — Ein physiokratisches Urteil über Preußen vor seinem Zusammenbruch. — Die Ausläufer der deutschen Physiokratie. — Wie ein Aristokrat, ein Kommunist und Nationalökonom von verschiedener Richtung über die Physiokraten urteilen.

VI. Die liberale Schule 107—129

Die wirtschaftliche Entwicklung in England. — Smiths „Untersuchungen über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Völker“. — Sein Zusammenhang mit den Physiokraten. — Seine Stellung zur Grundrente. — Die freie wirtschaftliche Entwicklung und ihre Grenzen. — Smiths Stellung zu den Kaufleuten und Fabrikanten. — Seine Stellung gegen Berufsgenossenschaften. — Von gerechter Besteuerung. — Vom Gebrauchs- und Tauschwert. — Die Bedeutung der Arbeitsteilung. — Das Bevölkerungsgesetz von Malthus. — Seine Konsequenzen. — Seine Begründung durch das Gesetz der abnehmenden Erträge. — Die Stellung

der Vertreter der deutschen Landwirtschaft. — Ricardo als Schüler von Adam Smith. — Die Lehre vom Wert. — Die Grundrente als Differenzialrente. — Die Lehre vom Lohnfonds. — Die liberale Schule als „klassische“ Schule. — Das „Manchesterium“.

VII. Das nationale System 130—145

Die Kontinental Sperre und ihre Wirkung. — Friedrich List. — Seine Tätigkeit in Württemberg und in Amerika. — Sein Kampf um die Entwicklung des Eisenbahnbaus in Deutschland. — Erfolge und Enttäuschungen. — Sein Tod. — Die Wertung des englischen Tauschwertsystems. — Die Stufen der Nationalwirtschaften. — Forderungen für die deutsche Volkswirtschaft. — Ein grundsätzliches Bedenken.

VIII. Der Kommunismus 146—183

Der Weg der Dampfmaschine. — Die Utopisten in England, Frankreich und Deutschland. — Karl Marx. — Das kommunistische Manifest. — Der Ausgang des Kommunistenbundes. — Die „Internationale“. — Ferdinand Lassalle. — Das Arbeiterprogramm. — Das „offene Antwortschreiben“. — Die Gründung des „allgemeinen deutschen Arbeitervereins“. — Lassalles Ende. — Urteile über seine Persönlichkeit. — Seine Nachfolger. — Bebel, Liebknecht und der Verband deutscher Arbeitervereine. — Die „Eisenacher“. — Der Gothaer Einigungskongreß. — Das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. — Das „Sozialistengesetz“ und seine Wirkung. — Das Erfurter Programm.

IX. Die Anarchisten 184—197

Die namhaftesten Vertreter. — Ihre Lehre vom Staat. — Die Verwerflichkeit des Parlamentarismus. — Die Wertlosigkeit der Gesetzgebung. — Die „Veretne von Egoisten“. — Die freiheitsfeindliche Tendenz des Kommunismus. — Die Ablehnung des Anarchismus durch die Sozialdemokratie. — Der Weg zum Ziel. — Die „Propaganda der Tat“. — Der passive Widerstand.

X. Die Bodenreform 198—238

Hegels dialektische Methode. — Der erste Vorläufer der englischen Bodenreform. — Die Bodenfrage in der Chartistenbewegung. — Englische Philosophen und Theologen über die Bodenfrage. — Henry George und

sein Werk. — Von der preussischen Bauernbefreiung. — Die Gemeinheitsteilungen. — Die Bedeutung der Allmende. — Die wachsende Not und das Werk von Raiffeisen. — Der unteilbare Stiftungsfonds als modernes Allmend. — Robertus' Rentenprinzip. — Deutsche Staatsmänner zur Frage der Bodenverschuldung. — Preussens Hypothekarbewegung. — Grundrente und öffentliches Interesse. — Die Wohnungsnot in den Städten. — Mietssteigerung und Arbeitslohn. — Die Steuer nach dem gemeinen Wert. — Die Zuwachssteuer. — Gemeindegrundeigentum und Erbbaurecht. — Vom Hypothekenwesen. — Die Bauhandwerkerfrage. — Die Unterkonsumtion. — Bergwerke und fließende Gewässer. — Die Bodenfrage in den Kolonien. — Bodenreform und Parteipolitik. — Die ersten Organisationsversuche. — Die Afrikaexpedition. — Der Grundgedanke der deutschen Bewegung. — Programm und Beschlüsse des Bundes deutscher Bodenreformer.

XI. Namenverzeichnis	239—244
--------------------------------	---------

I.

Von den Aufgaben der Nationalökonomie.

Wie jede Wissenschaft, so hat auch die Nationalökonomie oder Volkswirtschaftslehre im wesentlichen zwei Aufgaben zu lösen. Zunächst muß sie die volkswirtschaftlichen Vorgänge beschreiben, zusammentragen, ordnen, gruppieren, den Zusammenhang von Ursache und Wirkung aufdecken und Wesentliches von Zufälligem scheiden.

Dieser Teil der Nationalökonomie entspricht etwa der Anatomie und der Physiologie in den medizinischen Wissenschaften. Wie aber die Lehre vom Aufbau des Körpers und von den Funktionen der Organe in der Pathologie, in der Lehre von den Krankheitserscheinungen und Heilungsprozessen, ihre notwendige Ergänzung findet, so muß auch zu jenem ersten Teil der Nationalökonomie ein zweiter treten, der aus der Erkenntnis des Wesens der wirtschaftlichen Vorgänge, Zielpunkte und Richtlinien für eine geeignete Beeinflussung des wirtschaftlichen Lebens gewinnt.

Man unterscheidet die beiden Teile der Nationalökonomie wohl als theoretische und praktische Volkswirtschaftslehre, oder als Volkswirtschaftslehre im engeren Sinne und als Volkswirtschaftspolitik.

Beide Teile sind gleich notwendig, um der Nationalökonomie das Wesen der Wissenschaft zu wahren. So wie wir die Philosophie als ein unfruchtbares Spielen menschlichen Scharffinns ansehen, wenn sie nicht für das ethische Handeln einen bestimmten Maßstab ergibt; wie in der Pädagogik alle psychologischen Forschungen erst Wert und Bedeutung erhalten, wenn sie der praktischen Erziehungsarbeit dienen: so müssen auch in der Volkswirtschaftslehre aus allem Forschen in der Vergangenheit und aus allem Erkennen der Gegenwart sich klare Aufgaben für die Zukunft ergeben.

Die beiden Aufgaben der Nationalökonomie formulieren, heißt zugleich ihre außerordentliche Bedeutung für unsere Zeit dartun.

Die einzelnen Völker ringen offen und geheim in hundert Formen miteinander, um die Sicherung möglichst reicher Rohstoffgewinnung, um Erschließung neuer Absatzgebiete, um Behauptung und Herrschaft auf dem Weltmarkte. Das Verhalten der Staaten untereinander wird wesentlich durch wirtschaftliche Rücksichten bestimmt.

Und innerhalb einer jeden Volkswirtschaft kämpfen die einzelnen Klassen miteinander, weil jede einen möglichst großen Anteil von dem Nationaleinkommen für sich erstrebt.

Wirtschaftliche Erfolge sind ebenso für die Völker wie für ihre einzelnen Schichten bestimmend auch über politische Machtstellung und staatlichen Einfluß.

Eine Wissenschaft, die es sich zur Aufgabe macht, diese wirtschaftlichen Verhältnisse zu untersuchen und dadurch die Grundlage zu ihrer erfolgreichen Beeinflussung zu schaffen, muß in immer schnellerem Maße das Interesse aller derer auf sich ziehen, die bewußt an dem Leben ihres Volkes und ihrer Klasse teilnehmen wollen.

Die als besondere wissenschaftliche Disziplin verhältnis-

mäßig junge Nationalökonomie ist deshalb schnell ein Machtfaktor ersten Ranges geworden.

Diese Bedeutung weckt aber eine ernste Gefahr. „Die Wissenschaft“, sagt ein altes Wort, „soll die Magd sein, die mit der Fackel der Erkenntnis der Praxis voran zu leuchten hat“. Liegt es da nicht nahe, daß jede Interessenschicht, bewußt oder unbewußt, diese Magd zu beeinflussen sucht, die Fackel so zu halten, daß der von ihr gewünschte Weg besonders vorteilhaft erleuchtet wird?

Wo es sich um wirtschaftliche Interessen handelt, spielt Leidenschaft, Wunsch, Hoffnung, Zuneigung und Haß eine Rolle, wie kaum auf einem anderen Gebiet. Und auch für den ehrlich Forschenden wird es deshalb schwer, Echtes und Falsches, Wesentliches und Zufälliges richtig zu werten.

Mehr noch als im Bereich anderer Wissenschaften erscheint hier als Pflicht, einmal zurückzutreten von dem Lärm des Tages und, unbeeinflusst von ihm, volkswirtschaftliche Grundgedanken in der Stille zu prüfen. Still aber sind nur die Toten . . . Die Vergangenheit allein ist abgeschlossen. Das Urteil der Geschichte ist gesprochen. Nicht Leidenschaftlichkeit, nicht äußere Macht, auch nicht ein Augenblicksieg vermag jetzt noch zu täuschen. Der letzte Erfolg hat mit der Unerbittlichkeit eines Naturgesetzes das Rechte gekrönt und das Falsche verurteilt.

Eine Betrachtung der Vergangenheit wird allein das rechte Augenmaß geben auch für die Gegenwart, und nur der wird in der Praxis unserer Volkswirtschaft bewußt seine Stellung wählen können, der wenigstens das Wesentliche aus der Geschichte der Nationalökonomie kennt.

* * *

Die Geschichte der Volkswirtschaftslehre steht natürlich in allerengstem Zusammenhang mit der Geschichte der Volkswirtschaft. Eine Volkswirtschaft im modernen Sinne aber wurde erst möglich mit der Entstehung der zentralisierten Staats- und Wirtschaftsgebiete, wie sie um die Wende des 16. Jahrhunderts entstanden. Die Entwicklung des Wirtschaftslebens und der aus ihr geborenen Theorien, Systeme, Bewegungen seit dieser Zeit wird deshalb von besonderer Wichtigkeit für die Wertung der Gegenwartsströmungen sein. Ihnen ist deshalb auch der Hauptteil dieses Buches gewidmet.

II.

Das Altertum.

Das älteste Gesetzbuch der Welt, das wir kennen, hat um das Jahr 2250 v. Chr. Hammurabi, ein König von Babylon, in 280 Sätzen in einen Steinblock hauen lassen, den Jahrhunderte später ein siegreicher Elamiterkönig nach Susa schleppte, in dessen Trümmerhaufen ihn die französische Orientgesellschaft am Ausgang des 19. Jahrhunderts entdeckte.

Diese Gesetze, die etwa 500 Jahre vor der Zeit erlassen wurden, da Abraham seine Herden in die Ebene des Jordans trieb, lassen deutlich erkennen, wie kompliziert die volkswirtschaftlichen Verhältnisse, wie ausgebildet auch die Volkswirtschaftslehren bereits zu Beginn unserer historischen Zeit gewesen sein müssen. So bestimmt der König von Babylon in diesem uralten Gesetz:

§ 48. „Wenn jemand eine Darlehnschuld hat und ein Unwetter sein Feld verwüstet oder die Ernte vernichtet, oder wenn wegen Wassermangel Getreide auf dem Felde nicht wächst, so soll er in diesem Jahre dem Gläubiger kein Getreide geben, seine Schuldtafel (in Wasser) aufweichen und Zinsen für dieses Jahr nicht zahlen.“

§ 60. „Wenn jemand ein Feld, um es als Garten anzupflanzen, einem Gärtner übergibt, dieser den Garten anlegt, ihn 4 Jahre pflegt, so sollen im 5. Jahre Eigentümer und Gärtner miteinander teilen; der Eigentümer des Gartens einen Anteil in Bewirtschaftung nehmen.“

Wieviel Klagen müssen laut geworden, wieviel Mißstände müssen geprüft und festgestellt worden sein, wieviel Gedankenarbeit muß in den Priesterschulen und am Königshof geleistet worden sein, ehe man sich dazu entschloß, in dieser Weise die Interessen der produktiven Arbeit gegen die Übermacht des Bodeneigentums gesetzgeberisch zu schützen!

* * *

Die wichtigste und bis auf den heutigen Tag in ihrer Bedeutung nicht erschöpfte volkswirtschaftliche Lehre des Altertums bieten die Gesetzbücher Israels. Wie viel oder wie wenig von ihnen auf Moses, den großen Führer des Volkes, selbst zurückzuführen ist, muß hier füglich ununtersucht bleiben. Es genügt hervorzuheben, daß auch die ältesten Teile dieses Gesetzes nicht aus bloßen naturrechtlichen Anschauungen erklärt werden können. Denn Moses, der nach dem Zeugnis der Bibel gelehrt war „in aller Weisheit der Ägypter“, wuchs in einer Kultur auf, die mindestens so alt war, wie heute etwa die Kultur des deutschen Volkes, d. h. die über 1000 Jahre bestand. Die Weisen der Priesterschulen zu Theben konnten aus Aufschwung und Niedergang und Wiedergeburt ihres Volkes reiche volkswirtschaftliche Erfahrungen schöpfen.

Das Ziel der israelitischen Gesetzgebung war, daß „das Volk im Lande sicher wohne“, und daß „unter den Volksgenossen kein Armer sei“. Dieses Endziel jeder gesunden Volkswirtschaft sucht das mosaische Gesetz in erster Reihe durch die Regelung der Grund- und Bodenfrage zu erreichen.

Gott allein, der Herr des Volkes, ist auch Herr des Landes: „Mein ist das Land,“ spricht der Herr, „darum sollt ihr die Erde nicht verkaufen ewiglich, seid ihr doch Fremdlinge und Lehnsträger vor mir“ (3. Mose 25, 23). Als Gottes Lehnsträger erhielt jeder Stamm, und zwar nach der Anzahl seiner

Familien, einen Anteil an dem verheißenen Lande, und der Bodenanteil der einzelnen Familie sollte von ihr dauernd bewirtschaftet werden. Kein einzelner sollte die Möglichkeit haben, seine Familie für immer den Anteil an dem Vaterlande verlieren zu lassen. In jedem fünfzigsten Jahre, in dem „Hall- oder Jubeljahre, soll Freiheit ausgerufen werden im Lande allen seinen Bewohnern, und zurück soll jeder kehren zu seinem Geschlechte und seinem Besitze“ (3. Mose).

Das Land selbst also sollte nie verkauft werden dürfen. Es konnte sich immer nur um einen Verkauf des Landertrages handeln bis zum nächsten Halljahre, gleichsam nur um eine Verpachtung des Bodens für diese Zeit, bei der die Pachtsumme mit einem Male entrichtet wurde.

Nur innerhalb der ummauerten Städte, wo das Land nicht in erster Reihe Arbeitsquelle, sondern nur Wohnsitz war, galt anderes Recht. Hier hatte der Verkäufer zwar auch das Rückkaufsrecht zu gleichem Preise, aber nur für die Dauer eines Jahres. War diese Frist verstrichen, so galt der Kauf auch über das Halljahr hinaus.

Der Grundgedanke dieser Volkswirtschaft war, jedem Gliede des Volkes unverlierbar freien Zugang zu der natürlichen Quelle aller Produktion, dem Boden, zu sichern, ohne doch dabei den einzelnen die Freiheit in der Bewirtschaftung und Nutznießung zu nehmen.

Kam trotz dieser Wirtschaftsordnung durch Krieg, Mißwachs, Seuchen zc. Not und Armut über einzelne, so wollten Israels Armengesetze in seiner Psychologie sie auch dann vor lähmendem Knechtsinn bewahren und sie fähig erhalten, einst nach dem rettenden Jubeljahre wieder als Freie auf freiem Boden zu arbeiten. Deshalb durften die Armen auf Feldern und in Weinbergen stets soviel nehmen, wie sie auf der Stelle verzehren konnten; ihnen gehörte die sogenannte

„Ecke“, nach der Tradition etwa der 60. Teil jeden Ackers, ihnen auch von Rechts wegen die Nachlese in den Weingärten, in den Olivenhainen und auf den Kornfeldern. Wer dem Armen Nahrungsmittel lieb, der sollte kein „Mehr“ bei der Rückgabe fordern dürfen.

Ob diese Gesetze je in Kraft getreten sind, oder ob sie, wie einzelne Richtungen der Bibelforschung behaupten, nur ein Idealbild der Sehnsucht kluger Priester aus den Tagen des Exils sind, das bestimmt nicht die Bedeutung der volkswirtschaftlichen Theorien der mosaischen Gesetzgebung. Daß ein ganzes Volk diese Lehre als ein Stück Gottesoffenbarung angenommen und durch alle Jahrhunderte hindurch bewahrt hat, ist das Entscheidende.

Und durch alle anderen Schriften des alten Bundes klingt dieselbe Weisheit. Die Sprüche Salomons fassen sie in die Form (Kap. 14, 32): „Gerechtigkeit erhöht ein Volk; aber das Unrecht ist der Völker Verderben“. Von den Stimmen der Propheten hören wir nur den größten: Jesaias (Kap. 5, 8): „Wehe denen, die Haus an Haus reihen, und einen Acker zum anderen bringen, bis daß kein Raum mehr bleibt, und es dahin gebracht ist, daß sie allein das Land besitzen“.

Und von dem letzten Könige, unter dem das Volk noch einmal sich sittlich und politisch erhebt, bis die Blüte Israels im Tale von Megiddo der ägyptischen Übermacht erliegt, von dem Könige Josia rühmt der Prophet Jeremias (Kap. 22): „Er half den Elenden und den Armen zu Recht, und darum ging es ihm wohl. Ist es nicht also, daß solches heißt, mich recht erkennen? spricht der Herr.“

Als die Trümmer des Volkes aus der babylonischen Gefangenschaft zurückkehrten, da war es Nehemia, der von den Reichen forderte (Kap. 5, 11): „So gebet ihnen nun heutigen Tages wieder ihre Äcker, Weinberge, Ölgärten und Häuser und

den Hundertsten am Gelde, am Getreide, am Most und am Öl, das ihr an ihnen gewuchert habt!" — Die soziale Reorganisation, die Nehemia durchsetzte, ließ einen neuen Bauernstand entstehen, mit dem die Makkabäer noch einmal die politische Freiheit erkämpfen konnten, bis der kapitalistische Hellenismus die Wurzel der Volkskraft wieder verdarb.

* * *

Von wirtschaftlicher Ungleichheit, von Kampf und Not zeugen die ersten Überlieferungen hellenischen Geisteslebens. Die älteste europäische Fabel, die wir Hesiod verdanken, schildert die Nachtigall, die in den Krallen des Habichts ihre Unschuld beteuert. Aber dieser antwortet: „Schuldig oder unschuldig — ich bin der Stärkere: ich tue nach meinem Belieben.“

Zuerst fand das dorische Herrenvolk im Eurotastale den Weg zu einem sozialen Ausgleich. Die Gesetzgebung, die sich an den Namen Lykurg knüpft, soll im ganzen 9000 gleiche Landlose für die Spartiaten und 30 000 kleinere für die friedlichen Ureinwohner, die Periöken, geschaffen haben. Und die Sage weiß als Erfolg dieser Sozialreform zu erzählen, daß Lykurg, indem er auf die gleichen Erntemengen hinwies, zufrieden ausgerufen habe: „Sieht es nicht aus, als ob ganz Sparta Brüdern gehöre?“

Was auf Grundlage dieser gesunden Bodenverteilung das Volk der Spartiaten auf den Schlachtfeldern leisten konnte, das weckt die Bewunderung aller Zeiten.

Auch in dem anderen Hauptgebiete des alten Hellas, in Attika, ist es eine Neuregelung der Bodenfrage, die das Volk aus höchster Not befreit. Solon selbst schildert den Zustand der Verzweiflung in einem seiner Gesänge: „In Knechtschaft lag das Land. So manchen hat Willkür und hartes Recht in schmachlich Sklavenjoch gebeugt. So mancher

unmutvoll entfloß dem Schuldzwang, irrte fremd von Land zu Land, der eignen Sprache laut vergessend, heimatlos."

Diese sozialen Mißstände brechen Athens Kraft. Schon können auswärtige Tyrannen daran denken, Athen sich dienstbar zu machen. Da endlich einigte sich Adel und Volk, Solon mit einer Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu betrauen.

Leider fließen die Quellen über das Hauptstück der solonischen Reform, über die *Seisachtheia*, nur spärlich. Alle Bürger, die um ihrer Schulden willen in die Sklaverei gegeben worden waren, mußten aus öffentlichen Mitteln zurückgekauft werden. Die wichtigste Maßregel war die Aufhebung aller Hypothekenschulden. Solon rühmt sich dessen selbst, „daß er die Mutter Erde von der verhassten Last der Pfandsteine befreit habe." Das Recht der Gläubiger, um nicht bezahlter Schulden willen einen Bürger und seine Familie in die Sklaverei zu verkaufen, wurde aufgehoben.

Die einzige wesentliche Leistung, die der althellenische Staat von seinen Bürgern verlangte, war der Kriegsdienst. Solon teilte nach dem Ertrage des Bodeneigentums das Volk in vier Klassen. Die erste mußte die Kriegsschiffe ausrüsten, die zweite den Waffendienst zu Pferde leisten, die dritte die schwer bewaffneten Fußsoldaten stellen, die vierte als Matrosen oder Schleuderer dienen.

Das Werk Solons vollendete Pisistratus, der die laurischen Silberbergwerke zum Staatseigentum machte, und Kleisthenes, der in der reichen Ebene von Euböa eine Innenkolonisation größten Stils durchführte, indem er 4000 Landlose an attische Familien als Heimstätten vergab. Da Athen niemals mehr als 20 000 freie Familien zählte, so war die Begabung von 4000 armen Familien mit Landbesitz eine volkswirtschaftliche Maßregel von außerordentlicher Tragweite.

Welche Bedeutung diese Sozialreform für die politische

Machtstellung der hellenischen Staaten in sich schloß, das zeigte sich bald. Dasselbe Attika, das bei seinen ungesunden sozialen Zuständen nicht einmal des kleinen Salamis Herr zu werden vermochte, konnte jetzt bei dieser selben Insel die hellenische Freiheit gegen die Übermacht Persiens retten. Was auf dem Gebiet der Philosophie und Kunst dieselbe Stadt Athen allen Zeitaltern zu geben vermochte, das faßt das Wort „Perikleisches Zeitalter“ zusammen.

Aber die wirtschaftliche Reform in Attika war unvollständig geblieben. Keine Bodenrechtsreform schützte die Äcker davor, daß die durch Solon umgestürzten Pfandsteine wieder aufgerichtet würden!

Die Sklavenwirtschaft der Großbetriebe konkurrierte den kleinen Landmann nieder. Die Bauernlose gingen verloren, und ihre ehemaligen Besitzer füllten die Straßen der Hauptstadt, wo sie von den Machthabern Unterhalt und Unterhaltung begehrten.

Perikles selbst war es, der durch Einführung von Tagelohnern an die „souveränen“ Bürger einen staatssozialistischen Weg beschritt, auf dem man später bis zur Annahme eines Gesetzes gelangte, nach dem alle Überschüsse der staatlichen Verwaltung ausschließlich zur Gewährung öffentlicher Schaustellungen Verwendung finden sollten. Am Ende einer solchen Bahn aber konnte natürlich nichts stehen als der Untergang. Alle volkswirtschaftlichen Theoretiker des alten Hellas sind darin einig, daß politische Freiheit nur möglich sei bei einer gesunden Bodenverteilung. Plato erklärt in seinem Buche vom Staate, daß der Boden seinem Wesen nach zu den Dingen gehöre, die allen Gliedern des Volkes gemeinsam sein müßten. Aristoteles fordert, daß jedem Bürger zwei gleiche Bodenstücke gehören sollten, eins im Innern und eins an der Grenze des Staates, damit nicht einmal die verschiedene Lage verschiedene Interessen wecke.

In Sparta war das Gesetz des Ephoren Epidateus der verhängnisvolle Wendepunkt in der Landpolitik. Bis dahin galt das Anerkennungrecht für den ältesten Sohn, und das Erbrecht des Staates, wenn kein Sohn vorhanden war. Das Gesetz des Epidateus aber ermöglichte jedem, „frei“ mit seinem Grundeigentum zu schalten. Die Folgen waren hier, wie überall: Bildung von Latifundien auf der einen, und von landlosem Proletariat auf der anderen Seite.

Um das Jahr 430 v. Chr. zählte man 5000 Vollbürger, um 370 nur noch 1500 und um 250 nur noch 700, von denen 600 fast völlig verarmt waren.

In letzter Stunde versuchte König Agis durch eine neue Landverteilung dem Staate wieder eine gesunde soziale Basis zu geben. Der Haß der Reichen und die Gleichgültigkeit des Volkes führten bald seinen Untergang herbei. Der zweite Gemahl seiner jungen Witwe, der König Kleomenes, nahm sein soziales Ideal auf. Er schuf 4000 neue Landlose und weckte dadurch noch einmal die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Neugeburt des alten Hellas. — Aber die Reichen wollten lieber Freiheit und Vaterland als einen Teil ihrer Güter verlieren. Sie riefen deshalb die „Erbfeinde“, die Makedonier, ins Land und lieferten ihnen selbst den Schlüssel des Peloponnes, die Burg von Korinth, aus. Bei Sellasia (222 v. Chr.) unterlag der Spartanerkönig der makedonischen Übermacht. Damit war die Hoffnung auf eine soziale und damit auch auf die politische Wiedergeburt des hellenischen Volkes endgültig begraben.

* * *

Einen Kampf sozialer Gegensätze zeigen auch die ersten historischen Nachrichten aus dem alten Rom. Es ist der *ager publicus*, das Gemeindeland, um dessen Verteilung es sich wesentlich in dem langen Streit zwischen Patriziern und Plebejern

handelt . . . Die besten der jungen Republik, Cassius, der Sieger über die Herniker, und Manlius, der Retter des Kapitols in der furchtbaren gallischen Gefahr, setzten ihr Leben daran, eine bessere Verteilung des Gemeindelandes durchzuführen und die Schuldknechtschaft — selbst das Zwölftafelgesetz erlaubte noch $8\frac{1}{3}\%$ Zinsen! — zu mildern. Die Patriziergerichte aber erklärten ihre Volksfreundschaft für freiheitsfeindlich und ließen sie als Hochverräter töten.

Erst das Jahr 367 v. Chr. bringt ein Stück wirklichen sozialen Ausgleichs. Nach 10 jährigem schwerem Kampfe erreichte Licinius Stolo die Annahme von drei folgenreichen Gesetzen:

Das erste sicherte die politische Gleichheit. Es bestimmte, daß mindestens einer der beiden Konsuln jährlich aus den Reihen der Plebejer zu wählen sei.

Das zweite linderte die Schuldknechtschaft. Es bestimmte, daß vom Kapital der Betrag der bisher bezahlten Zinsen abgerechnet und der Rest in Teilzahlungen gedeckt werden dürfe.

Das dritte regelte die Vergebung des Gemeindelandes. Es bestimmte, daß niemand mehr als 500 Morgen Gemeindeland benutzen dürfe, damit möglichst vielen ein Anteil daran gesichert werde. Die Besitzer sollten eine bestimmte Abgabe, den zehnten Teil der Halmfrucht, den fünften der Baumfrucht an die Staatskasse abliefern. In der Verteilung des Gemeindelandes sollte kein Unterschied zwischen Patriziern und Plebejern gemacht werden, und die Besitzer größerer Güter sollten gezwungen sein, im bestimmten Verhältnis zur Zahl der Ackerflaven auch freie Arbeiter zu beschäftigen.

Was die Lykurgische Gesetzgebung für Sparta, was Solons Seisachtheia für Attika, das war dieses Licinische Gesetz für Rom. Aus sozialer Gesundung erwuchs eine Überfülle nationaler Kraft, die es vermochte, die Samniter und die Griechen-

städte des Südens zu unterwerfen, und den Kampf um die Weltherrschaft mit dem schätzbaren Karthago zu wagen, der zwar Hannibal bis vor die Tore Roms führen, aber den Bestand des römischen Staates jetzt nicht mehr gefährden konnte.

Das Jahrhundert nach dem Licinischen Gesetz erscheint allen späteren römischen Schriftstellern als die Zeit wahrer Blüte, als eine Zeit sozialer Wohlfahrt und nationaler Gesundheit, von der sie nur mit einer gewissen Sehnsucht sprechen.

Die beispiellosen äußeren Erfolge aber führten zu einer Untergrabung der wirtschaftlichen Basis des Volkes. Die Kriegsgefangenen wurden meist als Sklaven verkauft, und römische Offiziere und kluge Händler erwarben große Mengen dieser Unglücklichen, oft um ein Spottgeld. Diese Sklaven wurden bald das billigste Arbeitsmaterial, das zugleich die Anhäufung großen Grundbesitzes erst lohnend machte. Mit Sklavenbetrieb konnte der Getreidebau und die Viehwirtschaft so billig geleistet werden, daß der kleine römische Bauer unmöglich damit konkurrieren konnte. Die Sklaven waren vom Kriegsdienst befreit. Der freie Bauer aber wurde oft genug der Bewirtschaftung seines Hofes entzogen, um draußen an den Grenzen des Reiches im Felde zu stehen.

Das ungeheure Gemeindeland, das Rom siegreiche Kriege gewannen, kam unter solchen Verhältnissen ausschließlich in die Hände der Reichen, der Optimaten, und auch ein römischer Bauernhof nach dem anderen ging in die Hände des Großgrundbesitzes über.

Wo noch vor kurzem 150 freie Bauernfamilien gegessen, da fand sich jetzt — solche Beispiele konnte man mehrfach auführen — ein Optimatengut mit 50 Sklaven!

Die Folgen dieser sozialen Entwicklung zeigten sich bald. Selbst in Friedenszeiten nahm die Zahl der wehrfähigen römischen Bürger nicht mehr zu, sie ging sogar zurück. So

fiel sie von 337 000 im Jahre 164 v. Chr. auf 319 000 im Jahre 131 v. Chr. Die Gefährdung der nationalen Kraft, die sich auch in dem steigenden Luxus auf der einen, und der steigenden Not auf der anderen Seite, und dem daraus entspringenden Sittenverfall auf beiden Seiten zeigte, lenkte das Interesse der besten Männer Roms auf ihre sozialen Quellen.

Zwei Brüder aus vornehmstem Geschlecht: Tiberius und Gaius Gracchus sind es, die ihr Leben daran setzten, das Licinische Gesetz wieder lebendig zu machen.

Tiberius Gracchus, der älteste der beiden Brüder, erlangte im Jahre 133 v. Chr. das Tribonat. Sein Reformvorschlag forderte das widerrechtlich in Privatbesitz genommene Gemeindeland gegen billige Entschädigung der Gebäude und der Pflanzungen für den Staat zurück. Das so gewonnene Land sollte in Losen von 30 Morgen an besitzlose Bürger ausgegeben werden. Aus dem Schatz von Pergamon, der zu dieser Zeit dem römischen Volke als Erbteil zufiel, sollten die neuen Kolonisten die ersten Einrichtungen, Gebäude, Ackergerät, Vieh, Saatforn erhalten. Um das Aufsaugen dieser neuen Heimstätten durch den Großgrundbesitz dauernd zu verhindern, sollten sie nichts als „freies“ Eigentum, sondern als unverschuldbare und unveräußerliche Erbpachtstellen ausgegeben werden. Tiberius Gracchus wollte die Optimaten willig machen, diesem Reformvorschlage zuzustimmen. Er nahm deshalb in seinen Gesetzesvorschlag die Bestimmung auf, daß jeder, der Gemeindeland in Besitz genommen habe, davon 500 Morgen und für jeden Sohn noch 250 Morgen, insgesamt bis zu 1000 Morgen, als unbeschränktes Eigentum von Rechts wegen behalten könne.

Aber dieses Entgegenkommen war vergeblich. Die Optimatenpartei, die namentlich im Senat vertreten war, erklärte der Bodenreform des Tiberius den Krieg auf Leben und Tod. Trotzdem gelang es dem kühnen Tribunen, allerdings unter

Verletzung formellen Rechts, in der Volksversammlung die Annahme seiner Vorschläge herbeizuführen.

Als die Amtszeit des Tiberius abgelaufen war, ging in der Aufregung der neuen Wahlhandlung die Mehrzahl der Senatoren und ihrer Anhänger unter dem Vorwande, daß Tiberius nach der Königswürde strebe, in gewaltthätiger Weise vor. Mit Knütteln und Stuhlbeinen wurden von ihnen Tiberius und 300 seiner Anhänger erschlagen und die Leichen in den Tiber gestürzt. Das Gesetz des Tiberius aber wagte man zunächst nicht anzutasten. Die Einziehung widerrechtlich in Besitz genommenen Staatslandes und seine Ausgabe in Heimstätten nahm ihren Anfang, und schon der Konsul des nächsten Jahres konnte sich rühmen, daß unter ihm zuerst wieder Sklavenherden vom Staatslande verbannt und freie Bauern für sie eingesetzt seien. In den nächsten 7 Jahren ging das Werk dieser Innenkolonisation weiter, und die Zahl der waffenfähigen Bürger stieg von 319 000 auf 395 000!

Da gelang es den Optimaten, der Teilungskommission die rechtlichen Befugnisse zu nehmen, selbständig zu entscheiden, was Staatsland und was Privateigentum sei. Damit war sie zur Untätigkeit verdammt, und das Reformwerk geriet ins Stocken. Jetzt trat der jüngere Bruder des Tiberius: Gajus Gracchus an die Spitze der Volkspartei. Im Jahre 123 v. Chr. wurde er zum ersten Male und nach Ablauf seiner Amtszeit zum zweiten Male zum Tribunen gewählt. Die Optimaten sahen mit banger Sorge auf den kühnen Liebling des Volkes. Aber Volksliebe wechselt schnell. Als Gajus vorschlug, den nächsten Bundesgenossen, die in allen Kriegen Rom die Treue gehalten hatten, das Bürgerrecht zu verleihen, um so das ganze Staatswesen auf eine breitere Grundlage zu stellen, da konnte der gegnerische Konsul erfolgreich die niedrigsten Instinkte der Masse aufrufen: „Glaubt ihr, daß ihr noch denselben Platz

haben werdet bei den Spielen und im Zirkus und in den Bürgerversammlungen, wie jetzt, wenn ihr den Latinern dasselbe Recht gebt, das ihr jetzt allein habt?“

Der Antrag scheiterte an dem Veto des Tribunen Drusus. In diesem Manne gewann die Optimatenpartei ein brauchbares Werkzeug ihrer Pläne.

Die nun folgende Entwicklung ist typisch in der Geschichte der Nationalökonomie und hat sich in hundert Formen wiederholt bis zu diesem Tage. Drusus bekämpfte die Reform, indem er jeden ihrer Vorschläge übertrumpfte. Das radikale Schlagwort bewies auch hier seine volksfeindliche Gewalt. Für die Heimstätten sollte eine mäßige Grundsteuer oder Pacht entrichtet werden — Drusus sprach gegen jede Beschränkung des „freien“ Eigentums und für Aufhebung aller Lasten. Um die Anhäufung des Proletariats zu vermeiden, hatte Gaius Gracchus die Anlage einer Reihe von außeritalischen Kolonien durchgesetzt — Drusus beantragte, sofort zwölf Kolonien von je 3000 Ansiedlerstellen in Italien selbst zu bilden. Niemand wußte zu sagen, wo diese 36 000 neuen Stellen in Italien geschaffen werden könnten; aber das Volk jubelte Drusus zu. Als sich Gaius Gracchus im Jahre 121 zum drittenmal um das Tribunat bewarb, ließ ihn das Volk fallen. Er unterlag.

Jetzt glaubten die Optimaten, auch die Hand an das Reformwerk selbst legen zu können. Der erste Antrag galt der Aufhebung der gracchischen Kolonie auf den Trümmern Karthagos. Ausschreitungen während dieser Abstimmung benutzten sie zur Erregung eines Straßenkampfes, und Gaius Gracchus stieß, um nicht in die Hände seiner Todfeinde zu fallen, sich selbst den Dolch ins Herz.

Die Optimaten waren unbestrittene Herren. Von den Kolonisationsplänen des Drusus war jetzt natürlich keine

Rebe mehr. Sein Vorschlag aber, die neuen Bauerngüter zu „freiem Eigentum“ zu machen und alle Verschuldungs- und Veräußerungsverbote aufzuheben, wurde sofort in Kraft gesetzt.

Es verging nicht ein Menschenalter, und diese „freien Bauern“ waren der Konkurrenz der Sklavenwirtschaft des Großgrundeigentums erlegen.

Aber die Optimaten irrten, wenn sie glaubten, sich und ihren Kindern nun den Besitz ihrer Reichtümer gesichert zu haben. Aus den sozialen Mißständen erwuchsen bald die furchtbaren Bürgerkriege. Marius ließ im Jahre 87 v. Chr. ein fünftägiges Blutbad unter den Vornehmen Roms anrichten, und der Schaffung des zweiten Triumvirats im Jahre 42 fielen allein 130 Senatoren und 2000 Ritterfamilien zum Opfer. Die Nachkommen der besitzlos gemachten Bauern aber, die jetzt als Proletariat die Straßen der Hauptstadt füllten, waren bereit, für „Brot und Spiele“ jedem Freiheit und Herrschaft auszuliefern. Die siegreichen Machthaber, wie Sulla und Cäsar, schufen neue Bauernstellen, indem sie Zehntausende ihrer Soldaten auf den Gütern ermordeter Gegner ansiedelten. Augustus, der erste Kaiser, schuf in einem Jahre (30 v. Chr.) auf solche Weise 120 000 neue Kolonistenstellen. Aber das alles konnte nur vorübergehend helfen, weil nicht die Schaffung eines neuen Bodenrechtes die Auffaugung dieser neuen Stellen verhinderte. Es blieb das Wort Plinius des Älteren in seiner furchtbaren Bedeutung bestehen: „Latifundia perdidere Italiam et provincias.“

Die Sklavenwirtschaft, die den freien Bauern vernichtete, ließ eine Wertung ehrlicher Arbeit auch in der Stadt nicht aufkommen. . . „Alle Handwerker,“ sagt Cicero, „befassen sich mit einer verächtlichen Kunst; denn etwas Edles wird keine Werkstätte brauchen.“

Die Zentralisierung der römischen Staatsmacht in den

Händen der Cäsaren hatte auch volkswirtschaftlich die weittragendsten Folgen. Der römische Kaiser mußte, wenn er überhaupt das Reich aufrecht erhalten wollte, ein gewisses Maß von Sozialreform treiben und der Plutokratie gewisse Grenzen setzen. Das geschah oft in naive-brutaler Form. Als z. B. Nero erfuhr, daß die Hälfte der reichen Provinz Afrika nur sechs Personen gehörte, ließ er diese sofort hinrichten. Das war auch ein Weg, das Land wieder zum Staatseigentum zu machen. Eine organische Neugestaltung auf dem Gebiete der Bodenfrage aber wurde nicht herbeigeführt. Die tüchtigsten Kaiser haben dagegen in ihrer Weise großartige Versuche gemacht, durch staatssozialistische Eingriffe, namentlich durch Bildung von Zwangsberufsgenossenschaften, die Volkswirtschaft zu „regeln“. Da das souveräne Volk von Rom zuerst nach Brot schrie, so wurden zunächst die Getreideschiffer zwangsweise organisiert. Die Mitglieder waren auf Lebenszeit an diese Genossenschaft gebunden und durften niemals einer anderen Genossenschaft beitreten. Im Laufe der Zeit wurden dann auch die Fleischer, die Weinlieferanten, die Holz- und Kohlenhändler durch Zwangsberufsgenossenschaften zusammengebunden.

Bekannt sind die Getreidespenden, die zuerst der Tribun Clodius (58 v. Chr.) als Recht für die römischen Bürger durchgesetzt hatte. Unter Cäsar war die Zahl der Empfangsberechtigten (46 v. Chr.) auf 320 000 gestiegen, deren Versorgung der Staatskasse jährlich 19 Millionen Mark kostete. Unter Kaiser Augustus wurden nach strenger Prüfung viele Nichtberechtigte ausgeschieden. Immerhin blieben noch über 200 000 Empfangsberechtigte dauernd zu versorgen. Trotz dieser Erleichterung verfiel das Eheleben so, daß schon Kaiser Augustus in besonderen Gesetzen den Familienvätern große Vorteile versprechen und den Ehelosen schwere Nachteile androhen mußte.

Einen besonders interessanten staatssozialistischen Versuch stellt die von *Nerva* und *Trajan* begründete Kinderalimentation dar. Die beiden Kaiser ließen durch besondere Vertrauensleute in einzelnen italienischen Gemeinden aus dem kaiserlichen Fiskus Geldsummen auf Grundstücke, meist zu 5 %, ausleihen. Die Zinsen für diese Summen wurden den einzelnen Gemeinden zu dem Zweck überwiesen, daraus dauernd einer bestimmten Anzahl von Knaben und Mädchen bis zum 18. bzw. 14. Jahre monatlich eine bestimmte Getreidemenge zu verabreichen. Nach einer Tafel der italienischen Stadt *Velesja* betrugen zwei derartige Gaben für diese Gemeinde etwa 280 000 Mark. Aus den 5prozentigen Zinsen sollten 245 eheliche Knaben monatlich für je 3,52 Mark, 34 eheliche Mädchen monatlich für je 2,64 Mark, ein unehelicher Knabe für 2,64 Mark, ein uneheliches Mädchen für 2,20 Mark Getreide erhalten.

Derartige Stiftungen wurden von den besten der römischen Kaiser vielfach gemacht. Man kann sie bis zum Ende des 3. Jahrhunderts verfolgen. Aber eine durchgreifende Wirkung konnte auch diese Staatsalimentation nicht ausüben.

Wie weit der staatssozialistische Gedanke ging, beweist das berühmte Edikt *Diocletians* vom Jahre 301 n. Chr., das in mehr als tausend Einzelangaben die Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse ein für allemal festsetzen wollte. Zunächst dachte der Kaiser wohl dabei an das Wohlergehen seiner Soldaten, zugleich aber wollte er damit in die ganze Volkswirtschaft eine feste Ordnung hineinbringen. Wie ernst es ihm mit diesem Versuche war, zeigte die Bestimmung, daß jede Übertretung der von ihm festgesetzten Preise mit dem Tode bestraft werden sollte. Es war natürlich ein vergeblicher Versuch. Bald brach unter dem Ansturm der Völkerwanderung das römische Weltreich zusammen, dessen Kraft durch soziale Mißstände lange untergraben war.

III.

Das Mittelalter und das kanonische Recht.

Das wichtigste Ereignis der Weltgeschichte ist die Entstehung und Verbreitung des Christentums. Auch auf dem Gebiete der Nationalökonomie beginnt in seinem Zeichen eine neue Epoche. In wachsender wirtschaftlicher Not und steigendem sittlichen Verfall wurde jetzt überall das Evangelium gepredigt, welches alle, den römischen Bürger und den Barbaren, den Cäsar und den Sklaven, für Kinder eines Vaters erklärte, vor Gott von gleichem Werte. Den Armen wurde zuerst die frohe Botschaft verkündet, und in dem Gleichnis, in dem Christus selbst die letzte Entscheidung über das Menschenschicksal darstellt, kannte er nur einen Maßstab: „Was ihr den geringsten unter euren Brüdern tut, das tut ihr mir!“

Wie stark der Drang nach Befreiung aus den wirtschaftlichen Sorgen und Kämpfen war, zeigt der Umstand, daß für den ersten Versuch einer besonderen Christenorganisation eine Form gewählt wurde, die an kommunistische Ideale erinnert. In der Gemeinde von Jerusalem „sagte keiner von seinen Gütern, daß sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemeinsam. Auch kein Dürstiger war unter ihnen; denn die, welche Besitzer von Aekern oder Häusern waren, verkauften sie

und brachten den Erlös des Verkauften und legten ihn zu der Apostel Füßen und man teilte einem jeden aus, je nachdem einer bedurfte.“ (Apostelgesch. IV, 33—35.)

Auch in den Apostelbriefen klingt dieser soziale Grundton scharf und bestimmt wieder. Der Apostelfürst Paulus prägt das Wort (2. Thess. III, 10): „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“. Und das 5. Kapitel des Jakobus-Briefes findet Worte glühender Anklage gegen die Reichen:

„Wohlan ihr Reichen, weinet und jammert über das Elend, das über euch kommt. Euer Reichtum ist dann verfault und eure Kleider von Motten zerfressen. Euer Gold und Silber verrostet. Der Rest wird zum Zeugnis wider euch sein und euer Fleisch verzehren wie Feuer. Ihr habt in den letzten Tagen Schätze gesammelt. Siehe, der von euch zurückbehaltene Lohn der Arbeiter, die eure Felder eingeerntet haben, schreiet laut, und das Rufen der Schnitter ist gekommen vor die Ohren des Herrn der Heerscharen.“

Überall, wohin die Apostel der neuen Lehre kommen, da sind es die Sklaven, die Armen, die Unterdrückten, die zuerst gewonnen werden. Selbst als der Siegeszug des Christentums das Kreuz aus den Katafomben und aus der Arena bis in die Göttertempel hineinträgt und auf das Forum der Weltstadt, blieb der soziale Grundgedanke in den hervorragenden Vertretern der Kirche lebendig. Aus den Schriften der Kirchenväter sei dafür nur an wenige Zeugnisse erinnert.

Der hl. Clemens von Alexandrien, gest. um 215 n. Chr. (Paedagog. 2, c. 12; Migne, Patr. graeca 8, 542, 543):

„Ich weiß es, Gott hat uns das Recht des Genusses gegeben, aber nur bis zur Grenze der Notwendigkeit, und seinem Willen nach muß der Genuß gemeinsam sein. Es ist nicht in der Ordnung, daß einer im Überfluß sitzt, während mehrere darben.“

Der hl. Cyprian, 248 Bischof v. Karthago, 258 daselbst

enthauptet (Liber de opere et eleemosynis c. 25; Migne, Patr. lat. IV, 644):

„Denn alles, was Gottes ist, ist uns, die wir es usurpiert haben, zu gemeinsamem Gebrauche gegeben, und niemandem wird der Zutritt zu seinen Wohlthaten und Vorteilen verwehrt, auf daß das ganze Menschengeschlecht der göttlichen Güte und Freigebigkeit in gleichem Maße genieße.“

Basilius der Große, 370 Bischof in Cäsarea (Kappadokien) gest. 379 n. Chr. (Thomas von Aquin: Summa Theol. 2 a, 2 ae, qu. 66, art. 2):

„Wie wenn einer, der im Schauspielhaus einen Platz eingenommen hat, alle später Eintretenden wegdrängt, in der Meinung, daß dasjenige, was allen zum Gebrauche gemeinsam offen steht, ihn besonders angehöre, so sind auch die Reichen beschaffen; denn sie nehmen das Gemeinsame im voraus in Besitz und maßen sich, weil sie es früher erhalten haben, dasselbe als Eigentum an.“

Rufinus, um 382, der Freund des heiligen Hieronymus, setzt zu dieser Stelle erklärend hinzu: (Thomas von Aquin: Summa Theol. 2 a, 2 ae, qu. 66, art. 2):

„Die Erde ist allen Menschen gemeinsam gegeben; niemand nenne sein eigen, was über seine Notdurft aus dem, was gemeinsam sein soll, gewaltsam erlangt ist.“

Der hl. Ambrosius, 374 Bischof von Mailand, gest. 397 (Migne, Patr. lat. XIV, 800):

„Bis wohin, ihr Reichen, dehnt ihr eure heillose Begehrlichkeit aus? Wollet ihr allein auf der Erde wohnen? Warum verstoßet ihr die Mitgenossen der Natur? und maßt euch den Besitz der Natur an? Die Erde ist das gemeinsame Gut aller, der Armen und der Reichen.“

„Die Natur gibt alle Güter allen Menschen gemeinsam; Gott hat tatsächlich alle Dinge geschaffen, damit der Genuß für alle gemeinschaftlich sei und damit die Erde das gemeinschaftliche Besitztum all werde.“

Gregor von Nyssa, geb. 331 zu Cäsarea in Kappadokien, 371 Bischof von Nyssa, gest. nach 394 (Migne, Patr. graeco latina. Bd. XLIV):

„Unnütz und unersättlich ist das Leben des auf Zinsen Ausleihenden. Er kennt nicht die Arbeit des Feldes und hat auch keine wirkliche Einsicht in das Wesen des Handels; an einem Plätzchen bleibt er sitzen und füttert höchstens seine Haustiere. Ohne zu pflügen und zu säen, will er, daß alles ihm wachse. Als Pflug hat er den Schreibstift, als Ackerland sein Papier, als Samen die Tinte, als Regen die Zeit, die ihm auf geheimnisvolle Weise seine Einkünfte vermehrt. Sichel ist ihm die Schulberpressung, und Tenne, das ist ihm das Haus, in welchem er den Besitz des Bedrängten verringert. Das, was Gemeingut aller ist, sieht er als sein Eigentum an.“

Der hl. Chrysostomus, geb. 344 zu Antiochia, 398 Bischof von Konstantinopel, auf Betrieb der Kaiserin Eudoxia verbannt, gest. 407 (Migne, Patr. graeca LXII, 563, 564):

„Gott hat von Anbeginn nicht den einen reich, den andern arm erschaffen und keine Ausnahme gemacht, indem er dem einen den Weg zu Goldschätzen zeigte und den andern hinderte, solche aufzuspüren, sondern allen dieselbe Erde zum Besitze überlassen. Wenn also diese ein Gemeingut aller ist, woher hast denn du so und soviel Tagwerk davon, dein Nachbar aber keine Scholle Land? ... Oder ist nicht die Erde und alles, was darin ist, Eigentum Gottes? Wenn also all unser Besitz Gott gehört, so gehört er auch unseren Mitbrüdern im Dienste Gottes. Was Gott dem Herrn gehört, ist alles Gemeingut.“

Papst Gregor der Große (590—604):

„Die Erde ist das gemeinsame Eigentum aller Menschen.“

Diese Anschauungen mußten, je stärker das Christentum wurde, natürlich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich beeinflussen.

Schon um die Mitte der Kaiserzeit ging der Großgrundbesitz in vielen Teilen des römischen Weltreiches zurück. Der Hauptgrund dafür war allerdings rein volkswirtschaftlicher Art. Die verhältnismäßig friedliche Kaiserzeit ließ die Sklavenpreise in die Höhe gehen, da nicht mehr große Eroberungskriege ihre Zahl um Zehntausende vermehrten. Es erschien deshalb einträglicher, die Landwirtschaft zu dezentralisieren. Vielfach werden von Latifundien einzelne Bauernhöfe abgetrennt, und diese Sklaven, als „Kolonen“ oder „Inquilinen“, zur Bewirtschaftung übergeben. Hier setzt der christliche Einfluß unmittelbar ein, und Konstantin der Große bestimmt, daß die Familien dieser Kolonen nicht mehr auseinandergerissen werden, nicht mehr über die Grenzen der Provinz, ja endlich nicht einmal vom Gute weg verkauft werden dürfen. Und auch die Abgaben dieser Kolonen an die Gutsherren, der „Ranon“, darf nicht mehr willkürlich von den Grundeigentümern erhöht werden. So gewinnt die große Mehrheit der ländlichen Bewohner wieder eine rechtliche Existenzbasis.

Die Kaiser Valentinian und Valens (365 n. Chr.) richten sogar eine besondere Staatsbehörde zum Schutze dieser Kolonen ein. Wie die heutigen Gewerbeinspektoren die Interessen unserer Fabrikarbeiter zu wahren haben, so hatten die durch dieses Gesetz berufenen „defensores“ das Interesse der ländlichen Arbeiterbevölkerung zu vertreten.

In diesem spätrömischen Kolonat lassen sich manche Züge

entdecken, die an das Lehnswesen der christlich-germanischen Zeit erinnern, die sich nach dem Zusammenbruch der alten Kulturwelt aus den Stürmen der Völkerwanderung langsam erhob.

Der wirtschaftliche Aufbau dieser neuen Zeit, das Feudalsystem, ruhte auf einem Grundgedanken, der in gleicher Weise den altgermanischen Volksanschauungen, der alttestamentlichen Volkswirtschaftslehre und den Worten der ersten Kirchenväter entsprach: der Grund und Boden ist seinem Wesen nach Gesamteigentum! Der König als Vertreter des Volksganzen gab Teile dieses Gesamteigentums an die einzelnen als Lehen aus. Die Lehnsträger aber mußten für die ihnen überlassene Nutznießung ihrerseits ganz bestimmte Gegenleistungen für die Gesamtheit übernehmen, unter denen die Verpflichtung zum Kriegsdienst die wichtigste war. Das Grundeigentum, mit dem Kirchen und Klöster begabt wurden, gab diesen die Möglichkeit, aber auch die Pflicht, die Aufgaben der Landeskultur, der Armenunterstützung und des Unterrichts im wesentlichen zu bestreiten.

Neben dem Lehn gab es auch freies Eigentum, das die einzelnen sich zuerst durch Kulturarbeit aus der gemeinsamen Mark erworben hatten. Aber in den Stürmen der Merowinger- und der Karolinger-Zeit ging dem Bauern vielfach dieses freie Eigentum verloren. Oft opferte er es auch freiwillig, namentlich um sich der drückenden Wehrpflicht zu entziehen, die auf allem freien Eigentum lastete.

Die Bauern gaben ihr Eigentum dem nächsten großen Herrn, einem Bischof oder Grafen oder auch einem Kloster oder Stifte, und nahmen es als Lehn von diesem zurück. Die Lehnsherren mußten nun dem Heerbann mit eigens dazu geworbenen Kriegern allein genügen. Der Bauer aber konnte auf seinem Acker zurückbleiben.

Doch nach dieser schweren Zeit des deutschen Bauernstandes kam eine bessere. Die Zeit etwa vom Jahre 1050 bis

zum Jahre 1450 ist eine Zeit außerordentlichen Aufschwunges, eine Zeit der Blüte der deutschen Volkswirtschaft, wie wir sie uns heute kaum vorzustellen vermögen.

Unter den Ursachen dieses Aufschwunges stehen zwei obenan. Zuerst ist es die Bildung der deutschen Städte, die bald über das eigentliche Stadtgebiet hinaus größeren Landbesitz erwerben, um auch in der Beschaffung der nötigsten Lebensmittel sich selbst genügen zu können. Es entstand in weitem Umfange eine Abwanderung der Bewohner des flachen Landes in die Städte und in die städtischen Gebiete, eine Art „Landflucht“. Um die Bauern auf ihrem Lande zu erhalten, waren die Großgrundeigentümer gezwungen, ihre Lasten zu erleichtern und ihre Rechte zu erweitern.

Nach derselben Richtung wirkte das großartige Kolonisationswerk, das planmäßig im Osten der deutschen Grenzen von den Welfen, Askaniern und später vom deutschen Ritterorden betrieben wurde. Das Land östlich der Elbe wurde schrittweise dem Slaventum abgewonnen. Die Stimmung, die aus dem alten Volksliede „Ins Ostland will ich reiten“ spricht, war auch volkswirtschaftlich von großer Bedeutung. Es brauchte sich niemand unbilligen Druck im Reiche gefallen zu lassen. Im Ostlande, im neuen slavischen Siedlungsgebiete, war jeder deutsche Mann jederzeit willkommen, der arbeiten und sich ein Heim gründen wollte.

Ein besonderes Verdienst an der Überwindung der Sklaverei und der Hörigkeit gebührt endlich der Kirche. „Unter dem Krummstab war gut wohnen.“ Die Bischöfe und Klöster behandelten im Durchschnitt ihre Hinterlassen viel milder als die weltlichen Herrn, und auch diesen gegenüber wurde die Kirche der Wortführer der Unterdrückten. „Wenn jemand einen Knecht,“ so bestimmte schon die Synode von Worms im Jahre 868, „der ein todwürdiges Verbrechen getan hat, selbst

tötet, ohne richterlichen Spruch abzuwarten, der muß die Blutschuld durch zweijährige Buße sühnen“. Oft genug bestimmten menschenfreundliche Priester sterbende Herren „zum Heile ihrer Seele“ ihre Hörigen freizulassen. Auch Hörige konnten in den Priesterstand treten und zu den höchsten kirchlichen Würden gelangen. Immer wieder wies die Kirche auf die Schrift hin, so daß das alte schwäbische Landrecht schon bestimmt: „Wir haben an der Schrift, daß niemand soll eigen sin.“

So kam es, daß allmählich der tatsächliche Besitz des Grund und Bodens fast durchweg den damit Beliehenen zufiel, und den Lehnsherren nur noch ein ganz bestimmtes und fest umgrenztes Zins- und Dienstrecht daran blieb. Daneben fand sich eine zahlreiche Bauernschaft, die auf völlig freiem Hofe saß.

Bei beiden aber, bei dem Erbpächter und bei dem Freien, gehörte der Grund und Boden nicht dem einzelnen, sondern im wesentlichen der Familie. Ohne Einwilligung des „An-erben“, d. h. dessen, der bei einem Todesfall das nächste Recht zur Nachfolge hatte, war jede Veräußerung rechtlich ungültig. War mit Zustimmung des nächsten Erben aber eine Veräußerung beschlossen, so hatten alle Familienglieder ein Vorkaufsrecht. Sollte der Hof an Personen verkauft werden, die außerhalb der Markgenossenschaft standen, so war auch eine Zustimmung der Gemeinde erforderlich. Die Gemeinde hatte sich über das Bodeneigentum die Oberaufsicht durchaus vorbehalten. Selbst die Hofstätte, d. h. der mit einem Zaun oder Gehege umgebene Raum, auf dem die nötigsten Wohn- oder Wirtschaftsgebäude standen, war dem einzelnen nicht zu schrankenloser Willkür überlassen. Wurden die Gebäude zerstört, so war der Besitzer gezwungen, neue aufzuführen. Er verlor das Eigentumsrecht an dem Boden, wenn er nicht innerhalb Jahresfrist zum Neubau schritt. Ebenso war eine hypothekarische Belastung nicht möglich. Allein der geringe Hausrat haftete für

Schulden; aber nicht der Grund und Boden. So bestimmt der „Sachsenspiegel“ I, A. 6: „Wer das Erbe nimmt, soll des Verstorbenen Schulden bezahlen, soweit das Erbe an fahrender Habe zureicht.“ Als „fahrende Habe“ aber galt nur, „was die Fackel brennt“. Über die Feldmark, d. h. die nicht umzäunten Ländereien, wurde von der Gemeinde das weitgehendste Aufsichtsrecht geübt. Gemeindebeschluß ordnete an, an welcher Stelle Sommerfrucht, an welcher Winterfrucht gebaut werden sollte, und welche Felder brach zu liegen hätten. Wer das Feld nicht bebaute, dem wurde das Eigentumsrecht daran von der Gemeinde genommen, ebenso dem, der das Feld zu Wald verwachsen ließ; denn Wald wurde grundsätzlich nur als Gesamteigentum geduldet. Aber selbst wenn das Feld bebaut war, so war es nur solange in Privatbesitz, als es die Bebauung erforderte. Von der Ernte bis zur Bestellung der Stoppelweide waren die Felder, nach der Heuernte waren die Wiesen als Weide für alle zugänglich.

Während für Hofstätte und Acker ein privates Benutzungsrecht, wenn auch durchaus nicht absolutes Eigentumsrecht, zugestanden wurde, so waren Wald (Wunn = Wonne) und Weide stets der gemeinsamen Nutzung aller Markgenossen vorbehalten. Ein jeder hatte Anteil an dieser großen „Allmende“, die jedem Arbeitsgelegenheit bot, jedem eine Möglichkeit erschloß, seine notwendigsten Lebensbedürfnisse in freier Arbeit zu erwerben.

Allerdings hatte der Markgenosse dieses Recht nur, so lange er in der Mark selbst lebte:

„Nieman soll sovil Güeter han, as dar man ainen drystämpeligen stuol daruf setzen könne. Jeder mag Wunn und Wayd han, dieweil da er ackert und bawt und sein selbs muoss und brot isst. So er hinnen züchet, so hat er kein recht daran me.“ (Grimm, Weistümer I, 44.)

„Item das Dorf hat das Recht, dass nieman anders Wunn, noch Wayd, noch gerechtikait haben soll, dann der, so hushabelich ist.“ (Grimm IV, 308.)

Von der Größe dieses Allmendes zeugt die Tatsache, daß noch heute, nach all den Verwüstungen des 30 jährigen Krieges und der Herrschaft falscher individualistischer Anschauung, allein in Bayern noch etwa 1500 Gemeinden soviel Allmendland besitzen, daß aus seinen Erträgen alle Gemeindebedürfnisse befriedigt werden können, Gemeindesteuern also nicht erhoben zu werden brauchen.

Dieser freie Zugang zur Natur, die Möglichkeit, stets in eigener Arbeit das nötigste zum Lebensunterhalt zu gewinnen, führte natürlich dazu, daß man Lohnarbeit für andere nur verrichtete, wenn der Lohn durchaus befriedigte. Ums Jahr 1400 erhielt ein gewöhnlicher Tagelöhner auf dem Lande 6—8 Groschen Wochenlohn. Da in dieser Zeit ein Schaf 4 Groschen, ein Paar Schuhe 2 Groschen kostete, so entsprach jener Lohn einem Geldwert unserer Tage von etwa 30 Mk.

Diese glücklichen Wirtschaftsverhältnisse auf dem Lande standen in engster Wechselwirkung mit ähnlich günstigen Verhältnissen in den Städten. Alte Niederlassungen aus römischer Zeit bildeten, namentlich in den Rhein- und Donauländern, den Kern städtischer Ansiedlung. Oft waren es Bischofsitze oder königliche Pfalzen, aus welchen sich neue Städte entwickelten. Da die befestigten Städte mehr Sicherheit boten gegen äußere Feinde sowie bei inneren Fehden, so wuchs ihr Bevölkerung schnell. In diesem engen Zusammenwohnen konnte auch die Arbeitsteilung stattfinden, die die Entfaltung des Handwerks ermöglichte. Altgermanischen Volksgedanken entsprach es, daß hier der Genossenschaftsgedanke der maßgebende wurde. In seinen Gilden, Zünften und Bruderschaften schuf sich jedes Handwerk eine eigene

Rechtsgenossenschaft und für gewerbliche Zwecke ein eigenes Ständegericht, das auf Grund fester gewerblicher Satzungen über die Streitigkeiten zwischen Meister und Gesellen entschied. Besonderen Wert legte die Genossenschaft darauf, daß die Arbeit, die die Meister lieferten, in Material und Ausführung „gute Kaufmannsware sei“. Vielfach wurde, wie in Berlin bei den Wollwebern und Gewandschneidern den Meistern, die unehrlich in Arbeit und Handel waren, das Recht des Handwerkbetriebes genommen, und die Ware selbst verbrannt. Besonders waren Güte und Preis der Lebensmittel unter die Aufsicht der Stadtbehörde gestellt. Die „Brot- und Fleisch-Schau“ wurde überall durch besondere städtische Beamte streng durchgeführt. Genaue Taxen, die Gewicht, Qualität und Preis jeder Ware vorschrieben, wurden erlassen, und ihre Nichtbeachtung zog strenge Strafen nach sich.

Der Höchstpreis für ein Pfund Bratwurst wurde z. B. in Eßlingen 1370 auf 5 Heller festgesetzt. Es durfte nur gesundes Fleisch feilgehalten werden. Um krankes Vieh vom städtischen Markt fern zu halten, wurde vielfach das Schlachten der Tiere nur in besonderen, stets überwachten Häusern erlaubt. So hatte Augsburg schon 1276 die zwangsweise Schlachthausbenutzung.

Um den Brotpreis gewissenhaft festsetzen zu können, wurde unter Aufsicht der Obrigkeit in jedem Jahre probeweise neuerntetes Getreide verbacken, so daß sein Gehalt geprüft und danach ein gerechter Preis festgesetzt werden konnte. In Basel mußte ums Jahr 1450, wenn das Viertel Korn ein Pfund Pfennig kostete, ein Weißbrot 14 Lot, ein Kornbrot 18 Lot wiegen. Öffentliche Brotwagen ermöglichten den Bürgern, das auf dem Markte erstandene Brot sofort nachzuwiegen. Brot, das nicht das volle Gewicht hatte, wurde beschlagnahmt und den Armen ausgeteilt. Die einzelnen Brotarten wurden genau

getrennt gehalten. In Augsburg z. B. mußten 6 Sorten von Brot zum Verkauf gestellt werden.

Die Fleisch- und Brottagen wurden jeden Monat, manchmal auch jedes Vierteljahr neu aufgestellt.

Die Heilighaltung der Sonntage und der überaus zahlreichen kirchlichen Feiertage wurde streng durchgeführt.

Vielfach wurde von den Handwerksgeßellen mit Erfolg auch noch die Freigabe des Montags, des sogenannten „blauen Montags“, verlangt und erreicht. Sie beanspruchten den Tag, um ihre gemeinsamen Angelegenheiten zu beraten, oder sich in den Waffen zu üben oder aber auch, was bezeichnend ist für die ganze Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung, um genügend Zeit zum Baden zu haben.

Wer an Sonnabenden oder an Vorabenden hoher Feste nach dem Vesperläuten noch arbeitete oder arbeiten ließ, wurde in Strafe genommen. Da die Zahl der streng innegehaltenen Feiertage mindestens 90 betrug, so brauchten die Handwerksgeßellen, wenn sie auch noch die Freiheit des Montags erkämpft hatten, in der Woche durchschnittlich nur vier Tage zu arbeiten, und auch an diesen Tagen war für geregelte Arbeitszeit gesorgt.

Als im Jahre 1465 die Herzöge von Sachsen die Schicht der Bergwerksknappen von Freiberg i. S. von sechs auf acht Stunden erhöhen wollten, beschwerte sich die Knappschaft sehr energisch dagegen. Es heißt in einer Urkunde vom 11. Januar 1467:

„Uf das anbringen der Knappschaft umbeswerunge der iberigen schicht, damit sie, als sie clagen uber alt herkomen befestiget werden, ist bevolen, darumbes an dem hauptmann u. s. w. erfahrung zu haben und unsren gnädigen herren verstehen zu lassen, darnach hre gnaden sich zu richten hedten yn furder antwort zu geben.“

Daneben forderten die Knappen eine Erhöhung ihres Lohnes. Sie legten die Arbeit nieder, als ihre Forderungen nicht bewilligt wurden. Nach langen Verhandlungen zwischen dem Landesfürsten, der Stadt und den Knappen kam 1479 eine Vereinbarung zustande, in der den Knappen die geforderte Lohnerhöhung bewilligt und die tägliche Arbeitszeit auf 7 Stunden bemessen wurde.

Der Lohn der Gesellen war ein außerordentlich hoher. So betrug z. B. der Tagelohn der Maurer- und Zimmergesellen in Kloster-Neuburg in Niederösterreich im Sommer 20, im Winter 16 Denare. Das Pfund Ochsenfleisch kostete zu jener Zeit in Niederösterreich 2 Denare. In Meissen mußten jedem Maurergesellen wöchentlich 5 Groschen „Badegeld“ verabreicht werden in einer Zeit, in der ein ganzer Scheffel Korn nur 6 Groschen 4 Pfennige kostete. Über die Beköstigung erzählt Johannes Buzbach in seinem Wanderbüchlein aus Böhmen:

„Das gewöhnliche Volk hat selten bei der Mittags- oder Abendmahlzeit weniger als vier Gerichte. Zur Sommerzeit überdies noch morgens als Frühstück Klöße mit in Butter gebackenen Eiern und Käse; obendrein nehmen sie außer dem Mittagsmahl noch des Nachmittags als Vesperbrot, so wie zum Nachtessen, Käse und Brot mit Milch.“

Die Landesordnung, welche die Herzöge Ernst und Albert von Sachsen im Jahre 1482 erließen, ist in bezug auf die Lebenshaltung der damaligen Handwerksgehlen außerordentlich lehrreich. Es wird als Höchstlohn festgesetzt für

„einen Handarbeiter mit Kost wöchentlich 9 neue Groschen, ohne Kost 16 Groschen. Den Werkleuten sollten zu ihrem Mittag- und Abendmahle nur vier Essen, an einem Fleischtage eine Suppe, zwei Fleisch und ein Gemüse; auf einen Freitag und einen andern Tag, da man nicht Fleisch isst, eine Suppe, ein Essen grüne und dörre Fische, zwei Zugemüse; so man fasten müsse, fünf Essen, eine Suppe,

zweierlei Fiſch und zwei Zugemüſe und hierüber 18 Groſchen, den gemeinen Werkleuten aber 14 Groſchen wöchentliches Lohn gegeben werden, ſo aber dieſelben Werkleute bei eigener Koſt arbeiteten, ſo ſolle man dem „Poſtler“ über 27 Groſchen und dem gemeinen Maurer uſw. über 23 Groſchen nicht geben.“

Auch die reichen Stiftungen aus den Kreiſen der Arbeiter zeugen von der Höhe ihrer Lebenslage. So haben in Danzig ums Jahr 1450 die Sack-, Kohlen- und Kornträger zum Bau der Marienkirche 200 Mk. bar gegeben und außerdem ein gemalteſtes Kirchenfenſter geſtiftet.

Entſcheidend für die Lage der ſtädtiſchen Bevölkerung war die Regelung der Bodenfrage. Wo die Städte auf landesherrlichem Boden errichtet waren, wie z. B. in Lippſtadt, mußte für jede Hofſtelle ein mäßiges „Wortgeld“ an den bodenbeſitzenden Landesherrn entrichtet werden. Aber gegen dieſe gleichbleibende Abgabe konnte auch jeder Bürger im Weichbilde einen Bauplatz ohne weiteres erhalten. Daſſelbe war der Fall, wo der Boden urſprünglich Eigentum der Gemeinde und von dieſer an die einzelnen in Bodenleihe ausgegeben war. Eine Verteuerung des Bodens in dem Sinne, daß jeder Fortſchritt im Verkehr, im Handel, im Lohn u. mit einer Erhöhung der Bodenpreiſe, d. h. mit einer Verteuerung der Wohn- und Arbeitsgelegenheit, beantwortet wurde, war völlig ausgeſchloſſen.

Bodenwucher und Terrainspekulation waren um ſo eher unmöglich, als Stadt und Land noch nicht annähernd ſo geſchieden waren wie heute. Selbſt die bedeutendſten Städte des Mittelalters hatten eine Einwohnerzahl, die heute von vielen Landgemeinden übertroffen wird. Frankfurt a. M. zählte noch i. J. 1440 9000 Einwohner, Konſtanz hatte nie über 10000, und ſelbſt die mächtigſte und induſtriereichſte

der süddeutschen Städte, Nürnberg, zählte um 1450 kaum 20 000 Einwohner.

Wie wenig das Gewerbe an einzelne Städte gebunden war, zeigt das Schicksal der Blechschmiederei in Nürnberg. Als hier 1475 die Meister die Kost der Gefellen etwas einfacher gestalten wollten, verließen diese die Stadt, zogen nach Bunsiedel, Dinkelsbühl und Amberg und verhinderten den Zuzug von Blechschmiedegesellen nach Nürnberg. Dadurch kam dieses Gewerbe, das zu den ältesten und angesehensten der Stadt gehörte, so herab, daß kein Meister mehr in den Stadtrat gewählt werden konnte.

Die Münster und Dome, die Rathhäuser, die stolzen Wohnhäuser, welche die verhältnismäßig so geringe Einwohnerschaft der mittelalterlichen Gemeinden geschaffen hat, lassen uns ahnen, wie groß der Reichtum, wie hoch die Lebensführung in dieser Zeit gewesen sein muß.

Als der erste und wichtigste Kulturträger, der alle diese wirtschaftlichen Verhältnisse im wesentlichen bestimmte, ist die Kirche anzusehen. In ihrem Recht, dem kanonischen Recht, finden wir deshalb auch die Volkswirtschaftslehren jener Zeit niedergelegt und zusammengefaßt.

Die alttestamentlichen und die von den Kirchenvätern vertretenen volkswirtschaftlichen Anschauungen waren darin natürlich von weitgehendem Einfluß. Der Gedanke, daß alles Privateigentum und Privatrecht nur infolge des Sündenfalls für die Menschheit nötig geworden, war immer lebendig. Die völlige Gleichheit blieb vielfach Sehnsucht und Ideal. Die Kirche, die größte Psychologin der Menschheit, schuf Stätten der Erfüllung dieses Ideals, aber nur für die, welche entschlossen waren, den steilsten Weg zum Heile zu gehen. Sie tat es in den Klöstern, dort wo die unentbehrliche Voraussetzung jeder

völlig durchgeführten wirtschaftlichen Gleichheit, die Unterordnung unter eine absolute Leitung, erreicht werden konnte.

Aber als die Kirchen und Klöster als solche Reichtum gewannen, da wuchsen immer wieder, gerade aus den frömmsten Kreisen heraus, Bewegungen, die die Durchführung des wirtschaftlichen Gleichheitsgedankens versuchten. Der bedeutendste Versuch nach dieser Richtung knüpft sich an den Namen des heiligen Franz von Assisi (1182—1226) und die Gründung der Bettelorden.

Am wichtigsten für die volkswirtschaftlichen Anschauungen des Mittelalters und, durch seine Stellung als anerkannter Lehrer der Kirche auch über das Mittelalter hinaus, ist Thomas von Aquino geworden. 1225 aus gräflichem Geschlecht auf dem Schlosse Roccasecca in Süditalien geboren, trat er 1243 in den Dominikanerorden, lehrte in Rom, Bologna und Pisa, starb 1274 und wurde 1323 heilig gesprochen.

Thomas lebte also in einer Zeit, in der die Naturalwirtschaft, die das frühe Mittelalter (etwa 600—1100) fast ausschließlich bestimmt hatte, namentlich durch den Einfluß der Kreuzzüge in den italienischen Städten immer mehr verdrängt und durch die Geld- und Kreditwirtschaft ersetzt wurde. Diese Entwicklung blieb natürlich nicht ohne großen Einfluß auf die volkswirtschaftlichen Gedankengänge — einen systematischen Aufbau hat er nicht gegeben — des großen Scholastikers. Zu dem Studium der Bibel und der Kirchenväter trat in jener Zeit zuerst wieder das Studium der griechischen Philosophen, namentlich des Aristoteles, dessen Schrift über Politik in jener Zeit gerade neu entdeckt und von Thomas mit einem Kommentar versehen wurde.

Der große Fortschritt, den Thomas von Aquino in der Volkswirtschaftslehre bedeutet, liegt darin, daß er das Privateigentum nicht nur, wie es die Kirchenlehrer bisher fast aus-

schließlich getan hatten, vom Standpunkte der Verteilung, der Konsumtion, sondern auch grundsätzlich vom Standpunkte der Produktion ansah und rechtfertigte. Von hier aus kam er auch zu einer wichtigen Weiterentwicklung der Zinslehre. Wie wenig aber auch bei Thomas das Privateigentum eine ausschließliche Bedeutung erhält, zeigt seine Erklärung, der sich die Kirche übrigens durchaus angeschlossen hat, daß es keine Sünde sei, wenn jemand in der Not, da wo es sich um Leib und Leben handelt, sich fremdes Eigentum aneignet: Ja man dürfe sogar, um anderen aus dringender Gefahr zu helfen, sündenlos fremdes Eigentum gebrauchen. In Lebensnot bleiben eben alle Dinge gemeinsam!

Für die volkswirtschaftliche Praxis sind aus dem kanonischen Recht zwei Lehren besonders wichtig geworden. An der Spitze steht die grundsätzliche Verwerfung eines besonderen Tauschwertes und die alleinige Rechtfertigung des Gebrauchswertes. Nicht von zufällig vorhandenen oder absichtlich herbeigeführten Konkurrenzverhältnissen soll der Wert eines Gegenstandes abhängig sein. Allein das, was eine Ware für den wirklichen Gebrauch bedeutet, soll ihren Wert bestimmen. Dazu tritt als wesentlich mitbestimmend das Maß der wirklich aufgewandten Arbeit, der Herstellung, der Veredelung, des Transportes u., das in der Ware verkörpert war. Damit war zunächst jeder Wucher mit den Gaben der Natur, zumal mit dem Boden als Wohn- und Werkstätte, ausgeschlossen.

Die Bestimmung des „gerechten“ Preises für Waren sollte durch öffentliche Taxen erfolgen, deren Bestimmung im Prinzip der Kirche vorbehalten ist. In Wirklichkeit übernahmen, wie wir oben gesehen haben, die Organisationen der Handwerker und Kaufleute die Preisbestimmung, wenn auch unter der Genehmigung und dem Schutz der kirchlichen und weltlichen Behörden.

Wenn ein Warenkauf nach kanonischem Recht gültig sein soll, so muß er folgende Bedingungen erfüllen:

1. Der Preis muß „gerecht“ sein. (Bestimmend dafür ist der Gebrauchswert und das Maß wirklich geleisteter Arbeit.)

2. Die Ware muß anwesend sein. (Also Termin- und Lieferungsgeschäfte sind verboten!)

3. Es muß bar bezahlt werden. (Kreditgeben und -nehmen ist ausgeschlossen!)

Diese Bestimmungen galten nur für den Verkauf einer Ware gegen Geld. Für den Naturaltausch, der noch recht häufig war, gab es keine anderen Bestimmungen, als die der allgemeinen Sittenlehre.

Die zweite praktisch überaus bedeutsame Lehre des kanonischen Rechts ist das Verbot des Zinsnehmens. Die Zeit gehört Gott; deshalb soll man sich die Zeit nicht bezahlen lassen. Geld kann nicht Geld erzeugen. Es ist deshalb unrecht, sich für eine geliehene Summe Geldes eine größere zurückgeben zu lassen.

Diese Anschauung, die sich auf Worte Moses (2. Mos. 22, 25 u. a. „von Volksgenossen sollt ihr keinen Zins nehmen“) und auf Worte Christi (Lukas 6, 35: „Leihet, daß ihr nichts dafür hoffet“) stützt, fand volkswirtschaftlich auch in den Zeitverhältnissen Erklärung und Rechtfertigung.

Es herrschte im wesentlichen noch das Prinzip der Haus- und Stadtwirtschaft, in der die einzelnen zumeist selbst das erzeugten, was sie notwendig brauchten, oder doch in der nächsten Gemeinschaft gegen selbst erzeugte Ware eintauschen konnten.

In den meisten Fällen brauchte man nur Geld, wenn man durch außerordentliche Umstände in Not geraten war. Dann aber sollte das Kreditgeben mehr als Übung christlicher Nächstenhilfe, denn als gewinnbringendes Geschäft aufgefaßt werden.

Aus solchen Erwägungen heraus lehrt Thomas von Aquino

bestimmt und scharf: „Auf Zins ausleihen ist Sünde.“ Die höchste Kirchenautorität hat diese Lehre angenommen. So erklärte Papst Alexander III. 1179, so Papst Clemens V. 1311: „Jede Gesetzgebung, die den Zins erlaubt, ist null und nichtig!“

Ein großer Teil der gesellschaftlichen Achtung der Juden im Mittelalter ist zweifellos auf ihr Zinsnehmen zurückzuführen, durch das sie sich in den schärfsten Gegensatz zu der christlichen Lehre und der Volksanschauung stellten. Der beste Beweis dafür ist das Schicksal der „Rawerschen“ oder „Cahursiner“, Christen, die ihren Namen wahrscheinlich von der französischen Stadt Cahors erhalten hatten. Sie machten auch Zinsgeschäfte und waren deshalb mit dem gleichen Gesellschafts- und Rechtsmakel behaftet, wie die Juden. Dante vergleicht sie wegen ihres Zinsnehmens mit den Sodomiten. Völlig geklärt ist die Rolle dieser merkwürdigen Geldhändler übrigens noch nicht. Sie verschwinden etwa in der Mitte des 15. Jahrhunderts.

Jeder Zins bei Darlehen zu reiner Konsumtion (Armutsdarlehen) wurde auch von Thomas mit solcher Entschiedenheit verdammt, daß er ihn dem Raub und Mord und Diebstahl gleichsetzte. Aber gewisse Formen des Zinses verteidigte er als volkswirtschaftlich und sittlich erlaubt. Wo Darlehen zur Produktion gegeben würden, sei ein Zins gerechtfertigt, soweit er eine Anteilnahme an dem Arbeitsertrag des Beliehenen darstelle.

Als solche erlaubte Zinsformen wurden von ihm erklärt:

1. Der Bodenzins: Wenn jemand (König, Bischof, Graf, Kloster, Gemeinde) Boden zur Benutzung ausgab, so war er wohl berechtigt, einen Teil seines Ertrages in Naturalabgaben oder auch in Geld zu beanspruchen.

2. Der Rentenkauf: Wenn ein Bodeneigentümer auf dem Lande Geld aufnahm, um durch Verbesserung sein Land ertragreicher zu machen, so hatte derjenige, der ihm dazu ver-

holfen, ein Recht, etwas von dem Mehrertrage auch für sich zu fordern. Dasselbe galt von städtischen Hauslehen, wenn jemand Geld aufnahm, um sein Haus auszubauen oder zu verbessern. In diesem Falle durfte aber das Kapital nicht zurückgefordert werden. Der Rentenkauf ähnelte also der modernen Amortisationshypothek, zweifellos der Form des Darlehns, die den Anforderungen an einen volkswirtschaftlich gesunden Realkredit am besten entspricht.

3. Der Kaufbriefzins: Man sah ein, daß der Einzelne oft einen wesentlichen Vorteil davon hatte, wenn er in einer anderen Stadt durch Vermittlung eines Dritten Geld erheben konnte. Hier war ein Aufschlag, ein „Zins“, gerechtfertigt, gleichsam als Entgelt für die Arbeit und das Risiko des Geldtransportes, die der andere durch seine Vermittlung geleistet hatte.

4. Der Zins bei Geschäftseinlagen: Wie stand es mit den Handelsgesellschaften, die sich namentlich in der Zeit der Kreuzzüge bildeten und immer mehr ausgestalteten? Einige gaben das Geld, andere die Arbeit. Durften die ersteren für ihre Gesellschaftseinlage (comenda) eine Vergütung beanspruchen oder nicht? Thomas von Aquino urteilt, daß ein billiger Gewinnanteil zu verantworten sei, weil dieses Geld ja die Arbeit der anderen produktiver mache.

Die Stellung der katholischen Kirche gegenüber dem Zinsnehmen ist noch nicht endgültig geklärt. Wohl haben Dekrete Pius' VIII. von 1830 und Gregors XVI. von 1831 auf Anfragen zweifelnder Priester eine vorläufige Duldung des üblichen Zinses, soweit er in mäßigen Grenzen bleibe, ausgesprochen. Sie haben aber ausdrücklich die Gläubigen verpflichtet, sich einem späteren endgültigen Urteil des heiligen Stuhles in dieser Frage zu fügen.

Von neueren katholisch-sozialen Wortführern erklärt R. v. Bogelsang in seiner Schrift „Zins und Wucher“: „Der

Zins mitsamt den externen Titeln, soweit sie einen Gewinn des Darlehnsgebers begründen sollen, das ist der Angelpunkt der ganzen sozialen Frage." Auf demselben Standpunkt steht das führende Organ der katholisch-sozialen Richtung der Schweiz, die von Prof. Beck geleitete „Monatsschrift für christliche Sozialreform“ (3. B. Jahrg. 1904 S. 431): „Ohne Beseitigung des Leihzinses keine wirkliche soziale Reform!“

Und auch in der neueren christlich-sozialen Bewegung der evangelischen Kirche werden ähnliche Stimmen laut: „Wir zweifeln nicht daran,“ schreibt Friedrich Naumann in seinem „Sozialen Programm der evangelischen Kirche“, „daß eine Zeit kommen wird, in der sich eine christliche Bewegung gegen den Zins erhebt.“

Wenn wir zum Schluß noch einen Blick auf die Gesamtanschauung der scholastischen Schule werfen, wie sie in Thomas von Aquino vertreten ist, so tritt uns als Hauptprinzip die naturrechtliche Auffassung entgegen, daß alles positive Staatsrecht nur unter bestimmten Voraussetzungen für die Gewissen bindend sei:

„Das menschliche Gesetz hat den Charakter eines wahren Gesetzes insoweit, als es der Vernunft entspricht. Unter dieser Rücksicht leitet es sich, wie offenbar, vom ewigen Gesetze ab. Insofern es aber von der Ordnung der Vernunft abirrt, heißt es ein ungerechtes Gesetz und hat es nicht den Charakter eines Gesetzes, sondern eher einer Vergewaltigung.“ (Summ. theol. 1, 2, 9, 13, a. 12.)

Die Ordnung der Vernunft aber, die mit der göttlichen Offenbarung zusammenstimmt, will eine wahrhaft soziale Gemeinschaft zwischen den Menschen:

„Dem Tiere verlieh die Natur Kleidung, Nahrung, Waffen zur Verteidigung, den Instinkt, — dem Menschen gab sie die Hand zur Arbeit, die Vernunft zur Überlegung, die Gesellschaft, damit einer dem andern helfe!“ (Lib. 1. cap. 1 De reg.)

Die wichtigste Aufgabe der staatlichen Ordnung sieht Thomas von Aquino in einer richtigen Verteilung des Grundeigentums, als der Basis aller Verhältnisse:

„Man hat (bei Einrichtung des Staates) dafür zu sorgen, daß für die einzelnen die nach Stand und Stellung erforderlichen Mittel vorhanden sind; sonst könnte kein Reich oder Staat Bestand haben, da durch die Regellosigkeit des Besitzes die meisten Staaten zugrunde gehen, wie der Philosoph (Aristoteles) sagt. Das mosaische Gesetz wandte zur Regelung des Eigentums ein dreifaches Heilmittel an: eines, wonach der Besitz nach der Kopfszahl gleichheitlich verteilt wurde . . . Das zweite Heilmittel verhindert die dauernde Veräußerung des (Grund-) Besitzes, sieht vielmehr für eine bestimmte Zeit dessen Heimfall an die früheren Eigentümer vor, damit keine Mißordnung in der Besitzverteilung eintrete.

Ein drittes Heilmittel zur Fernhaltung einer solchen Mißordnung regelt die Erbfolge dahin, daß zuerst die nächsten Angehörigen in den Besitz der verstorbenen eintreten . . . Wie der Philosoph sagt, trägt die richtige Verteilung des Grundbesitzes viel zur Erhaltung des Staates oder Volkes bei.

Deshalb war es, wie er selbst sagt, in vielen heidnischen Staaten Gesetz, daß jemand seinen (Grund-)Besitz nur bei nachgewiesenem eigenen Schaden verkaufen konnte. Wenn nämlich der Besitz allgemein verkauft werden kann, kann aller Grundbesitz leicht in wenige Hände kommen, und dann wird notwendig ein Staat oder Gebiet entvölkert werden!“

IV.

Das Zeitalter des Merkantilismus.

Eine gänzliche Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse brachte das Zeitalter der Erfindungen und Entdeckungen. Es läßt sich diese Zeit des 15. und 16. Jahrhunderts etwa mit dem Aufschwung vergleichen, den die Rußbarmachung der Dampfkraft und der Elektrizität, die Erschließung der Goldfelder Kaliforniens, Australiens und Südafrikas in unserem Zeitalter herbeigeführt haben.

Die Erfindung des Schießpulvers (um 1350) bahnte langsam, aber unabwendbar das Ende des gesamten Feudalsystems an. Der letzte Knecht mit einer Feuerbüchse wurde dem schwerbewaffneten Ritter überlegen. Der Kriegsdienst war nicht mehr „qualifizierte“ Arbeit; er wurde Massenbetrieb. Wer die meiste Bedienung für Flinten und Kanonen hatte, der gewann die Macht.

Die Erfindung der Buchdruckerkunst (um 1450) befruchtete natürlich die Ausbreitung der Bildung und damit auch die wirtschaftlichen Verhältnisse in ungeahnter Weise.

Die Erfindung des Kompasses (um 1300) löste die Schifffahrt von den Küsten und ermöglichte zuerst die Fahrt über das freie Meer. Die Entdeckung des lange gesuchten Seeweges nach Ostindien (1498) gestaltete die wichtigsten Handelsbeziehungen um. Die Nachricht, daß vier Schiffe aus Indien

in Lissabon gelandet seien, ließ — wie Macchiavelli nach Florenz berichtete — auf dem Markte von Venedig sofort den Preis aller indischen Gewürze auf die Hälfte herabgehen. Dazu kam, daß der Landweg nach Indien durch die Fortschritte der Türken (Eroberung Konstantinopels 1453) für den Handel immer mehr ausgeschaltet wurde.

Die Entdeckung Amerikas (1492) und die Erschließung der Gold- und Silberschätze von Peru und Mexiko (um 1520) führten eine vollständige Revolutionierung in der Preisbildung herbei. So stellte Baudin im Jahre 1574 in seinen „Discours“ fest, daß in den letzten 70 Jahren in Frankreich die Preise der Grundstücke um das Sechsfache gestiegen seien!

Am unmittelbarsten wirkte die Neugestaltung auf Spanien, das Hauptkolonialland jener Zeit. Hier hatte schon die Vereinigung der Königreiche Kastilien und Aragon und die Eroberung von Granada einen zentralisierten Staat eingerichtet, dessen Einnahmen in den wenigen Jahren 1472—1485 um fast 600 % stiegen.

Nun flutete der Goldstrom aus Amerika über dieses Land.

Spanien wurde der mächtigste Staat der Welt. Auch auf dem Gebiete der Kunst und Poesie brach eine beispiellose Glanzzeit an. Aber der Goldreichtum wurde zu einer Quelle des Verderbens. Alle Vorteile der sich neu bildenden Handelsbeziehungen sollten Spanien vorbehalten werden. Die Produkte der Kolonien durften nur nach dem Mutterlande gebracht werden. Selbst die Kolonien untereinander durften keinen Handel treiben. Alle Waren mußten ihren Weg über Spanien nehmen. Die Gewerbe und die Landwirtschaft aber wurden vernachlässigt. Der Goldüberschuß, verbunden mit dem künstlich aufrechten spanischen Handelsmonopol, führten zu unnatürlichen Preisen. So kosteten zeitweise in den Kolonien ein paar Stiefel 100 Dukaten!

Solche Zustände konnten sich natürlich nicht dauernd halten. Als die Schätze von Mexiko und Peru ausgeraubt waren, brach dieser ganze Glanz zusammen. Schon unter Philipp II. (1556—1598) stieg das jährliche Defizit des spanischen Haushaltes auf 9 000 000 Dukaten. Diese Geldnot war es, die die spanische Herrschaft zu dem unerhörten Vorgehen in den Niederlanden trieb. „Der König hoffte,“ sagt ein zeitgenössischer Historiker, „hier durch Güterkonfiskationen ein zweites Indien zu gewinnen.“ Herzog Alba, der 1567 als Statthalter nach Brüssel geschickt wurde, gab seinem Könige das Versprechen, einen „Goldstrom von Elientiefe“ aus den Niederlanden nach Spanien zu leiten. Um das zu können, forderte er eine Steuer von 10 % bei jedem Kauf und Verkauf von beweglichen Sachen. Das war eine Steuer, die in einem Lande, in dem Gewerbe und Handel blühten, einfach eine Unmöglichkeit bedeutete. Wie wenig dieser ganze volkswirtschaftliche Streit im tiefsten Grunde mit Religionsmeinungen zu tun hatte, zeigt der Umstand, daß ein Teil der katholischen Geistlichkeit Einspruch gegen diese Albaschen Steuerpläne erhob unter Berufung auf die päpstliche Bulle „In coena Domini“, die das Besteuern der Geistlichkeit ohne Zustimmung der Kirche verbietet. Alba ließ die protestierenden Priester einfach ins Gefängnis werfen. Es brach ein allgemeiner Aufstand aus, und Spanien verlor durch diese Finanzpolitik die industriell und merkantilistisch höchststehenden Teile des Reiches.

In Frankreich hatte schon Franz I. (1515—1547), nachdem er im Waffengang gegen Karl von Spanien unterlegen war, der gewerblichen und industriellen Erziehung seines Volkes große Aufmerksamkeit zugewandt. Er berief italienische Künstler von erstem Ruf, Leonardo da Vinci, Benvenuto Cellini u. a., zu dem ausgesprochenen Zweck, begabte Handwerker im Kunstgewerbe zu unterweisen. In bewußtem Gegensatz

zur spanischen Raubbaupolitik legen Heinrich IV. (1589—1610) und sein großer Minister, der Herzog von Sully, alles Gewicht auf die Pflege des Landbaues. Das Wort des Königs: „Ich will nicht eher ruhen, bis jeder Bauer am Sonntag sein Huhn im Topfe hat“ und des Ministers Worte: „Ackerbau und Viehzucht sind die wahren Minen von Peru, die beiden Nährbrüste des Staates“ sind des Zeugnis.

Wie überall, so drängte auch in Frankreich die Entwicklung zur Zentralisation der Staatsgewalt. Das städtische Bürgertum brauchte Raum gegenüber dem Adel und dem Klerus. Es berührt eigentümlich, in der letzten Tagung der französischen Generalstände vor der französischen Revolution, im Jahre 1614, den dritten Stand den König geradezu anrufen zu hören, das absolute Regiment mit seinen äußersten Konsequenzen durchzuführen:

„Seine Majestät wird gebeten, als unveräußerliches und allgemein gültiges Staatsgrundgesetz Folgendes beschließen und verkünden zu lassen: Der König ist souverän in seinem Lande. Er hat seine Krone von Gott allein. Es gibt daher keine Macht auf Erden, sei sie geistlich, sei sie weltlich, welche irgend ein Recht auf sein Reich habe; geschweige, daß sie unter irgend einem Vorwande die geheiligten Personen unserer Könige des Landes berauben und ihre Untertanen vom Eide der Treue entbinden können.“

170 Jahre später, als die Generalstände wieder zusammentraten, lautete der Wille des dritten Standes bekanntlich wesentlich anders.

Der Gang, der die wirtschaftliche Entwicklung zu jener Katastrophe führte, aber zeigte zunächst noch eine aufwärts steigende Bahn. Die großen Minister Richelieu (1624—1642), Mazarin (1642—1661) und vor allem Colbert (1662—1683) haben Außerordentliches geleistet. Die Maßnahmen des letzteren

sind geradezu typisch für die Verwaltungsgrundsätze dieses Zeitalters geworden, so daß man das volkswirtschaftliche System dieser Epoche, das gewöhnlich als das merkantilistische bezeichnet wird, auch Colbertismus nennt. —

In Deutschland gewannen zunächst einzelne Handelshäuser großen Anteil an dem Reichtum der neuen Welt. Die Welser eroberten Venezuela und machten es zur ersten deutschen Kolonie. Die Fugger erwarben das Quecksilbermonopol in Amerika. Da es aber nicht gelang, einen einheitlichen zentralisierten deutschen Staat aufzurichten, so blieben alle diese Versuche ohne große nationale Unterstützung und mußten aufgegeben werden. Es gab zeitweise tausend Landesherren auf deutschem Reichsgebiet, die das Recht hatten, an ihren Grenzen Zölle zu erheben. Die deutschen Ströme, zumal der Rhein, waren durch Ketten gesperrt, damit kein Schiff sie ohne Zoll befahre. Dazu kam der Verfall des deutschen Bergbaues, der bis dahin fast ganz Europa mit Edelmetallen versehen hatte. Die Schätze Perus und Mexikos machten ihn unrentabel. Damit ging auch die bis dahin blühende Edelmetallindustrie in Deutschland zurück. Mit dem Niedergang des Gewerbes wuchs in den Zünften Sorge und Angst, Neid und Eifersucht. Man scheute jeden Fortschritt.

So wurde in Nürnberg 1572 einem Meister des Fingerringhandwerks, der ein „sonderes neues Drehrad, ihm und seiner Arbeit zum Vorteil, aber anderen Meistern zu schaden, erfunden und gebraucht hatte“ auf Antrag seiner Zunftgenossen jeder weitere Gebrauch unter „starker Strafe“ untersagt. Ein Radlermeister, der ein Reibzeug erfunden hatte, erhielt 1585 unter Androhung von 50 Gulden Strafe den Befehl, daselbe „alsobald wegzutun, nicht mehr zu gebrauchen, viel weniger hier oder auswärts in dem Gebrauch desselben zu unterweisen“.

Dazu trat, als für die deutsche Volkswirtschaft entscheidend

hinzu, daß die Kolonisation im Osten aufhörte. Das „Freiland“, das bisher eine Entwicklung der Grundrente in Stadt und Land unmöglich gemacht hatte, wurde verschlossen, und das änderte alle wirtschaftlichen Bedingungen.

In dieser Zeit fiel für die wirtschaftliche Praxis das Hauptstück des mittelalterlichen kanonischen Rechts, das Verbot des Zinsnehmens. Der aus der Reformationsgeschichte bekannte Dr. Eck war einer der ersten, der in wissenschaftlicher Disputation, im Sinne der Jurger, wenn nicht in ihrem Auftrag, einen Satz von 4–5 % Zins als christlich erlaubt verteidigte.

Luther selbst stand zunächst fest auf dem alten Boden. In seinem Sendschreiben „An den deutschen Adel von des christlichen Standes Besserung“ (1521) heißt es:

„Aber das großist unglück deutscher Nation ist gewißlich der zynskauff: wo der nit were, mußt mancher sein seyden, sammet, guldenstück, specerey und allerlei prangen wol ungekauft lassen. Er ist nit vil über hundert jar gestanden und hat schon fast alle fursten, stift, stat adel, und Erben in armut, jamer und Verterben bracht . . . Fürwar, es mußt der zynskauff ein figur und antzeygen seyn, daß die Welt mit schweren sunden dem teuffel verkauft sey.“

Anderß urteilte er allerdings einige Jahre später in einem Schreiben an die Danziger Gemeinde vom 5. Mai 1525, indem er einen Zins von 5 % nicht für zu hoch hält, wenn er amtlich durch die Obrigkeit festgesetzt werde. Man müsse eben beachten:

„Das Evangelium ist ein geistlich Gesetz, danach man nicht regieren kann, sondern dasselbe jeglichen für sich selbst stelle, ob er es tun oder lassen werde. Und man kann und soll auch niemand dazu zwingen, gleich als zum glauben, denn hie nicht das Schwert, sondern der geist gottes lehren und regieren muß. Darumb soll man das geistliche Re-

giment des Evangelii ferne scheidenden von eufferlich weltlich Regiment und ja nicht durch einander mischen."

Ausdrücklich rechtfertigte Calvin das Zinsnehmen. In einem Briefe an seinen Freund Dekolampadius bestritt er, daß die Heilige Schrift das Zinsnehmen absolut verbiete. Das alte Argument „Geld könne nicht Geld erzeugen“ nennt er „trop frivolle“. Wenn man sich für Geld Boden kaufen könne, der seine Früchte bringe oder aber Bodenzins, wenn man sich ein Haus kaufen könne und jährlich daraus Miete gewinnen, so müsse man auch den Zins als rechtmäßig anerkennen. —

Die Zeit des Übergangs von der Natural- zur Geldwirtschaft führte natürlich zu den größten Erschütterungen im Wirtschaftsleben des Volkes. Man versuchte mit allen Mitteln die Entwicklung, wie sie die großkapitalistischen Handelsunternehmungen zeigten, zu hemmen und zurückzudrängen. So enthält die sogenannte „Reformation“ Friedrichs III. (1440—1493) die Bestimmung, daß kein Kaufmann ein größeres Geschäftskapital haben dürfe, als 10 000 Gulden. Alles überschießende Kapital sollte einfach vom Reiche beschlagnahmt werden, wenn der Kaufmann nicht freiwillig den Überschuß der nächsten Obrigkeit darbiete und sich mit einem Zins von 4 % begnüge. Die Behörden sollten dann diesen Überschuß der Reichen an arme Gewerbetreibende und Kaufleute zu 5 % wieder ausleihen.

Der vom Wormser Reichstag (1521) zur Prüfung dieser Fragen eingesetzte Ausschuß gab einen Bericht über die Handelshäuser und ihre Versuche, die Preise, namentlich die der Gewürze, willkürlich zu bestimmen. Es heißt darin:

„Item obgemeldete Monopolia, Vereinigung, Verpindtung, Gesellschaft und ihr Verkauf, wirdest allein allererst igo dem gemeinsam Nutzen unseidlich und untreglich erfunden, sondern sind dieselben wie vor durch den römischen

Kaiser und Rechtseher und sonderlich durch den loblichen Kaiser Justiniano dem gemeinen Nutzen als schädlich, verderblich und sträflich geacht und erkannt, daß dieselben Uebertreter (Uebertreter) alle ihre Güter verloren und dazu außerhalb ihrer Wohnung in ewiges Elend verurtheilt sein sollen, als geschrieben steht lege Vinca Cod. de Mono. Auch Honorius und Theodosius haben . . . die schädlich Kaufmannschaft verboten, damit das gemeine Volk leichter bei den Kaufleuten kaufen könne. . . Dieser reichen Gesellschaften eine schädigt des Jahr's gemeinen Nutzen viel mehr als alle andere Straßenräuber und Diebe."

Der Vorschlag des Ausschusses, bestimmte Höchstpreise für die wichtigsten Waren ein für allemal festzusetzen, wurde zwar nicht angenommen, wohl aber erging ein ordnungsgemäßer Beschluß, wonach jede Handelsgesellschaft im deutschen Reichsgebiete, welche über 50 000 Gulden Kapital besitze, sich in spätestens $1\frac{1}{2}$ Jahren aufzulösen habe, — ein Beschluß, der an dem geschlossenen Widerstand der Reichsstädte und noch mehr an den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung scheiterte.

Diese Zeit des Auflösens aller alten wirtschaftlichen Verhältnisse war natürlich besonders schmerzvoll für die arbeitende Bevölkerung. Aus ihr heraus erwuchs der deutsche Bauernkrieg (1525), dessen Wesen am besten zu ersehen ist aus den berühmten zwölf „grundlichen und rechten Hauptartikeln aller Bauernschaften und Untersassen, der geistlichen und weltlichen Obrigkeiten, von welchen sie sich ganz hart und hoch beschwert vermeinen."

Ihre wesentlichen Forderungen waren:

1. Aufhebung der Leibeigenschaft, da wo sie noch vorhanden oder neu eingeführt ist.
2. Frondienste, Zehnten und Sterbefallabgabe sollen billig geregelt werden. Gerichtliche Strafen und Bußen sollen nicht willkürlich erhöht, sondern nach dem Herkommen bemessen werden.

3. Freiheit der Jagd auf Wild, Vögel und Fische im fließenden Wasser. Es sei denn, daß jemand urkundlich beweisen kann, er habe fließendes Wasser erkaufte.

4. Wälder, Wiesen und Äcker, die Gemeinde-eigentum gewesen sind, sollen der Gemeinde wieder zufallen und nicht von einem einzelnen als Privateigentum beschlagnahmt werden.

Luthers Schrift „Wider die mörderischen Rotten der Bauern,“ in der er auffordert, man solle sie „zerschmeißen, würgen und stechen, heimlich und öffentlich, wie man einen tollen Hund totschlagen muß“, in der er der Obrigkeit, die hier zaudere, vorwarf, daß sie Sünde tue, in der er den Fürsten und Herren verheißt, „bleibst du darüber im Kampfe gegen die Bauern tot, wohl dir, seligeren Tod kannst du nimmer einkommen“, ist ein eigenartiges Dokument, das deutlich zeigt, wie sehr die Reformation in Deutschland die absolute Fürstengewalt begünstigte.

Bald sind die Rechte des Volkes, des Adels und der Städte gebrochen und das souveräne Landesfürstentum richtet überall zentralisierte Staatsgebäude auf. Jetzt erst wird eine Staats- und Volkswirtschaft im modernen Sinne möglich.

Diese ganze Zeit des Überganges hatte Fürsten und Völkern die Wahrheit gelehrt, daß die Existenz der Staaten nicht sowohl von verbrieften Rechten, als von realer Macht abhängt. Wer Macht in die Waagschale werfen konnte, dessen Wort galt. Das Kriegführen aber war durch die Erfindung des Schießpulvers zu einem großen kapitalistischen Unternehmen geworden. Schon Sebastian Frand (1499—1542) klagte: „Es kostet ein Krieg jetzt wohl mehr bis man ansieht und mit dem Gefind hinausrüstet, als ehemals, bis man ihn vollendet.“ — Die Söldnerheere waren ein sehr teures Werkzeug.

— kein Schweizer“, kein Geld — keine Söldner, und keine Söldner — keine Macht.

Und wenn nach dem 30jährigen Kriege der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1640—1688) auf den Gedanken kam, ein stehendes Heer einzurichten, so war allerdings eine gewisse Ersparnis dadurch möglich, daß man zu solchem stehenden Heere in erster Reihe Landesfinder heranzog, die man dem Dienstzwang unterwerfen konnte. Aber auf der anderen Seite wurde das Heerwesen dadurch wesentlich verteuert, daß es nicht nur in Krieges-, sondern auch in Friedenszeiten erhalten werden mußte.

Wie sind die Mittel zu gewinnen, um die Machtmittel des Staates möglichst auszubauen? Das ist die Frage, die die Fürsten, die Staatsmänner ebenso wie die Gelehrten, die Theoretiker nach dem 30jährigen Kriege in Deutschland in erster Reihe beschäftigte.

Und die Antwort, die darauf in Deutschland und in Holland, in Frankreich und in England gefunden wurde, war das sogenannte Merkantilssystem (Merkantil = was mit dem Handel zusammenhängt).

Es wird als System von keinem Schriftsteller zusammenfassend vertreten. Man muß seine Hauptsätze aus einzelnen theoretischen Abhandlungen und noch mehr aus der Praxis der Staatsmänner und Fürsten ableiten.

Scharf wurde überall das Recht und die Pflicht des Staates betont, die Volkswirtschaft nach allen Seiten zu beeinflussen, zu ordnen, zu regeln, zu heben. Alles Eingreifen der staatlichen Gewalt aber wurde durch einen Gedanken bestimmt: Die Erwerbung einer möglichst großen Machtstellung des Staates, im besonderen die Stärkung der Wehrkraft!

Daraus ergibt sich das doppelte Ziel aller merkantilistischen Staatsweisheit: möglichst viel Menschen und möglichst viel Geld

Die Vermehrung der Menschen wollte man im wesentlichen auf zwei Wegen erreichen. Zunächst wandte man alle Mittel an, um Einwanderer ins Land zu ziehen.

Es ist bekannt, welchen Gewinn z. B. Brandenburg-Preußen aus dieser Politik gezogen hat. Der große Kurfürst rief Hugenotten und niederländische Ansiedler ins Land. Er selbst aber gab seinen Untertanen die Auswanderungsfreiheit nicht. Brandenburgische Untertanen, die auf Befehl aus dem Auslande nicht sofort zurückkehrten, wurden von ihm mit ewigem Kerker, ja mit dem Tode bedroht. Friedrich Wilhelm I., der die Salzburger ins Land zog, setzte auf die Auswanderung aus Litten und die Verleitung zur Auswanderung die Todesstrafe.

Colbert, der geniale französische Staatsmann, dessen Steuerverwaltung Ludwig XIV. seine Machtstellung verdankte, machte sich kein Gewissen daraus, Arbeiter, die auswandern wollten, einfach in Haft zu nehmen, bis die Auswandererschiffe den Hafen verlassen hatten. Fabrikanten, welche für das heimische Steuerwesen wertvoll erschienen, ließ er einfach ins Gefängnis werfen, wenn sie im Verdacht standen, auswandern zu wollen. Um Sklaven für die Ruderbänke der Schiffe zu gewinnen, ordnete der sonst so sittenreine Colbert kalten Blutes an, „man müsse jetzt Einfälle in die barbarischen Länder zu veranstalten suchen, um Sklaven zu gewinnen“.

Der zweite Weg zur Menschengewinnung war eine staatliche Förderung der Bevölkerungsvermehrung.

Colbert schlug zu diesem Zwecke vor:

1. Jeder Familienvater, welcher zwölf Kinder hat, wird von allen „tailles“ befreit;
2. die „femmes des gentilshommes“ mit zehn Kindern erhalten 1000 Lir. Pension, mit zwölf Kindern 2000.
3. Jede jugendliche Person, welche vor dem 20. Jahr

heiratet, braucht keine „taille“ zu zahlen bis zum vollendeten 25. Jahr.

4. Jeder Ledige im Alter von 20 Jahren muß „taille“ zahlen.

Ähnlich war die Gesetzgebung in anderen Staaten, wo man oft noch durch eine besondere „Hagestolzensteuer“ das Nichtheiraten einzudämmen suchte.

Demselben Zwecke diente in Berlin eine Steuer auf ledige „Frauenzimmer“, die im Jahre 1705 eingeführt wurde. Danach mußte das höchste Edelfräulein wie die niedrigste Dienstmagd ihre Ehelosigkeit vierteljährlich mit 6 Groschen versteuern! —

Neben der Sorge um eine möglichst große Bevölkerung wurde es als Hauptaufgabe betrachtet, möglichst viel Reichtum für das Land zu gewinnen. Diesen Gedanken betont namentlich auch der bedeutendste deutsche Merkantilist *Veit Ludwig von Seckendorf* in seinem „*Teutschen Fürstenstaat*“ (1655), übrigens dem ersten staatswissenschaftlichen Werke in deutscher Sprache:

„Auf der Menge wohlgenährter Leute besteht der größte Schatz des Landes.“

Ausführlich schildert den Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Menschenpolitik *Johann Joachim Becher* um 1660 in seinem einst viel gelesenen „*Politischen Diskurs von den eigentlichen Ursachen des Auf- und Abnehmens der Städte, Länder und Republiken*“; in specie, wie ein Land volkreich und nahrhaft zu machen, und in eine rechte Societatem civilem zu bringen“:

„Es ist aber nicht genug, die Populierung und Volkreichmachung einer Stadt oder eines Landes, wenn die Nahrung nicht dabei ist. Denn damit eine volkreiche Versammlung bestehen könne, muß sie zu leben haben, ja eben dieses letztere ist ein Anfang des ersten. Die Nahrung,

sage ich, ist ein Angel oder Hamen, wodurch man die Leute herzulockt; denn wenn sie wissen, wo sie zu leben haben, da laufen sie hin, und je mehr hinlaufen, desto mehr können von einander leben. Und das ist die andere Grundstaatsregel, nämlich um ein Land volkreich zu machen, demselben gute Verdienste und Nahrung zu verschaffen . . .“

Daß der Reichtum eines Landes im wesentlichen in der Summe der im Lande aufgehäuften Edelmetalle bestehe, war eine weitverbreitete Ansicht. Freiherr von Schröter sprach in seiner „Fürstlichen Schatz- und Rentenkammer“ (1686) nur eine fast allgemein herrschende Anschauung aus, wenn er sagte:

„Ein Land wird nur reicher, je nachdem entweder aus der Erde oder aber aus andern Ländern mehr Gold und Silber hereingebracht wird, und so viel ärmer, als ohne Äquivalent hinausläuft.“

Die Gewinnung von Reichtum, im engeren Sinne von Geld, ist das zweite Ziel, für das die neuen Nationalstaaten ihre Fürsten- und Beamtenmacht einsetzten. Selbst die Versuche, auf dem Wege der Alchemie Goldquellen zu erschließen, die wir an fast allen Höfen finden, hängen mit dieser Grundauffassung zusammen. Volkswirtschaftlich ins Gewicht fallen zunächst die Versuche, die Gold- und Silberminen wieder auszubauen, selbst mit unverhältnismäßiger Aufwendung von Arbeitskraft. Die Ausfuhr von Edelmetallen war aus den meisten Ländern bei schwerster Strafe verboten. In Frankreich stand unter Colberts Regiment auf solcher Ausfuhr die Todesstrafe.

Der zweite Weg zur Gewinnung des erstrebten Nationalreichtums war die Regelung des Handels. „Der Handel,“ sagt Colbert, „ist der Prinzipalspunkt, der einen Staat in Ordnung, Glanz und Reichtum erhält.“ Dieser Handel sollte

eine zweifache Aufgabe lösen: den eigenen Staat reich machen, zu gleicher Zeit aber auch den Nachbar schwächen. Denn das war ein Grundgedanke dieser ganzen Epoche, daß ein Staat nur gewinnen könne, wenn der andere in demselben Maße verlöre. Colbert sagt:

„Der Handel hat deshalb die große Bedeutung für den Staat, weil er den Reichtum hineinzieht und die Fremden verarmen läßt.

Es schien deshalb alles darauf anzukommen, eine sogenannte günstige „Handelsbilanz“ zu gewinnen. Man setzte Volkswirtschaft gleich Einzelwirtschaft und schloß etwa so: Wenn ein Bauer, Handwerker, Geschäftsmann viel zukaufte und wenig verkaufte, so wird er unfehlbar verarmen; denn viel Ausgaben und wenig Einnahmen führen zur Verminderung des Besitzes. Genau so sei es auch mit den Staaten: Wenn ein Volk viel fremde Waren kauft und wenig eigene verkauft, so geht das Geld aus dem Lande und das Volk verarmt. Die merkantilistisch gesinnten Staatsmänner erstrebten deshalb als Ziel, daß ihre Staaten möglichst viel verkaufen konnten, und möglichst wenig vom Auslande einzukaufen brauchten. Es wurde deshalb die Einfuhr im wesentlichen auf unentbehrliche Rohstoffe beschränkt. Die Einfuhr von Manufakturwaren wurde vielfach gänzlich verboten.

So verbot der Große Kurfürst von Brandenburg die Einfuhr von Kupfer- und Messingwaren. Fremde Tücher durften nach Brandenburg nur eingeführt werden, wenn die Elle mindestens $1\frac{1}{2}$ Reichstaler kostete. Die Ausfuhr von Rohstoffen wurde dagegen untersagt, damit die Manufakturen im Lande selbst billiges Arbeitsmaterial behielten. So wurde in Brandenburg unter dem Großen Kurfürsten die Ausfuhr von Leder, Häuten, Fellen, Silber absolut ver-

boten. Friedrich Wilhelm I. bedrohte 1723 aus dem gleichen Grunde jede Ausfuhr von Wolle mit einer Strafe von 10 Talern pro Pfund. Wollhändler und Juden sollten sogar für jede Wollausfuhr an den Galgen gehängt werden.

Eng zusammen mit dieser Handelspolitik hängt das Bestreben, sich die Rohstoffländer selbst zu sichern. Das führte zu einer Kolonialpolitik, wie sie neben Spanien und Portugal namentlich von Frankreich, England und Holland getrieben wurde. Eine große Handelsflotte war dazu die erste Voraussetzung, eine starke Kriegsflotte zu ihrem Schutz die nächste Forderung. Selbst der Große Kurfürst mit seinem armen Brandenburg und der ungünstigen Küste schuf eine verhältnismäßig stattliche Flotte. Alle Beamten und Offiziere mußten die Hälfte ihres ersten Gehaltes in eine besondere Marinekasse zahlen, und die brandenburgische Flotte wuchs in der Tat auf 10 Kriegsschiffe mit etwa 300 Kanonen. Bekannt ist auch die Gründung der ersten afrikanischen Kolonie unter dem Großen Kurfürsten. Allerdings war dieser Versuch ein verfrühter. Der Große Kurfürst hat selbst gestanden, daß jeder Dukaten aus afrikanischem Golde ihm mindestens 2 Dukaten Unkosten verursacht habe. Friedrich Wilhelm I., bei dem das nüchterne Rechnen obenan stand, hat denn auch diese Kolonien gegen bares Geld an Holland verkauft!

Frankreich gewann seine großen amerikanischen Kolonien, und unter Colbert stieg die Zahl der Schiffe ersten Ranges von 3 auf 32, die Gesamtzahl der französischen Kriegsschiffe von 30 auf 267!

Welche Bedeutung eine starke Kriegsflotte für die Aufrechterhaltung des Seehandels besaß, zeigt die merkantilistische Maßregel, die am folgereichsten für die Gestaltung des europäischen Handels wurde: Cromwells „Navigationsakte“ vom Jahre 1651. In jener Zeit war Holland die erste Seemacht

der Welt; mehr als $\frac{3}{4}$ der gesamten europäischen Handelsflotte war in seinem Besitz. Da erließ der große „Lord-Protektor von England“ sein berühmtes Schiffsahrtsgesetz:

1. Die Fischerei darf in den englischen Küstengewässern nicht von fremden Fahrzeugen ausgeübt werden.

2. Der Transport zwischen England und seinen Kolonien darf nur in englischen d. h. solchen Schiffen geschehen, deren Eigentümer und Bemannung zum mindesten zu Dreivierteln aus geborenen Engländern bestehen.

3. Der englische Warenverkehr mit den europäischen Ländern darf nur direkt, d. h. mit den Schiffen des betreffenden Landes oder mit englischen Fahrzeugen, geschehen. Jeder Zwischenhandel ist ausgeschlossen.

4. Ausländische Kaufleute zahlen den doppelten Zoll für ihre nach England gebrachten Waren wie inländische Geschäftsleute.

Alle von den englischen Kolonien ausgeführten Produkte müssen nach englischen Häfen verschifft werden.

Holland griff zu den Waffen, um dieses für seine Weltmachtstellung so verhängnisvolle Gesetz zu beseitigen. Aber da es in dem Kriege sieglos blieb, mußte es die Navigationsakte anerkennen. Das Fundament der englischen Seeherrschaft war gelegt. —

Um recht viel Waren an das Ausland verkaufen zu können, mußten natürlich möglichst viel Waren im Inlande hergestellt werden. Die Herstellung von Waren zum Verkauf wurde von Staats wegen außerordentlich begünstigt. Jetzt kam die Zeit der großen Manufakturen, in denen eine große Anzahl von Arbeitern für einen Unternehmer mit streng durchgeführter Arbeitsteilung unter Aufsicht tätig war. Von der modernen Fabrik unterscheiden sich solche Manufakturen durch das Fehlen der Maschinen. Solche Manufakturen ins Leben zu rufen und lebensfähig zu erhalten, galt als eine der wichtigsten Aufgaben aller Staatskunst. Man zog geschickte Arbeiter

aus anderen Ländern mit großen Kosten herbei. Man scheute nicht vor Bestechung zurück, um Gewerbegeheimnisse zu erfahren.

Colbert zog Eisenarbeiter aus Nürnberg, Spiegelarbeiter aus Venedig, Strumpfwirker aus England, Tuchfabrikanten aus Holland ins Land. Als aber ein Seidenfabrikant aus Lyon die Kenntnis eines gewissen Verfahrens nach Italien verkaufen wollte, wurde er mit Zustimmung Colberts ins Gefängnis geworfen. Friedrich Wilhelm I. von Preußen befahl 1723, daß keine Hörterfrau, die nicht eine gewisse Menge Wolle verspinne, auf den Straßen von Berlin Waren feilhalten dürfe.

Die Manufakturen sollten ihre Waren möglichst billig herstellen, um die Konkurrenz der anderen Länder zu besiegen. Von diesem Gesichtspunkte aus wurde die Ausfuhr von Getreide aus den meisten Ländern verboten, damit das Brot für die Arbeiter unter allen Umständen billig bliebe. Dafür war aber den Arbeitern auch, oft bei schwerer Strafe, verboten, eine Lohn-erhöhung, die vielleicht die Produktionskosten steigern könnte, zu fordern. Man ging sogar soweit, die Kinderarbeit, weil sie die billigste war, staatlich zu begünstigen. Colbert setzte sogar Prämien aus, „um Väter anzutreiben, ihre Kinder in die Manufakturen zu schicken“.

Den Absatz der gewerblichen Tätigkeit suchte man im In- und Auslande in jeder Weise zu heben. Wieweit die staatliche Sorge dafür ging, zeigt z. B. die preussische Trauer-verordnung vom Jahre 1716, die ganz naiv ausführt, daß das lange Trauern nicht gestattet werden könne, weil dadurch der Gebrauch und der Absatz bunter wollener Gewänder Schaden leide. In England gab Karl I. (1625—1649) ein Gesetz, nach dem Leichen nur begraben werden durften, wenn sie in wollene Saken gehüllt wären. Damit das Parlament sich stets die Bedeutung der Wollmanufaktur vor Augen halte,

wurde es dem Lordkanzler zur Pflicht gemacht, stets auf einem Wollsack sitzend die Parlamentsitzungen zu leiten. Bis zum heutigen Tage heißt deshalb der Sitz des Lord Chancellor im englischen Oberhause „woolsack“.

Um die Ledermanufaktur zu heben, wurde in Preußen unter Friedrich Wilhelm I. das Tragen von Holzschuhen einfach verboten. Jeder Beamte oder Rittergutsbesitzer, der das Tragen von Holzschuhen bei seinen Untergebenen duldete, sollte eine Strafe von 200 Dukaten wegen dieser Vernachlässigung der einheimischen Ledermanufaktur erdulden.

Einen Schritt weiter gingen die Staaten, die jedem Untertanen vorschrieben, wieviel er von einzelnen gewerblichen Erzeugnissen zu kaufen hätte. Selbst Friedrich der Große bestimmte noch, daß z. B. die jüdische Gemeinde zu Potsdam jährlich für 300 Taler Waren aus der königlichen Porzellanmanufaktur zu kaufen habe.

Wie sehr der Gedanke der „staatlichen Wohlfahrtspolizei“ mit seiner Beschränkung jedes individuellen Handelns von der öffentlichen Meinung getragen wurde, zeigen die Ausführungen des bekannten Philosophen Christian Wolf (24. Januar 1679—9. April 1754). Wolf selbst wurde um seiner philosophischen Anschauungen willen von Friedrich Wilhelm I. seiner Professur in Halle entsetzt und ihm bei Todesstrafe befohlen, die preußischen Staaten zu verlassen. Unter Friedrich II. kehrte er zurück und starb als Kanzler der Universität Halle. Selbst dieser freigerichtete Philosoph führt in seinem einst viel gelesenen Buche „Bernünftige Gedanken von dem Gesellschaftsleben der Menschen und insonderheit dem gemeinen Wesen oder Buch über die Politik“ (1725) Grundsätze aus, die jede Selbstbestimmung der Menschen aufheben:

§ 275. „Die Anzahl der Inwohner wird vermehrt, entweder durch Erzeugung der Kinder oder durch Nieder-

lassung der Fremden im Lande, und durch Fristung des Lebens aller zusammen. Derowegen, wo man darauf zu sehen hat, daß die Anzahl der Inwohner vermehrt werde, hat man vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß Manns- personen bald in den Stand kommen, Weib und Kinder zu ernähren, und diejenigen, so in dem Stande sind, dazu angehalten werden, daß sie bei Zeiten heiraten.

§ 276. „Weil man verbunden ist, dafür zu sorgen, daß in einem Lande so viele Untertanen sind, als zur Beförderung der gemeinen Wohlfahrt und Sicherheit des Landes erfordert wird, so darf man auch nicht verstaten, daß einige nach ihrem Gefallen aus dem Lande ziehen, und sich anderswo niederlassen.“

§ 282. „Da nun nicht möglich ist, daß alle genug Arbeit haben, so viel nämlich, als zu ihrem Unterhalt erfordert wird, wenn in einem gewissen Stande, er mag Namen haben wie will, z. E. in einem Handwerk, der Leute zu viel werden, so hat man auch die Anzahl in jedem Stande, nach Erforderung der Umstände zu determinieren.“

§ 331. „Damit nun im Kaufen und Verkaufen aller Betrug desto leichter vermieden werde, so müssen nicht allein die Waren, die man zu verkaufen hat, besehen werden, ob sie tüchtig sind, oder nicht, sondern man muß ihnen auch einen gewissen Preis setzen, dabei beides, Käufer und Verkäufer, bestehen kann. Wenn dieses nicht geschieht, so können diejenigen, welche die Waren nicht verstehen, leicht betrogen, oder doch wenigstens in dem Preise überseht werden, und die Verkäufer können ohne Not Teurung machen, wenn die Käufer die Waren nötig haben.“

§ 334. „Es sind nicht allein reiche Leute zu arbeiten, sondern, wenn sie dazu geschickt sind, auch Wissenschaft und Künste zu verbessern und zu erweitern verbunden. Derowegen soll man zusehen, daß nicht leicht im gemeinen Wesen Leute geduldet werden, die von bloßen Zinsen oder auch

anderen Renten leben, wenn sie entweder ihrem Stand gemäße Arbeit zum gemeinen Besten verrichten, oder Wissenschaften und Künste in Aufnahme zu bringen geschickt sind."

§ 384. „Da man zur Notdurft des Leibes Speise, Trank und Kleidung braucht, auch ein jeder verbunden ist, bei Nahrung und Kleidung sich nach seinem Stande zu richten, so hat man nicht allein zu veranstalten, daß ein jeder alles dasjenige für einen billigen Preis haben kann, was er zu seiner Nahrung und Kleidung braucht, sondern auch darauf Acht zu haben, daß sich niemand, weder im Essen und Trinken, noch in Kleidung über seinen Stand erhebe." —

Unter den tüchtigsten Fürsten der merkantilistischen Epoche, den Hohenzollern, traten zu den angeführten Maßnahmen noch zwei weitere hinzu: die Unterstützung des Bildungswesens und eine planmäßige Bodenpolitik.

Friedrich Wilhelm I., der für die Wissenschaft an sich sehr wenig und für die Kunst womöglich noch weniger Verständnis zeigte, war doch der erste, der den Gedanken der Volksbildung in seiner Bedeutung erfaßte und in seiner energischen Art verwirklichte. Schon im Jahre 1713 führte er für Preußen die allgemeine Schulpflicht durch. Er war auch der erste, der in den preussischen Universitäten Halle und Frankfurt a. O. besondere Lehrstühle für Nationalökonomie oder, wie es in jener Zeit hieß, Cameralwissenschaft (Camera = Kanzleikammer, fürstliche Schatzkammer) errichtete. Er übertrug die ersten Professuren einem Juristen und einem Historiker. Unter ihm erschien auch in Frankfurt a. O. 1729 die erste volkswirtschaftliche Zeitschrift in Deutschland, die „Ökonomische Fama“.

Von grundlegender Bedeutung für die Blüte des gewerblichen Lebens war die Bodenpolitik der Hohenzollern. Schon der große Kurfürst erkannte, daß alle Bemühungen,

Menschen und Gut ins Land zu ziehen, nur möglich seien bei billigem Boden. Deshalb gab er 1667 ein Edikt, in dem er zur Niederlassung in Berlin einlud, und in dem es heißt:

„Weil wir vernehmen, daß viele darüber abgeschreckt werden, weil ihnen die wüsten Stellen nicht umsonst gegeben, sondern teuer angeschlagen, auch wohl gar die Schöffe- und Contributionsrechte gefordert werden wollen, also verordnen wir hiermit, allen und jeden so aufbauen wollen, die wüsten Stellen frey umsonst und ohne einiges Entgelt zu geben und anzuweisen auch ihnen wegen der alten restierenden Schöffe und Contributionen . . . nichts abzufordern . . .“

Dem Grundgedanken, daß Besitz des Bodens ein Recht des Gebrauchs, aber nicht des Mißbrauchs in sich schließe, trat auch der größte „innere“ König Preußens, Friedrich Wilhelm I., bei, der 1721—1722 ausdrücklich jenes Edikt von 1667 erneuerte und die „wüsten Baustellen“ in der Berliner Friedrich- und Leipziger Straße einfach jedem schenkte, der diesen Boden als Werk- und Wohnstätte benutzen wollte.

Berlin wuchs durch diese gesunde Bodenpolitik außerordentlich rasch. Es zählte

1648: 8 000 Einwohner

1709: 55 000 „

1740: 90 000 „

Und dieses Wachstum, das verhältnismäßig die moderne Entwicklung noch übertrifft, ging vor sich, ohne irgend welche Mißstände hervorzurufen. Der billige Boden (ums Jahr 1700 kostete in der Alexanderstraße die Quadratruete 16 Pf.!) ließ auch die Miete billig bleiben. Man zahlte im Durchschnitt ums Jahr 1710 12 Mk., um 1780 20 Mk. Miete pro Kopf, d. h. etwa soviel, wie man Steuer an den Staat entrichtete. Diese Boden- und Wohnungsverhältnisse führten dazu, daß Berlin

in bezug auf die Gesundheitsverhältnisse unter allen europäischen Großstädten obenan stand. Es war die einzige Großstadt, in der die Geburten die Sterbefälle überstiegen.

Friedrich der Große setzte zunächst die Bodenpolitik seines Vaters fort. Die Gründung von Schöneberg und Rixdorf und des Berliner „Vogtlandes“ war unter Beachtung des Grundgedankens vor sich gegangen, einen Mißbrauch mit dem Boden dauernd auszuschließen. Nach dem siebenjährigen Kriege aber verließ der König diesen Grundsatz. Er sah die bis dahin unbekannte „Zuwachsrente“ mit ihren verderblichen Folgen der Mietssteigerung und Wohnungsnot kommen. Sein Erlass an das Kammergericht vom 15. April 1769, worin er sein „größtes Mißfallen“ über die „aufs höchste getriebene Steigerung der Hausmieten“ aussprach und „die bishero beachtete gemeine Rechtsregel“: „Kauf bricht Miete“ aufhob, zeigt, wie sehr sich der König beunruhigt fühlte. Auch der Bau besonderer Kasernen, der das Militär aus Privatwohnungen herauszog, wurde zum Teil als Mittel gegen die Wohnungsnot betrieben. Am meisten aber erhoffte der König davon, daß er ältere einstöckige Häuser niederreißen und auf Staatskosten durch drei- und vierstöckige ersetzen ließ. In den Jahren 1769—1786 ließ er 249 Berliner Häuser in dieser Weise neu errichten. Die Häuser wurden verschenkt. Die Folge war naturgemäß mancherlei Mißbrauch. Günstlinge suchten sich rechtzeitig in den Besitz von derartigen Häusern zu setzen, um das Staatsgeschenk zu erhalten. Unter Friedrich Wilhelm II. (1786—1797), unter dem soviel verdarbt, wurde dann auch die Boden- und Baupolitik im wesentlichen der Privatspekulation überlassen.

Fassen wir unser Urtheil über das Merkantilsystem kurz zusammen, so ist es zweifellos, daß es in der Zeit des Werdens und Wachstums der modernen Nationalstaaten, in der Hand weitsehender tatkräftiger Staatsmänner außerordentlichen Segen stiften konnte. Das ganze System aber darf nur als Erziehungs-system ein Recht beanspruchen. Es mußte, wie jede Erziehung, als letztes Ziel haben, sich selbst überflüssig zu machen. Aber es steht dahin, ob eine derartige Einsicht überhaupt von einer Beamtenherrschaft erwartet werden darf, ob es nicht in der Natur der Dinge liegt, daß jede mit unkontrollirbarer Macht ausgestattete Bureaucratie in Schematismus und Formalismus auslaufen muß!

Namen die Machtmittel des absoluten Fürstenstaates aber in die Hände von unfähigen und unehrlichen Beamten, wie in Frankreich nach dem Tode Colberts, wie in Preußen schon in den letzten Jahren Friedrichs II., als er 1500 französische Steuerbeamte ins Land rief, dann mußte dieses ganze System ein furchtbares Mittel der Willkür und der Ausbeutung werden.

Als grundsätzlicher nationalökonomischer Irrthum ist namentlich die einseitige Auffassung von der Bedeutung der „günstigen Handelsbilanz“ zu erwähnen. Daß eine bloße Vergleichung der Einfuhr- und Ausfuhrwerte nicht zu einem Werturtheil genügt, läßt sich an einem einfachen Beispiele klar machen. Nehmen wir an: ein Schiff, das für 100 000 Mk. Tuche, Glas, Schmuck an Bord hat, verläßt einen deutschen Hafen und verkauft diese Werte in Afrika gegen Elfenbein, Palmenkerne u. im Werte von 300 000 Mk. und kehrt mit dieser Ladung zurück. In der Statistik würde dieser Vorgang sich wie folgt darstellen: an das Ausland verkauft für 100 000 Mk. Wert, vom Auslande eingekauft für 300 000 Mk. Nach merkantilistischer Auffassung also ein Verlust an nationalem Reichthum von 200 000 Mk.! In Wahrheit liegt

die Sache doch gerade umgekehrt! Natürlich können nicht alle Zahlen des Handels nach diesem Beispiel gewertet werden. Jedenfalls aber liegen diese Dinge viel verwickelter als die Durchschnitts-Staatsmänner der merkantilistischen Epoche dachten.

Die verhängnisvollste Folge der merkantilistischen Gesamtaufassung aber war die Vernachlässigung der Landwirtschaft, eine Vernachlässigung, die von gesunden Naturen, wie von Friedrich Wilhelm I. von Preußen, instinktiv empfunden und überwunden wurde, die aber im Wesen eines Systems lag, das auf Ansammlung des Geldreichtums übertriebenen Wert legte, und die überall da zur Geltung kommen mußte, wo Durchschnittsmenschen — und das sind zuletzt immer die maßgebenden — nach den Anschauungen dieses Systems die Volkswirtschaft zu beeinflussen hatten.

V.

Die Physokraten.

In Deutschland hat sich das Merkantilssystem im wesentlichen bis zu der großen Umwälzung erhalten, die die französische Revolution auch bei uns hervorrief. Gerade der Zusammenbruch der deutschen Staaten in dieser Zeit zeigt deutlich die ungeheuren Gefahren des Merkantilsystems, in dessen staatssozialistischem Wesen es lag, alle Weisheit, alle Initiative von oben zu erwarten. Die berühmte Proklamation des Berliner Polizeipräsidenten beim Einzuge des französischen Imperators: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“ war ein wesentliches Programmwort des Merkantilsystems, das auf die Dauer zum Knechtsinn führen und die Entwicklung eines wirklich tatkräftigen Volkes, das auch ein Stück eigener Verantwortung zu tragen hat, verhindern mußte.

Frankreich war das klassische Land des Merkantilismus. Colbert, der große Finanzminister Ludwigs XIV., besaß noch ein lebendiges Gefühl für die erziehlische Bedeutung und Begrenzung der merkantilistischen Maßnahmen: „Wenn unsere Industrie das Gehen gelernt haben wird, soll sie die Krücken des Hellschüßes wegwerfen.“

Schon bei Colberts Tode zeigte sich der Widerstand des

Volkess gegen die von ihm vertretenen Maßnahmen. Er mußte zur Nachtzeit bestattet werden, und auch die Nacht sicherte seine Leiche nicht vor den Verwünschungen und Schmähungen des Volkess. Seine Ämter erhielt sein erbitterter Feind, der Kriegsminister Louvoiss, der sofort den militärischen Drill auf das Gewerbeleben übertrug. Hatte Colbert im ganzen drei Manufakturinspektoren angestellt, so stieg diese Zahl bald auf ein ganzes Heer. Auf allen Märkten und Messen „beaufsichtigten“ diese Inspektoren: eine stete Quelle von Willkür und Ausbeutung. Am meisten litt die Landwirtschaft. Adel und Kirche waren im wesentlichen von aller Steuer befreit, da des Reiches Ritterschaft mit ihrem Blut und nicht mit Geld dem Lande diene, und die Geistlichen durch ihr Gebet. Der Bürger und der Bauer allein mußten die ungeheuren Summen, die der Staat und namentlich der Hof brauchte, aufbringen. Für die Bauern wurde diese Steuerlast um so drückender, als zu ihr eine Fülle von staatlichen und grundherrlichen Fronen trat. Dazu war es dem Landwirt fast unmöglich gemacht, aus seinen Produkten größere Einnahmen zu erzielen. Damit dem Arbeiter in den Manufakturen billiges Brot gesichert blieb, war es unter allen Umständen verboten, Getreide aus Frankreich auszuführen. Im Inlande drückten die Binnenzölle von Provinz zu Provinz die Preise. Die Not des Volkess stieg deshalb in erschreckendem Maße.

Der erste, der den Mut hatte, die Dinge wahrheitsgemäß darzustellen, war der berühmte Marschall Vauban, der in mehr als 150 Schlachten und Gefechten Frankreichs Fahnen zum Siege geführt, und der sich als genialer Festungsbauer die höchsten Verdienste um die Sicherung der Landesgrenzen erworben hatte. Um's Jahr 1700 machte er eine Eingabe an Ludwig XIV., die unter dem Namen „Dime royale“ bekannt ist. In dieser Eingabe sagt der Feldherr:

„Fast der 10. Teil des Volkes bettelt. Von den andern $\frac{9}{10}$ können $\frac{5}{10}$ den Bettlern kein Almosen geben; denn sie bedürfen dessen eigentlich selbst. $\frac{3}{10}$ sind auch noch überaus schlecht daran, und vielleicht nur 10 000 Familien können nach ihren Wünschen leben.“

Das Ziel jeder guten Regierung müsse aber die Wohlfahrt aller Stände sein. Die Arbeitenden, die sog. niederen Klassen, seien die Grundlage des nationalen Aufbaues. Die Arbeit sei die wahre Quelle des Reichtums, und die Arbeit an dem Boden Frankreichs sei die wichtigste Arbeit. Damit die Arbeit sich entfalten könne, müßten alle unnötigen Beschränkungen, Zölle im Innern, Ausfuhrverbote, Monopole, Privilegien fallen. Am ungerechtesten seien die Steuerfreiheiten des Adels und der Günstlinge des Königs. Um hier eine klare und gerechte Grundlage zu schaffen, schlage er eine einzige Steuer vor, die „Dime royale“, den Königszehnten.

Dieser Zehnte solle von allen Klassen ohne Unterschied getragen werden, vom Grundwert in Form des Zehnten des landwirtschaftlichen Ertrages, und von den Gewerbetreibenden und Kaufleuten in Form einer dementsprechenden Geldsteuer. Dadurch, daß diese Steuer ohne Unterschied der Klassen und ohne Ausnahme erhoben würde, könnten die Armen wesentlich entlastet werden.

Dieses offene Wort des berühmten Feldherrn erregte natürlich den Haß der Mächtigen. Die Schrift wurde an den Galgen geschlagen, und der mutige Marschall mußte in Ungnade den Hof verlassen.

Die Entwicklung nahm ihren Fortgang. Wesentlich verschärft wurde sie durch eine Ausgestaltung des Steuerwesens im aller schlechtesten Sinne. Wie einst das alte Rom, so verpachtete auch Frankreich das Recht der Steuererhebung, und verhaßt wie die römischen Zöllner des Neuen Testaments

waren auch die modernen Zöllner in Frankreich. 60 Generalpächter hatten unter sich eine ganze „Hierarchie“ von Unterbeamten. Ihre Gesamtzahl schätzt man bis zu 100 000. Und jeder einzelne hatte das dringende Interesse, möglichst viel Steuern von den Bürgern und Bauern zu erpressen, weil ein jeder nur von einem Steuerüberschuß für sich besonderen Gewinn erhoffen konnte. Geradezu ungeheuerlich aber war es, daß man diesen Steuerpächtern selbst die Rechtspflege auslieferte. Besondere Gerichte, die „chambres ardentes“, deren Richter die Steuerpächter zum Teil selbst ernannten, sprachen in Steuersachen das Urteil und konnten selbst auf Todesstrafe erkennen. Der Steuerhof von Valence ließ seinen Galgen niemals leer stehen. Jeder Widerspruch der Bürger und Bauern sollte durch Schrecken gebrochen werden. Wie dieses System wirken mußte, zeigt am besten ein Bild aus dem wirklichen Leben.

Jean Jacques Rousseau (1712—1778) erzählt in seinen Jugenderinnerungen:

„Eines Tages trat ich müde und halb tot vor Durst und Hunger bei einem Bauern ein, dessen Haus nicht schön aussah, das aber das einzige in der Gegend war.

Ich glaubte, es wäre da (in Frankreich) wie in Genf, in der Schweiz überhaupt, wo alle Leute in gemächlicher Lage imstande sind, Gastfreundschaft zu üben. Ich bat den Bauern, mir für Geld zu essen zu geben. Er bot mir abgerahmte Milch und grobes Gerstenbrot an. Das, sagte er, sei alles, was er hätte. Ich ließ mir die Milch herrlich schmecken und aß das Brot und ließ kein Krümchen übrig. Aber das war keine sonderliche Stärkung für einen ermüdeten und ganz erschöpften Menschen. Der Bauer, der mir zusah, schloß aus der Aufrichtigkeit meines Hungers auf die Aufrichtigkeit meiner Angaben. Indem er bemerkte, er sähe es mir an, daß ich ein braver junger Mensch und nicht gekommen sei, um an ihm Verrat zu üben, öffnete er eine kleine Falltür neben der Küche, stieg hinunter und

kam mit einem guten Brot, einem appetitlichen Schinken und einer Flasche Wein, deren Anblick mir mehr als alles übrige das Herz erfreute, zurück. Ich hielt einen Schmaus, wie ihn niemand, der nicht zu Fuß gereist, sich denken kann. Als es ans Bezahlen ging, siehe da! von neuem Unruhe und Angst. Er wollte mein Geld nicht; er stieß es verstört zurück, und das Komische war, daß ich mir gar nicht vorstellen konnte, warum ihn solche Furcht ergriffen haben möge. Endlich stieß er bebend die schrecklichen Worte „Spion“ „Kellerratte“ aus. Er gab mir zu verstehen, daß er wegen der Steuerbeamten seinen Wein und sein Brot verstecken müsse, und daß er ein verlorener Mann wäre, wenn man davon Wind bekäme, daß er nicht hungere. Dieser Mann getraute sich nicht, das Brot offen zu essen, das er sich erarbeitet hatte; er mußte, um nicht zugrunde gerichtet zu werden, dieselbe Armseligkeit zur Schau tragen, die rings um ihn her ausgebreitet war. Ich verließ das Haus, die herrliche Gegend beklagend, die von der Natur reich beschenkt ward, um nun den barbarischen Steuerpächtern zum Raube zu werden.“

Wenn man sich fragt, wie solche Zustände aufrecht erhalten werden konnten, so muß darauf hingewiesen werden, daß neben dieser steigenden Not der Landwirtschaft allerdings ein unbestreitbarer Aufschwung des Exportgewerbes stand. Die Ausfuhr Frankreichs, auf die man im merkantilistischen Sinn das größte Gewicht legte, war in dauerndem Steigen begriffen. So betrug die Ausfuhr:

1720: 106 000 000 Frcs.

1748: 192 000 000 „

1788: 354 000 000 „

Bordeaux, der erste Hafen Frankreichs, hatte alle Plätze des Continents überflügelt und wurde in Europa nur noch von London übertroffen. Diese Tatsachen fielen für die

Wertung der wirtschaftlichen Verhältnisse schwer ins Gewicht, und sie wurden von allen, die an der Erhaltung der alten Zustände irgendwie interessiert waren, und das waren in erster Reihe natürlich die Besitzenden und die einflußreichen Kreise, mit steigender Erbitterung denen entgegen gehalten, die in dieser Zeit aufstanden und eine grundlegende Sozialreform forderten.

Das Haupt dieser sozialreformatorischen Richtung war François Quesnay. Geboren am 4. Juni 1694 in Méré bei Versailles, verlebte er seine Jugend auf dem Lande. Seine Mutter, eine kluge Frau, wollte ihn von gelehrten Dingen fern halten. Er war bereits 11 Jahre alt, ehe er, durch ein großes Bilderbuch des Gärtners angeregt, die Kunst des Lesens lernte. Dann aber brach sein Wissenstrieb in solcher Stärke hervor, daß er gegen den Willen der Mutter zu einem Chirurgen in die Lehre ging. Nach seiner frühen Heirat mußte Quesnay das ganze Elend des damaligen Zunftwesens an sich erfahren. Die Zunft seiner Vaterstadt verweigerte ihm die Aufnahme, da er nicht zur Zunftgenossenschaft gehörte, und weil man die Konkurrenz des begabten jungen Mannes scheute. Durch einige glückliche Kuren verschaffte er sich die Unterstützung einiger Adelsfamilien, die ihm ein nachträgliches Studium der Medizin in Paris ermöglichten. Hier wurde er Arzt der Marquise von Pompadour, und, nachdem er den Dauphin von den Blattern geheilt hatte, auch der Leibarzt und erklärte Günstling Ludwigs XV.

Inmitten des lasterhaften Hofes blieb er selbst untadelig, und sein freies Wort war viel gefürchtet. Bezeichnend für die ganze Denkweise des Mannes ist ein Gespräch mit dem Dauphin, dem nachmaligen Ludwig XVI. Dieser klagte einst: „Ach, welche Verantwortlichkeit wird einst auf mir lasten, wenn ich

König von Frankreich werde!“ — „Warum nicht gar,“ meinte Quesnay, „die Sache ist durchaus nicht schwierig.“ — „Wie meinen Sie das? Wie würden Sie es denn machen, wenn Sie König von Frankreich wären?“ — „Wie ich's machen würde? ich würde eben nichts machen!“ — „Wer würde dann aber in Frankreich regieren?“ fragte der Prinz. — „Das Gesetz“, antwortete der Gefragte.

Im Jahre 1757, in dem Jahre, als das entartete Merkantilssystem Frankreichs in der Schlacht bei Rossbach seine volksverderbende Wirkung offenbarte, erschien das grundlegende Werk der neuen Schule, Quesnays „Tableau économique“ mit dem bezeichnenden Motto: „Pauvre paysan — pauvre royaume — pauvre royaume — pauvre roi!“

Die neue Lehre wurde bald als die „physiokratische“, die „naturgemäße“, bezeichnet. Die natürliche Ordnung sollte nach ihr auch im Leben der Menschen und der Völker das Ziel sein.

Ihre Grundgedanken sind etwa folgende: Die wahren Interessen der Einzelnen und der verschiedenen Klassen stimmen miteinander und mit dem Interesse der Gesellschaft überein, wenn nur die Gesellschaft selbst die natürliche Freiheit eines jeden gewährleistet. Das Grundrecht aller Menschen ist das Recht zu leben, d. h. das Recht zu arbeiten und das Recht, sich zu entwickeln. Die Gesellschaft darf die Freiheit eines jeden nur so weit beschränken, als sie mit der berechtigten Freiheit der anderen unverträglich ist. Die Regierung hat deshalb weder die Pflicht, noch auch nur das Recht, mehr zu tun, als die Rechte der einzelnen zu wahren, sie zu schützen vor Angriffen auf die Person, die Freiheit und die Frucht der Arbeit. Durch freie Verträge und freien Verkehr allein kann sich eine natürliche soziale Ordnung herausbilden.

Im wirklich freien Wettbewerb bei unbehinderter Einfuhr

und Ausfuhr würde ein jeder seine Fähigkeit und seine Arbeitskraft möglichst gut verwenden.

Die Abschaffung aller Monopole und Vorrechte würde zur Freiheit des Austausches führen, die von selbst zu natürlichen Preisen und dadurch zur natürlichen Regelung der Produktion und Konsumtion führen würde.

Als unerläßliche Voraussetzung aller Freiheit sahen die Physiokraten die Regelung der Grund- und Bodenfrage an.

Daß in der Bodenfrage die Ursache aller Ungleichheit und aller Not gefunden werden müßte, wurde in jener Zeit vielfach empfunden. J. J. Rousseau, der bekannte Philosoph und Pädagoge, hat in seinen „Untersuchungen über die Ungleichheit des Menschengeschlechts“ diesem Gedanken in dem viel zitierten Satz Ausdruck gegeben:

„Der erste, der ein Grundstück einzäunte und sagte: das ist mein, und der einfältige Leute fand, die es ihm glaubten, war der wahre Begründer der bürgerlichen Gesellschaft! Wieviel Verbrechen, Krieg und Mord, wieviel Elend und Schrecken hätte derjenige dem Menschengeschlechte erspart, der die Pfähle ausgerissen, die Gräben verschüttet und seinen Genossen zugerufen hätte: Hütet euch, diesem Betrüger zu glauben! Ihr seid verloren, wenn ihr vergeßt, daß die Früchte allen gehören, die Erde aber niemand!“

Quesnay und mit ihm die physiokratische Schule haben den Privatbesitz am Boden ausdrücklich anerkannt, aber sie haben ihm eine besondere Stellung in der Volkswirtschaft zugewiesen, und diese besondere Stellung des Bodens als die Grundlage der von ihnen verheißenen naturgemäßen Entwicklung in Freiheit bezeichnet.

Ihr Gedankengang ist etwa folgender: Die Bevölkerung jedes Staates scheidet sich in 3 Teile, in die produktive, die besoldete und die disponible Klasse. Wirklich produktiv

sind allein die Bearbeiter des Bodens. „Die Erde allein ist die Quelle aller Güter.“ Das Geld, auf dessen Anhäufung die Merkantilisten soviel Wert legten, war ihnen nur Tauschmittel, das seinen Wert zum Teil sogar verlor, wenn man es in übergroßer Menge aufhäufte. Der wahre Reichtum eines Landes bestehe in den Bodenprodukten, die entweder als Nahrungsmittel oder als Rohstoffe für das Gewerbe dienen. Nur die Menschenkraft, welche diese Stoffe der Natur abgewinne, sei im eigentlichen Sinne des Wortes produktiv. Handwerk und Gewerbe formen die Rohstoffe um und machen sie dadurch zum Gebrauch wertvoll, zur Entwicklung der Kultur geeignet; aber die Stoffe selbst können sie nicht vermehren. Der Handel bringt die Rohstoffe und die aus ihnen produzierten Waren von einer Hand in die andere, bei ungehindertem Verkehr dorthin, wo sie am wichtigsten sind; aber auch ihm könne eine gütervermehrnde, also eine eigentlich produktive Kraft nicht zugerechnet werden. Es sei aber anzuerkennen, daß die Arbeit des Gewerbetreibenden und des Kaufmannes nützlich, ja notwendig sei, und deshalb sei es recht, daß sie soviel an Unterhaltungsmitteln aller Art gewöhnen, um darin einen Anreiz zu finden, ihre notwendige Arbeit fortzusetzen. Ebenso sei es mit den Gelehrten, Künstlern usw. Aber immer müsse festgehalten werden, daß sie ihr Einkommen nicht aus einem selbst geschaffenen Fonds bezögen, sondern in letzter Linie aus dem Überschuß der Bodenerzeugnisse.

Die einzige Klasse, die ohne eigene Arbeit lebe, sei die der Bodeneigentümer, scharf zu unterscheiden von den Bodenbearbeitern. Sie ziehen die Pacht ein von den Benutzern des Bodens und zwar auf dem Lande wie in der Stadt. In dieser Pacht ist zunächst die Verzinsung für Gebäude und Meliorationen enthalten. Damit die Bodenherren angeregt werden, recht viele Verbesserungen anzubringen, will Quésnay

den Zinsfuß für wirkliche Verbesserungen möglichst hoch festsetzen, bis auf 10 %. Aber daneben steckt in der Pacht auch noch ein Überschuß: „reine Bodenrente“, der „produit net“. Und diese Bodenrente allein, die eigentlich ohne jede Gegenleistung den Bodeneigentümern gegeben wird, macht diese Klasse zu einer unabhängigen, zu einer im Staatsinteresse verwendbaren, disponiblen. Sie müsse deshalb, und zwar im Prinzip unentgeltlich, dafür alle nötigen Dienste des Staatsganzen versehen, und zwar entweder durch persönlichen Dienst, oder indem sie die Bezahlung besoldeter Staatsbeamten aufbringe. Von dem „produit net“ sollte deshalb auch die einzige Steuer genommen werden („l'impôt unique“). Jede sonstige Steuer, ebenso wie alle indirekten Abgaben wurden von Quesnay verworfen: Sie hemmen den Verkehr, sie schädigen die Produktion und die Konsumtion.“

Diese Grundsätze sollen das Ideal staatlicher Ordnung darstellen (l'ordre naturel). Ob dieses Ideal je in seiner ganzen Reinheit zu erreichen sei, stehe dahin. Jeder Staatsmann habe natürlich zuerst mit dem wirklichen Zustande der Dinge (l'ordre positif) zu rechnen. Aufgabe der Staatskunst sei es nun, die Entwicklung der positiven Ordnung so zu beeinflussen, daß sie, soweit es unter den gegebenen Verhältnissen möglich sei, der natürlichen Ordnung der Dinge nahe komme.

Quesnay war 60 Jahre alt, als er sein Hauptwerk schrieb, und es trägt in allen Zügen die Reife eines Mannes, der seine Gedanken bis zu Ende durchgedacht hat.

Das Werk erregte außerordentliches Aufsehen. Es gelang Quesnay in einer denkwürdigen Unterredung, den Marquis Mirabeau den älteren von der Wahrheit der Physiokratie zu überzeugen. Damit hatte er einen außerordentlich fähigen Agitator für seine Lehre gewonnen, und es sammelte sich bald ein Kreis von begeisterten Jüngern: Mercier de la

Rivière, der frühere Intendant von Martinique, Turgot, der spätere Minister, der treue Du Pont und mancher andere ehrliche Volksfreund.

Das volkswirtschaftliche Interesse, das wesentlich auch durch das Auftreten der Physiokraten geweckt worden war, hatte den französischen Finanzminister bewogen, eine „Gazette du commerce“ zu gründen, mit einer Monatsbeilage für die theoretische Diskussion: „Journal de l'Agriculture, du Commerce et des Finances.“ Zum Redakteur wurde Du Pont ernannt, und nun hatte die neue Schule einen Mittelpunkt. Der unglücklich gewählte Ausdruck von Quesnay für die Klasse der Gewerbetreibenden und Kaufleute „classe stérile“ („unfruchtbare“ Klasse), ein Ausdruck, der später durch den besseren „classe stipendiée oder salariée“ (besoldete Klasse) ersetzt wurde, gab den Gegnern den Vorwand zu heftigen Angriffen, die dazu führten, daß Du Pont seine Kündigung als Redakteur erhielt. Aber der Herausgeber der Wochenschrift „Ephémérides du citoyen“, der kurz zuvor für die Physiokratie gewonnen worden war, stellte sein Blatt begeistert seinen neuen Freunden zur Verfügung, die nun ein Organ hatten, in dem sie ohne amtliche Rücksicht für ihre Wahrheit kämpfen konnten.

Als ein Bindeglied der physiokratischen Freunde veranstaltete Mirabeau die berühmt gewordenen Dienstagsassemblées. Man nahm ein einfaches Mahl ein; dann wurden die eingegangenen Artikel und Notizen für die Zeitschrift vorgelesen und im Anschluß daran Fragen der Theorie und der Taktik besprochen. Diese Dienstagabende wurden der eigentliche Mittelpunkt der physiokratischen Schule.

Im Jahre 1772 verbot der Finanzminister Terray, ein erklärter Gegner der Physiokraten, in den „Ephémérides“ fernerhin über Finanzen, Handel, Staatsverwaltung, Regierung und Gesetzgebung zu schreiben. Damit war natürlich das Er-

scheinen des volkswirtschaftlichen Blattes überhaupt unmöglich gemacht.

Bald darauf aber starb Ludwig XV., und sein Nachfolger ernannte einen erklärten Physiokraten, Turgot, zum Finanzminister. Diese Ernennung seines Freundes und Schülers war die letzte große Freude Quesnay's. Am 16. Dezember 1774 ereilte ihn der Tod. — Selbst Karl Marx zeugt von ihm, daß er es ist, der die Nationalökonomie erst zum Range einer Wissenschaft erhoben hat.

Anne Robert Jacques Turgot war als dritter Sohn eines vornehmen Hauses 1727 in Paris geboren. Der älteste Bruder wurde Staatsmann, der zweite Offizier; er wurde zum geistlichen Stande bestimmt. In der Jugend war er, obwohl von großer Begabung, überaus schüchtern, so daß seine Mutter, eine Dame der Gesellschaft, sich von ihm abgestoßen fühlte, ihn widerwärtig fand und ihn sich meist selbst überließ.

Seine große Herzensgüte zeigte sich früh. Obwohl er sehr wenig für sich brauchte, war sein Taschengeld doch stets bald nach Empfang ausgegeben. Als man nachforschte, ergab sich, daß er es an ärmere Schüler austheilte, damit sie sich Bücher kaufen könnten. Er vollendete seine Studien auf der Sorbonne mit Auszeichnung, übersetzte Virgils Landgedichte und war auch sonst literarisch tätig. Bevor er die Priesterweihe empfing, erklärte er, daß er sich für diesen Stand nicht berufen fühle. Er wurde königlicher Advokat und Parlamentsrat. Seine früh erwachte Neigung zu volkswirtschaftlichen Dingen, deren grundlegende Bedeutung er bald erkannte, brachte ihn in enge persönliche Beziehungen zu Quesnay, dessen Lehre er im wesentlichen annahm.

Im Jahre 1761 wurde er zum Intendanten von Limoges ernannt. Die ihm anvertraute Provinz Limousin war sehr arm und galt als ein überaus vernachlässigter

Landesteil. Turgot ging mit großem Ernst an die Verwaltungsarbeit. Selbst überaus sparsam, verwandte er alle Einkünfte zum Wohle der ihm anvertrauten Provinz. Als erste Aufgabe erkannte er die Aufstellung einer zuverlässigen Statistik, um zunächst festzustellen, was denn wirklich vorhanden sei. Er ließ deshalb genaue Aufnahmen machen: 1. Des Bodens: Umfang, Beschaffenheit, Anbau, Art, Ertrag. 2. Der Bevölkerung: Zahl, Beschäftigung. 3. Der Steuern: Abgaben und Fronlasten. Unermüdllich war er tätig, namentlich die gebildeten Schichten, die Geistlichen, die Lehrer, die Ärzte u. für seine Reorganisationsarbeit zu interessieren.

Sein gefährlichster Feind war das Mißtrauen der armen Bevölkerung, der seine Arbeit galt. Die Bauern waren zu oft von den Beamten betrogen und ausgebeutet worden, als daß sie hätten daran glauben mögen, es könne ihnen Gutes von dieser Seite gebracht werden. Besonders zeigte sich das, als er im Verfolg des physiokratischen Grundgedankens daran ging, gewisse Lasten durch eine Grundsteuer abzulösen.

Die drückendsten Lasten waren die sogenannten Wegfronen. Am Beginn und am Ende des Winters mußten die Bauern durch Fronarbeit die Wege der Provinz ausbessern. Diese Arbeiten wurden widerwillig geleistet. Sie waren fast stets mit großem Verlust an Zugtieren, Wagen usw. verbunden. Als Turgot nun bestimmte, daß diese Wegfron durch eine Grundsteuer ersetzt werden sollte, weigerten sich zunächst die Bauern, darauf einzugehen. Sie fürchteten, daß man ihnen zwar die Grundsteuer auferlegen, aber sie trotzdem zu der Fronarbeit zwingen würde. Doch gelang es Turgot, das Mißtrauen zu brechen. Mit einer verhältnismäßig niedrigen Grundsteuer konnten nun die Wege in einen viel besseren Stand als vorher gesetzt werden. Die widerwillig geleistete Fronarbeit war eben für den Bauern und für den Staat die

teuerste und unrentabelste. Diese Reform machte es Turgot auch möglich, während einer schweren Teuerung, die Wegverbesserungen als Notstandsarbeiten zur Hilfe für viele zu machen.

Turgot war der erste, der einen geordneten Arbeitsnachweis in seiner Provinz schuf. Da die physiokratische Schule die Freiheit der Arbeit als Ziel aufstellt, so liegt es nur in ihrer Konsequenz, daß eine geordnete Vermittlung diese Freiheit wirklich ermöglicht.

Ebenso war es eine Folgerung seiner volkswirtschaftlichen Gesamtanschauung, daß er soviel wie möglich für die Hebung des Schulwesens tat.

Als Präsident der königlichen Landwirtschaftlichen Gesellschaft von Limoges suchte er durch literarische Preisaus schreiben eine ökonomische Aufklärungsbewegung hervorzurufen. Für das Jahr 1767 bestimmte er z. B. als Thema: „Über die Wirkung der indirekten Steuern auf das Einkommen der Grundeigentümer.“ Im folgenden Jahre lautete die Preisaufgabe: „Die Art und Weise, wie die Reinerträge der Grundstücke je nach den verschiedenen Anbaumethoden am genauesten abgeschätzt werden können.“

Der unermüdlich fleißige Mann war in dieser Zeit auch auf theoretischem Gebiete tätig. 1766 erschien aus seiner Feder eins der besten Werke der physiokratischen Schule: „Betrachtungen über die Bildung und die Verteilung des Reichtums.“ (Neu herausgegeben von Prof. Waentig 1903 bei G. Fischer, Jena, Preis: 0,80 M.) —

Die Mutter Turgots setzte es durch, daß ihr Sohn zum Intendanten von Lyon ernannt werden sollte. Turgot aber lehnte die Ernennung ab, um seinem Reformwerk in Limousin treu zu bleiben.

Die Provinz blühte unter dieser Verwaltung auf, und

wo man sich in Frankreich überhaupt ernst mit der sozialen Not des Volkes beschäftigte, sah man mit Achtung und Bewunderung auf den jungen physisokratischen Staatsmann, der es verstand, die wirtschaftlichen Zustände seiner Provinz in außerordentlicher Weise zu heben und dabei das Vertrauen und die Liebe der Bevölkerung zu erwerben, wenn es ihm auch natürlich nicht an Haß und Widerstand seitens derer fehlte, die aus dem alten Zustande persönlichen Vorteil geschöpft hatten.

Als Ludwig XVI., der „Vielersehnte“, den Thron bestieg, gab er der öffentlichen Meinung in den gebildeten Schichten nach und berief Turgot zum Generalkontrollleur der Finanzen. Wie seine Ernennung wirkte, zeigt das Wort Voltaires:

„Ich höre, daß wir einen Finanzminister erhalten, so weise als Sully, so aufgeklärt wie Colbert. Ihr Herren Pariser verzeiht mir, wenn ich euch sage, daß ihr glücklich seid.“

Turgot verließ ungern die ihm liebgewordene Provinz. Er fühlte die ungeheure Verantwortung, die er übernahm. Aber es waren doch auch wieder hohe Hoffnungen, die ihn besetzten. Als er die Ernennung erhielt, entwickelte er offen und ehrlich seine Ansichten und verhehlte auch nicht seine Befürchtungen. Er schrieb dem König:

„Es ist nötig, daß Eure Majestät sich mit Ihrer Güte gegen Ihre eigene Güte waffnen, daß Sie sich stets vor Augen halten, woher die Gelder stammen, die Sie an Günstlinge und Hofleute verschenken wollen, daß Sie der Freigebigkeit gegenüber stets auch das Elend des Volkes, dem die Mittel zu dieser durch erbarmungslose Exekutionen entzogen werden müssen, in Erwägung ziehen . . . Wenn Eure Majestät die Gerechtigkeit und die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen anerkennen, dann bitte ich Sie, auf deren Durchführung mit Festigkeit zu beharren und

sich durch lärmende Klagen, denen man in solchen Dingen niemals entgegen kann, nicht beirren zu lassen . . . Die Gefahr, in die ich mich selbst begeben, fühle ich wohl. Es heißt für mich nicht bloß gegen die Mißbräuche selbst und gegen jene zu kämpfen, die aus ihnen Gewinne ziehen, sondern auch gegen die Menge von Vorurteilen, die sich jeder Reform widersetzen. Selbst die natürliche Herzengüte Eurer Majestät und der Ihrem Herzen nächststehenden Personen können diesen Kampf erschweren. Man wird mich vielleicht so geschickt anklagen, daß mir Eure Majestät Ihr Vertrauen entziehen werden."

Es war eine ungeheure Aufgabe, die Turgot erwartete. Das jährliche Defizit des Staatshaushaltes war auf über 22 Millionen angewachsen. Seinen Finanzplan faßte er in die Worte zusammen: „Kein Bankrott, keine Anleihe, keine Vermehrung der Steuern!“ Dann blieb nur zweierlei übrig: 1. eine Entwicklung der produktiven Kräfte, damit die bisherigen Steuerfätze mehr eintrügen, als bis jetzt und 2. eine größere Sparsamkeit im Staatshaushalt. Die Gesundung konnte nur schrittweise geschehen. Immerhin hat Turgot die Staatsschuld im ganzen um 102 Millionen verringert und den Zinsfuß der Staatsanleihen von $5\frac{1}{2}\%$ auf 4% herabgesetzt.

Der erste Kampf Turgots galt den Mißbräuchen der Steuerverpachtungen. Die Mißbräuche waren auf diesem Gebiet so groß, daß oft kaum die Hälfte der erhobenen Steuern in die öffentlichen Kassen floß. Eine Steuerpacht zu erhalten, war für den Steuerpächter ein sehr einträgliches Geschäft, und die Generalpächter wurden reiche Leute.

So kam es, daß sich auch Mitglieder der ersten Familien am Hofe des Königs direkt und indirekt an solchen Geschäften beteiligten. Es war sogar Sitte, daß der Finanzminister selbst von den Generalpächtern eine Art Gewinnbeteiligung erhielt, indem sie ihm jährlich als „pot de vin“ ein Geschenk von

50 000 Livres machten. Turgot wies diese Gabe entschieden zurück und verbot jeden Unterverkauf in seiner Verwaltung. Die Steuerpächter und alle diejenigen bei Hofe und in der Verwaltung, die von diesem System Nutzen zogen, erkannten in diesem Augenblick, wie ernst es dem neuen Minister mit seinem Reformeifer war, und wurden natürlich, wenn auch vielfach im geheimen, seine erbitterten Gegner. Diese Gegnerschaft wurde noch schärfer, als er den bestehenden Rechtsgrundsatz: „In allen zweifelhaften Fällen ist dem Steuerpächter Recht zu geben“ in sein Gegenteil verwandelte: „In allen zweifelhaften Fällen ist dem Bauern und Bürger Recht zu geben!“

Der zweite Schritt war die Aufhebung der Zollschranken im Innern. Wie sehr diese den Handel belästigten, zeigt z. B. die Tatsache, daß ein Fuder Wein von Straßburg nach Paris vierzigmal verzollt werden mußte! Wenigstens für das Inland schaffte Turgot freie Bahn. Aber auch hier weckte er natürlich bei allen, die einen Vorteil von dem alten Zustand gehabt hatten, einen erbitterten Widerstand. Besonders viel Empörung rief die Freilassung des Kornhandels und die Aufhebung der Staatsmagazine hervor.

Als 1775 die Preise für Korn durch eine schlechte Ernte in die Höhe gingen, schob das Volk — durch falsche Freunde verleitet — vielfach den Neuerungen Turgots die Schuld daran zu. Seine Feinde schürten nach Kräften die Empörung, und so kam es zu einem förmlichen Aufstand, zum sog. Mehlfrieg. Brot- und Mehllhandlungen wurden geplündert, und die Unruhen verbreiteten sich. Aber man hatte sich getäuscht, wenn man glaubte, daß Turgot vor der Volksmeinung zurückweichen werde. Er ließ sich vom Könige das Kriegsministerium übertragen, zog Truppenmassen zusammen und unterdrückte scharf und streng jede Ausschreitung. Er erließ gleichzeitig Rundschreiben an die Geistlichen, in denen er sie dringend er-

mahnte, das Volk aufzuklären. Unbeirrt durch diese Widerstände, die er vorausgesehen hatte, schritt er weiter.

Die freie Entfaltung der Arbeitskräfte suchte er durch Aufhebung der Zünfte herbeizuführen. Unter ihm erließ der König nicht mehr wie bisher seine Verordnungen ohne weiteres als Gesetz, sondern er schickte jedem Gesetz eine längere Erläuterung voran, in der der König gleichsam Zweck und Ziel seiner Verordnungen dem Volke darlegte. Diese Einleitungen waren unter Turgots Einfluß natürlich nichts anderes als angewandte physiotratische Behauptungen.

So heißt es zu Beginn der Ordonnanz, die die Mängel des Zunftwesens beseitigen will:

„Wir schulden es Unseren Untertanen, ihnen den vollen und ganzen Genuß ihrer Rechte zu sichern, und insbesondere sind wir verpflichtet, diesen Schutz jener Menschenklasse zu gewähren, die kein anderes Eigentum als ihre Arbeit und Betriebsamkeit besitzt und deshalb um so mehr das Bedürfnis und das Recht hat, diese einzige Hilfsquelle für ihre Existenz in vollem Umfange geltend zu machen. Auch dem Staate geschieht durch die unabsehbare Verminderung des Verkehrs und der Betriebsamkeit, die eine Folge mangelnder Arbeitsfreiheit ist, ein großes Unrecht. Schon in der Befugnis, daß sich die Handwerker eines bestimmten Arbeitszweiges zu einer (bevorrechteten) Körperschaft vereinigen, liegt die Quelle des Übels; denn der Ausschluß jemandes von dem Rechte, sich durch Arbeit zu ernähren, ist eine der ärgsten Verletzungen des natürlichen Menschenrechts. Gott hat den Menschen Bedürfnisse gegeben, er hat die Arbeit als Hilfsquelle notwendig gemacht, und damit das Recht zu arbeiten jedem Menschen als Eigentum zuerteilt. Wir betrachten es als eine der ersten Pflichten der Gerechtigkeit Unsere Untertanen von allen auf dieses unveräußerliche Recht gerichteten Angriffen zu befreien.“

Wie die Freiheit der Arbeit, so wollte Turgot auch die

Freiheit des Verkehrs fördern. Er faßte deshalb die verschiedenen, unvollkommenen Veranstaltungen zusammen, und schuf die erste französische allgemeine Staatspost. Die Wagen, nach dem Minister „Turgotinen“ genannt, waren die ersten Posten, welche regelmäßig Tag und Nacht fuhren, und dadurch die für jene Zeit außerordentlich hohe Durchschnittsgeschwindigkeit von 4 km in der Stunde erreichten.

Für die Volkshygiene wurden staatliche Kurse bedeutungsvoll, die Turgot für die Einwohner einrichten ließ. Die „Königliche Gesellschaft für Medizin“, die seiner Anregung ihr Entstehen verdankt, hat sich später zu einer Akademie ausgestaltet.

Den Ärmsten im Volke galt Turgots besondere Fürsorge. In einem Erlaß zu Beginn seiner Ministertätigkeit verlangte er von allen Beamten: „Es muß das Bestreben eines jeden sein, die Mißbräuche aller Art, unter denen das Volk leidet, aufzudecken und zur Kenntnis der Regierung zu bringen.“ Alle Personen, die irgend eine soziale Tat verrichteten, sollten ihm jedesmal gemeldet werden, damit er sie zur öffentlichen Auszeichnung vorschlagen könne.

So sehr er auf Sparsamkeit in der Hofhaltung und auf Herabsetzung hoher unverdienter Pensionen drang, ebenso sehr war er doch bemüht, den Veteranen, die einen wirklichen Anspruch auf den Dank des Staates hatten, die Auszahlung ihrer Bezüge zu sichern. So ließ er den Arbeitern in den Staatswerken von Brest den rückständigen Lohn von 1½ Jahren auszahlen; kleine Beamte, die seit 4 Jahren mit ihrer Invalidenrente im Rückstande waren, wurden voll befriedigt.

Im ganzen hat Turgot etwa 20 verschiedene Arten von Steuern auf Verbrauchsartikel abgeschafft.

Als Intendant von Limousin hatte Turgot mit großem Erfolge die Wegfronen in eine Grundsteuer verwandelt. Jetzt

versuchte er den gleichen Schritt für das ganze Reich. Als Intendant von Limousin konnte er nur die schon steuerpflichtigen Bauern zu der Grundsteuer heranziehen. Jetzt aber legte er auch den großen Grundbesitzern eine Grundsteuer zu diesem Zwecke auf in der richtigen Erkenntnis, daß verbesserte Verkehrswege gerade den Großgrundbesitzern besondere Vorteile böten. Die Antwort auf diese Reform war steigender Haß der mächtigsten Familien im Lande.

Neben den Edikten über die Umwandlung der Begfronen in eine Grundsteuer und die Aufhebung der Zünfte hat Turgot im Januar und im Februar 1776 noch vier Edikte vollendet, die kleinere Reformen anbahnten. Das sind die sechs berühmten historischen Edikte, die ein so großes Aufsehen erregten und so viel Widerstand fanden, daß selbst die oberste Gerichtsbehörde, das „Parlament“, sich weigerte, diese Edikte, mit Ausnahme eines einzigen, in die Gesetzbücher einzutragen und sie dadurch anzuerkennen. Es mußte eine Sitzung in Gegenwart des Königs, eine sogenannte „lit de justice“ (Riffensitzung), veranstaltet werden, um die Eintragung der sechs Edikte zu erzwingen.

Kurz nach dieser Sitzung aber wandte sich der König von seinem Minister ab. Entscheidend für diese verhängnisvolle Wendung in den Anschauungen Ludwigs XVI. war der Plan Turgots, Frankreich eine Verfassung zu geben.

Der Geist, in dem Turgot seinen Verfassungsentwurf gedacht hatte, und die Ziele, die er mit ihm verfolgte, hat er selbst dargelegt in einem Briefe an den König:

„Der Despotismus, über den wir heute Klage erheben, ist derjenige, der hinter dem Rücken des Königs von Beamten und Leuten, die Seiner Majestät gänzlich unbekannt sind, geübt wird. Man hat die wahren Vertretungen der Nation zu vernichten gesucht, und die Beschwerden der wenigen, die noch nicht vernichtet sind, illusorisch gemacht.

Die Ständeversammlungen sind seit 160 Jahren nicht einberufen worden. Man ist so weit gekommen, die Klagen irgend eines Dorfes für nichtig zu erklären, wenn sie nicht von einem Intendanten autorisiert sind. Eine Gemeinde ist so außerstande, ihre Rechte zu verteidigen, wenn der Intendant oder jemand, der bei ihm gut angeschrieben ist, ihr Gegner ist. So hat man, wie Ihre Majestät sehen, darauf hingearbeitet, allen Gemeingeist in Frankreich zu ersticken, selbst das Gefühl der Staatsbürgerschaft auszulöschen und die ganze Nation gleichsam mit einem Interdikte zu belegen.“

Turgot wies zum Belege dem Könige Verordnungen vor, die gefälscht waren, Entscheidungen, in denen der Name des Königs entehrt wurde:

„Man weiß, daß Ihre Majestät die Gerechtigkeit lieben. Aber solange das Gute, das Sie dem Volke erweisen, nur auf Ihrem oder auf Ihrer Minister Rechtsinn gegründet ist, bleibt es ein vorübergehendes Gut. Es ist nötig, daß Ihre Regierungszeit darauf verwendet werde, dem Volke Sicherungsmittel gegen den Despotismus und das Verheimlichungssystem der Beamtenadministration zu verschaffen. Soll ein König wirklich gerecht sein, dann muß er sich genaue Auskunft an der Quelle verschaffen und die Entscheidung nach seinem eigenen Gefühl und Gewissen treffen. Deshalb handelt es sich darum, zwischen dem Könige und der Nation solche Beziehungen herzustellen, die nicht durch jene unterbunden werden können, die den König zunächst umgeben.“

Bei der Erstürmung der Tuilleries hat man in den Papieren des Königs auch den Verfassungsentwurf Turgots gefunden und zwar mit eigenhändigen Randbemerkungen Ludwigs XVI. Es heißt in dem Entwurf:

„Um zu wissen, ob es zweckmäßig sei, „Municipalitäten“ einzurichten, muß man die bestehenden vervollkommen oder

abändern, und behufs Einführung derer, welche man für nötig hält, genügt es nicht, auf den Ursprung dieser Gemeindevorkaltungen zurückzuweisen. Man hat viel zu sehr in wichtigen Dingen den Brauch angenommen, die Richtschnur für das eigene Handeln aus der Prüfung und dem Beispiel dessen zu entnehmen, was unsere Vorfahren in Zeiten getan haben, die wir selbst als solche der Unwissenheit und Barbarei anzusehen übereingekommen sind. Diese Methode führt nur dahin, die Fürsten mit Widerwillen gegen ihre wichtigsten Amtspflichten zu erfüllen, in ihnen die irrige Vorstellung zu wecken, daß man, um sich ihrer mit Anstand und Erfolg zu entledigen, ungeheuer weise (prodigieusement savant) sein müsse."

Die Randbemerkung des Königs lautet:

"Man braucht nicht sehr weise zu sein, um zu erkennen, daß diese Denkschrift gemacht ist zu dem Zwecke, Frankreich eine neue Regierungsform zu geben und die alten Einrichtungen, welche der Verfasser als das Werk jahrhundertelanger Unwissenheit ansieht, in Verruf zu bringen. Als ob die Regierungen meiner letzten drei Vorgänger von einem gerechten und vernünftigen Kopfe mit denen barbarischer Jahrhunderte auf die gleiche Rangstufe gestellt werden könnten, und als ob mein Reich nicht gerade diesen drei Regierungen das Ansehen und die Stellung verdankt, welche es in Europa genießt. Niemals wird man Europa einreden, daß diese drei Regierungen solche der Unwissenheit und der Barbarei gewesen seien; weit eher wird man Europa davon überzeugen, daß es gerade diesen drei Regierungen zum Teil die Zivilisation schuldet, deren es sich heutzutage erfreut."

Turgot schreibt in seinem Entwurf:

"Sie könnten, Sire, regieren wie Gott durch allgemeine Gesetze, wenn die wesentlichen Teile Ihres Reiches eine regelmäßige Organisation und anerkannte Beziehungen zueinander hätten."

Der König bemerkt dazu:

„Sehr wahrscheinlich würde das Gegenteil eintreten. Wäre die Organisation meiner Provinzen gleichartig, so würde die Folge davon sein, daß mir gar kein oder nur schlechter Gehorsam geleistet würde. Es wäre weit schwieriger, eine ganze Masse auf einmal in Bewegung zu setzen, als, wie meine Vorfahren getan, sie durch verschiedenartige Intendanten und Landstände (Pays d'Etat) anzutreiben.“

In Turgots Denkschrift heißt es zusammenfassend:

„Die Ursache des Übels liegt darin, Sire, daß Ihre Nation keine Verfassung hat.“

Der König lehnt diese Auffassung ab:

„Das ist der große Kummer des Herrn Turgot. Für die Neuerungsſüchtigen, bedarf es eines Frankreichs, das mehr als englisch ist.“

Das letzte Wort des Königs war:

„Der Übergang vom bestehenden Regime zu demjenigen, das Herr Turgot augenblicklich vorschlägt, ruft Bedenken hervor; denn man sieht wohl, was ist, aber man sieht nur in der Einbildung, was nicht ist, und man soll keine gefährlichen Experimente machen, wenn man das Ende nicht absehen kann.“ —

Das verhängnisvolle Mißtrauen, das aus den Worten des Königs spricht, war zu einem Teile in seiner natürlichen Willensschwäche begründet. Zu einem großen Teile aber war es auch die Folge der planmäßigen Verächtigungen der einflußreichen Kreise, die sich durch Turgots Reform beeinträchtigt fühlten. An der Spitze der Feinde Turgots stand die temperamentvolle und sehr einflußreiche Königin Marie Antoinette. Sie führte einen überaus verschwenderischen Hofhalt. Trotzdem das Hazardspielen gesetzlich verboten war, frönte sie öffentlich diesem Laster. Während die wirtschaftliche

Not große Teile des Volkes dem schmachlichsten Elend preisgab, opferte sie ungeheure Summen ihrer Spielwut. An einem Abend in Marly verlor sie z. B. 7000 Goldstücke = 110 000 Mark!

Ein englischer Glücksspieler nahm der Königin und den Prinzen 500 000 Goldstücke, über 20 000 000 Mark, ab. Die eigene Mutter, die Kaiserin Maria Theresia, schrieb ihr: „Die Geschichten, die ich über dich höre, schneiden mir ins Herz. Die Berichte von deinen Diamanten haben mich niedergedrückt. Meine Tochter, meine liebe Tochter, meine erste Königin, wohin soll das führen?“

Turgot erkannte, daß eine Gefundung des Beamtenstandes bei diesem schlechten Beispiel des Hofes unmöglich sei, und mit Entschiedenheit drang er auf Beachtung der Gesetze und größere Einschränkung bei Hofe. Er setzte es durch, daß sein Freund, der hochgeachtete Gerichtspräsident *Mallesherbes*, zur Durchführung dieser Aufgabe zum Minister des königlichen Hauses ernannt wurde.

Die Königin wurde darauf Turgots erbitterteste Feindin. Unter ihrem Einfluß unterhielten sich die eleganten Damen und Herren der Hofgesellschaft damit, in allerlei mehr oder minder geistreichen Scherzen den unbequemen Minister zu verhöhnen. *Mallesherbes*, eine zu milde Natur, nahm unter solchen Umständen schon im April 1776 plötzlich seinen Abschied. Als Turgot einen Ersatzmann vorschlug, kam es zum offenen Bruch. Der König hörte ihn ungeduldig an und fragte nach dem Vortrag, ob das alles wäre, was er ihm zu sagen hätte. Als Turgot bejahte, drehte der König ihm brüsk den Rücken: „Desto besser.“ Turgot nahm seine Entlassung.

Aus seinen letzten Briefen an den König seien nur zwei Stellen wiedergegeben:

„Ew. Majestät haben mir gesagt, Sie bedürften noch der Überlegung und ermangelten der Erfahrung. Es fehlt

Ihnen an Erfahrung, Sire: Ich weiß, mit 22 Jahren und in Ihrer Stellung hat man nicht, was die Gewohnheit, mit seinesgleichen zu leben, den Privaten an Menschenkenntnis gibt: Aber werden Sie mehr Erfahrungen haben in acht Tagen, in einem Monat? — — Persönliche Erfahrungen haben Sie nicht; aber haben Sie nicht die noch so frische Erfahrung Ihres Großvaters, um die vorhandenen Gefahren Ihrer Stellung zu fühlen? — — Für Ihre Regierung gibt es nichts Nötigeres als Charakterstärke. Vergessen Sie nicht, Sire, daß die Schwäche es war, die Karls I. Haupt aufs Schaffot gebracht hat."

— — "Es ist mein ehrlicher Wunsch, daß Eure Majestät immer sollten glauben können, daß ich falsch gesehen und Ihnen nur chimärische Gefahren geschilbert habe. Möge die Zeit meine Auffassung nicht rechtfertigen!"

Der Sturz Turgots erfüllte die Freunde des Volks mit tiefstem Schmerze. „Ich bin ganz vernichtet“, schrieb Voltaire, „vernichtet in Kopf und Herz; denn wehe uns! ein goldenes Zeitalter sahen wir kommen, und nun müssen wir es wieder versinken sehen!“

Turgot widmete sich nach seiner Entlassung literarischen Arbeiten, so übersehte er u. a. Klopstocks „Messias“. Sein Leben, das nach einem Worte Laharpes nur zwei Leidenschaften gekannt hatte: „Die Wissenschaften und das Glück des Volkes,“ endete am 18. März 1781.

Ludwig XVI. aber sollte an die schicksalsschweren Stunden des Ministeriums Turgot noch einmal erinnert werden. 17 Jahre später saß der König gefangen im Temple in Paris, des Hochverrates angeklagt, und alle die vornehmen Damen und Herren des Hofes, die einst über Turgot und Malesherbes nicht genug Witz machen konnten, waren in alle Winde zerstreut, zumeist feige ins Ausland geflüchtet. Da erbot sich — unaufgefordert — Malesherbes, die Verteidigung des

Königs vor dem Konvent zu übernehmen. Ludwig XVI. war tief gerührt. Die beiden Männer umarmten sich weinend. „Ihr Opfer ist um so größer,“ sagte er, „als Sie mich wahrscheinlich doch nicht retten können, sich selbst aber sicher verderben.“ So war es. 1793 fiel das Haupt des Königs, und im nächsten Jahre mußte der physiokratische Staatsmann seine Treue mit dem Tode büßen. Er wurde mit seinen Kindern und Enkeln hingerichtet.

Über die Bedeutung der physiokratischen Reformarbeit Turgots sei nur ein Urteil wiedergegeben. Der Unterstaatssekretär von Rottenburg, der bekannte Mitarbeiter Bismarcks und jetzige Kurator der Universität Bonn, schreibt („Soziale Praxis“, 22. 10. 03):

„Ob die Revolution von 1789 hätte vermieden werden können, das zu entscheiden, sind die heutigen Advokaten der Gewalt ebensowenig imstande, als irgend ein anderer. Außer allem Zweifel aber steht es: Wenn der Bruch mit dem „ancien régime“ und der Aufbau des modernen französischen Staates anstatt auf dem Wege einer Revolution, auf dem einer Reform erreicht werden sollte, so durfte Ludwig XVI. sich nicht von den damaligen Scharfmachern umgarnen lassen, sondern er mußte die Politik Turgots, des einzigen Staatsmannes unter seinen Ministern, durchführen, die Politik, welche auf „mesures réellement favorables à la population ouvrière et agricole“ hinaus ging. Turgot hat, wenn es not tat, auch die Rolle des „starken Mannes“ zu spielen gewußt. Als im Jahre 1775 der Aufstand ausbrach, welcher unter dem Namen „guerre de farine“ bekannt ist, ließ er unverzüglich die Truppen in Paris und in der Umgegend konzentrieren. Aber in erster Reihe suchte er das Volk mit der staatlichen Ordnung zu versöhnen, indem er die Mängel der letzteren beseitigte, welche zu gerechten Klagen Anlaß gaben. Als er in seinen berühmten Edikten von 1776 den einzig möglichen Weg der Reform

betrat, bestürmten die Scharfmacher den König, den „neuerungsfüchtigen Minister“ zu entlassen, und Ludwig XVI. hatte nicht den Mut, ihnen zu widerstehen. In dieser Nachgiebigkeit, oder richtiger gesagt, in der Furcht vor einer Politik der Reformen, die sich darin aussprach, liegt die historisch bedeutungsvolle Schuld des Königs.“

Auch bei Beginn der Revolution sind die physiokratischen Gedanken noch mächtig. Die berühmte Nacht des 4. August, in der die Vertreter der privilegierten Stände — jetzt allerdings zu spät! — auf alle Feudalrechte, persönlichen Dienste, Kauflichkeit der Beamtenstellen, Steuerfreiheit, Ungleichheit der Abgaben, Patrimonialgerichtsbarkeit, Zehnten, Zünfte, die Beschränkung des Handels und der Industrie verzichteten, führte mit einem Schlage das durch, was Turgot in langsamer Reformarbeit erstrebt hatte.

Die Ideen der Physiokraten lebten auch in der konstituierenden Versammlung weiter. Du Pont, der sie in guten und bösen Tagen vertrat, wurde zeitweise ihr Vorsitzender. In den glänzenden Reden des jüngeren Mirabeau finden sich ebenfalls physiokratische Anschauungen, allerdings mit einem Überschwang Rousseauscher Gedanken eigenartig vermischt.

Auch in der Partei der Girondisten, die eine Zeitlang die Mehrheit hatte, war der physiokratische Gedanke noch stark vertreten; aber es gelang ihr nicht, die Macht zu behaupten. Die radikaleren Elemente, die Jakobiner, siegten. Das Totenmahl der Girondistenführer in der Nacht vor ihrer Hinrichtung ist eins der lehrreichsten Schauspiele der Geschichte. Einer der eifrigsten Vertreter physiokratischer Anschauungen unter den Girondisten war Condorcet, einst Sekretär der Pariser Akademie. Als er nach unsagbaren Entbehrungen einen Tag nach seiner Verhaftung durch Gift oder Herzschwäche im Gefängnis geendet hatte, fand man bei ihm Aufzeichnungen von

„Gedanken über die soziale und moralische Hebung des Volkes“, die er noch auf der Flucht vor dem Henker aufgezeichnet hatte.

Über das soziale Ideal der Jakobiner ist wenig zu sagen. Robespierre begnügte sich mit Aufstellung von glänzenden Zielen, wobei er es meisterhaft verstand, frostige Antithesen zu häufen:

„Wir wollen eine Ordnung der Dinge, bei der alle niedrigen und grausamen Leidenschaften durch die Gesetze in Fesseln gelegt, allen edlen und großherzigen gefördert werden, wo der Ehrgeiz nur das Verlangen ist, sich Ruhm zu erwerben und dem Vaterlande zu dienen, wo die Auszeichnungen aus der Gleichheit selbst hervorgehen, wo der Bürger der Obrigkeit unterworfen ist, die Obrigkeit dem Volke, das Volk der Gerechtigkeit, wo das Vaterland den Wohlstand eines jeden Individuums sichert, wo jedes Individuum sich mit Stolz des Glückes und des Ruhms des Vaterlandes freut, wo alle Seelen sich erweitern durch den fortwährenden Austausch republikanischer Gefühle und durch das Bedürfnis, sich die Achtung eines großen Volkes zu verdienen, wo die Künste der Schmuck der Freiheit sind, die jene adeln, der Handel die Quelle des öffentlichen Reichtums ist und nicht bloß des unnatürlichen Überflusses einiger Kaufleute.“

Eins aber vergaß der Mann, der die Verantwortung in seiner Hand trug und der persönlich anspruchslos blieb bis zum Tode, er vergaß die Wege zu solchem Ziele zu zeigen!

Sein ehrlichster Anhänger war St. Just, der auch mit ihm in den Tod gegangen ist. In den Papieren dieses Fanatikers finden sich Aufzeichnungen: „Fragmente über die republikanischen Einrichtungen“, in denen es einfach heißt: „Die Armut muß beseitigt werden durch die Verteilung der nationalen Güter an die Armen.“ Wie wenig selbst er, der begabteste unter den Schülern Robespierres, von volkswirtschaftlichen Dingen wußte, zeigt in geradezu erstaunlicher Deutlichkeit der Satz: „Wie

viele Reiche muß es nicht geben, da heute viermal soviel Banknoten im Umlauf sind, als früher.“ Für ihn hatten also Quesnay und Turgot und die anderen Physiokraten vollkommen umsonst gelebt und gelehrt.

Der Konvent hätte Frankreichs Wohlstand auf eine feste Grundlage stellen können; denn die Hälfte des Bodens war durch die Achtung des Adels und der Geistlichen in seiner Hand. Hätte er den Boden nach physiokratischem System verwandt, indem er ihn Arbeitswilligen gegen eine billige Grundsteuer oder Pacht abgegeben hätte, so wäre in der Volkswirtschaft Frankreichs ein großer, dauernder Schritt aufwärts geschehen. Statt dessen begnügten sich die Machthaber mit einer geradezu unsinnigen Ausgabe von Assignaten, die die schwersten Schädigungen mit sich brachte.

Als sich immer mehr herausstellte, daß das Schlagwort: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! eine große Lüge war ohne den Untergrund gesunder sozialer Zustände, stiegen wieder die kommunistischen Gedanken in die Höhe. Ihre Anhänger vereinigten sich dann in der großen Verschwörung des Baboeuf, die 17 000 wehrfähige Männer vereint haben soll, die aber im letzten Augenblick durch Verrat verhindert wurde und den Führer der Verschwörung auf das Schaffot brachte. Aus der Republik erwuchs die Militärdiktatur.

Napoleon Bonaparte wurde Kaiser der Franzosen.

* * *

Der Einfluß der physiokratischen Lehren überschritt früh die Grenzen Frankreichs. Im Großherzogtum Toskana war der Minister Neri ihr begeisterter Vertreter. Der Großherzog Leopold, der Bruder Josephs II., wurde durch ihn für eine physiokratische Reform gewonnen. Alle direkten Steuern wurden in eine einzige Steuer: „Erlösungssteuer“ verwandelt:

„Tassa di redenzione“. Die indirekten Steuern wurden zum großen Teil beseitigt, die Getreideausfuhr erleichtert. Auch die Staatsschulden sollten mit Hilfe des physiokratischen Prinzips getilgt werden. Alle Schulden wurden in eine einzige zusammengelegt. Jeder Bodenbesitzer sollte seine Grundsteuer mit $28 \frac{1}{2}$ multiplizieren und für die so gewonnene kapitalisierte Grundsteuer Staatsanleihen übernehmen.

Nach dem frühen Tode Josephs II. wurde sein Bruder Herr in österreichischen Landen und Deutscher Kaiser. Die politischen Aufgaben, die durch die französische Revolution entstanden, nahmen aber seine Kraft zu sehr in Anspruch, als daß er an große physiokratische Reformen denken konnte. Auch starb er schon nach 2 Jahren (1792).

In Polen gewann die Physiokratie viele Anhänger unter dem höchsten Adel. Du Pont wurde nach der Unterdrückung der „Ephemeriden“ vom Fürsten Czartoryski, dem Vetter des Königs, zum Privatsekretär und Erzieher berufen. — Die berühmte Konstitution vom 3. Mai 1791 zeigt wesentliche Anklänge an die physiokratische Lehre. Aber diese Konstitution wurde niemals Wahrheit. Die zweite und dritte Teilung Polens (1793 und 1795) zertrat hier die junge Saat.

In Schweden war Graf Scheffer, der Erzieher König Gustavs III., ein eifriger Physiokrat. Aber die Ermordung Gustavs III. (1792) und der Sturz des alten Königtums (1809) ließen es auch hier zu praktischen Reformen organischer Art nicht kommen.

In der Schweiz wurde der Hauptvertreter der Physiokratie der hochverdiente Baseler Stadtschreiber: Isaaß Iselin (1728—1782). Bezeichnend für die Psychologie der Agitation ist seine Befehung: Als er einige Schriften der Physiokraten in die Hände bekommen, wurde er durch ihren schwerfälligen Stil und einzelne Übertreibungen abgestoßen.

„Es fielen mir aber zu meinem Glücke etliche Jahre hernach die „Ephémérides du citoyen“ in die Hände. Ich fand die darin ausgeführten Teile der wirtschaftlichen Lehre so einleuchtend, so bündig und mit den Gefühlen meines Herzens so übereinstimmend, daß ich den Entschluß faßte, die Grundsätze, auf welche die Verfasser der „Ephemeriden“ ihre Schlüsse gebaut zu haben vorgaben, nochmals zu untersuchen. Da haben sich mir die Wolken zerstreut . . . Die Lehre von dem reinen Ertrage, die so natürlich ist, und die dennoch vor dem Herrn Quesnay niemand recht entwickelt oder genutzt hat, schien mir in Sonderheit die wichtigste Entdeckung zu sein, die jemals in den wirtschaftlichen Erkenntnissen gemacht worden wäre, und ihr Erfinder war deshalb in meinen Augen, was in den Augen eines Mathematikers Newton ist.“

Jeselin gründete dann die „Ephemeriden der Menschheit“, eine Monatschrift, die in der Schweiz und in Süddeutschland eifrig für die neue Lehre warb. Zu den Mitarbeitern dieser ersten deutschen physisokratischen Zeitschrift gehörte auch der Vater unseres Volksschulwesens: Heinrich Pestalozzi, der auch seinen ganz vorzüglichen sozialen „Fabeln“ (2. Aufl. 1803) das echt physisokratische Motto voraussetzte:

„Früher oder später, aber immer gewiß wird sich die Natur an allem Tun der Menschen rächen, das wider sie selbst ist.“

Unter den deutschen Fürsten war am meisten in den Geist der Physisokratie eingedrungen der Gründer des modernen Baden, Markgraf Karl Friedrich (1728—1811). Karl Friedrich, der früh zur Regierung gekommen war, stieß zuerst die Schuldenlast ab, die bis dahin auf der Markgrafschaft ruhte. 1767 verbot er die Folter, die außer in England und in Preußen noch allgemein als unentbehrlich angesehen wurde. 1788 hob er die Leibeigenschaft völlig auf. Das Volksschul-

wesen förderte er außerordentlich. Eine ehrliche Duldung in religiösen Dingen brachte Baden in eine viel beneidete Lage. Karl Friedrich ist der erste — und bisher einzige — deutsche Fürst, der ein theoretisches System der Nationalökonomie ausgearbeitet und veröffentlicht hat. Die Arbeit erschien in Du Ponts „Ephemeriden“ unter dem Titel: „Abrégé des Principes de l'économie politique“ im Jahre 1772 und wurde auch als Buch herausgegeben. Es wird in ihm die physiokratische Lehre als die allein richtige dargestellt. Die Arbeit war ursprünglich zum Handbuch für den Prinzenunterricht bestimmt. — Mit den Führern der französischen Schule stand der Markgraf in regem Briefwechsel, so namentlich mit dem älteren Mirabeau. Du Pont ernannte er zum badischen Geschäftsführer beim französischen Minister des Auswärtigen.

In seinem Ratgeber berief der Markgraf einen eifrigen Anhänger der neuen Lehre, den Weimaraner Schlettwein. Dieser trägt eine große Mitschuld an dem verhängnisvollen Fehler, den der Markgraf dadurch beging, daß er das System in drei Dörfern „zur Probe“ einführte. Dietlingen, Teningen und Balingen wurden zu diesem Versuche ausersehen. Die „reine Grundrente“ wurde mit ziemlich großer Willkür so geschätzt, daß 20 % von ihr den bisherigen Abgaben entsprachen, und diese 20 % wurden nun als „einzige Steuer“ im physiokratischen Sinne erhoben. Die bisherigen Abgaben waren zum großen Teile in Naturalabgaben und Diensten entrichtet worden. Jetzt sollte die Steuer in Geld, und zwar die ganze Jahressumme in einem Termin, bezahlt werden. Die Bauern waren nicht gewohnt, mit Geld zu rechnen, und der Steuertermin wurde ein Tag schwerer Sorge für sie. Die Durchführung des physiokratischen Systems mußte in Teningen und in Balingen schon 1776, in Dietlingen 1792 aufgegeben werden. Diese praktischen Versuche, die scheitern mußten, eben weil sie nur

Versuche auf ganz beschränktem Gebiete waren, haben der Ausbreitung der Physiokratie in Deutschland schwer geschadet. Die Gegner hatten es nun leicht mit der Behauptung, die Lehre sei trotz ihrer schönen Grundgedanken doch völlig unpraktisch.

In ähnlicher Weise schadete der Physiokratie in Deutschland ein anderer hochbegabter Fürst, Kaiser Joseph II. (1765—1790).

Schon 1783 legte er seine Grundsätze über eine allgemeine Steuerreform dem Minister Kollowrat gegenüber wie folgt dar: Eine klare und gerechte Grundlage der Besteuerung ist sicher das größte Glück eines Landes. Dadurch allein bekommen wir das richtige Mittel, auf dem schönsten und billigsten Wege das zu sammeln, was der Staat bedarf. Das Land, das die Natur zum Unterhalt des Menschen bestimmt hat, ist die einzige Quelle, von der alles kommt, und zu der alles zurückfließt, und deren Dasein beständig bleibt unter allem Wechsel der Zeit. Daraus folgt die unwiderlegliche Wahrheit, daß das Land allein dem Staate die nötigen Mittel liefern kann, und daß in natürlicher Gerechtigkeit kein Unterschied gemacht werden kann. Alles Land muß gleich behandelt werden: das Staatsland, das Kirchenland, das Land der Adligen und das Land der Bauern: alles Land muß klassifiziert werden nach seiner Größe, nach seiner Fruchtbarkeit, nach seiner Lage. Wenn Gesetze und Verordnungen dem widerstreiten, so bleibt nichtsdestoweniger die Wahrheit und Überzeugung feststehen, daß die Wohlfahrt des Staates diesen Grundsatz absolut notwendig macht. Ist es nicht Widersinn zu glauben, die herrschenden Klassen hätten das Land besessen, ehe Untertanen da waren, und daß jene das Land diesen unter gewissen Bedingungen gaben? Würden die herrschenden Klassen nicht auf der Stelle Hungers sterben oder anderswo hingehen müssen, wenn niemand den Boden bearbeitete?

Der Kaiser findet es deshalb „notwendig, ein neues Steuersystem einzuführen nach der Regel, daß alle Ländereien, ohne Ausnahme, gleichmäßig, ihrem Ertrage entsprechend, besteuert werden“.

Am 20. April 1785 erließ Joseph II. die Anordnung, von jedem Bauernhof den „Reinertrag“ zu ermitteln und zwar nach Selbsteinschätzung des Bauern. Von diesem Reinertrag sollten durchschnittlich 12²/₁₀ % für Staat und Gemeinde und höchstens 17⁷/₁₀ % zur Ablösung der Bodenherrenrechte eingezogen werden.

Um seiner Ehrfurcht vor dem Boden und seinen Erzeugnissen Ausdruck zu geben, benutzte der Kaiser eine Gelegenheit, um mit eigener Hand den Pflug zu führen.

Josephs II. Schicksal ist bekannt. Der hochstrebende Fürst verstand es nicht, sich mit den richtigen Staatsmännern zu umgeben. Seine Tätigkeit blieb sprunghaft. Friedrich der Große hatte Recht, wenn er bitter urteilte, daß dieser Fürst immer den zweiten Schritt tun wollte, bevor er den ersten gemacht. So kam es, daß viel von den Anläufen der Josephinischen Reformen verloren ging. Aber sein Wirken darf auch nicht unterschätzt werden. Es hat den habsburgischen Ländern eine Revolution erspart.

Unter den wissenschaftlichen Vertretern der deutschen Physiokratie ist August Schlettwein hervorzuheben, der Ratgeber Markgraf Karl Friedrichs, der durch Iselin 1776 das erste deutsche Hochschulkathedr für die Physiokratie in Basel erhielt. Von 1777—85 lehrte er als Professor in Gießen. Schlettwein gründete auch eine deutsche Zeitschrift für die neue Lehre: „Archiv für den Menschen und Bürger in allen Verhältnissen.“ Sein Hauptwerk führt den bezeichnenden Titel:

„Die wichtigste Angelegenheit für das ganze Publikum, oder die natürliche Ordnung in der Politik überhaupt, be-

sonders aber die allgemeine Freiheit im Handel und Wandel, die ungestörte Ein- und Ausfuhr des Getreides, die Ordnung der Vollkommenheit in der Kultur der Ländereien und im Verbrauch der Waren, die zur Wohlfahrt der Staaten einzuführende einzige Auflage auf den reinen Ertrag der Grundstücke und die damit zu verbindende Einrichtung des Fronwesens auseinandergelegt.“

Schlettweins Tochter ist die Mutter von Robbertus. Jakob Mauvillon, Professor der Kriegskunst in Kassel, ein überaus eifriger Physiokrat, ist der Hauptverfasser des von dem älteren Mirabeau herausgegebenen berühmten Werkes: „De la monarchie prussienne sous Frédéric le Grand.“ Hier zeigt sich, wie scharf die Physiokratie die Augen öffnete für die Schäden des merkantilistischen Systems, die selbst das Genie eines Friedrich des Großen nicht zu überwinden vermochte:

„Die äußerste Ordnung in der Verwaltung, die Unwandelbarkeit der Grundsätze, die, obgleich sie schlecht sind, immer besser ist, als die Inkonsistenz, die Geschenke des Königs halten die Maschine im Gange; aber in Sachen des Handels, der Landwirtschaft und der Industrie sind die Staaten des Königs, allgemein ausgebrüht, doch nur von Tagelöhnern bevölkert. Wie könnte der Ackerbau in einem Lande blühen, wo der Produzent weder Korn noch Vieh, weder Wolle noch Häute, nicht einmal die Knochen und Hörner seiner Tiere zu verkaufen wagt?

Kann der Handel gedeihen in einem Lande, wo alles dem Monopol unterworfen ist, oder jeden Tag unterworfen werden kann? Wird sich die Industrie in einem Lande erheben, wo sie gleich bei ihrer Gründung Kauf- und Verkaufsprivilegien, Geldunterstützungen von Seiten des Souveräns erhält und sich gewaltsam auf Gegenstände gerichtet sieht, denen die Natur widerstrebt, auf Kosten der von der Natur verlangten?

Hätte der König die guten physiokratischen Prinzipien gekannt, — aber wer lernt noch auf dem Gipfel des

Ruhmes und im Alter? — so würde der größte König auch der beste geworden sein, weil seine Festigkeit, die niemals ihresgleichen gehabt hat, seine fleckenlose Unparteilichkeit, seine unbeugsame Pflichttreue, sein stetes Trachten nach Ordnung und Sparsamkeit den Erfolg hatten, einen ziemlich großen Teil der schlimmen Folgen einer grenzenlosen, maßlosen, prinziplosen Fiskalverwaltung zu decken. Was würde nicht die Wahrheit in seinen Händen geleistet haben? Seine Zweige hätten die Erde beschattet; und die Preußen, reich, glücklich, blühend, würden die wahren Lehrer Europas geworden sein, während sie jetzt nur dessen beste Soldaten sind."

Wie treffend hier die fressenden Übel am Volkskörper aufgedeckt wurden, das zeigte sich bald, als der Sturm der Napoleonischen Kriege an Preußens Grundfesten rüttelte.

In der Zeit der Wiedergeburt Preußens waren vielfach physisokratische Gedanken wirksam, so bei der Aufhebung der Leibeigenschaft, der Freigabe der Gewerbe und des Handels und der Einrichtung von Selbstverwaltungsbehörden.

Theoretisch verteidigte namentlich Fichte (1762—1814) den Gedanken von der grundlegenden Bedeutung des Bodenrechts.

Der einzelne hat nach ihm nur das Recht auf ein Objekt, soweit es Gegenstand der Betätigung werden kann. Die Erde als Ganzes, als Substanz, kann niemals von einem einzelnen bearbeitet und deshalb auch nicht besessen werden:

"Die Erde ist des Herrn. Des Menschen ist nur das Vermögen, sie zweckmäßig auszubauen und zu benutzen."

"... Unangebauter Boden kann nicht Privateigentum sein, sondern verbleibt im Besitze der Gemeinde."

Der Boden ist zunächst Allgemeingut und wird dem einzelnen als Besitz überwiesen, nur soweit er Gegenstand seiner Tätigkeit werden kann.

Rechtmäßiges Eigentum ist nur dasjenige Einkommen, welches als Arbeitsvergütung gelten kann.

Einer der bedeutendsten Männer seiner Zeit war zweifellos Th. Anton Heinrich Schmalz, der 1810 der erste Rektor der Berliner Universität wurde. Er verglich den Merkantilismus mit dem Weltssystem des Ptolemäus, die Physiokratie aber mit dem Weltssystem des Kopernikus.

Adam Smith, der gleichwohl Mode sei,

„müsse mit Tycho de Brahe verglichen werden, welcher die Gewalt der Wahrheit bei Kopernikus nicht verkennen mochte, doch aber teils sie nicht ganz durchschaute, teils von Vorurteil sich nicht ganz losreißen konnte, teils endlich den Ruhm der Selbsterfindung und der Vereinigung aller Parteien suchte . . .“ Gewiß war er, wie Tycho, „ein Mann hochzuverehrenden Geistes, seinen Anhängern aber vornehmlich deshalb lieb, weil er ihnen die Mühe spart, die innersten Tiefen des Schachtes zu befahren, aus welchen er ihnen Quesnays Goldkörner gegeben hat.“ (Staatswissenschaftslehre in Briefen 1818, S. 244.)

Wie aber die physiokratischen Fürsten, so hat auch der an sich tüchtige Theoretiker der Physiokratie außerordentlich geschadet. 1815 ließ er eine kleine Schrift über politische Vereine erscheinen. Darin erzählte er, daß er im Jahre 1808 zum Direktor des Tugendbundes für die Marken ernannt worden sei, daß er aber nach einer Prüfung der Satzungen des „Tugendbundes“ diesen Posten abgelehnt habe. Seitdem werde er aus Bundeskreisen heftig angegriffen. Schließlich behauptete er, und das war das häßliche, dieser Tugendbund bestehe noch jetzt trotz seiner gesetzlichen Aufhebung. Diese Schrift hat Schmalz unendlich viel Haß zugezogen, da sie in den Demagogenvorfällen eine Rolle spielte. Niebuhr, Schleiermacher, Friedrich Förster und andere griffen ihn heftig an. Die gebildete Jugend sah in ihm von nun an einen Ver-

räter der Freiheit. Von diesem Haß wurde naturgemäß auch das nationalökonomische System in Mitleidenschaft gezogen, das Schmalz vertrat. Trotzdem hielt sich die Physiokratie in einzelnen ernsthaften Kreisen. So erklärte das „Staats- und Gesellschaftslexikon“, das Hermann W a g e n e r, der nachmalige sozialpolitische Mitarbeiter Bismarcks, 1860 herausgab, sich ausdrücklich in wesentlichen Teilen mit den Physiokraten einverstanden.

Der letzte deutsche Physiokrat war der hessische Baumeister Karl Arnd (1788—1877). Aus seinen zahlreichen Schriften sind namentlich hervorzuheben: „Die naturgemäße Steuer“ (1852) und „Die Volkswirtschaft begründet auf unwandelbare Naturgesetze“ (1863).

Eine Schrift von G o s s e n „Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln“ (1853) bildet schon den Übergang zu der modernen Schule, die unter dem Namen „Bodenreform“ oder Neuphysiokratie in der Gegenwart schnell steigende Bedeutung gewinnt. —

Die Urteile über die physiokratische Schule gehen weit auseinander. Der aristokratische Staatsphilosoph T o c q u e v i l l e urteilt:

„Alle Institutionen, die von der Revolution für immer abgeschafft werden sollten, haben die Physiokraten mit großer Energie angegriffen; keine einzige fand Schonung bei ihnen. Alle anderen dagegen, die als Schöpfungen der Revolution angesehen werden können, sind schon von jenen Männern vorher verkündigt und mit Begeisterung gepriesen worden. — Mehr noch. Man bemerkt schon in ihren Büchern jenes revolutionäre und demokratische Temperament, das uns nun so bekannt ist. Sie legen nicht nur denselben Haß gegen gewisse Sonderrechte an den Tag, sondern verabscheuen auch alle Mannigfaltigkeit, sie beten die Gleichheit selbst in der Knechtschaft an. — Mit jener Form der Tyrannei, die

man den demokratischen Despotismus nennt, sind die Physiokraten schon vertraut; keine Hierarchie mehr in der Gesellschaft, keine bestimmte Rangordnung, ein Volk, das aus einander ähnlichen und durchaus gleichgestellten Individuen besteht; diese gestaltlose Masse als eine einzige waltende Macht anerkannt, aber aller Fähigkeiten beraubt, die ihr gestatten könnten, ihre Regierung selbst zu führen, oder sie nur zu kontrollieren: das war die Gesellschaft nach dem Wunsche der Physiokraten. — Von allen Menschen jener Zeit sind die Physiokraten diejenigen, die sich in der unsrigen am wenigsten fremd fühlen würden; ihre Leidenschaft für Gleichheit ist so ausgeprägt und die Freiheit, die sie anstreben, eine so wenig positive, daß sie einen gewissen Zug von Genossen unserer Tage haben.“

Den schroffen Gegensatz dazu vertritt der kommunistische Historiker Louis Blanc:

„Wie glänzend ist doch die Stellung, die von den Physiokraten dem Grundeigentümer zugeteilt wird! Über der produktiven Klasse thronend, ließ man ihn mit der höchsten Sozialfunktion ausgestattet sein; und um dieser zu genügen, brauchte er nichts als sein Vermögen genießen. Er allein sitzt beim Festmahle. Sein Amt ist Renten zu verzehren. Um die Tafel stehen die Handwerker, die Künstler und die übrigen „sterilen“ Klassen. Sie bieten ihrem Herrn für die Reste des Mahles die Früchte ihres Talentes und ihrer Betriebsamkeit dar. . . . Den Grundeigentümern ward durch diese Theorie eine so recht den Stolz aufblasende Bedeutung verliehen, ihnen ward ein glanzvolles Leben der Muße zugewiesen. An die Stelle der früheren militärischen sollte nun eine Bodenaristokratie treten.“

Der alte Roscher betont dem gegenüber:

„Die Bezeichnung der Grundeigentümer als „classe disponible“ ist so zweischneidig, daß sie ebensowohl eine Gunst als eine Ungunst bedeuten kann, letzteres namentlich in Verbindung mit dem „impôt unique.“

Professor Oudon in Bern, der heute als der beste Kenner der physisokratischen Schule gilt, urteilt:

„Wenn man das Lehrgebäude Quesnays unbefangen überschaut, so kann nur Ignoranz oder bewußtes Übelwollen leugnen, daß man es dabei mit einem großartig angelegten Gedankenbau zu tun hat.“

Henry George, der Bahnbrecher der modernen Bodenreform, widmet sein Werk: „Schutzoll und Freihandel“

„dem Andenken jener berühmten Franzosen des achtzehnten Jahrhunderts, Quesnay, Turgot, Mirabeau, Condorcet, Du Pont und ihrer Genossen, welche, in der Nacht des Despotismus, die Herrlichkeit des kommenden Tages voraussahen.“

VI.

Die liberale Schule.

Die Navigationsakte Cromwells 1651 (s. S. 55) bedeutete einen Wendepunkt in der englischen Volkswirtschaft. Der englische Handel stieg von Jahr zu Jahr und wurde der erste der Welt. Mit dem Handel wuchs die Nachfrage nach Industrieprodukten. Neben den lokalen Markt mit dem sicheren, leicht übersehbaren Kundenkreis trat der Markt in fernen Ländern und Kolonien. Ein solcher Markt setzte die massenweise Herstellung von Waren voraus. Der Manufakturbetrieb gewann immer mehr Boden. Seine Überlegenheit über den handwerksmäßigen Betrieb beruhte im wesentlichen in den Vorteilen, die die Arbeitsteilung mit sich führt. Es lag in den Verhältnissen begründet, daß in dieser Volkswirtschaft mit ihren steigenden Ansprüchen die wichtigsten technischen Erfindungen gemacht und angewendet worden sind. Als Voraussetzung der maschinellen Entwicklung kann die Erfindung Darbys gelten (um 1720), die es zuerst ermöglichte, Eisen aus den Erzen durch Verwendung von Steinkohle zu gewinnen. Bis dahin hatte man Eisen nur durch Verwendung von Holzkohle aus den Erzen gewinnen können, was die Eisenproduktion sehr verteuerte. Papin (1647—1714) hatte um 1680 zuerst die Anwendung der Dampfkraft gezeigt. Arkwright (1732 bis

1792) konstruierte die erste Baumwollspinnmaschine, und wenn auch die Arbeiter, die in diesen Maschinen verderbliche Konkurrenten sahen, ihm die erste mühsam errichtete Fabrik in Brand steckten, so war doch der Siegeszug des Großbetriebes nicht mehr aufzuhalten.

Im Jahre 1765 erfand der Spulenmacher Higg's die erste Jenny, die bald 25 Spindeln auf einmal in Bewegung setzte. Auch eine andere Erfindung Higg's, die es ermöglichte, haltbares Kettengarn statt aus Leinengarn auch aus Baumwolle herzustellen, führte zu großen Umwälzungen in der gesamten Volkswirtschaft.

Mitten in einer solchen Zeit voller neuer Entwicklungstendenzen wirkten die Männer, die man gewöhnlich als die Hauptvertreter der „liberalen“ Schule bezeichnet: Smith, Malthus und Ricardo.

Adam Smith wurde am 5. Juni 1723 in Kirkcaldy in Schottland als einziger Sohn eines Zollbeamten geboren. Er studierte in Oxford und hielt dann in Edinburgh freie Vorlesungen über Rhetorik und schöne Wissenschaften. 1751 wurde er als Professor an die Universität Glasgow berufen, wo er 13 Jahre lang Moralphilosophie lehrte. Im Jahre 1763 legte er seine Professur nieder, um den jungen Herzog Buccleugh auf seinen Reisen nach Frankreich und Italien zu begleiten. In Paris trat er in engste Beziehungen zu den Physiokraten, besuchte ihre Dienstagassemblées und blieb mit ihren Führern, namentlich mit Turgot, in dauerndem Briefwechsel. Nach seiner Rückkehr 1766 zog er sich zu seiner Mutter nach Kirkcaldy zurück, wo er 10 Jahre lang an seinem großen Werke „Inquiry into the nature and causes of the wealth of nations“ („Untersuchungen über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Völker“) arbeitete. Das Erscheinen des Buches 1776 machte großes Aufsehen. Smith er-

hielt 1778 eine sehr einträgliche Stelle in der höchsten schottischen Zollbehörde. Er starb in Edinburg am 17. Juli 1790.

Adam Smith wird vielfach als Gründer der national-ökonomischen Wissenschaft hingestellt, und von seinem großen Werke: „Untersuchungen über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Völker“ sagte man lange, daß es wie die Bibel ewige Wahrheiten enthalte. Auch heute gilt es noch in den weitesten Kreisen als das „klassische“ volkswirtschaftliche Lehrbuch. Man hat aber vielfach zu schnell die enge Verbindung vergessen, in der Adam Smith mit den Physiokraten steht. Den Zeitgenossen von Smith war dieser enge Zusammenhang eine Selbstverständlichkeit.

„Man sieht“, urteilt der volkswirtschaftliche Mitarbeiter des alten Brockhaus'schen Lexikons von 1817 nach einer Inhaltsangabe des Smith'schen Werkes, „daß die Resultate dieses Systems in den Hauptsachen durchaus mit denen des physiokratischen übereinkommen.“ Auch Smith's erster Biograph, sein Freund Dugald Stewart, gibt die enge Zusammengehörigkeit zu. „Aber gewiß,“ fährt er fort, „werden auch die wärmsten Bewunderer der Physiokraten zugeben, daß von den zahlreichen Erklärern ihres Systems keiner ihm an Bestimmtheit und Deutlichkeit und in der systematischen lichtvollen Ordnung, mit der er die Lehrsätze aus den Grundbegriffen ableitet, nur von fern zu vergleichen sei.“ Smith selbst hat von Quesnay geurteilt, daß dessen physiokratisches System der Wahrheit näher gekommen sei, als irgend ein anderes, und daß er Quesnay selbst sein Werk gewidmet haben würde, wenn dieser seine Herausgabe noch erlebt hätte.

In Übereinstimmung mit den Physiokraten lehrt Adam Smith im 11. Kapitel seines ersten Buches: „Der Grund und Boden bildet bei weitem den größten, wichtigsten, dauerhaftesten Reichtum in einem Lande.“ Ausreichende Preise der Boden-

produkte, namentlich des Getreides, sind ihm die Voraussetzungen zur Ausdehnung der Ackerbaukultur, ja wir finden in dem gleichen Kapitel den Satz:

„Ist nun die vollendetste Kultur eines Landes der größte Segen für dasselbe, wie es ja unstreitig der Fall ist, so muß auch jene Erhöhung im Preise aller seiner Produkte nicht wie eine Kalamität, sondern wie der Vorbote des größten Segens betrachtet werden.“

Wie sehr Smith in bezug auf die hohe Wertung der Landesbebauung als der sichersten Grundlage aller nationalen Existenz physiokratisch dachte, zeigt sein großes Werk an vielen Stellen:

„Das Kapital, das irgendetwas Land durch Handel und Fabrikwesen erwirbt, ist ein sehr unsicherer Besitz, bis ein Teil desselben in dem Anbau und der Verbesserung des Bodens angelegt und befestigt ist. Ein Kaufmann ist, wie man sehr treffend gesagt hat, nicht notwendig der Bürger eines bestimmten Staates. Es ist ihm größtenteils gleichgültig, von welchem Plage aus er seinen Handel treibt; eine sehr unbedeutende Unannehmlichkeit kann ihn dazu bewegen, sein Kapital und mit diesem all den Gewerbefleiß, welchen es unterhält, von einem Lande in ein anderes überzuführen.“

Kein Teil dieses Kapitals kann als dem Lande selbst zugehörig betrachtet werden, bevor es sich sozusagen über dasselbe ausgebreitet hat, entweder in Gestalt von Gebäuden oder in der dauerhaften Bodenverbesserung. Außer in den unklaren Erzählungen des 13. und 14. Jahrhunderts ist von den großen Reichtümern, die die meisten Hansestädte besaßen haben sollen, jetzt auch keine Spur mehr zurückgeblieben. Es ist selbst ungewiß, wo einige von ihnen lagen, oder welchen modernen Städten die ihnen damals gegebenen lateinischen Namen zugehören. Die Lombardei und Toskana dagegen, obgleich die Unglücksfälle Italiens zu Ende des 15. und Beginn des 16. Jahrhunderts deren Handel

und Fabrikwesen bedeutend verringerten, gehören jetzt noch zu den bevölkertsten und bestangebauten Ländern Europas. Die Bürgerkriege in Flandern und die ihnen folgende spanische Herrschaft verjagten den großen Handel aus Antwerpen, Gent und Brügge; trotzdem ist heute noch Flandern eine der reichsten, bevölkertsten und bestangebauten Provinzen Europas. Die Umwälzungen der Kriege und Regierungen trocknen die Quellen des aus dem Handel allein entspringenden Reichtums leicht aus; der aus den gediegenen Fortschritten der Bodenkultur entstehende dagegen ist viel dauerhafter und kann nur durch so gewaltsame Zerrüttungen zerstört werden, wie sie die ein oder zwei Jahrhunderte hindurch fortgesetzten Verheerungen feindseliger und wilder Völker veranlassen; solche etwa, wie sie Westeuropa einige Zeit vor und nach dem Falle des römischen Reiches zu erdulden hatte.“

Und an anderer Stelle betont er zusammenfassend:

„Diese dem Bauernstande so günstigen Gesetze und Gebräuche haben vielleicht mehr zu der jetzigen Größe Englands beigetragen, als alle seine vielgerühmten Handelsbestimmungen zusammen genommen.“

Die Frage der Schutzzölle auf Getreide will Smith nicht grundsätzlich entscheiden. Für die Niederlande z. B., die durch ihre Kriege tief in Schulden geraten waren, seien Abgaben auf Lebensmittel ganz gut am Platze. Für den englischen Landwirt habe die Frage der Getreideeinfuhr aber keine Bedeutung, da die durchschnittliche Jahresmenge der Einfuhr aller Arten von Getreide „nach den Angaben des sehr unterrichteten Verfassers der „Tracts upon the corntrade“ 23 728 Quarters betrage und nicht den 571. Teil des jährlichen Verbrauches übersteige“. (Heute beträgt die Getreideeinfuhr nicht $\frac{1}{571}$, sondern etwa $\frac{450}{571}$ des jährlichen Gebrauches.)

In Übereinstimmung mit den Physiokraten fordert Smith

möglichste Freiheit in jeder Entwicklung. Er will keine Zünfte, keine Vorrechte, keine Prämien, keine Monopole, keine Einfuhr- und Ausfuhrverbote. Auch er war der Überzeugung, daß die Betätigung des Eigenvorteils die besten volkswirtschaftlichen Erfolge hervorrufe. Die Summe der Einzelinteressen sei mit dem Interesse der Gesamtheit identisch, und die ungünstigen Wirkungen des Egoismus würden durch die freie Konkurrenz selbst zum größten Teile beseitigt werden.

Allein Smith ist ebenso, wie die Physiokraten, nicht jedem Staatseingriffe „in die natürliche Freiheit“ des einzelnen abhold. Dort, wo er gegen übertriebene Banknotenausgabe Mittel empfiehlt, sagt er z. B.:

„Eine Benutzung der natürlichen Freiheit einzelner, durch welche die Sicherheit der ganzen Gesellschaft gestört werden kann, wird und muß durch die Gesetze aller Staaten, der freiesten wie der despotischsten, eingeschränkt werden. Die Zwangspflicht, Scheidewände aufzuführen, um die Verbreitung eines Brandes zu verhindern, ist auch ein Eingriff in die natürliche Freiheit ganz ähnlicher Art wie die hier empfohlenen Verordnungen über das Bankwesen.“

Wer soll nun bestimmen, welche Interessen mit denen des Volksganzen zusammenfallen und welche nicht? Smith teilt die Bevölkerung jedes Landes in drei Klassen ein: die erste lebe von der Grundrente, die zweite vom Arbeitslohn, die dritte vom Kapitalgewinn. Das Interesse der Bezieher der Grundrente und des Arbeitslohnes fällt, nach Smith, mit den Interessen der Allgemeinheit ohne weiteres zusammen. Anders stehe es mit der dritten Klasse:

„Indessen steigt oder fällt der Gewinnsatz nicht wie bei Rente und Arbeitslohn mit dem Gedeihen und dem Verfall der Gesellschaft; im Gegenteil, er ist von Natur niedrig in reichen und hoch in armen Ländern und steht

am höchsten in denjenigen, die ihrem Untergange am schnellsten entgegengehen. Das Interesse dieser dritten Klasse steht also nicht in derselben Verbindung mit dem allgemeinen der Gesellschaft, wie das der beiden ersten. Kaufleute und Fabrikanten sind hier diejenigen, die gewöhnlich die größten Kapitalien beschäftigen und durch ihren Reichtum sich das meiste Ansehen beim Publikum verschaffen. Da sie sich während ihres ganzen Lebens mit Plänen und Berechnungen beschäftigen, so ist ihr Verstand in der Regel mehr geschärft als bei den meisten Landbesessenen. Aber da ihre Gedanken auch in der Regel mehr auf das, was ihren eigenen Geschäften, als auf das, was der Gesellschaft am meisten frommt, gerichtet sind, so kann man auf ihr Urteil, selbst wenn es mit der größten Unbefangenheit abgegeben wird, was nicht immer geschieht, mehr bauen, wenn es den ersten, als wenn es den letzten dieser Gegenstände betrifft. Ihre Überlegenheit über den Landadelmann besteht nicht sowohl darin, daß sie das öffentliche Interesse, als darin, daß sie ihr eigenes besser verstehen, als er das seinige. Durch diese Art der Überlegenheit haben sie oft seine Großmut gemißbraucht, und ihn zur Preisgebung seines eigenen wie des öffentlichen Interesses zu bewegen vermocht, indem sie ihm einredeten, ihr Interesse und nicht das seinige, sei das des Publikums im allgemeinen.“

„Nun ist aber das Interesse eines jeden Geschäftsmannes in der einen oder der anderen Beziehung ein von dem öffentlichen verschiedenes und oft selbst entgegengesetztes. Jeder Vorschlag zu neuen Gesetzen oder Handelsreglements, der von dieser Klasse ausgeht, ist mit großer Vorsicht aufzunehmen, und sollte nie genehmigt werden, bevor er nicht mit der genauesten, ja mit der ängstlichsten Sorgfalt geprüft worden ist; denn er rührt von einer Menschenglasse her, deren Interesse niemals ganz mit dem öffentlichen zusammenfällt, die in der Regel ein Interesse daran hat, das Publikum zu hintergehen oder selbst zu bedrücken, und die es in der That schon oft sowohl hintergangen als bedrückt hat.“

Das Mißtrauen gegen den Egoismus der Menschen läßt Smith alle Berufsvereinigungen mit größtem Bedenken betrachten:

„Leute von demselben Berufsgeschäfte kommen selbst zur Erholung und zum Vergnügen nur selten zusammen, ohne daß ihre Unterhaltung mit einer Verschwörung gegen das Publikum oder einem Plane zur Erhöhung der Preise endigt.“

Es sei allerdings nicht möglich, durch Gesetze, die ausführbar und mit Gerechtigkeit und Freiheit verträglich seien, solchen Zusammenkünften vorzubeugen. Aber der Staat solle Vereinigungen dieser Art wenigstens nicht erleichtern.

Smith geht sogar soweit, aus solcher Befürchtung heraus auch vor genossenschaftlichen Hilfskassen dringend zu warnen:

„Eine Verordnung, die die Leute desselben geschäftlichen Berufes ermächtigt, sich selbst zu besteuern, um für ihre Armen, Kranken, Witwen und Waisen zu sorgen, schafft ein gemeinsames Interesse an der Verwaltung und macht dadurch jene Vereinigung sogar nötig.“

Auch auf dem für die praktische Volkswirtschaft so wichtigen Gebiete der Besteuerung stand Smith den Physiokraten außerordentlich nahe. Wenn er auch nicht den „impôt unique“ forderte, so betonte er doch mit großem Nachdruck die Gerechtigkeit und Notwendigkeit einer besonderen Besteuerung der Grundrenten:

„Eine Steuer auf Grundrenten würde die Hausmieten nicht erhöhen, sondern lediglich den Grundeigentümer treffen, der immer wie ein Monopolist handelt und für die Benutzung seines Bodens die größtmöglichste Rente einzieht. Er kann mehr oder weniger dafür herauschlagen, je nach dem die Konkurrenten ärmer oder reicher sind, d. h. je nach dem sie für ihren Wunsch, an einer bestimmten Stelle zu wohnen, mehr oder weniger ausgeben können. Überall befindet sich die größte Zahl reicher Konkurrenten in der

Hauptstadt, und in dieser sind also auch die Grundrenten stets am höchsten. Da nun das Vermögen dieser Konkurrenten durch eine Steuer auf Grundrenten sich gewiß nicht vergrößert, so würden sie auch nicht geneigt sein, für die Benutzung des Grundes mehr zu zahlen. Ob also die Steuer von dem Mieter ausgelegt oder von dem Grundeigentümer direkt bezahlt würde, wäre ziemlich gleichgültig; denn je mehr der Mieter für diese Steuer bezahlen müßte, desto weniger würde er für den Boden zu bezahlen geneigt sein, und es fiel mithin in letzter Linie die Steuer ganz allein auf den Grundeigentümer.

Sowohl diese Grundrenten als die gewöhnliche Bodenrente sind eine Art von Einkommen, das der Besitzer in vielen Fällen ohne jede eigene Sorge oder Mühe genießt. Würde ihm also auch ein Teil dieses Einkommens zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse entzogen, so litte doch keine Art des Gewerbefleißes darunter. Der jährliche Ertrag von Boden und Arbeit der Gesellschaft, das wirkliche Vermögen und Einkommen der großen Volksmasse, kann nach Einführung einer solchen Steuer dasselbe bleiben, wie zuvor. Grundrenten und die gewöhnliche Bodenrente sind deshalb diejenigen Einnahmequellen, die vielleicht am besten eine ihnen besonders auferlegte Steuer ertragen können.

Grundrenten scheinen sich sogar noch besser hierfür zu eignen als die gewöhnliche Bodenrente. Diese hängt in vielen Fällen, zum Teil wenigstens, von der Aufmerksamkeit und guten Verwaltung des Bodeneigentümers ab, welcher letzterer durch eine sehr schwere Steuer bedeutend geschädigt werden könnte. Grundrenten dagegen verdankt man, insofern als sie die gewöhnliche Bodenrente übersteigen, einzig und allein der guten Landesregierung, die durch den Schutz, den sie dem Gewerbefleiß des ganzen Volkes oder dem der Einwohner eines bestimmten Ortes angedeihen läßt, diese in den Stand setzt, für den Boden, auf dem sie ihre Häuser bauen, so viel mehr als dessen wirklichen Wert zu bezahlen, die also dem Grundeigentümer so viel mehr verschafft, als

der Verlust beträgt, den er durch eine derartige Verwendung des Bodens erleidet. Nichts kann gerechter sein, als daß eine Einnahmequelle, die ihr Dasein der guten Regierung des Staates verdankt, besonders besteuert werde, d. h. mehr als die meisten anderen zum Unterhalte dieser Regierung beitrage.

Obgleich in vielen europäischen Ländern die Hausmieten besteuert wurden, kenne ich doch keines, in dem die Grundrenten als ein besonderes Steuerobjekt behandelt würden. Wahrscheinlich glaubt man nur schwer ermitteln zu können, welcher Teil der ganzen Hausmiete als Grundrente und welcher als Baurente zu betrachten sei. In Wirklichkeit scheint jedoch keine Schwierigkeit vorhanden, diese beiden Teile der Gesamtmiete voneinander zu unterscheiden!"

Wenn man dem System von Smith den Namen „Industriesystem“ beigelegt hat, so muß man in der ursprünglichen Auffassung von Smith zweifellos das Wort „Industrie“ nicht im engeren Sinne, in dem es heute vorzugsweise im Gegensatz zur Landwirtschaft und zum Handel gebraucht wird, auffassen, sondern man muß es in dem allgemeinen Sinne als wirtschaftliche Tätigkeit überhaupt erklären.

Die Arbeit als vorwiegend entscheidende Quelle des Reichtums wird bei Smith weit mehr betont, als es bei den meisten Physiokraten der Fall war. Ist es nach Smith ein Hang der menschlichen Natur: „zu tauschen, sich gegenseitig auszuweichen, und ein Ding gegen ein anderes zu verhandeln“, so daß jeder mann gewissermaßen ein Kaufmann wird, und die Gesellschaft selbst zu einer Handelsgesellschaft heranwächst, so kommt es darauf an, das Zahlungsmittel, den Wertmaßstab, in dieser menschlichen Gesellschaft zu finden. Der Begriff „Wert“ soll einmal die Nützlichkeit einer Ware für den Gebrauch bezeichnen, dann spricht man von ihrem „Gebrauchswert“, oder es soll

die Fähigkeit einer Ware bezeichnen, andere Waren dafür einzutauschen, dann spricht man von ihrem „Tauschwert“.

Es gibt Dinge, die einen sehr großen Gebrauchswert und dabei doch einen sehr geringen Tauschwert haben, z. B. das Wasser, die Luft, und es gibt Dinge, die einen sehr geringen Gebrauchswert und einen sehr hohen Tauschwert haben, z. B. Diamanten, Straußenfedern.

Die Größe des Volkswohlstandes ist abhängig von der Menge der Güter, die einen Tauschwert haben. Der Maßstab des Tauschwertes ist nun nach Adam Smith allein die Arbeit:

„Gleiche Arbeitsmengen sind zu jeder Zeit und an jedem Ort für den Arbeiter von gleichem Werte . . .“ „So ist die Arbeit, weil sie sich nie in ihrem Werte verändert, allein der endgültige und wirkliche Maßstab, nach dem der Wert aller Waren zu jeder Zeit und an jedem Orte geschätzt und verglichen werden kann. Sie ist der wahre Preis dieser Waren; das Geld ist nur ihr Nominalpreis.“

Wenn es bei gleicher Geschicklichkeit und bei gleichem Fleiße ebensoviel Stunden Arbeit kostet, einen Viber oder sieben Hasen zu erlegen, so haben sieben Hasen zweifellos den Tauschwert von einem Viber.

Allerdings bestimmt das Maß der Arbeit nur den „natürlichen“ Preis einer Ware. Der „Marktpreis“, d. h. der Preis, der für die Ware wirklich gezahlt wird, bestimmt sich durch Angebot und Nachfrage. Es ist möglich, daß durch großes Angebot und geringe Nachfrage der Preis unter die natürliche Basis fällt. Ist dagegen die Nachfrage nach einer Ware stärker als das Angebot, so kann der natürliche Preis wesentlich überstiegen werden. Bei freiem Handel und bei freier Produktion werden jedoch solche Schwankungen nur vorübergehend sein können. Der Marktpreis wird stets

die Tendenz haben, sich nicht allzuweit nach oben oder nach unten von dem natürlichen Preise zu entfernen.

Auch für die Ware „Arbeitskraft“ gelten dieselben Gesetze. Der natürliche Preis wird bestimmt durch die Lebens- und Unterhaltungsmittel, die dem Arbeiter die Erhaltung und Fortpflanzung ermöglichen. Der Marktpreis der Arbeit wird durch das Verhältnis der angebotenen und verlangten Arbeitskraft geregelt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften aber wird bestimmt durch die Größe des Vorrats an Gütern, der wieder zur Produktion bestimmten Waren: des Kapitals. Nur bei Vergrößerung des Kapitals kann die Nachfrage nach Arbeit wachsen.

Die Voraussetzung zu jeder Hebung des Volkswohlstandes ist die Steigerung des Arbeitsertrages. Diese wird außerordentlich gefördert durch die Arbeitsteilung. Ein einzelner Arbeiter kann an einem einzelnen Tage höchstens 20 Stecknadeln herstellen. 10 Arbeiter mit den nötigen Werkzeugen versehen, können aber nicht nur $(10 \cdot 20 =)$ 200, sondern 48 000 Stecknadeln herstellen. Die Arbeitsteilung ist deshalb als einer der mächtigsten Hebel der Kulturentwicklung überall zu fördern. Ihre Vorteile zeigen sich nicht nur innerhalb desselben Industriezweiges, sondern auch innerhalb des Volkslebens. Jedes Volk möge arbeiten und produzieren, was ihm nach Klima, Anlage, Geschicklichkeit und Kunst am besten gelingt, und es dann in Freiheit mit den anderen Völkern der Erde austauschen.

* * *

Robert Malthus, am 14. Februar 1766 in Rochery geboren, wurde zunächst Geistlicher der englischen Hochkirche, lehrte seit 1804 als Professor der Geschichte und Nationalökonomie in Halebury und starb am 29. Dezember 1834. Sein Vater war ein begeisterter Anhänger der wirtschaftlichen Reform, wie sie der Physiokrat Condorcet (siehe S. 93), der englische Schrift-

steller Godwin und andere vertraten. Aus einem Ideenstreit, den Malthus über diese Frage mit seinem Vater hatte, schöpfte er die Anregung zu einer Arbeit über das Bevölkerungsgesetz. Der vollständige Titel seiner Schrift, die 1798 zuerst und 1803 wesentlich erweitert erschien, lautet: „Ein Versuch über das Gesetz der Bevölkerung in seinen Beziehungen zur zukünftigen Gestaltung der Gesellschaft, nebst Bemerkungen über die Ansichten Godwins, Condorcets und anderer Schriftsteller.“

Der Hauptsatz dieser Lehre lautet:

„Die Bevölkerung hat die Tendenz, sich schneller zu vermehren als die Nahrung.“

In Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft war es, ist es und wird es so sein, daß die Bevölkerung gegen die Grenze der Unterhaltsmittel preßt:

„Das Menschengeschlecht strebt beständig danach, sich über die Unterhaltsmittel hinaus zu vermehren. Aber da kraft des bestehenden Naturgesetzes, das die Nahrung zur Erhaltung des Menschenlebens fordert, die Bevölkerung in Wirklichkeit niemals über das niedrigste zum Leben nötige Maß von Nahrungsmitteln hinaus wachsen kann, so liegt in der Schwierigkeit, die nötige Nahrung zu erlangen, eine stete Hemmung der Volksvermehrung.“

Malthus macht sogar den Versuch, zahlenmäßig die verschiedenen Tendenzen darzustellen. Die Menschen, sagt er, wüchsen in geometrischer Reihe, also im Verhältnis von 1 : 2 : 4 : 8 : 16 : 32 : 64. Die Nahrungsmittel wüchsen in demselben Zeitraum aber nur in arithmetischer Reihe 1 : 2 : 3 : 4 : 5 : 6 : 7. Diese Zahlenreihen sind heute allseitig aufgegeben, und selbst angesehene Anhänger von Malthus, wie Stuart Mill, sprechen von ihnen nur als von einem unglücklichen Versuch. Malthus selbst aber behandelte sie in

vollem Ernst, und jedenfalls dienen sie dazu, sein Bevölkerungsgeſetz klar zu veranſchaulichen. Nach dieſem Geſetz muß natürlich jeder Verſuch wirklicher ſozialer Beſſerung in ganz kurzer Zeit, wie Malthus ſagt, „in noch nicht 30 Jahren“, in ſein Gegenteil umſchlagen.

Denn jede wirklich fühlbare Verbeſſerung der Lebenshaltung der Bevölkerung würde zu einer ſo außerordentlich ſtarken Vermehrung der Menſchen führen, daß es unmöglich wäre, genügend Unterhaltsmittel für die geſtiegene Volkszahl zu erzeugen:

„Und ſo iſt es offenbar, daß eine nach der denkbar ſchönſten Weiſe eingerichtete Geſellſchaft, deren leitendes Prinzip nicht die Selbſtſucht, ſondern das Wohlwollen iſt, nach den unentrinnbaren Geſetzen der Natur und nicht nach einem Fehler der menſchlichen Einrichtungen in ſehr kurzer Zeit zu einer Geſellſchaft entarten würde, ähnlich derjenigen, die heut in allen bekannten Staaten obwaltet, zu einer Geſellſchaft, die in eine Klaſſe von Eigentümern und in eine Klaſſe von Arbeitern zerfiele, deren Haupttriebſfeder die Selbſtſucht iſt.

Die Natur oder Gott hat alſo gleichſam an der Tafel des Lebens für eine beſtimmte Menge von Menſchen gedeckt. Aber die Zahl der Gedecke reicht nicht aus. Es kommen ſtündlich mehr Menſchen und wollen ihren Sitz an der Tafel des Lebens haben. Es iſt kein Platz für ſie da. „Stehe auf und gehe in den Tod, du biſt überzählig,“ ſagt die Natur oder Gott — und Armut und Verbrechen, Elend und Laſter, Krieg und Peſtilenz ſind die Diener, die dieſe furchtbaren Befehle ausführen.

Eine weſentliche Verſtärkung hat die Malthuſiſche Lehre neuerdings durch den Darwinismus erfahren. Darwin ſelbſt bezeichnet ſeine Anſchauung einmal als „Malthuſuslehre

mit vervielfachter Kraft auf das ganze Tier- und Pflanzenreich angewendet“.

Viele seiner Schüler übertragen die Schlagworte der neuen Lehre auch auf das wirtschaftliche Leben der Menschen. Der „Kampf ums Dasein“, als Kampf um die gedeckten Plätze am Tische der Natur, „das Überleben des kräftigeren, besseren Individuums“ entspricht dann durchaus der Gesamtanschauung des Malthusianismus.

Es ist eine notwendige Folgerung dieses Bevölkerungs-gesetzes, jede Sozialreform organischer Art als utopisch erscheinen zu lassen. Jede wirkliche Verbesserung der Lebens-lage der großen Menge des Volkes würde doch nur dahin führen, daß die Menschen sich schneller vermehrten, als die Unterhaltsmittel, so daß jede Reform einfach der Anfang neuer Katastrophen sein würde.

Was Malthus dazu führt, sein Bevölkerungs-gesetz als so fest begründet anzusehen, wie eine „unbezwingbare Festung“, ist seine Anschauung von dem „Gesetz der Produktion auf Land“ oder dem „Gesetz der abnehmenden Erträge“. Malthus behauptet, daß überall der beste Boden zuerst in Angriff genommen wird. Die Kultur des minder guten Bodens, zu dem die Menschen fortschreiten müssen, erfordert mehr Zeit und Arbeit und deshalb muß „im Verhältnis, wie die Kultur sich ausdehnt, die Zunahme der früheren Durchschnittsproduktion allmählich und regelmäßig abnehmen“. Der Ertrag, der von einer gegebenen Fläche überhaupt gewonnen werden kann, ist nicht nur endlich beschränkt, sondern lange bevor die äußerste Grenze der Ertragssteigerung erreicht ist, muß jede Steigerung durch Aufwendung von relativ mehr Arbeit und Kapital erkauft werden.

Die Lehre des abnehmenden Bodenertrages wurde später besonders von Ricardo betont und ausgebaut. Diese Lehre

steht in scharfem Gegensatz zu der Anschauung der Physiokraten, wie sie Quesnay dargestellt hat, der von einer zweckmäßigen Anwendung von Kapital und Arbeit in der „grande culture“ zunehmenden Bodenertrag erwartete. Dieser Anschauung hatte auch Adam Smith zugeneigt.

Der amerikanische Nationalökonom Henry C. Carey (1793—1879) behauptete auf Grund der in der neuen Welt gemachten Erfahrungen, daß die Entwicklung gerade umgekehrt vor sich gehe, als es Malthus und Ricardo lehren. Die ersten wenig zahlreichen Ansiedler nähmen zunächst den wenig fruchtbaren aber leichten Sandboden in Bearbeitung und erst bei steigender Bevölkerung und dadurch ermöglichter größerer Arbeitsteilung und verbesserter Technik werde der schwerere an sich fruchtbarere Boden in Bearbeitung genommen.

Jedenfalls haben die großen Väter der modernen deutschen Landwirtschaft A. Thier und vor allem Justus von Liebig gezeigt, daß in der Natur nichts verloren geht, daß alles wieder zur Erde zurückkehre, was von ihr genommen wird, und daß es nur darauf ankomme, dem Boden die richtigen Stoffe wieder zuzuführen, um eine Abnahme des Ertrages zu verhindern. Professor Delbrück, einer der ersten Sachkenner Deutschlands, hielt beim Beginn dieses Jahrhunderts als Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin eine vielbeachtete Rede. Er wies darauf hin, daß sich die Bevölkerung auf dem Gebiet des heutigen deutschen Reiches im 19. Jahrhundert etwas mehr als verdoppelt, die landwirtschaftliche Produktion im Pflanzenbau sich aber in derselben Zeit vervierfacht habe. Die Ernte an Körnerfrüchten habe sich verdoppelt. Der Ertrag des Kartoffel- und Zuckerrübenbaues, der zwar schon im 18. Jahrhundert begonnen wurde, sei doch ein ausschließlicher Erfolg des 19. Er gibt heute die gleiche Summe Nährsubstanz wie der Getreidebau. Wenn trotz dieser Entwicklung Deutschland heute

kein Getreide mehr exportiere wie früher, so liege der Grund darin, daß ein großer Teil der Produkte der Landwirtschaft für technische und industrielle Zwecke Verwendung finde.

„Ähnliche große Erfolge sind auf dem Gebiete der Tierproduktion zu verzeichnen. Nach den Zählungen, welche vorliegen, hat sich der Pferdebestand in Preußen von 1,5 Millionen auf 2,8 Millionen gehoben. Der Rindviehbestand ist von 5,3 auf 10,5, der Schweinebestand von 2 auf 9,4 Millionen Stück gestiegen. Die Schafhaltung hat nach einem Aufschwunge von 9,5 Millionen auf 22 Millionen leider einen Abschlag bis auf 10 Millionen erlitten. Alles zusammen genommen aber und auf Hauptgroßvieh berechnet, haben wir einen Zuwachs von 8,7 auf 17 Millionen Stück, d. h. fast eine Verdoppelung.

Das gilt für Preußen; es ist nicht zweifelhaft, daß für Deutschland die Zahlen nicht ungünstiger liegen werden.

Kann die landwirtschaftliche Produktion noch einmal verdoppelt werden? Ich nehme keinen Anstand, diese Frage ohne weiteres zu bejahen. Die großen Fortschritte der Landwirtschaft liegen ja gar nicht weit zurück. In dem letzten Jahrzehnt ist die Erzeugung des Roggens um 19 v. H., bei Weizen um 10 v. H., bei Gerste um 3 v. H., bei Kartoffeln um 25 v. H. gestiegen. Pflanzenzüchtung, Sortenwahl, Kultur und Düngung haben an diesem Resultate gleichen Anteil.

Aber ist die Zunahme des letzten Jahrzehntes nicht mehr auf zufällige klimatische Umstände zurückzuführen? Das wird schwer zu entscheiden sein, aber die Möglichkeit des Fortschrittes können wir aus den Hektarerträgen entnehmen. Die hohen Ernten der letzten Jahre zugrundegelegt, entnehmen wir vom Morgen an Roggen nur 5,9, an Weizen 7,5, an Gerste 6,85, an Kartoffel 49,9 Zentner im Durchschnitt. Sind das Erträge, wie sie auf hochkultivierten Gütern erreicht werden? Sind das Erträge, wie sie auch nur auf guten Wirtschaften des Sandbodens befriedigen?"

Der dritte Hauptvertreter der liberalen Schule, David Ricardo, wurde am 19. April 1772 als Sohn eines orthodoxen portugiesischen Juden in London geboren. Er trat früh zum Christentum über und wurde deshalb von seinem Vater verstoßen. Ohne irgendwelche Mittel wurde er Privatmakler an der Londoner Börse und legte dort seine privatwirtschaftliche Befähigung in dem Maße dar, daß er im Alter von 25 Jahren bereits mehrfacher Millionär war. Nun erst wandte er sich dem Studium der Volkswirtschaft zu. Nachdem er eine Zeitlang dem Parlament angehört hatte, starb er am 11. September 1823 in London. 1817 erschien sein Hauptwerk: „On the principles of political economy and taxation“ (Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung).

Man pflegt Ricardo den größten Schüler von Adam Smith zu nennen, und in der Tat hat ihn das Studium von Adam Smith zur Nationalökonomie geführt. Aber in fast allen wesentlichen Punkten weicht Ricardo von Adam Smith ab. Wenn Adam Smith erklärt hatte, daß das Interesse der Landwirte und der Arbeiter mit dem Gesamtinteresse parallel laufe, das Interesse der Fabrikanten und Kaufleute aber die entgegengesetzte Tendenz habe, so verschob Ricardo dieses Verhältnis völlig, indem er möglichst hohen Kapitalgewinn als die Hauptursache des Volkswohls darstellte. Die Höhe des Kapitalgewinns nun hänge wesentlich davon ab, daß die Produktionskosten niedrig gehalten werden. Ein wichtiger Teil der Produktionskosten sei aber der Arbeitslohn. Dieser kann auf die Dauer nur niedrig gehalten werden bei niedrigen Brot- und Getreidepreisen. Niedrige Getreidepreise aber bedeuten für die Eigentümer des Bodens eine niedrige Rente.

Für die volkswirtschaftliche Praxis, auf die Ricardo einen außerordentlichen Einfluß ausgeübt hat, folgt daraus die Forde-

rung des Freihandels in Getreide, damit das billigste Korn den Marktpreis bestimme.

Im einzelnen mögen aus Ricardos Lehren hervorgehoben werden: die Lehre vom Wert, von der Grundrente, und vom Arbeitslohn.

Was seine Wertlehre angeht, so folgt Ricardo der Smithschen Einteilung vom Gebrauchs- und Tauschwert, sowie vom natürlichen und Marktpreis. Aber während Smith die Arbeit als einziges Wertmaß hinstellte, unterscheidet er scharf zwischen den durch menschliche Arbeit nicht vermehrbaren und den beliebig vermehrbaren Waren . . . Der Wert der ersteren ist unabhängig von dem Umfang der Arbeit, die zu ihrer Herstellung verwendet ist, er hängt vielmehr von ihrer Seltenheit und von der Kaufkraft der Leute ab, die sie zu besitzen wünschen; man denke z. B. an ein Gemälde von Raphael u. Für die Waren, die beliebig produziert werden können, — und das ist allerdings die Mehrzahl aller Waren — sei die Arbeit der den Wert bestimmende Faktor. Diese Arbeit aber bleibe sich in der Hauptsache nicht immer gleich, sondern unterliege den erheblichsten Veränderungen. Der Tauschwert beliebig vermehrbarer Produkte bestimmt sich nun nicht nach der geringeren Menge der Arbeit, die unter günstigsten Verhältnissen zu ihrer Herstellung genügt, sondern nach der größeren Menge der Arbeit, die diejenigen Menschen aufwenden müssen, die unter ungünstigen Verhältnissen produzieren. — Diese Auffassung hat später Marx Anlaß gegeben zu der Lehre, daß die Wertbestimmung der Güter sich nach der Quantität der „gesellschaftlich notwendigen“ Arbeitszeit richte.

Die Grundrente hatte Adam Smith als Monopolrente aufgefaßt, die jeder Boden aufweise.

Ricardo lehnt diese Auffassung ab. Man denke sich, führt er etwa aus, daß in einem erst zu bevölkernden Lande das

nötige Getreide erzielt werden müsse. Hier wird man zunächst den Boden bebauen, der bei der Verwendung des geringsten Aufwandes von Kapital und Arbeit den höchsten Ertrag liefert. So lange solcher Boden genügend vorhanden ist, kann sich der Preis des Getreides nur nach dem Anteil von Kapital und Arbeit am Produkt richten. Der Bodeneigentümer kann keine Rente, keinen Gewinn aus dem Boden als solchem herauswirtschaften, da niemand das Getreide teurer bezahlen würde, als ihn selbst die Gewinnung von Getreide unter Anwendung der gleichen Menge Kapital und Arbeit auf dem reichlich frei vorhandenen guten Boden kosten würde. Ist nun aber die Bevölkerung gestiegen, und der gute Boden völlig bebaut, so muß man zur Gewinnung des nötigen Getreides auch weniger guten Boden bebauen, der natürlich einen geringeren Ertrag, trotz gleicher Aufwendungen, abwirft. Während also eine bestimmte Fläche des zuerst in Angriff genommenen Bodens erster Klasse bei Aufwendung einer bestimmten Menge Kapital und Arbeit z. B. einen Ertrag von 100 Zentnern Getreide abwarf, werden auf einer gleich großen Fläche Boden zweiter Klasse bei Verwendung des gleichen Kapitals und der gleichen Arbeit nur 90 Zentner Getreide erzielt . . . Der Preis des Getreides richtet sich nunmehr allgemein nach der auf dem Boden zweiter Klasse erzielten Produktion, da sich sonst niemand der Bebauung dieses Bodens unterziehen würde. Der Besitzer des Bodens erster Klasse erhält daher nunmehr für 90 Zentner Getreide denselben Preis, den er vorher für 100 Zentner erhalten hat. Der Preis, den er für die überschießenden 10 Zentner erhält, bildet die Grundrente. Je schlechter der Boden ist, der für die Folgezeit zur Gewinnung des notwendigen Getreidebedarfs in Angriff genommen werden muß, je größer ist die Grundrente für die besseren Bodentklassen.

Wird Boden dritter Klasse bebaut, so wirft auch der

Boden zweiter Klasse Grundrente ab usw. Nur der jeweilig zuletzt zur Getreideproduktion verwendete Boden, der also die Grenze des Anbaues bestimmt, wirft keine Rente ab. Daraus ergibt sich: Die Grundrente ist Differentialrente. Sie wird bestimmt durch den Überschuß des Bodenertrages über den Ertrag, den bei gleicher Aufwendung von Kapital und Arbeit der zuletzt bebaute, den geringsten Ertrag aufweisende Boden abwirft.

Der deutsche Nationalökonom Heinrich von Thünen (1783—1859) führt in seinem Buche: „Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie“ (1826) ähnliche Gedanken über die Grundrente aus. Er sieht aber die Wurzel der Grundrente nicht nur in der Differenz der Bodenfruchtbarkeit, sondern auch in der Differenz der Bodennlage. Thünen weist nach, daß der Preis des Getreides neben den Kosten der Bodenbebauung, auch durch die Kosten des Transports nach dem Ort, wo das Getreide verlangt wird, bestimmt wird. Denn die Besitzer der nahe diesem Ort liegenden Ländereien erhalten den gleichen Preis für ihre Produkte, wie die Besitzer des entfernt liegenden Bodens. Die Differenz der Transportkosten schaffe gleichfalls Grundrente.

In der Lehre vom Arbeitslohn betont Ricardo die Bedeutung des „Lohnfonds“. Danach wird der Durchschnittslohn, d. h. der natürliche Preis der Arbeit durch zwei Faktoren bestimmt: Erstens durch die Zahl der Arbeiter und zweitens durch die Größe des zur Lohnzahlung vorhandenen Kapitals, aus dem der Unterhalt der Arbeiter genommen werden muß. Können z. B. täglich 5 000 000 Mark aus dem sogenannten Nationalkapital zur Lohnzahlung entnommen werden, und beträgt die Anzahl der Arbeiter dieses Landes 5 000 000, so wird der durchschnittliche Tageslohn in diesem Lande 1 Mark betragen. Bleibt der Lohnfonds der gleiche, so kann der Durchschnittslohn nur steigen, wenn die Arbeiterzahl sich vermindert. Bleibt die

Arbeiterzahl die gleiche, so kann er nur steigen, wenn das Nationalvermögen, von dem der Lohnfonds ein Teil ist, sich vermehrt. Im wesentlichen aber werden die Arbeitslöhne sich immer um das Niveau des Notwendigsten herum bewegen. Sinkt er unter dieses Niveau, so wird Krankheit, Elend, Hunger, verminderte Eheschließungen u. die Zahl der Arbeiter verringern und so die Möglichkeit schaffen, daß der Durchschnittslohn erhöht wird. Erhöht sich der Arbeitslohn über das Niveau des Notwendigen, so werden vermehrte Eheschließungen die Zahl der Arbeiter so wachsen lassen, daß der Lohn wieder sinken muß, da ja nun wieder mehr Menschen sich in denselben Fonds teilen müssen. Eine Erhöhung des Lohnes über den natürlichen Preis ist für längere Zeiträume in Kulturstaaten allerdings möglich unter der Voraussetzung ständiger aufsteigender Entwicklung, da hier mit dem Nationalvermögen auch der Lohnfonds wachsen würde.

Diese Einschränkung hat später Lassalle bei der Formulierung seines sogenannten „ehernen Lohngesetzes“ übersehen, als er unter Berufung auf Ricardo behauptete, daß der Lohn des Arbeiters sich nie dauernd über das Existenzminimum erheben könne.

* * *

Die englische liberale Schule hat eine außerordentliche Anerkennung gefunden, so daß sie als die „klassische“ Schule gefeiert wird. Will man es verstehen, wie ihr gegenüber die physiokratische Lehre zeitweilig in den Hintergrund gedrängt wurde, so muß man zweifellos die politischen Ereignisse in Betracht ziehen, die Frankreich durch die Wirren der Revolution und die endlosen Napoleonischen Kriege trotz aller „Gloire“ zuletzt zu einer völligen Niederlage führten, während andererseits England als die einzige niemals bezwungene Macht und

endlich als der meerbeherrschende Sieger aus diesen Kämpfen hervorging.

Dazu kam, daß die liberale Schule in England selbst zur vollen Herrschaft gelangte. Richard Cobden (1804–65) gründete 1837 eine „Anti-Kornzoll-Liga“, die nach beispielloser Agitation die Aufhebung der Kornzölle und damit den Sieg des Freihandelsprinzips herbeiführte.

Unter dem Namen *Manchesterism* (Cobden war Vorsitzender der Handelskammer von Manchester) versteht man im wesentlichen diejenigen Lehren der liberalen Schule, welche die physiokratischen Bestandteile, namentlich die besondere Wertung des Bodens, verleugnen und unter scharfer Betonung des Malthus'schen Bevölkerungsgesetzes und der Ricardos'schen Lohnfondstheorie die schrankenlose Entfesselung aller Kräfte predigen. Zu ihrem Grundsatz wurde das Wort gewählt, das einst ein Vorläufer der Physiokraten Marquis d'Argenson prägte: „*Laissez faire et laisser passer!*“

Der absolute Freihandel auf der einen Seite, und die Passivität des Staates, „der nur die Nachtwächteraufgabe habe, groben Unfug und ruhestörenden Lärm zu verhüten,“ in allen wirtschaftlichen Dingen auf der anderen Seite, ist der Inhalt ihrer Theorie und dort, wo sie zur Macht kam, auch ihrer Praxis.

VII.

Das nationale System.

Die volkswirtschaftliche Maßregel Napoleons I., die am tiefsten in die wirtschaftlichen Verhältnisse Europas einschchnitt, war die Kontinentalsperre.

Um die Macht Englands, das nach der Niederlage seiner Flotten für ihn unerreichbar war, zu brechen, verbot er allen Staaten, die irgendwie von ihm abhängig waren oder mit ihm im Bündnis standen, und das war eben fast das ganze europäische Festland, jedweden Handelsverkehr mit den britischen Inseln. Kein englisches Schiff sollte in einem festländischen Hafen landen, keine Ware aus England ins Festland gelangen. Diese Kontinentalsperre, die von 1806—1813 streng durchgeführt wurde, brachte eine Fülle von Mißständen mit sich. Aber sie hatte doch auch manche guten Seiten. So entwickelte sich, da die Zuckereinfuhr so gut wie vollständig aufhörte, der Rübenzuckerbau, und vor allem, geschützt vor der englischen Konkurrenz, auch in Deutschland eine ziemlich starke Industrie.

Nach dem Sturze Napoleons führte Frankreich sofort einen hohen Schutz Zoll ein. Die deutschen Staaten aber blieben zum großen Teile ohne einen solchen Schutz. In England hatten sich während der Zeit der Sperre ungeheure Mengen von Industrieprodukten aufgehäuft. Diese strömten nun zu so

billigem Preise auf das Festland, daß hier ein großer Teil der jungen Industrie zusammenbrach. In dieser Zeit erhob sich gegen die absolute Geltung der klassischen Schule eine scharfe Gegnerschaft, die namentlich durch Fr. List und sein nationales System vertreten wurde.

Friedrich List wurde am 6. August 1789 in Reutlingen als Sohn eines angesehenen Weißgerbers geboren. Da er in der Lateinschule zwar gute Aufsätze schrieb, aber von der lateinischen Grammatik nichts wissen wollte, nahm ihn sein Vater im Alter von 14 Jahren in seine Werkstatt.

Aber das Felleeschaben befriedigte den geweckten Jungen noch weniger. Solche Arbeiten, erklärte er, würden besser von Maschinen verrichtet, die der durch die Straße fließende Bach treiben könne.

Er wurde nun „Schreiber“. 1813 kam er als Steuer- und Güterbuchkommissar nach Tübingen, wo er sich durch Universitätsstudien weiterbildete. In Stuttgart, wohin er als Oberrevisor und Rechnungsrat versetzt wurde, lernte ihn der „Reformminister“ von Wangenheim kennen; er zog ihn zur Mitarbeit heran und ernannte ihn schon 1817 zum Professor der Staatswissenschaften in Tübingen. Hier gründete er mit einigen Freunden den „Volksfreund aus Schwaben“, in dem er für Selbstverwaltung der Gemeinden, Pressfreiheit und Geschworenengerichte eintrat. Diese Tätigkeit des jungen Professors aber wurde mißgünstig angesehen, als durch den Einfluß von Metternich das Ministerium Wangenheim gestürzt worden war.

Ostern 1819 gründete List in Frankfurt a. M. mit Fabrikanten und Kaufleuten einen „Deutschen Handels- und Gewerbeverein“. Er wurde Schriftführer und verfaßte als solcher eine Petition an den Bundestag, in der um Aufhebung der Binnenzölle gebeten wurde. Wie sehr diese Binnenzölle

dem Handel und dem Gewerbe schaden mußten, zeigt die eine Tatsache, daß Waren von Hamburg nach Wien in jener Zeit nicht weniger als 38 verschiedene Zollgrenzen zu passieren hatten. Die württembergische Regierung aber erklärte ein derartiges Wirken für unvereinbar mit den Pflichten eines Universitätsprofessors. List antwortete darauf mit dem Verzicht auf sein Amt.

Um nun frei für seine Ideen wirken zu können, bewarb er sich um das Mandat seiner Vaterstadt. Reutlingen wählte ihn in den württembergischen Landtag. Als Landtagsmitglied verfaßte er die „Reutlinger Adresse“, in der er seine Reformvorschläge zusammenfaßte: Öffentlichkeit der Geschworenengerichte auch in Kriminalsachen, Ablösung der Zehnten und Grundgefälle, Abschaffung der Akzisen, Einführung einer direkten Einkommensteuer, Herabminderung der Beamtenzahl u. Er wurde darauf wegen Beschimpfung der Staatsbeamten angeklagt. Die Mehrheit der Abgeordneten war schwach genug, ihn preiszugeben. Er wurde seines Mandats für verlustig erklärt, zu 10 Monaten Festungshaft und Zwangsarbeit und zu einer für seine Verhältnisse so schweren Geldstrafe verurteilt, daß ein Teil des Hausrats seiner kranken Frau und seine Bibliothek gepfändet und verkauft wurde. Der Festungshaft entzog er sich zunächst durch die Flucht und bereifte Frankreich, Baden und die Schweiz. Als er 1823 nach Württemberg zurückkehrte, wurde er festgenommen, auf den Hohenasperg gebracht und dort mit „literarischer Zwangsarbeit“ — mit Abschreiben von Abhandlungen über Halsbinden, Helme u. — beschäftigt. Nach einigen Monaten wurde er gegen das Versprechen der Auswanderung nach Amerika aus der Haft entlassen.

In Amerika wurde List Redakteur eines kleinen deutschen Blattes, des „Ablers“. Er kam bald zu hohem Ansehen, namentlich durch die Bekämpfung der liberalen Schule in

seinen „12 offenen Briefen“ an J. Fingersoll, den Präsidenten der angesehenen „Gesellschaft für Beförderung der Manufakturen und Künste in Philadelphia“. Diese wurden in mehr als 50 Zeitungen abgedruckt, von der erwähnten Gesellschaft auch als Broschüre in Massen verbreitet. Die Gesellschaft selbst erklärte öffentlich:

„daß Professor Friedrich List durch seine auf die Natur der Dinge gegründete Unterscheidung der politischen von der kosmopolitischen Ökonomie und der Theorie der produktiven Kräfte von der Theorie der Werte, und durch die darauf basierten Argumente ein neues naturgemäßes System der politischen Ökonomie begründet und sich dadurch um die Vereinigten Staaten höchlich verdient gemacht habe.“

Auf einem Ausflug entdeckte er ein Steinkohlenlager. Zu seiner Ausbeutung gründete er eine Gesellschaft, die bald ein Kapital von 700 000 Dollars zusammenbrachte, und die Gruben durch einen Eisenbahnbau wertvoll machte. In ganz kurzer Zeit entstanden an der Anfangs- und Endstation der Bahn zwei neue Städte: Tamaqua und Port Clinton. List wurde durch diese Entwicklung ein wohlhabender Mann. Ehren und Reichtum aber gaben ihm keine Befriedigung. Aus diesen Tagen ist ein Brief erhalten, den er an den Oberberggraf Baader in München schrieb:

„Mir geht es mit meinem Vaterlande wie den Müttern mit krüppelhaften Kindern. Sie lieben sie um so stärker, je krüppelhafter sie sind. Im Hintergrund aller meiner Pläne liegt Deutschland.“

Er bat deshalb den Präsidenten der Republik, ihm die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen, und dieser eröffnete ihm dazu den ehrenvollsten Weg, indem er ihn zum amerikanischen Konsul in Hamburg und später auf List's Wunsch in Leipzig ernannte.

In Amerika hatte List die ungeheure Bedeutung des Eisenbahnwesens erkannt. Gerade für Deutschland, das keine gemeinsame Hauptstadt habe, schien ihm die Eisenbahn die Voraussetzung alles Heils:

„Es wird den Juristen, den Nationalökonomern, den Theologen, den Erziehern, den Künstlern, den Chemikern ermöglichen, zusammen zu kommen, und ihre Erfahrungen auszutauschen und ihre Arbeit zu befruchten. Sie wird Teuerung eines Landesteils unmöglich machen. Sie wird ermöglichen, daß jeder dort Arbeit sucht, wo seine Arbeit verlangt wird. Sie wird strategisch sowohl für den Angriffswie für den Verteidigungskrieg von größter Bedeutung sein. Sie wird im Frieden die Verwaltung verbilligen. Sie wird jeden einzelnen unendlich vollkommener und glücklicher machen als jetzt.“

Mit unerhörten Opfern an Geld und Gesundheit war List bemüht, die Vorurteile zu überwinden, die der Einführung der Eisenbahn entgegenstanden. Unsere Zeit lebt so schnell, daß wir gar zu leicht vergessen, daß es kaum 70 Jahre her sind, seitdem die erste Eisenbahn in Deutschland gebaut wurde.

Die maßgebenden Kreise waren durchweg schroffe Gegner der Eisenbahnen. Als zwischen Berlin und Potsdam eine Eisenbahn geplant wurde, erklärte König Friedrich Wilhelm III.: „Kann mir keine große Glückseligkeit vorstellen, ob man einige Stunden früher in Potsdam ankommt oder nicht.“

Der preußische Verkehrsminister, Generalpostmeister von Nagler meinte:

„Dummes Zeug! Ich lasse täglich diverse Sechszigposten nach Potsdam gehen, und es sitzt niemand drinnen. Nun wollen die Leute gar eine Eisenbahn dahin bauen! Wenn Sie Ihr Geld absolut los werden wollen, so werfen Sie es doch lieber gleich zum Fenster hinaus, ehe Sie es zu solchem unsinnigen Unternehmen hergeben!“

Wie die Behörden, so urteilte auch die Wissenschaft. Medizinische Gutachten erklärten eine so schnelle Fahrt, wie sie die Eisenbahnen in Aussicht stellten, für höchst gesundheitschädlich, so daß die Menschen wohl Eisenbahnen bauen, aber sie nicht benutzen könnten. Andere befürchteten, daß der Dampf die Felder, die man durchfahre, unfruchtbar machen würde. Vielfach wurde wissenschaftlich bewiesen, daß der Eisenbahnbau für Deutschland eine Unmöglichkeit sei, weil der Grund und Boden schon zu teuer wäre, und weil Deutschland zu wenig Kapital habe. Angesehene Nationalökonomten hatten andere Bedenken.

„In der Zeit, da ich in Leipzig über meine Vorschläge zu einer Leipzig—Dresdener Eisenbahn und über mein deutsches Eisenbahnsystem von den klugen Leuten noch verspottet ward, ersuchte ich Herrn Böliß (Inhaber von Deutschlands erstem politischen Lehrstuhl) um Beistand und Gutachten, worauf er den Bescheid vernehmen ließ; es könne jetzt noch garnicht mit Bestimmtheit gesagt werden, wiefern dieses Unternehmen nützlich und notwendig sei, denn man könne nicht wissen, welche Richtung ins künftige der Warenzug nehme!“

Heute lächeln wir über diese Vorurteile und Bedenken, zu denen natürlich noch die weit verbreitete Agitation aller derer trat, die irgendwie mit dem alten System pekuniär in der einen oder der anderen Weise verbunden waren. Friedrich List aber hat sein Leben aufzehren müssen im Kampf gegen solche Bureaucratie und die ihr verbündete Wissenschaft und Interessenvertretung.

Endlich, am 24. April 1837, konnte die erste Strecke der Eisenbahn Leipzig—Dresden dem Verkehr übergeben werden. List aber fand keine Stellung im Direktorium der Bahn, wie er erhofft hatte. Mit einem „Ehrengeschenke“ von 4000 Talern kaufte man sich von der Pflicht der Dankbarkeit los. Die staatlichen Mächte aber begannen gerade jetzt mit neuer Ver-

folgung. 1835 hatte Litz ein besonderes Organ für seine Ideen gegründet: „Das Eisenbahnjournal“ oder „Nationalmagazin für Erfindungen, Entdeckungen und Fortschritt im Handel und Gewerbe, in öffentlichen Unternehmungen und Anstalten, sowie für Statistik, Nationalökonomie und Finanzwesen“. Dieses Blatt wurde jetzt in Österreich, wo es die meisten Leser hatte, verboten. Die sächsische Regierung entzog ihm das amerikanische Konsulat, und auch ernste Männer, Freunde des Eisenbahnwesens, wandten sich in diesen Tagen von ihm ab. Litz hatte nämlich eine kleine Schrift herausgegeben: Über ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems und insbesondere über die Anlegung einer Eisenbahn von Leipzig nach Dresden.“ Dieser Schrift hatte der unvorsichtige Träumer eine Karte beilegen lassen, worauf er künftige, von ihm erhoffte Eisenbahnlinien verzeichnete, darunter waren: Basel—Frankfurt, Frankfurt—Kassel, Frankfurt—Berlin, Berlin—Magdeburg, Hannover—Cöln, Berlin—Hamburg, Leipzig—Dresden, Prag—Berlin, Leipzig—Nürnberg—München, Lübeck—Hamburg—Bremen. Diese Karte mußte dazu dienen, offenkundig nachzuweisen, welche „wüsten Schwindeleien und Fantastereien“ dieser Mann vertrete!

Zu derselben Zeit verlor Litz durch eine Bankkrisis in Amerika den größten Teil seines Vermögens. Er verließ nun Leipzig, ging nach Brüssel, wo er von König Leopold, und nach Paris, wo er von Louis Philipp ausgezeichnet wurde, und eine fruchtbare nationalökonomische literarische Tätigkeit entfaltete. Da starb in Frankreich sein einziger Sohn, und nun kehrte Litz nach Deutschland zurück. Hier erwarb er sich große Verdienste um eine zweckentsprechende Gestaltung des Thüringischen Eisenbahnwesens. Daraufhin verlieh ihm die Juristische Fakultät in Jena 1840: „wegen seiner Verdienste

um die Sache des Deutschen Handelsvereins und des deutschen Eisenbahnsystems“ die Ehren-Doktortürde.

Auf einen Ruf der „Allgemeinen Zeitung“, deren ständiger Mitarbeiter er seit 1838 war, verlegte List seinen Wohnsitz nach Augsburg. Hier erschien auch im nächsten Jahre sein Hauptwerk: „Das nationale System der politischen Ökonomie.“ Das Buch erlebte drei Auflagen, wurde dann aber im wesentlichen vergessen, bis es neuerdings in seiner Bedeutung immer mehr erkannt wird. Die neueste 7. Auflage hat Professor Cheberg-Erlangen mit einer wertvollen Einleitung herausgegeben. Eine gute wohlfeile Textausgabe hat Professor Baentig 1904 bei Gustav Fischer in Jena erscheinen lassen. —

List sehnte sich nach einer gesicherten Lebensstellung. Als sein alter Studienfreund Schlayer württembergischer Minister geworden war, kehrte List in das Vaterland zurück, in der Hoffnung, dort in der Eisenbahnverwaltung eine Anstellung zu finden. Aber es waren trübe Tage, die er jetzt erlebte. Seine Hoffnung erfüllte sich nicht. In Cannstatt brach er sich das Bein, wodurch er lange ans Krankenbett gefesselt wurde. Auch in Österreich und Ungarn, wohin er später ging, fand er zwar viele Ehren, aber keine gesicherte Lebensstellung. Unermüdlich setzte er trotzdem den Kampf für seine Ideale fort, zumal in dem „Zollvereinsblatt“, das er 1843 gegründet hatte. 1846 ging List nach England, in dasjenige Land, dessen Vorherrschaft er am heftigsten bekämpft hatte. Die Engländer erkannten aber auch in dem Gegner den bedeutenden Mann. Das Parlament ehrte ihn, und die ersten Staatsmänner behandelten ihn mit Auszeichnung. Der preußische Gesandte in London, Bunsen, ließ ihn eine Anstellung im preußischen Staatsdienst erhoffen, aber auch diese Hoffnung wurde zuschanden. Völlig überarbeitet, zerrüttet an Leib und Geist, kehrte er zurück.

David Strauß faßt sein Urteil über diese Reise in seinen „Zwei Märtyrern“ so zusammen:

„Nicht Verhöre und Untersuchungsfoltern, sondern der Jammer: ein ganzes Leben hindurch tauben Ohren gepredigt zu haben, brach seine Kraft; es war ein entsetzlicher Schritt, um diese letzte Reise Lists nach England.“

Besonders quälte ihn ständiger steigender Kopfschmerz, so daß der Gedanke in ihm mächtig wurde, daß ihm geistige Umnachtung drohe. Freunde unter den Industriellen überreichten ihm eine Anweisung auf 6000 Gulden. Er erhob sie nicht. Noch im Herbst desselben Jahres ging er nach Tirol. In Meran hoffte er Genesung zu finden. Die Novemberstürme veranlaßten ihn in Ruffstein Halt zu machen. Im Gasthof zur alten Post lehnte er gute Zimmer ab, die man ihm anbot: „Ich bin zu arm, geben Sie mir das schlechteste Gemach im Hause.“ Am 30. Oktober 1846 übermannten ihn Sorgen aller Art. Unter dem Felsen an dem Wege, der zum Sparchen führt, machte er seinem Leben durch einen Pistolenschuß ein Ende. Auf dem Friedhofe zu Ruffstein fand der unermüdbliche Mann die letzte Ruhe.

Heinrich Laube, sein Freund, schrieb auf die Kunde von diesem Tode in den „Grenzboten“:

„Armer Freund! ein ganzes Land konntest du beglücken; aber dieses Land konnte dir nicht einen Acker Erde, konnte dir nicht ein warmes Haus geben für die traurige Winterzeit des Alters! Dieser Fluch des zerrissenen Vaterlandes, in welchem man so kinderleicht heimatlos werden kann, dieser Fluch hat dich im Schneesturm oberhalb Ruffstein in den Tod gejagt, und unsere Tränen, unsere Lorbeerkränze, was sind sie deiner verwaissten Familie? was sind sie den guten Bürgern und guten Egoisten, die sich die Fülle des Leibes streicheln, und weise sprechen: „Der Staat ist nicht für Genies da!“ Danket Gott, daß der Staat

trog seiner schreienden Undankbarkeit Genies findet, und segnet wenigstens im Stillen dieses Grab bei Kufstein, das einen der tüchtigsten Schwaben, das eine politische Fähigkeit in sich schließt, wie sie leider verzweifelt selten in Deutschland ist."

Die württembergische Kammer, die ihn einst ausließ, ehrte Friedrich List durch einmütiges Erheben von den Sigen. Seine Vaterstadt Reutlingen hat ihm ein Denkmal errichtet, und heute gilt List allgemein als einer der ersten Nationalökonomien Deutschlands.

Welche außerordentliche Tätigkeit Friedrich List für die Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens, für die Aufrichtung des deutschen Zollvereins entfaltete, der bekanntlich die Einigung der deutschen Staaten am wirksamsten vorbereitet hat, ist bereits angedeutet worden. Welche Bedeutung hat nun Friedrich List neben dieser praktischen agitatorischen Tätigkeit für die Entwicklung der Volkswirtschaftslehre?

List war ein entschlossener Gegner der liberalen oder klassischen Nationalökonomie, „der Schule“, wie er ihre auf den deutschen Rathedern herrschenden Anhänger zusammenfassend nannte. Er wies in schärfster Weise die Zumutung ab,

„daß wir Deutsche, die von englischer Habsucht fabrizierten Willen als reines Produkt der Wissenschaft verschluden.“

Er lehnte Malthus' Bevölkerungsgesetz bestimmt ab, indem er auf die agrikulturchemischen Fortschritte hinwies, die die Ertragsfähigkeit des Bodens in einem Maße steigern würden, daß ein Ende gar nicht auszubedenken sei.

Dem System des Adam Smith spricht er das Recht ab, den viel gebrauchten Namen „Industriesystem“ zu führen. Er will es nur als „Tauschwertsystem“ gelten lassen. Er wies darauf hin, daß unmöglich in den Tauschwerten, die eine Ration auf den Markt bringen kann, ihr wahrer Reichtum

liegen könne. Wichtiger als der Reichtum selbst, sei die Kraft, Reichtümer zu schaffen. Auf die Entfaltung der Produktivkräfte komme es in erster Reihe an. Um sie zu gewinnen, müsse man oft auch Tauschwerte opfern.

„Wer Schweine erzieht, ist nach ihr ein produktives, wer Menschen erzieht, ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft. Wer Dubellsäcke oder Maultrommeln zum Verkauf fertigt, produziert; die größten Virtuosen, da man das von ihnen Gespielte nicht zu Markte bringen kann, sind nicht produktiv.“

„Der Arzt, welcher seine Patienten rettet, gehört nicht in die produktive Klasse, wohl aber der Apothekerjunge, obgleich die Tauschwerte oder die Pillen, die er produziert, nur wenige Minuten existieren mögen, bevor sie ins Wertlose übergehen. Ein Newton, ein Watt, ein Kepler ist nicht so produktiv als ein Esel, ein Pferd oder ein Pflugstier, welche Arbeiter in neuerer Zeit von Herrn M. Culloch in die Reihe der produktiven Mitglieder der menschlichen Gesellschaft eingeführt worden sind.“

„Allerdings sind die, welche Schweine groß ziehen, Dubellsäcke oder Pillen fabrizieren, produktiv. Aber die Lehrer der Jugend und der Erwachsenen, die Virtuosen, die Ärzte, die Richter und Administratoren sind es in einem noch viel höheren Grade. Jene produzieren Tauschwerte; diese produzieren produktive Kräfte. Der eine, indem er die künftige Generation zur Produktion befähigt, der andere, indem er Moralität und Religiosität bei der jetzigen Generation befördert, der dritte, indem er auf die Beredlung und Erhebung des menschlichen Geistes wirkt; der vierte, indem er die produktiven Kräfte seiner Patienten rettet; der fünfte, indem er die Rechtsicherheit; der sechste, indem er die öffentliche Ordnung produziert; der siebente, indem er durch seine Kunst und den Genuß, den er dadurch gewährt, zur Produktion von Tauschwerten reizt.“

„Die Nation muß materielle Güter aufopfern und entbehren, um geistige oder gesellschaftliche Kräfte zu erwerben; sie muß gegen=

wärtige Vorteile aufopfern, um sich zukünftige zu sichern!“

Die wesentlichste Neuerung der List'schen Lehre aber liegt in der scharfen Betonung des grundlegenden Charakters der nationalen Gemeinschaften. Die früheren Schulen hatten in ihrem theoretischen Aufbau in der Hauptsache nur zwei Faktoren gekannt, die Einzelperson und die Menschheit.

„Als charakteristischen Unterschied des von mir aufgestellten Systems bezeichne ich die Nationalität. Auf die Natur der Nationalität als des Mittelgliedes zwischen Individualität und Menschheit ist mein ganzes Gebäude gegründet.“

List ist der erste, der mit großer Energie darauf hinweist, daß jede Einzelperson nur innerhalb eines ganz bestimmten Volksganzen leben und arbeiten kann. Daher haben die volkswirtschaftlichen Gesetze niemals einen absoluten, sondern immer nur einen relativen Charakter. Sie sind gut oder schlecht, je nach dem wirtschaftlichen Standpunkt der Nation, für die sie gelten sollen.

Die Nationen der Erde teilt List in zwei große Gruppen, in die der heißen und in die der gemäßigten Zone. Die Völker der heißen Zone werden stets auf einer niederen Stufe stehen bleiben. Sie werden inmitten einer Natur, die selbst so Außerordentliches hervorbringt und dabei gleichzeitig die Menschentätigkeit lähmt, im wesentlichen die Rohstofflieferanten für die Völker der gemäßigten Zone bleiben.

Die Völker der gemäßigten Zone haben in der Regel, wenn sie die Vorstufe des Jäger- oder Hirtenlebens überschritten haben, noch drei Entwicklungsstadien zu durchlaufen.

Auf der ersten wird die Landwirtschaft herrschend sein, auf der zweiten Landwirtschaft und Gewerbe und auf der dritten Landwirtschaft, Gewerbe und Handel. Für jede dieser

Stufen ist eine besondere volkswirtschaftliche Förderung am Platze und zwar eine bewußte:

„Soll der Förster zuwarten, bis der Wind im Laufe von Jahrhunderten den Samen aus einer Gegend in eine andere trägt, und auf diese Weise öde Heiden in dichte Wälder verwandelt werden?“

Eine klare Erkenntnis der auf jeder Stufe möglichen und nötigen volkswirtschaftlichen Mittel ist eine Notwendigkeit, um den natürlichen Fortschritt des Volkes zu immer höheren Stufen zu beschleunigen.

Als naturgemäßes Förderungsmittel sieht List auf der ersten Stufe den Freihandel an. Die Landwirtschaft soll Rohprodukte ausführen und gewerbliche Erzeugnisse einführen, um die Bevölkerung mit neuen Bedürfnissen bekannt zu machen und durch den Verkehr mit weiter vorgeschrittenen Nationen neue Anregungen zu empfangen. Erwacht aus solchen Anregungen heraus eine eigene industrielle Tätigkeit, dann ist die zweite Stufe erreicht. Jetzt soll die staatliche Gewalt diese industriellen Ansätze schützen, so wie man Kinder, junge Obstbäume und Weinstöcke schützt, und dazu ist ein nationales Zollsystem unter Umständen das geeignetste Mittel. Dieses Zollsystem darf aber nur Erziehungssystem sein. Alles muß darauf ausgehen, es entbehrlich zu machen. Das geschieht durch Entfaltung aller Produktivkräfte innerhalb des eigenen Landes, namentlich durch Ausbau der Verkehrswege, großer Kanal- und Eisenbahnanlagen. Wird dadurch die Industrie so gestärkt, daß sie nicht nur den eigenen Bedarf decken, sondern auch zur Ausfuhr schreiten kann, so ist die dritte Stufe erreicht, auf der sich Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in Harmonie befinden. Dann muß der Freihandel wieder eintreten, und das Land in der Weltwirtschaft den ihm gebührenden Platz frei einnehmen und behaupten.

List erklärte, daß zu seiner Zeit Spanien und Portugal auf der ersten, Deutschland und die Vereinigten Staaten auf der zweiten, und England allein auf der dritten Stufe ständen. Deshalb würde sich für Spanien und Portugal und für England das Freihandelssystem als richtig erweisen; für Deutschland und die Vereinigten Staaten wäre aber ein industrieller Schutzzoll als Erziehungszoll am Platze.

Die Erkenntnis dieser Entwicklung war List in Amerika gekommen. Im Vorwort zu seinem Hauptwerk erzählt er darüber:

„Als hierauf mein Geschick mich nach Nordamerika führte, ließ ich alle Bücher zurück; sie hätten mich nur irreleiten können. Das beste Werk, das man in diesem neuen Land über politische Ökonomie lesen kann, ist das Leben. Wilbnisse sieht man hier reiche und mächtige Staaten werden. Erst hier ist mir die stufenweise Entwicklung der Volksökonomie klar geworden. Ein Prozeß, der in Europa eine Reihe von Jahrhunderten in Anspruch nahm, geht hier unter unseren Augen vor sich, nämlich der Übergang aus dem wilden Zustand in den der Viehzucht, aus diesem in den Agrikulturzustand und aus diesem in den Manufaktur- und Handelsstand. Hier kann man verstehen, wie die Rente aus dem Nichts allmählich zur Bedeutendheit erwächst. Hier versteht der einfache Bauer sich praktisch besser auf die Mittel, die Agrikultur und die Rente zu heben, als die scharfsinnigsten Gelehrten der alten Welt — er sucht Manufakturisten und Fabrikanten in seine Nähe zu ziehen. . . . Nirgends so wie hier lernt man die Natur der Transportmittel und ihre Wirkung auf das geistige und materielle Leben der Völker kennen. Dieses Buch habe ich begierig und fleißig gelesen und die daraus geschöpften Lehren mit den Resultaten meiner früheren Studien, Erfahrungen und Reflexionen in Einklang zu stellen gesucht.“

Zur Entfaltung der deutschen Produktivkräfte verlangt er planmäßigen Ausbau der Eisenbahnen und der Kanäle, gleich-

mäßige Handels- und Patentgesetzgebung für alle deutschen Staaten, Einsetzung deutscher Konsulate im Ausland, Einführung eines einheitlichen deutschen Münz-, Maß- und Gewichtssystems, Veranstaltung nationaler Gewerbe- und Kunstausstellungen. Will Deutschland (im weitesten Sinne) die dritte Stufe wirklich erreichen, das heißt ein sich selbst genügender „Agrikultur- und Manufakturstaat“ werden, so muß der Zusammenschluß von Deutschland, Österreich-Ungarn, Dänemark, Holland, Belgien und der Schweiz zu einem einheitlichen wirtschaftlichen Gebiet erstrebt werden.

Österreich-Ungarn habe die geschichtliche Aufgabe, die Länder der unteren Donau und die Türkei systematisch zu kolonisieren und sich den Levantehandel zu sichern. Preußen aber soll den Mut haben, seine Blicke auf die See zu lenken. Die Schifffahrt ist List die hohe Schule der Freiheit. Dort gibt es keine persönliche Unselbständigkeit, keine Verweichlichung, keine Feigheit.

Schon 1843 schreibt er:

„Wer an der See keinen Anteil hat, ist ausgeschlossen von den guten Dingen und Ehren der Welt . . . In der See nehmen die Nationen stärkende Bäder. Sie vertreibt ihnen die Titelsucht, die Blähungen der Stubenphilosophie, die Lähmungen der Papierwirtschaft, heilt Grillenfängerei aus dem Grunde.“

Preußen solle auch untersuchen, ob nicht auch für die deutsche Industrie noch Rohstoffländer in Südamerika oder Australien, oder wo immer, zu gewinnen seien:

„Man muß den Mut haben, an eine große nationale Zukunft zu glauben und in diesem Glauben vorwärts zu schreiten.“

In der Zeit Friedrich Lists waren die Vertreter der deutschen Landwirtschaft durchweg Anhänger des Freihandels. Er wies darauf hin, daß die Landwirtschaft unter Umständen

der jungen Industrie durch Gewährung von Schutzzöllen Zeit zur Entfaltung geben müsse. Die Blüte des einen Zweiges der Volkswirtschaft bedinge auch die des anderen. Agrikultur und Manufaktur sind aufeinander angewiesen: „Friede zwischen Stadt und Land!“

Die überaus scharfe Bekämpfung, die List seinerzeit von fast der gesamten amtlichen Wissenschaft erfahren hat, ist zum größten Teile lange der verdienten Vergessenheit anheim gefallen. Hervorgehoben aber muß ein Bedenken werden: List weist zu wenig auf die Bedeutung hin, welche die natürlichen Vorbedingungen der einzelnen Länder für ihre Industrieentwicklung haben. Er glaubt, daß in jedem Lande jede Industrie hochgebracht werden könne, wenn man sie nur lange genug schütze. Das ist ein Irrtum, der vor allem dem volkswirtschaftlichen Grundgesetz widerspricht, wonach mit möglichst kleiner Kraftanstrengung möglichst große Erfolge zu erstreben sind. Wenn in einem Lande besonders günstige natürliche Vorbedingungen zu einer bestimmten industriellen Entwicklung vorhanden sind, so wird ein anderes Land, bei dem diese Vorbedingungen fehlen, immer besser fahren, wenn es diese Industrieprodukte eintauscht, als wenn es sie unter ungünstigen natürlichen Vorbedingungen selbst schaffen will.

Da der Vorrprung der natürlichen Bedingungen (Steinkohlen, Eisenlager etc.) nicht durch technische Fertigkeit allein eingeholt werden kann, so müßte das zweite Land immer teurer produzieren als das erste. Um diese Industrie überhaupt aufrecht zu erhalten, müßte aus dem Listischen Erziehungszoll ein dauernder Zoll werden. Das wäre ein zweifacher Schaden: Einmal für alle Konsumenten, die die Waren teurer bezahlen müßten, und zweitens für die Produzenten selbst, die sich sonst anderen, zweckmäßigeren und erfolgreicherem Gebieten zuwenden würden.

VIII.

Der Kommunismus.

Solange Menschen auf dieser Erde über wirtschaftliche Dinge nachdenken, solange ist auch als Ideal die Lehre von einer „völligen Gleichheit“ alles dessen, „was Menschenanlig trägt“, lebendig gewesen. Die Erinnerungen an ein goldenes Zeitalter, die an der Wiege jeder Volksgeschichte stehen, wurzeln zum großen Teil in solcher Sehnsucht und solchen Wünschen. An der Schwelle der Neuzeit ist es Thomas Morus, der große englische Lordkanzler, der für seinen katholischen Glauben 1535 das Schafott bestieg, der in seinem Staatsroman „Utopia“ ein viel gelesenes und viel bewundertes Idealbild eines Staates völliger Gleichheit zeichnete. In Italien war es der Dominikanermönch Campanella (um 1630), der in seinem „Sonnenstaat“ ähnliches unternahm. Welche Erfolge derartige Utopien auch in unseren Tagen haben können, hat Bellamy's „Rückblick aus dem Jahre 2000“ gezeigt.

Kommunistische Theoretiker finden wir, wenn wir von den „Schwarmgeistern“ der Reformation absehen, zuerst als Gegner der Physisiokraten. Morelly und Mably, ihre Hauptwortführer, aber schöpften durchweg aus kommunistischen Gedankengängen alter Philosophen. Von Gracchus Babeuf und seiner Verschwörung ist bereits die Rede gewesen (siehe S. 95).

Die große Umwälzung, welche der Siegeszug der Dampfmaschine in den wirtschaftlichen Verhältnissen verursachte, rief naturgemäß das Nachdenken über volkswirtschaftliche Dinge in den weitesten Kreisen hervor. Der Handwerker, der sich der übermächtigen Konkurrenz des Fabrikbetriebes gegenüber sah, der Fabrikarbeiter, dem seine Arbeit aufgekündigt wurde, weil eine neue Maschine ihn entbehrlich gemacht hatte, sie alle mußten sich mit der aufsteigenden neuen Zeit auseinandersetzen. Die erste Empfindung der arbeitenden Bevölkerung den Maschinen gegenüber war wilder Haß.

In England, in Frankreich, in Deutschland wurden Fabriken und Maschinen zerstört von Arbeitern, die sich diesen eisernen Konkurrenten gegenüber in ihrer Arbeit und in ihrem Brote schützen wollten. Aber diese Stellung der Arbeiter konnte nur eine vorübergehende sein. Die planlosen Einzelakte der Verzweiflung konnten die Entwicklung nicht aufhalten, und immer mehr drückte der industrielle Großbetrieb dem modernen wirtschaftlichen Leben seinen Stempel auf. Es war nur natürlich, daß auf solchem Boden der kommunistische Gedanke neue Wurzeln schlug. Das Ziel, das früher den Arbeiter über viele Beschwerden hinweggetröstet hatte, das Ziel, auch einmal zur wirtschaftlichen Selbständigkeit zu gelangen, mußte in einer Zeit immer mehr verblasen, in der nur der Besitz teurer Maschinen und wertvoller Fabrikgrundstücke eine erfolgreiche Konkurrenz zu ermöglichen schien. Der Gedanke, daß keine andere Hilfe möglich sei als die Überführung aller Produktionsmittel in das gemeinsame Eigentum aller, fand immer wieder eifrige Vertreter.

Viele von ihnen hofften durch kommunistische Modellgemeinden die Entwicklung zur völligen Vergesellschaftung aller Produktionsmittel fördern zu können.

So wurden unter dem Einfluß von Robert Owen

(1771—1858) die kommunistischen Gemeinden „New Harmony“ in Amerika, „Orbiston“ in Schottland, „Queenwood“ in Hampshire in England und eine Reihe anderer gegründet. Alle gingen unter; am längsten hielt sich „Queenwood“ — 5 Jahre.

Fourier (1772—1837) wollte durch Vereinigung von etwa 1600 Männern, Frauen und Kindern in sogenannte „Phalangen“ Musterorganisationen schaffen. Jede „Phalange“ sollte ein „Phalangsterion“ bewohnen, einen großartigen Bau, in dem Wohnräume und die verschiedensten Industriewerkstätten vereinigt wären. Sein Schüler Considérant gründete in Texas das Phalangsterion: „La Réunion“, das aber bald zusammenbrach.

Cabet (1788—1856), ein Rechtsanwalt, rief 1840 in seiner „Reise nach Italien“ zur „praktischen“ Tat auf und gründete 1849 ein Gemeinwesen in der Nähe von St. Louis. Nach vielerlei Streitigkeiten trennte sich 1864 auch der kleine Rest: 8 Männer, 7 Frauen. —

In Deutschland war es zuerst der Schneidergeselle Wilhelm Weitling, der nicht müde wurde, auf seinen Wanderungen den Kommunismus zu predigen und der manche Anhängerkreise gewann. Sein Kommunismus ist noch wesentlich gefühlsmäßiger Art, gestützt auch auf eigenartige Erklärungen biblischer Stellen. Sein Hauptwerk ist „Das Evangelium eines armen Sünders“. Weitling ist später nach Amerika ausgewandert.

Der Weg von der „Utopie zur Wissenschaft“ knüpft sich in erster Reihe an den Namen Karl Marx. Er wurde am 5. Mai 1818 in Trier als Sohn eines jüdischen, später zum Christentum übergetretenen Rechtsanwalts geboren. Marx studierte in Bonn und Berlin Rechtswissenschaft, Geschichte und Philosophie. Seinen ursprünglichen Plan, die Universitätskarriere einzuschlagen, gab er auf, abgeschreckt durch die Maßregelung seines damaligen Freundes Bruno Bauer. Er

wandte sich der Journalistik zu und wurde erst Mitarbeiter und dann Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“, die von rheinischen Liberalen, wie Camphausen und Hansemann, gegründet worden war. Diese Redaktionsstätigkeit veranlaßte Marx zuerst, sich auch mit volkswirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen.

Bald aber, als die Besitzer des Blattes eine gemäßigte Schreibweise forderten, legte er die Redaktion nieder. Mit 25 Jahren verheiratete er sich mit Jenny von Westfalen, der Schwester des späteren preußischen Ministers, Grafen von Westfalen. Er gewann eine Frau, die Arbeit und Kämpfe und auch Not und Elend treulich mit ihm teilte. Gleich nach der Heirat ging Marx nach Paris, um dort mit Arnold Ruge die „Deutsch-französischen Jahrbücher“ herauszugeben, die aber schon nach dem ersten Doppelheft wieder eingingen. In Paris wurde Marx mit Friedrich Engels (geb. 1820 in Barmen als Sohn eines reichen Fabrikanten) befreundet. Beide zusammen schrieben das Buch „Die heilige Familie“. Als Marx wegen heftiger Angriffe auf die preußische Regierung aus Paris ausgewiesen wurde, ging er nach Brüssel, wo er mit seinem Freunde Engels einen deutschen Arbeiterverein gründete. Hier wandte sich Marx in seinem „Elend der Philosophie“ scharf gegen Proudhon und seine Anschauungen.

Eine besondere Bedeutung gewann der Eintritt der beiden Freunde in den Kommunistenbund, der als „Bund der Gerechten“ 1836 in Paris gegründet war und allerlei unklare kommunistische Ideen propagierte. Marx und Engels hatten dies „Gemisch von französisch-englischem Sozialismus oder Kommunismus und von deutscher Philosophie“ scharf kritisiert, traten aber ein, um den Bund nach ihren Anschauungen umzuwandeln. Das gelang ihnen auch auf dem Londoner Bundeskongreß im Sommer 1847.

Hier wurde als Zweck des Bundes bestimmt:

„Der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum.“

Die einzelnen „Gemeinden“ des Bundes sollten aus wenigstens 3 und höchstens 20 Mitgliedern bestehen. Die Mitglieder des Geheimbundes hätten sich ein Feld der Tätigkeit zu schaffen durch Gründung oder Eroberung öffentlicher Arbeiterbildungsvereine. Aus diesen sollten dann die fähigsten Köpfe herausgesucht und in den leitenden Geheimbund aufgenommen werden. An der Spitze der geheimen Organisation stand die Zentralbehörde von 5 Mitgliedern, die vorläufig ihren Sitz in London hatte. Zu Ende des Jahres 1847 wurde diese Organisation endgültig angenommen und die Bundeslehre beraten, die Marx und Engels in einem Entwurf vorlegten. Einstimmig erhielten auf Grund dieses Entwurfs Marx und Engels den Auftrag, das Manifest der kommunistischen Partei endgültig zu formulieren. Im Februar 1848 ist „das kommunistische Manifest“ erschienen, das der offizielle Geschichtsschreiber der deutschen Sozialdemokratie Franz Mehring mit Recht „die Fahne des modernen wissenschaftlichen Kommunismus“ nennt, „das verbreitetste, das internationalste Erzeugnis der gesamten sozialistischen Literatur“.

Das Manifest zerfällt in vier Teile.

Der erste Teil, „Bourgeois und Proletarier“, beginnt mit dem Satz: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Auch die jetzt herrschende bürgerliche Gesellschaft habe sich im Klassenkampf gegen die Feudalherren in die Höhe gebracht. Jetzt ist „die moderne Staatsgewalt nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet.“

„Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose „bare Zahlung“. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Behmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den „Tauschwert“ aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlervorbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt. Die Bourgeoisie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“

Doch auch das Zeitalter der Bourgeoisie war notwendig; es hat erst enthüllt, was Menschen vermögen:

„Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen — welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten?“

Aber diese modernen nun entfesselten Produktivkräfte werden so groß, daß die Bourgeoisie sie nicht mehr beherrschen und regeln kann. In den Handelskrisen tritt heut Mangel auf, weil zuviel Lebensmittel, zuviel Waren vorhanden sind. Aus der Fülle entsteht die Not. Die volkswirtschaftlichen Verhältnisse der Bourgeoisie sind zu eng geworden, um die durch

sie entwickelten Produktivkräfte ausnützen zu können. Die Bourgeoisie bereitet so durch ihre eigene Entwicklung immer allseitigere und gewaltigere Krisen vor und vermindert die Mittel, diesen Krisen vorzubeugen, muß schließlich also an einem Punkte ankommen, an dem es kein Entrinnen mehr gibt. Dann geht die Herrschaft über an die mit der Bourgeoisie entstandene Klasse des Proletariats. Dieses Proletariat nun wächst unaufhörlich:

„Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird. So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung.“

Mit seiner Vermehrung wächst auch seine Kraft. Die proletarische Bewegung ist die Bewegung der ungeheuren Mehrzahl des Volkes. Deshalb muß sie auf die Dauer siegen, wenn auch einzelne Kämpfe verloren gehen können. Immer wieder wird das Proletariat sich erheben. Es wird ein mehr oder minder versteckter Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft entbrennen, bis durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet.

Im zweiten Hauptteil wird das Verhältnis zwischen „Proletariern und Kommunisten“ geschildert. Die Kommunisten sind keine besondere Partei, „sie sind nur die Avantgarde des Proletariats“; „sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus“. Der Kommunismus ist nicht der Ausdruck von

Träumen von Weltverbesserern, sondern er ist aus den tatsächlichen Verhältnissen des Klassenkampfes erwachsen.

„Ihr entsetzt Euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in Eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für 9 Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben. Es existiert gerade dadurch, daß es für 9 Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt.“

Der Kommunismus wird die Erziehung der Kinder durch die Gesellschaft bestimmen lassen. Er wird die bestehende Form der Ehe, die ihre Ergänzung in der Prostitution findet, aufheben.

„Den Kommunisten ist ferner vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“

„In dem Maße wie die Exploitation (Ausbeutung) des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird auch die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben werden. Mit dem Klassengegensatz im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen zueinander.“

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. der als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“

„Setzt aber das Proletariat die alten Produktionsverhältnisse auf, in denen die Klassengegensätze wurzeln, so hebt es die Klassen und damit zuletzt auch die eigene Herrschaft als Klasse auf.“

Der dritte Abschnitt heißt: die „Sozialistische und kommunistische Literatur“. Darin wird der reaktionäre (d. i. der feudale, der kleinbürgerliche, der deutsche oder „wahre“ Sozialismus), der konservative oder Bourgeois- und der kritisch-utopistische Sozialismus kritisiert und verworfen.

Der vierte Abschnitt bespricht die „Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien“. Jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden Zustände sei von ihnen zu unterstützen.

„In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei.

Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten.“

„Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht, und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt, und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt, als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann.“

Das Manifest schließt mit der Erklärung:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Der Kommunistenbund verlegte seine Zentralbehörde von London nach Brüssel. Hier wurden sämtliche Vollmachten auf Marx übertragen, der beim Ausbruch der Revolution nach Deutschland eilte, um an die Spitze der „Neuen rheinischen Zeitung“ zu treten, in deren Redaktion auch Friedrich Engels und Ferdinand Freiligrath eintraten. Marx selbst wurde in den rheinischen Kreisausschuß der Demokraten gewählt und forderte als Mitglied dieses Ausschusses auf, die Steuern zu verweigern und einen Landsturm „zur Abwehr des Feindes“ zu organisieren. Marx wurde wegen dieser Aufforderung angeklagt, aber von den Geschworenen freigesprochen. Als die Revolution niedergeworfen war, wurde er als Ausländer (er war 1845 aus dem preussischen Untertanenverband ausgeschieden) ausgewiesen. Er ging nach London, wo er die Organisation des Bundes der Kommunisten wieder aufzurichten suchte. Als Streitigkeiten ausbrachen, wurde die Zentralbehörde nach Köln verlegt, und von dort Emissäre zur Werbung neuer Mitglieder ausgesandt. Einer derselben fiel mit wichtigen Papieren in die Hände der Polizei. In einem Hochverratsprozeß wurden die deutschen Führer des Kommunistenbundes zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, worauf der Bund 1852 aufgelöst wurde.

Die Londoner Weltausstellung von 1862 und der Polenaufstand von 1863 hatten den Gedanken an einen internationalen Zusammenschluß der Arbeiter wieder geweckt. Eine große Versammlung 1864 in London beschloß die Gründung einer „Internationalen Arbeiterassoziation“.

Der italienische Revolutionär Mazzini und Karl Marx legten Satzungsentwürfe vor. Der Vorschlag von Marx wurde angenommen. Es heißt darin:

„Es steht fest als unumstößliche Wahrheit, daß weder die Vervollkommenung der Maschinen, noch die Nutzbar-

machung der Wissenschaft für die Industrie- und Agrikulturproduktion, weder die Hilfsmittel und Kunstgriffe des Verkehrs, noch neue Kolonien oder Auswanderung, weder die Eroberung neuer Märkte, noch der Freihandel oder alle diese Dinge zusammengekommen, das Elend der gewerbstätigen Massen zu beseitigen vermögen, daß vielmehr auf der falschen Grundlage des Bestehenden jede frische Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die sozialen Gegensätze zu vertiefen und die sozialen Konflikte zu schärfen.“

Mary wurde nun die Seele der Internationalen, die auf einem Kongreß 1866 ihre feste Form erhielt.

Der zweite Kongreß fand in Lausanne 1867 statt; der dritte wurde 1868 zu Brüssel abgehalten, der vierte 1869 zu Basel. Dann kam der Krieg 1870—1871.

Als zu Ende des deutsch-französischen Krieges im März 1871 die Kommune in Paris sich im Gegensatz zu der Versailler Nationalversammlung auftrat, waren es Mitglieder der Internationalen, die in ihrem Dienst die größte Tätigkeit entwickelten. Der Generalrat der Internationalen nahm in seiner Adresse über den Bürgerkrieg in Frankreich die volle Verantwortung für ihre Taten auf sich:

„Das Paris der Arbeiter mit seiner Kommune wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft.“

Auf dem nächsten Kongreß im Haag 1872 kam es zu einer Spaltung. Die Sektionen des Jura, von Spanien und Belgien verlangten die Abschaffung des Generalrates. Bei ihnen waren die anarchistischen Ideen Bakunins siegreich geworden. Die Anhänger von Mary hatten die Mehrheit; aber der Abfall der romanischen Sektionen hatte die Internationale doch so geschwächt, daß sie in NewYork, wohin der Generalrat verlegt

wurde, bald jede Bedeutung verlor und 1876 auch formell aufgelöst wurde.

Karl Marx ist am 14. März 1883 in London gestorben. Sein Hauptwerk ist das „Kapital“, dessen 2. und 3. Band von seinem Freunde Friedrich Engels (gest. 1895 in London) herausgegeben wurden. In Deutschland haben die marxistischen Gedanken nach der Auflösung des Kommunistenbundes keine nennenswerte Verbreitung gefunden. Auch die Internationale gewann verhältnismäßig nur eine kleine Anzahl von Mitgliedern. Eine steigende Bedeutung erlangten die marxistischen Ideen in der deutschen Arbeiterbewegung erst, als es Wilhelm Liebknecht gelang, den Leipziger Drechselermeister August Bebel und die von ihm beeinflussten Organisationen zu gewinnen. Zur Herrschaft gelangte der Marxismus in der Arbeiterschaft, als es Liebknecht und Bebel vermochten, die von Ferdinand Lassalle hervorgerufene Bewegung ganz ihrem geistigen Einfluß zu unterwerfen.

* * *

Ferdinand Lassalle wurde am 11. April 1825 in Breslau als der Sohn eines wohlhabenden jüdischen Seidenhändlers geboren. Ein Hauptcharakterzug seines Wesens von Jugend auf war ein außerordentliches Selbstbewußtsein. Schon als Knabe schrieb er in sein Tagebuch:

„Ich bin Demokrat; wenn ich als Fürst oder Prinz geboren wäre, würde ich mit Leib und Seele Aristokrat sein.“

Auf der Schule taugte er nicht viel, so daß ihn sein Vater vom Gymnasium nahm und auf die Leipziger Handelsschule brachte. Aber Lassalle fühlte bald, daß er nicht zum Kaufmann geschaffen sei. Mit großer Energie holte er nun

das Versäumte nach und studierte dann Rechtswissenschaft und Philosophie.

Bezeichnend ist das Urteil, das Heinrich Heine über ihn fällt, als der Zwanzigjährige ihn in Paris aufsuchte. Heine gab ihm einen Empfehlungsbrief an Barmhagen in Berlin mit:

„Herr Lassalle ist nun einmal ein ausgeprägter Sohn der neuen Zeit, die nichts von jener Entsagung und Bescheidenheit wissen will, womit wir uns mehr oder minder heuchlerisch in unserer Zeit hindurch gelungert und hindurch gefaselt. Dieses neue Geschlecht will genießen und sich geltend machen im Sichtbaren: Wir, die Alten, beugten uns demütig vor dem Unsichtbaren, haschten nach Schattenküssen und blauen Blumengerüchen, entsagten und flennten und waren doch vielleicht glücklicher als jene harten Gladiatoren, die so stolz dem Kampftode entgegengehen.“

In Berlin lernte Lassalle die Frau kennen, die sein Schicksal werden sollte, die Gräfin Sophie Hagfeld. Die Gräfin lag in einem Scheidungsprozeß, der außerordentliches Aufsehen erregte. Allgemein war die Überzeugung, daß der Graf durch seine vielfachen Verbindungen zu den herrschenden Kreisen der Frau das Recht verweigere. Lassalle trat zu der Gräfin in nahe Beziehungen. Er erbot sich, ihren Prozeß zu führen, wenn die Gräfin sich verpflichten würde, ihm nach siegreichem Ausgange eine lebenslängliche bedeutende Rente zu zahlen. Die Gräfin ging darauf ein. Acht Jahre lang hat dann Lassalle sich fast ausschließlich ihrer Sache gewidmet. Vor 36 Gerichten hat er diesen Prozeß geführt, bis der Graf sich endlich zu einem Vergleich bequeme, der der Gräfin ein fürstliches Vermögen und Lassalle die zugesicherte Jahresrente von 4000 Talern einbrachte.

Die Revolution der Jahre 1848 und 1849 fand Lassalle, der zu jener Zeit in Düsseldorf wohnte, in den Reihen der

Demokraten. Als er nach Auflösung der Nationalversammlung in einer Rede in Neuß zu bewaffnetem Widerstand aufforderte, wurde er zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Jahre 1857 siedelte Lassalle von Düsseldorf nach Berlin über. Auf dem Gebiete der Philosophie erwarb er sich durch seine „Philosophie Herakleitos, des Dunkeln von Ephesus“, auf dem Gebiete der Rechtswissenschaft durch sein „System der erworbenen Rechte“, und auf dem Gebiete der Literatur durch sein Drama „Franz von Sickingen“ bald einen geachteten Namen.

Ins öffentliche Leben trat er durch Vorträge, die er in Berliner Vereinen hielt. Eine besondere Bedeutung gewann ein Vortrag, den er 1862 im „Handwerkerverein der Dramienburger Vorstadt“ über den „Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ hielt. Diese Rede enthält das sogenannte „Arbeiterprogramm“. Sie weist nach, wie jede Wendung in der Geschichte von einer neuen Idee getragen werden muß, die sich ihrerseits in den realen Verhältnissen vorbereitet hat. In der französischen Revolution ist die kapitalbesitzende Klasse, die Klasse der Bourgeoisie, zur Herrschaft gekommen; sie hat den Wahlsensus geschaffen, der politische Rechte an den Besitz knüpft; sie hat indirekte Steuern geschaffen, die die Lasten auf die Armen abwälzen. Mit der Revolution von 1848 hat der Arbeiterstand begonnen, seine Bedeutung zu erkennen. Seine Herrschaft aber wird nicht nur eine Klasse, sondern die ganze Menschheit befreien. In den Bestrebungen der Arbeiterklasse fallen persönliche Interessen, Klasseninteressen und allgemeine Interessen zusammen:

„Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tief sittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Prinzip seines Standes zum Prinzip

des gesamten Zeitalters zu erheben, seine Ideen zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen, und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten. Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten und die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinns der Unbedeutenden.

Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll! Der hohe sittliche Ernst dieses Gedankens ist es, der sich mit einer verzehrenden Ausschließlichkeit Ihrer Geister bemächtigen und Ihr Gemüt erfüllen muß . . .“

Diese Rede zog Lassalle eine Anklage wegen Aufreizung der besitzlosen Klasse zu. Er wurde zunächst zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, die aber in der Berufungsinstanz in eine Geldstrafe verwandelt wurden. Der Vortrag selbst, der als Broschüre erschienen war, wurde beschlagnahmt, aber in Zürich neu gedruckt. Ihr Einfluß in Arbeiterkreisen blieb aber sehr gering. Selbst Theodor York, der Bahnbrecher der kommunistischen Gedanken in Harburg und Hamburg, urteilt über sie, „daß sie von vielen gar nicht verstanden wird, und daß man sie nun einmal jetzt noch nicht der großen Menge mitteilen kann.“

In jener Zeit predigte der von der Regierung gemäßigtere Kreisrichter Schulze aus Delitzsch (1808—1883) den Segen des Genossenschaftswesens. Da er selbst Mitglied der damals überaus mächtigen Fortschrittspartei war, wurde er von den Blättern dieser Richtung lebhaft unterstützt, und es wurden auch eine Reihe von Konsum- und Vorschußvereinen gegründet. Viel größer aber war der Zugang zu den Arbeiterbildungsvereinen, die etwa von 1860 an überall in rascher Folge entstanden. Hier gewannen die Arbeiter zuerst wieder organi-

faktorische Fühlung miteinander. In Leipzig traten unter der Führung von Anhängern der kommunistischen Ideen von Weitling Mitglieder des „Gewerblichen Bildungsvereins“ zusammen und gründeten den Verein „Vorwärts“, der seinen Hauptzweck in der Einberufung allgemeiner Arbeiterversammlungen zur Erörterung politischer und sozialer Fragen sah. In einer solchen Versammlung wurde beschlossen, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß einzuberufen, und es wurde ein Komitee zur Einberufung dieses Kongresses eingesetzt, zu dessen Mitgliedern Bebel, Bahlteich, Frißsche, Dammer, Prof. Rossmäßler u. a. gewählt wurden.

Dies Komitee schickte Bahlteich und Frißsche nach Berlin, um mit den Führern der preußischen Fortschrittspartei zu verhandeln wegen der Frage des allgemeinen Stimmrechts und eines erleichterten Anschlusses der Arbeiter an den „Nationalverein“, der 1859 gegründet war und als Träger der deutschen Einheitsgedanken galt.

Eine zufällige Bekanntschaft Dammers mit Ludwig Löwe, dem späteren fortschrittlichen Abgeordneten von Berlin, führte eine Verbindung dieser Leipziger Deputation mit F. Lassalle herbei. Nach eingehenden Beratungen kam man überein, daß Lassalle in einer öffentlichen Kundgebung die Grundlinien für eine sich über ganz Deutschland erstreckende Arbeiterorganisation aufstellen sollte. Lassalle tat dies am 1. März 1863 mit seinem „Offenen Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig.“ Von dem Datum dieser „Offenen Antwort“ schreibt die deutsche Sozialdemokratie ihre Entstehung her.

Da die Fortschrittspartei, führt Lassalle in diesem Antwortschreiben aus, durch ihre Haltung im preußischen Verfassungskonflikt bewiesen habe, daß sie vollkommen unfähig sei, auch nur die geringste wirkliche Entwicklung und Sicherung

des Freiheitsgedankens herbeizuführen, so müsse sich der Arbeiterstand als eine selbständige, „durchaus von ihr getrennte“ politische Partei austun und seine eigenen Interessen vertreten!

„Nun zu der Sie mit Recht in noch höherem Grade interessierenden sozialen Frage, die Sie aufwerfen —

„Sie wollen Sparkassen, Invaliden-, Hilfs- und Krankenkassen stiften? . . .“

„Aber unterscheiden wir gänzlich zwei Fragen, die schlechterdings nichts miteinander zu tun haben.

Ist es Ihr Zweck, das Elend von Arbeiterindividuen erträglicher zu machen?“

„In diesem Fall sind Kranken-, Invaliden-, Spar- und Hilfskassen ganz angemessene Mittel.“

„Oder aber ist es Ihr Zweck: die normale Lage des gesamten Arbeiterstandes selbst zu verbessern und über ihr jetziges Niveau zu erheben?

Und freilich ist das und muß das Ihr Zweck sein.“

Bei solcher Fragestellung müssen die Arbeiter sofort einsehen:

„wie ganz und gar ohnmächtig zur Erreichung dieses zweiten Zweckes und somit wie ganz und gar außerhalb des Umfangs der jetzigen Arbeiterbewegung liegend jene Institute sind.

Nur das Zeugnis eines einzigen Gewährsmanns erlauben Sie mir anzuführen, das Eingeständnis des streng konservativen, streng royalistischen Professor Huber.“

„Ohne daher,“ — sagt Professor Huber in seiner „Konfordia“ — „den relativen Nutzen der Sparkassen, Hilfs- und Krankenkassen zc., soweit er wirklich geht, irgend zu verkennen, können diese guten Dinge doch insofern geradezu große negative Nachteile mit sich führen, als sie dem Bessern hinderlich in den Weg treten . . .“

„Sind die Schulze-Delitzschen Assoziationen, die Kredit- und Vorschuß-, die Rohstoff- und die Konsumvereine imstande, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?

Und auf diese Frage muß die Antwort allerdings das entschiedenste Nein sein!“

„Die Kredit-, Vorschuß- und Rohstoffvereine können also auch in bezug auf den kleinen Handwerker nur den Todeskampf, in welchem das kleine Handwerk der Großindustrie zu unterliegen und Platz zu machen bestimmt ist, verlängern, die Qualen dieses Todeskampfes dadurch vermehren und die Entwicklung unserer Kultur unnütz aufhalten — das ist das ganze Resultat, das sie auch in bezug auf den kleinen Handwerkerstand haben, während sie den eigentlichen, in der Großindustrie beschäftigten und täglich wachsenden Arbeiterstand überhaupt nicht berühren!

Bleiben also noch die Konsumvereine zu betrachten.

Die Einwirkung der Konsumvereine würde den gesamten Arbeiterstand umfassen.

Sie sind gleichwohl gänzlich unfähig, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken.“

Die Hauptursache ist „das eiserne ökonomische Gesetz“, welches unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage den durchschnittlichen Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist.

„Dieses Gesetz kann von niemand bestritten werden. Ich könnte Ihnen für dasselbe ebensoviele Gewährsmänner anführen, als es große und berühmte Namen in der nationalökonomischen Wissenschaft gibt, und zwar aus der liberalen Schule selbst, denn gerade die liberale

ökonomische Schule ist es, welche selbst dieses Gesetz entdeckt und nachgewiesen hat.

Dieses eherne und grausame Gesetz, meine Herren, müssen Sie sich vor allem tief, tief in die Seele prägen und bei allem Ihren Denken von ihm ausgehen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich Ihnen und dem gesamten Arbeiterstand ein unfehlbares Mittel angeben, wie Sie ein für allemal allen Täuschungen und Irreführungen entgehen können.

Jedem, der Ihnen von der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes spricht, müssen Sie vor allem die Frage vorlegen:

ob er dieses Gesetz anerkennt oder nicht.

Erkennt er es nicht an, so müssen Sie sich von vorn herein sagen, daß dieser Mann entweder Sie täuschen will oder aber von der kläglichsten Unerfahrenheit in der nationalökonomischen Wissenschaft ist. Denn es gibt, wie ich Ihnen bereits bemerkt, in der liberalen Schule selbst nicht einen namhaften Nationalökonom, der das selbe leugnete.“

„Und wenn nun derjenige, der Ihnen von der Lage der Arbeiter spricht, auf Ihre Frage dieses Gesetz anerkannt hat, so fragen Sie ihn weiter:

wie er das selbe beseitigen will.

Und wenn er hierauf nicht zu antworten weiß, so wenden Sie ihm ruhig den Rücken. Er ist ein leerer Schwäger, der Sie oder sich selbst täuschen und mit hohlen Phrasen verblenden will.“

Den „ebenso billigen als hohlen Deklamationen“ gegenüber, die darauf hinweisen, daß die Arbeiter es gegen den Stand der früheren Jahrhunderte doch besser hätten, führt das Antwortschreiben aus:

„Man täuscht Sie, man hintergeht Sie, meine Herren!

Wenn Sie von der Lage der Arbeiter und ihrer Verbesserung sprechen, so meinen Sie Ihre Lage verglichen

mit der Ihrer Mitbürger in der Gegenwart, verglichen also mit dem Maßstab der Lebensgewohnheiten in derselben Zeit.“

„Jede menschliche Befriedigung hängt ja immer nur ab von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in einer Zeit bereits gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen, oder was dasselbe ist, von dem Überschuß der Befriedigungsmittel über die unterste Grenze der in einer Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnisse. Ein gesteigertes Minimum der untersten Lebensbedürfnisse gibt auch Leiden und Entbehrungen, welche frühere Zeiten gar nicht kannten. Was entbehrt der Botokube dabei, wenn er keine Seife kaufen, was entbehrt der menschenfressende Wilde dabei, wenn er keinen anständigen Rock tragen, was entbehrt der Arbeiter vor der Entdeckung Amerikas dabei, wenn er keinen Tabak rauchen, was entbehrt der Arbeiter vor Erfindung der Buchdruckerkunst dabei, wenn er ein nützliches Buch sich nicht anschaffen konnte?“

Es gibt nur ein Mittel, das „eherne Lohngesetz“ aufzuheben:

„Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — wie Sie jetzt sofort selbst sehen, jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt!

Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergeinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeitsertrag!“

Der Staat ist verpflichtet, hier zu helfen, er soll das Kapital, oder doch den Kredit dazu dem Arbeiterstande leihen. Das bedeutet keine Aufhebung der Selbsthilfe, sondern die Ergänzung derselben:

„Und ebenso wenig lassen Sie sich durch das Gesetz frei derer irreführen und täuschen, die hier etwa gar

von Sozialismus oder Kommunismus sprechen und mit derlei billigen Redensarten dieser Ihrer Forderung entgegentreten wollen. Sondern seien Sie von solchen fest überzeugt, daß sie Sie nur täuschen wollen oder aber selbst nicht wissen, was sie sprechen. Nichts ist weiter entfernt von dem sogenannten Sozialismus und Kommunismus als diese Forderung, bei welcher die arbeitenden Klassen ganz wie heut ihre individuelle Freiheit, individuelle Lebensweise und individuelle Arbeitsvergütung beibehalten und zu dem Staat in keiner andern Beziehung stehen, als daß ihnen durch ihn das erforderliche Kapital resp. der erforderliche Kredit zu ihrer Affoziation vermittelt wird."

Das aber ist gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staates, die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf, dazu existiert er, hat immer dazu gedient und dienen müssen. Hat der Staat die Zinsgarantie der Eisenbahnen übernommen zugunsten der besitzenden Klasse, so muß der Staat auch für den Arbeiterstand das nötige Kapital oder vielmehr den nötigen Kredit aufbringen. Solche staatlichen Produktivgenossenschaften würden auch in der Praxis nicht viel Schwierigkeiten bieten.

"Wöchentlich würde den Arbeitern zunächst der orts- und gewerbsübliche Arbeitslohn zu entrichten und am Schlusse des Jahres der Geschäftsgewinn des Vereins als Dividende unter sie zu verteilen sein."

Die Arbeiter hätten alles Recht, vom Staate diese Hilfe zu verlangen.

"Was ist denn der Staat? — Das königlich preussische von dem Prof. Dieterici damals dirigierte amtliche statistische Bureau veröffentlichte 1851 auf Grund der amtlichen Steuerlisten eine Berechnung, wie sich die Bevölkerung nach ihrem Einkommen verteilt.

Ich setze Ihnen die Resultate dieser Berechnung mit wörtlicher und zahlenmäßiger Treue hierher. Hiernach besitzen von der Bevölkerung des preussischen Staats:

ein Einkommen	über 1000 Mkr.	$\frac{1}{2} \%$	der Bevölkerung
"	"	von 400—1000	" $3 \frac{1}{4} \%$ " "
"	"	" 200— 400	" $7 \frac{1}{4} \%$ " "
"	"	" 100— 200	" $16 \frac{3}{4} \%$ " "
"	"	unter 100	" $72 \frac{1}{4} \%$ " "

Und dieses Einkommen fällt auf den klassensteuerepflichtigen Kopf der Bevölkerung, welcher nach Dieterici's Annahme durchschnittlich eine Familie von fünf Personen repräsentiert, fällt also durchschnittlich auf eine Familie von 5 oder mindestens über 3 Personen."

„Die beiden untersten in der allergebrücktesten Lage befindlichen Klassen bilden also allein 89 % der Bevölkerung, und nimmt man, wie man muß, noch die $7 \frac{1}{4} \%$ der dritten, immer noch unbemittelten und gebrückten Klasse hinzu, so erhalten Sie 96 $\frac{1}{4} \%$ der Bevölkerung in gebrückter, dürftiger Lage. Ihnen also, meine Herren, den notleidenden Klassen, gehört der Staat, nicht uns, den höheren Ständen; denn aus Ihnen besteht er! Was ist der Staat? frage ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus dicken Büchern die Antwort: Ihre, der ärmeren Klassen, große Assoziation — das ist der Staat!"

„Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen?

Und hier wird nun sofort sonnenhell die Antwort vor Ihrer Aller Augen stehen: dies wird nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein.

Wie nun aber die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts bewirken?

Organisieren Sie sich als ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zweck einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlichen, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in

allen deutschen Ländern. Von dem Augenblicke an, wo dieser Verein auch nur 100 000 deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher jeder rechnen muß.“

Dieses Antwortschreiben erregte einen ungeheuren Sturm. Die liberale und demokratische Presse erklärte sich durchweg gegen Lassalle. Die konservative Presse, die in dem schweren Verfassungskonflikt Bismarcks mit der Fortschrittspartei eine Zersplitterung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft erhoffte, blieb vorläufig kühl. Die Arbeitervereine aber erklärten sich in der großen Mehrheit gegen Lassalle. Nur in Leipzig, in Frankfurt und in Mainz gelang es Lassalle, Zustimmung zu erzielen. Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig von 12 Delegierten, die 11 Städte vertraten, der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ gegründet. An seine Spitze trat mit fast diktatorischer Vollmacht Lassalle als Präsident. Es ging sehr langsam vorwärts. Lassalles glühender Geist verzehrte sich fast. Um in Berlin festen Fuß zu gewinnen, ließ er eine „Ansprache an die Arbeiter Berlins“ in 16 000 Exemplaren verteilen. Trotzdem hatte der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ am Ende des Jahres in ganz Berlin kaum 200 Mitglieder. Im Februar 1864 aber war die Zahl auf 30 gesunken. Die Arbeiter hielten treu zur Fortschrittspartei. Sie haben Lassalle sogar angespöen, und als er in einer Versammlung verhaftet wurde, klatschten die Arbeiter der Polizei Beifall.

Im Mai 1864 unternahm er eine große Agitationsreise in die Rheinlande, wo er am meisten Anhänger besaß. Dann ging er, geistig und körperlich völlig erschöpft, in die Schweiz. Hier traf er Helene von Dönniges, der er sich schon in Berlin genähert hatte. Da ihr Vater, ein bayerischer Staatsmann, ihre Verbindung mit dem Arbeiterführer nicht zugeben

wollte, verließ Helene von Dönniges die Eltern und floh zu Lassalle. Dieser aber wollte sie nur aus den Händen des Vaters empfangen und führte sie zurück. Darauf ließ sich Helene von Dönniges bestimmen, einen Absagebrief an Lassalle zu schreiben. Lassalle forderte darauf den Vater und den neu-erwählten Bräutigam. Dieser, ein Herr von Rakowitz, nahm das Duell an. Es fand am 28. August statt. Lassalle wurde tödlich verwundet und starb drei Tage nachher. Auf dem jüdischen Friedhof zu Breslau liegt er begraben.

Über Lassalles Persönlichkeit gehen die Meinungen weit auseinander. Professor Ludwig Büchner, der Verfasser von „Kraft und Stoff“, hatte es, als Vorsitzender des Maingaues der Arbeiterbildungsvereine, 1863 durchgesetzt, daß man Lassalle frei zu Worte kommen ließ, ehe man ein Urteil über ihn fälle. Büchner, der bis zu seinem Tode Vorstandsmitglied des Bundes Deutscher Bodenreformer war, hat 1898 in der bodenreformerschen „Deutschen Volksstimme“ eine Reihe von persönlichen Erinnerungen, Briefen und Tagebuchblättern über Lassalle veröffentlicht, in denen er u. a. erzählt:

„Obgleich vollkommener Weltmann, ließ er sich doch durch seinen Mißmut hinreißen, die Regeln der Höflichkeit gegen Damen außer acht zu setzen, indem er meiner Schwester Luise (Verfasserin von „Die Frauen und ihr Beruf“), welche sich einmal in die Diskussion gemischt hatte, zurief: „Davon verstehen Frauenzimmer nichts!“

Bei der Unterhaltung selbst fiel es auf, daß er, der doch ein Apostel des Volkes sein wollte, sich sehr verächtlich über den „Mob“ äußerte und seinem Widerwillen darüber, daß er auf seinen Agitationsreisen jedem Arbeiter die schmutzige oder schweißige Hand drücken müsse, sehr energischen Ausdruck gab.“

Über den Vortrag in Frankfurt a. M. am 17. Mai 1863 berichtet L. Büchner:

„Ich gab Lassalle um 4 ³/₄ Uhr das Wort, welcher dasselbe von da bis zum Schluß der Versammlung, abends 9 Uhr, mit kurzer Unterbrechung auch behielt. Diese unerhörte lange Dauer der Rede sowie der Umstand, daß der Redner weit mehr aus einem dicken Manuskript mit einem nicht allzu kräftigen Organ ablas, als frei sprach, wirkte so ermüdend, daß sich der anfangs dicht gefüllte Saal nach Verlauf einiger Zeit mehr und mehr zu leeren begann, und daß schließlich kaum der dritte oder der vierte Teil der Versammelten zurückblieb. Nachdem der Vortrag zwei Stunden gedauert hatte, suchte ich als Vorsitzender in der nun gemachten Pause durch mündliche Verständigung mit Lassalle eine Verkürzung herbeizuführen. Aber Herr Lassalle verwarf jeden Vermittlungsvorschlag und erklärte nach vorheriger Ansicht seines Manuskripts, daß er nun noch vier Stunden werde sprechen müssen. Das war freilich ein Donnererschlag für die Versammlung, in welcher sich viele, zum Teil aus entfernteren Gegenden Deutschlands Gekommene befanden, welche vor Begierde brannten, ihre rednerischen Kräfte mit denen Lassalles zu messen.

Die Unterbrechungen und die Schlußrufe, sowie die Rufe, daß man auch andere Redner hören wolle, wurden immer häufiger und drohten schließlich in einen förmlichen Tumult auszuarten. Leider war ich nicht in der Lage, den berechtigten Wünschen der Versammlung nachzugeben, da sich Lassalle bei Annahme der Einladung nach Frankfurt ausdrücklich bedungen hatte, daß er sprechen dürfe, solange es ihm beliebe, und daß er nicht unterbrochen werden dürfe. In der Regel wird Lassalle von seinen Biographen und Lobrednern als ausgezeichnete Redner geschildert. Ohne darüber ein bestimmtes Urteil abgeben zu wollen, da ich Lassalle nur bei dieser einen Gelegenheit gehört habe, muß ich doch sagen, daß ich den Eindruck einer besonderen Rednergabe Lassalles damals nicht empfing. Schon das Anstoßen mit der Zunge wirkte störend. Dabei machte der Umstand, daß sich der Redner zu viel an das geschriebene Wort hielt, den Vortrag zuweilen recht eintönig, während seine heftigen

Ausfälle gegen Andersdenkende zwar diese Eintönigkeit unterbrachen, aber anderseits wieder recht unangenehm berührten.“

Bebel urteilt ähnlich in der „Gründung der deutschen Sozialdemokratie“ (1903), wo er über die erste Rede Lassalles in Leipzig berichtet:

„Lassalle selbst stand in herausfordernder Haltung auf der Rednertribüne, die er mit Folianten und Büchern rings um sich belegt hatte. Zeitweilig steckte er die Finger in die beiden Westenlöcher, eine Haltung, die nicht sehr sympathisch erschien. Weit lebhafter als der Widerspruch war der Beifall, den er fand; doch möchte ich nicht zugeben, daß der Erfolg ein durchschlagender war.“

Bahlteich, ein Mitglied des Leipziger Zentralkomitees, der als erster Sekretär des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ nach Berlin übersiedelte, im Hause Lassalles wohnte und unmittelbar mit ihm zusammen arbeitete, schreibt in seinen Erinnerungen („F. Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung“ 1903, München):

„Größenwahnsinn! Mit dem Worte ist der Schlüssel zum Verständnis des vielen Unerklärlichen gegeben, dem wir im späteren Leben Lassalles begegnen.“

Der beste Kenner der Lassalleschen Werke, der sie im Auftrag der sozialdemokratischen Partei neu herausgegeben hat, Eduard Bernstein, urteilt über Lassalle in einem Briefe an Franz Mehring (Leipziger Volkszeitung 29. X. 1904):

„mir ist Lassalle — und je näher ich mich mit ihm beschäftige, um so mehr — der Typus einiger ganz besonders unsympathischer Eigenschaften der deutschen Juden. Sein großes Talent erkenne ich mit Ihnen an, ebenso die Ehrlichkeit seiner Bestrebungen. Insofern konnte es mir nicht einfallen, das Wort unecht auf ihn anzudeuten. Aber seine Proze-

duren, sein literarisches Gebaren, das ist oft geradezu abstoßend komödiantenhaft. Seine Beispiele, wenn man ihnen näher nachspürt, und ich mußte es ja pflichtgemäß, sind oft die schlimmsten Advokatentricks. Ich habe oft die schlimmsten Erfahrungen mit ihm gemacht."

Über Lassalles Verhältnis zu Bismarck sind viele Vermutungen aufgestellt worden. Daß Beziehungen bestanden, hat Bismarck selbst zugegeben. Über ihr Maß aber ist nichts Sicheres bekannt. — Von den Forderungen des „Offenen Antwortschreibens“ ist bekanntlich die Forderung des gleichen, geheimen direkten Wahlrechts nach Aufrichtung des norddeutschen Bundes durch Bismarck erfüllt worden. Die sozialpolitische Forderung: „Produktiv-Assoziation mit Staats-Kredit“ wurde bald fallen gelassen. Das „eiserne Lohngesetz“ ist gleichfalls gestrichen worden, als die sozialdemokratische Partei 1891 in Erfurt sich ein neues Programm gab. Dagegen ist die Konsumgenossenschaftliche Bewegung, die Lassalle so heftig bekämpfte, gerade in der neuesten Zeit in der Arbeiterwelt mit lebhaftem Eifer und großem Erfolge verbreitet worden.

Nichts aber kann die Tatsache in ihrer Bedeutung verkleinern, daß es Ferdinand Lassalle war, der durch das Einsetzen seiner ganzen Persönlichkeit eine selbständige deutsche Arbeiterbewegung hervorgerufen und lange hindurch bestimmend beeinflusst hat.

Ein geringes Maß von Menschenkenntnis hatte Lassalle in seinen letzten Bestimmungen bewiesen, in denen er Bernhard Becker aus Frankfurt a. M. als seinen Nachfolger vorschlug. Hatten Lassalles pomphafte Proklamationen als Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins schon vielfach die Kritik herausgefordert, so suchte der unfähige Becker nach dieser Seite hin seinen Meister noch zu übertreffen, indem er sich einfach „Präsident der Menschheit“ nannte, was aber nicht

hinderte, daß er durch die Gräfin Haßfeld, deren Geldmittel die Agitationsarbeit zum guten Teil trugen, sehr geringfügig behandelt wurde.

Am 1. Januar 1865 erschien das erste Blatt der modernen Arbeiterbewegung, der „Sozialdemokrat“. Am Schlusse des Jahres hatte das Blatt etwa 400 Leser. Becker trat zurück, und Tölcke wurde sein Nachfolger, ein rücksichtsloser, aber tatkräftiger Mann. Doch auch er gab das Präsidium bald auf, und der Verein verfiel immer mehr, bis im Jahre 1867 Herr von Schweitzer die Leitung übernahm. Diesem gelang es durch eine außerordentliche Tätigkeit, die Organisation neu aufzubauen, und durch alle Kämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung erfolgreich hindurchzuleiten. Er wurde 1867 von Elberfeld-Barmen als Abgeordneter in den norddeutschen Reichstag gewählt. Der Krieg von 1870/71 führte zu einem Rückgang des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“, und als von Schweitzer 1871 bei der ersten Wahl in den deutschen Reichstag nicht wiedergewählt wurde, trat er von der Leitung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zurück, und auch der „Sozialdemokrat“ stellte sein Erscheinen ein. Er hatte bei seinem Tode 2700 Leser. Schweitzers Nachfolger wurde Hasenclever, der die Organisation weiter ausbaute und 1875 die Vereinigung der Lassalleaner mit den sogenannten „Ehrlichen“ oder „Eisenachern“ oder „Internationalen“ herbeiführte.

Die Seele dieser Partei war der Leipziger Drechslermeister August Bebel (geb. 1840 zu Köln a. Rh.), einst Mitglied jenes „Leipziger Zentralkomitees“, an das Lassalle seine „Offene Antwort“ gerichtet hatte. Bebel war aber bald aus dem Zentralkomitee ausgetreten, zum Teil auch, weil er ein Gegner des allgemeinen Wahlrechts war, für das die Volksmassen noch nicht die nötige Bildung beäßen. In diesem Sinne hat er als Festredner auf dem zweiten Stützungsfest

des „Gewerblichen Bildungsvereins“ 1863 die Forderung des allgemeinen Wahlrechts heftig bekämpft. Er wurde bald Vorsitzender des „Gewerblichen Arbeiter-Bildungsvereins“, der unter seiner geschickten Leitung großes Ansehen erlangte. Dieser Verein schloß sich dem „Verbande deutscher Arbeitervereine“ an. In dem Aufruf zur Gründung dieses Verbandes vom 19. Mai 1863 wurden Lassalles Grundsätze als irrig dargestellt, und die Prinzipien der Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit als die einzigen bezeichnet, die freier Männer und freier Völker würdig seien.

Die Vereinstage dieses Verbandes fanden 1863 in Frankfurt a. M., 1864 in Leipzig, 1865 in Stuttgart und 1867 in Gera statt. Unter ihren Teilnehmern finden wir zahlreiche Männer, deren Wege sich später weit getrennt haben: August Bebel und Eugen Richter, Wilhelm Liebknecht und Dr. Max Hirsch, Friedrich Albert Lange, den Verfasser der „Geschichte des Materialismus“, Prof. Biedermann, Prof. Wundt, Leopold Sonnemann, den Besitzer der „Frankfurter Zeitung“, Aimé Huber, den christlich-sozialen Verfechter der Genossenschaftsidee, den freireligiösen Prediger Uhlig und viele andere. Auf dem Verbandstag in Gera 1867 wurde Bebel zum Vorsitzenden gewählt, in dem inzwischen unter dem Einfluß von Wilhelm Liebknecht eine völlige Wandlung vor sich gegangen war. Wilhelm Liebknecht, geb. 1826 in Gießen, hatte sich schon als Gießener Student in die Revolutionsstürme hineingestürzt und als Kanonier den badischen „Reichsverfassungsfeldzug“ im Jahre 1849 mitgemacht. Er war dann geflohen und hatte in London Karl Marx kennen gelernt, dessen begeisterter Schüler er wurde. Nach der Amnestie zu Beginn der sechziger Jahre kehrte Liebknecht nach Deutschland zurück, von dem einen Gedanken beseelt, die deutsche Arbeiterschaft für die demokratischen und sozialen Ideen seines

Meisters zu gewinnen. Mit Lassalle konnte er sich nicht verständigen, und gegen seine Nachfolger im Präsidium, namentlich gegen Schweitzer, hegte er einen tiefen Haß. Bis zu seinem Tode hat er an der Überzeugung festgehalten, daß von dieser Seite aus Verrat an der Arbeitersache versucht wurde. Liebknecht war zunächst Redakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Er löste aber diese Verbindung, als er die Beziehungen der Zeitung zu Bismarck erkannte. 1865 wurde er aus Preußen ausgewiesen. Er ging nach Leipzig und hielt dort Vorträge. Es gelang ihm, Bebel und den Leipziger „Arbeiterbildungsverein“ mit Marxistischen Ideen zu erfüllen, so daß der Leipziger Vorort zu dem Arbeitervereinstage 1868, der in Nürnberg stattfand, den Anschluß an die „Internationale“ einbrachte, mit einer Begründung, in der es hieß:

„Die Emanzipation der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassen, Privilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit. Die politische Bewegung ist das unentbehrliche Hilfsmittel zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist also untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.“

Dieser Antrag wurde nach heftigen Kämpfen mit 169 gegen 46 Stimmen angenommen. Ein Vorschlag Sonnemanns, die Regierung zur Begründung von Altersversorgungs- und Lebensversicherungskassen aufzufordern, wurde abgelehnt, da

solche Einrichtung nur geeignet sei, „die Arbeiter mit einem konservativen Interesse an den bestehenden Staatsformen zu erfüllen.“

Alle Versuche Bebels und Liebknechts, Schweizer von der Präsidentschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu verdrängen, blieben erfolglos. Ja, eine größere Volksversammlung der Lassalleaner in Leipzig selbst erklärte Bebel und Liebknecht für unwürdig, je wieder in einer Volksversammlung zu sprechen. Ein Kongreß aller „Sozialisten deutscher Sprache“ in Eisenach im Jahre 1869 führte zu einem scharfen Zusammenprall der beiden Richtungen, und die Anhänger Bebels und Liebknechts, im wesentlichen die Mehrheit des „Verbandes der Arbeitervereine“, konstituierten sich nun als „Sozialdemokratische Partei“, zu deren Organ der wöchentlich zweimal erscheinende „Volksstaat“ unter Liebknechts Leitung bestimmt wurde. Da kam der Krieg von 1870. Bebel und Liebknecht, die als Vertreter einer antipreußischen demokratischen „sächsischen Volkspartei“ in den norddeutschen Reichstag gewählt worden waren, enthielten sich bei der Entscheidung über die Kriegsanleihe der Abstimmung. Nach der Aufrichtung der französischen Republik aber wandte sich der Ausschuß der Eisenacher sozialdemokratischen Partei (5. September) mit einem „Manifest an die deutschen Arbeiter“, in dem es hieß:

„Es ist durchaus notwendig, daß die Partei sogleich an allen Orten in Gemäßheit unseres Manifestes möglichst großartige Kundgebungen des Volkes gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik veranstalte.“

Gegen die 100 Millionen-Anleihe zur Fortführung des Krieges stimmten nicht nur Bebel und Liebknecht, sondern auch die Vertreter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Schweizer und Hasenclever. — Damit war einer späteren Verschmelzung der beiden Fraktionen der Weg geebnet.

Wegen jenes Manifestes ließ der Generalgouverneur Vogel v. Falkenstein auf Grund des herrschenden Belagerungszustandes die Ausschußmitglieder der Eisenacher und später auch Bebel, Liebknecht und Höpner, den Redakteur des „Volksstaat“, verhaften. Gegen die letzteren drei wurde die Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhoben. Mit 8 gegen 4 Stimmen wurden Bebel und Liebknecht von den Geschworenen schuldig gesprochen und zu je 2 Jahren Festungshaft verurteilt, eine Verurteilung, die übrigens Bebel das Leben rettete, da in dieser Zeit unfreiwilliger Schonung seine durch stetes Agitieren schwer angegriffene Gesundheit wieder hergestellt und gefestigt wurde.

Nachdem Schweizer sich vom öffentlichen Leben zurückgezogen hatte, fand im Reichstag zwischen den Vertretern der Lassalleaner und Eisenacher eine Annäherung statt, die außerordentlich gefördert wurde, als der Staatsanwalt Tessenlopf im Frühjahr 1875 gegen den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein vorging und ein Urteil erwirkte, nach dem seine Sitzungen gegen das preußische Vereinsgesetz verstießen. Seine Führer wurden bestraft, und der Verein wurde in ganz Preußen aufgelöst. Diese Verfolgung brachte jeden Widerstand gegen die Vereinigungsgedanken zum Verstummen. Ein gemeinsames Programm wurde ausgearbeitet. Allerdings wandte sich Marx in außerordentlich scharfer Weise gegen dieses Programm, das er „durchaus verwerflich und die Partei demoralisierend“ nannte. Aber die Führer der Eisenacher behielten diesen Brief für sich (er wurde erst 1890 veröffentlicht), und so konnte auf dem Vereinungskongreß zu Gotha vom 22.—27. Mai 1875 die einige „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ gegründet werden. Das Programm der Partei lautete in seinem grundsätzlichen Teil:

„1. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch

die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

2. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbückung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für die Industrie und den Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht."

73 Vertreter der Lassalleaner vertraten auf diesem Kongreß 16 000, 56 Vertreter der Eisenacher 9000 Mitglieder. Nach der

Vereinigung nahm die Partei einen schnellen Aufschwung. Auf dem Gothaer Parteitag von 1876 wurde ein einheitliches neues Zentralorgan, der „Vorwärts“, geschaffen, der in Leipzig unter gemeinsamer Redaktion von Liebknecht und Hasenclever erscheinen sollte. Bei der Reichstagswahl 1877 gewann die Partei 486 843 Stimmen und 12 Abgeordnete. Da kam am 11. Mai 1878 das Attentat von Hödel auf Kaiser Wilhelm I. Am 20. Mai legte die Regierung ein Gesetz vor „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Der Reichstag lehnte das Gesetz ab. Da folgte am 2. Juni das Attentat von Nobeling, durch das der alte Kaiser schwere Verletzungen erlitt. Jetzt wurde der Reichstag aufgelöst. Die Sozialdemokraten behaupteten bei der Neuwahl am 30. Juli 437 158 Stimmen und 9 Sitze. Am 21. Oktober desselben Jahres wurde dann das Sozialistengesetz angenommen. Es bestimmte,

„daß Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz des bestehenden Staates und der Gesellschaftsordnung bezwecken, zu verbieten sind. Versammlungen, in denen solche Bestrebungen zutage treten, sind von vornherein zu verbieten oder aufzulösen, Drucksachen gleicher Tendenz sind zu verbieten, ebenso das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung sozialistischer Bestrebungen . . . Aus Bezirken und Ortschaften, welche durch sozialistische Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu befürchten ist, ausgewiesen werden.“

Über die Wirkungen dieses Sozialistengesetzes berichtete Bebel 1890 auf dem Parteitag zu Halle:

„Im Laufe dieser Jahre sind unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes 155 periodische Druckschriften verboten worden und unter diesen an 80 Einzelnummern von periodischen Druck-

schriften. Weiter wurden 1200 nichtperiodische Druckschriften, darunter unsere ganze, sehr ansehnliche Broschürenliteratur, verboten, im ganzen ca. 1400 Druckschriften. Ausweisungen auf Grund der Herrschaft des sogenannten kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Potsdam und Berlin, Hamburg-Altona, Harburg und Umgegend, Leipzig und Umgegend, Frankfurt a. M., Offenbach, Hanau, Stettin und Spremberg sind nahezu an 900 erfolgt. Prozesse, die namentlich nach Ablauf der ersten zwei Jahre der Herrschaft des Gesetzes begannen, als die Partei von den ersten furchtbaren Schlägen sich wieder erholt hatte, und dann die Genossen, dem Drange nach Vereinigung vielfach folgend, sich in den verschiedensten Orten in sogenannten geheimen Verbindungen zusammenfanden, diese Prozesse wurden allmählich zahlreich und führten zur Verurteilung von über 300 Personen. Daneben verfielen den Maschen des Sozialistengesetzes nahezu 1200 Personen, so daß allein auf Grund und als Folge der Ausnahmegesetzgebung volle 1500 Personen in die Gefängnisse wandern mußten.“

Im Oktober 1879 hatte sich die Partei ein neues Zentralorgan, das Wochenblatt „Der Sozialdemokrat“, geschaffen, das von 1881 an von Eduard Bernstein geleitet wurde. Der „Sozialdemokrat“ erschien zuerst in Zürich und nach der Ausweisung Bernsteins aus der Schweiz 1888 in London, von wo es auf mannigfache Weise nach Deutschland eingeschmuggelt wurde. Die Kongresse der sozialistischen Arbeiterpartei wurden nun im Auslande abgehalten: 1881 auf Schloß Wyden bei Winterthur, 1883 in Kopenhagen, 1887 in St. Gallen. Inzwischen war die Stimmenzahl der Partei, die 1881 auf 311 961 herunter gegangen war, stetig gestiegen.

1888 starben Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich III. Kaiser Wilhelm II. ließ bald erkennen, daß er in der Auffassung der Arbeiterbewegung die Anschauungen Bismarcks

nicht teile. Als die Regierung ein in manchen Punkten gemildertes Sozialistengesetz zu einem dauernden machen wollte, lehnte der Reichstag ab. Bei der Februarwahl 1890 hatte die Partei den überraschenden Erfolg, daß sie 1 427 298 Stimmen errang. Bismarck nahm seinen Abschied, und die Regierung ließ das Sozialistengesetz im September 1890 einfach ablaufen.

Bald darauf, 12.—18. Oktober, gab sich die Partei auf ihrem Parteitag in Halle eine neue Organisation und den Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Auf dem Parteitag 1891 in Erfurt wurde einstimmig ein neues Programm angenommen, in dem die letzten Reste Lassallescher Anschauungen, das „eiserne Lohngesetz“ und die „Produktivgenossenschaften“, beseitigt waren, und in dem der reine Marxismus programmatischen Ausdruck fand. Das Programm, das heute noch maßgebend ist, stellt die Hauptsätze der kommunistischen Lehre klar und scharf zusammen. Es lautet in seinem grundsätzlichen Teile:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer

Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommenung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten

Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomischen Organisationen nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen, das ist Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung.

Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse."

IX.

Die Anarchisten.

Der Name Anarchie (ohne Herrschaft) ist zuerst von Proudhon als Bezeichnung für eine Idealform des Staats- und Wirtschaftslebens gewählt worden, in der eine Herrschaft in jeder Form endgültig ausgeschlossen sein würde. Da der Anarchismus seinem Wesen nach jede Autorität verwirft, kann auch auf dem Gebiete der Theorie von einer eigentlichen „Schule“ keine Rede sein. Es ist deshalb nur möglich, die namhaften Vertreter dieser Gedankenrichtung anzuführen und das Gemeinsame ihrer theoretischen Darlegungen herauszuschälen.

Unter den deutschen Theoretikern steht in erster Reihe der Lehrer Kaspar Schmidt. Er wurde 1806 zu Bayreuth geboren, war 1839—1844 Lehrer an einer höheren Töchterschule in Berlin, und ist dort 1856 in Armut und Vergessenheit gestorben. Sein Werk „Der Einzige und sein Eigentum“, das er unter dem Namen Max Stirner herausgab, ist neuerdings wieder, namentlich durch John Henry Mackay, verbreitet worden. Dieser hat durch seinen Tendenzroman „Die Anarchisten“ das Werk geschaffen, das in der deutschen anarchistischen Literatur die weiteste Verbreitung gefunden hat.

Von bekannten Sozialdemokraten, die zum Anarchismus

übergegangen sind, seien der Deutsche Most und der Holländer Nieuwenhuis genannt.

Johann Most (1846 in Augsburg geboren) war erst Buchbinder, dann Redakteur an sozialdemokratischen Zeitungen, zuletzt in Berlin. Er wurde zweimal in den Reichstag gewählt, und gewann durch die Leidenschaftlichkeit seiner Sprache bedeutenden Einfluß auf die Massen. Unter dem „Sozialistengesetz“ aus Berlin ausgewiesen, ging er nach London, wo er die „Freiheit“ gründete. In diesem Blatte griff er die Führer der Sozialdemokratie heftig an. Auf dem Wydener Kongreß 1880 wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Als er das Attentat auf Alexander II. von Rußland in seinem Blatte verherrlichte, wurde er zu 16 Monaten Kerker verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe ging er nach Amerika, wo er für den Anarchismus eifrig wirkt.

Domela Nieuwenhuis, Prediger an der lutherischen Kirche im Haag, ging 1880 zur Sozialdemokratie über, deren anerkannter Führer und erster parlamentarischer Vertreter er wurde. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit aber verwarf er den Parlamentarismus und Kommunismus und führte anarchistische Theorien in die Gedankenwelt der holländischen Arbeiter ein.

In der anglosächsischen Welt hat die anarchistische Lehre verhältnismäßig wenig Bedeutung erlangt, obwohl ein so bedeutender Schriftsteller, wie Benjamin Tucker, seit Jahren in besonderen Schriften und in seiner Wochenschrift „Liberty“ dafür wirkt.

Der Vater des französischen Anarchismus ist Pierre Joseph Proudhon. Geboren am 15. Januar 1809 in Besançon als Sohn eines Wöltchers, wurde er Schriftsetzer, studierte dann mit Hilfe eines Stipendiums Philosophie und Volkswirtschaft, verlor diese Unterstützung aber, als er 1840 in einer Schrift: „Was ist das Eigentum?“ die vielzitierte

Antwort formulierte: „Eigentum ist Diebstahl.“ 1848 wurde er Mitglied der Nationalversammlung und ein scharfer Gegner der kommunistischen Versuche, wie sie namentlich in der Einrichtung der sogenannten Nationalwerkstätten in die Erscheinung traten. Diese Nationalwerkstätten, die das „Recht auf Arbeit“ realisieren sollten, wurden bald einfache Unterstützungsmittel für Unfähige und Faulenzer, so daß sie nach kurzer Zeit unter allgemeiner Zustimmung, auch der Arbeiterschaft, aufgehoben wurden.

Proudhon gießt über diese Versuche die volle Schale seines Spottes aus:

„Ihr standet vor dem Kapital und wußtet nicht, wie ihr es fassen solltet! Ihr standet davor wie eine blutgierige Meute von Hunden vor einem Stachelschwein.“

Er war der Überzeugung, daß es nur darauf ankäme, die Arbeiter in den Stand zu setzen, im freien und gerechten Tausch den ganzen Gegenwert ihrer Arbeitsprodukte zu erhalten. Ohne Zwangsgewalt solle jeder arbeiten, was und wo es ihm beliebe. Um solches den Arbeitern zu ermöglichen, gründete er im Jahre 1849 seine „Volksbank“, eine Warenbank, die zinslos (nur 1% Gebühr wurde gefordert) für gelieferte Waren sogenannte Tauschbons ausgab, die von allen Mitgliedern der Bank als bares Geld angenommen werden mußten. Schon hatten sich fast 20 000 Teilnehmer zu dieser Bank gemeldet, da wurde dem Versuche durch die Verhaftung Proudhons ein schnelles Ende bereitet. Proudhon wurde wegen einiger Angriffe auf den Präsidenten Napoleon zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Er lebte dann im Exil in Brüssel, kehrte später nach Paris zurück, wo er am 19. Januar 1865 starb.

Seine Hauptwerke sind neben dem schon genannten die „Contradictions économiques“. Seine „Oeuvres complètes“ umfassen nicht weniger als 33 Bände. Sein Einfluß ist

namentlich in der romanischen Welt bis heute ein außerordentlich großer.

Von den lebenden Romanen ist Elisée Reclus, geboren 1830, zu nennen, der als Lehrer an der freien Universität in Brüssel wirkt und sich als Geograph einen geschätzten Namen erworben hat.

Unter den slavischen Anarchisten steht in erster Reihe Michael Bakunin, geb. 1814 in Torschok. Er stammte aus sehr angesehener adliger Familie, wurde Artillerieoffizier, nahm seinen Abschied und lebte in Berlin und Paris seinen Studien. Hier wurde er durch Proudhons Schriften für die anarchistischen Gedanken gewonnen. Bakunin kann sich ihre Erreichung aber nur auf dem Wege gewaltsamer Revolution denken: „Die Lust der Zerstörung ist eine schaffende Lust.“ Er beteiligte sich an allen möglichen revolutionären Bewegungen, so daß die russische Regierung sein Vermögen einzog und einen Preis auf seinen Kopf setzte. In dem sächsischen Aufstand 1849 leitete er vom 6.—9. Mai die Verteidigung von Dresden, wurde gefangen und zum Tode verurteilt. Vor der Vollstreckung des Urteils wurde er aber auf Grund des „jus primae executionis“ an Österreich ausgeliefert. Dort wurde er gleichfalls zum Tode verurteilt, aber aus demselben Grunde von Rußland reklamiert und dorthin ausgeliefert. Hier wurde er nach Ostsibirien verbannt. Da sein Vetter dort Gouverneur war, genoß er eine verhältnismäßig große Bewegungsfreiheit, so daß ihm die Flucht gelang. Er wurde bald ein hervorragendes Mitglied der „Internationale“. Seine Kämpfe mit Marx führten 1872 zu einer Spaltung der Internationalen, bei der die Sektionen im Jura, in Italien und Belgien im wesentlichen Bakunin zustimmten. Er starb 1876 im Spital zu Bern, weil er die Aufnahme von Nahrung verweigerte.

Neben Bakunin, aber ihn an wissenschaftlicher Bildung

weit überragend und in grundsätzlicher Gegnerschaft zu jeder Gewalttat steht Peter Kropotkin.

Fürst Peter Kropotkin, 1842 in Moskau geboren, wurde nach Absolvierung des Pagenkollegs Kammerherr der Kaiserin. Er widmete sich mit großem Erfolge geographischen und geologischen Studien, so daß ihn die geographische Gesellschaft in Petersburg zu ihrem Sekretär wählte.

Auf einer Reise nach der Schweiz wurde er durch Bakunin für den Anarchismus gewonnen. Er war dafür auch in Rußland organisatorisch tätig und hielt in Arbeiterzirkeln Vorträge. Als er durch Verrat in die Hände der Polizei fiel, machte seine Verhaftung großes Aufsehen. Drei Jahre lag er im Gefängnis der Peter-Paulsfestung. 1876 gelang es ihm, aus dem Gefängnishospital zu entfliehen. 1883 wurde er in Lyon wegen seiner agitatorischen Tätigkeit zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er drei verbüßte. Jetzt lebt er in London.

Seine neuesten Schriften sind: „Moderne Wissenschaft und Anarchismus“ und „Landwirtschaft, Industrie und Handwerk“.

In allen anarchistischen Lehren ist der Ausgangspunkt das „Ich.“ „Jede Individualität erscheint uns als Mittelpunkt des Weltalls“ (Elisée Reclus). Der individuelle Mensch ist das einzig Reale. Alles, was seine Freiheit beeinträchtigt, ist ihm Feind und muß überwunden werden. Am meisten beeinträchtigt aber die individuelle Freiheit des Menschen die politische Zwangsorganisation des Staates. Der Staat ist entstanden allein durch Gewalt. Beim Übergang von der nomadisierenden Viehzucht zum sesshaften Ackerbau wurden die Feinde nicht mehr wie bisher getötet, sondern sie wurden zu Sklaven gemacht. Für Hirten und Jäger waren die Menschen wertlos und die Jagd- und Weidegründe alles. Jetzt aber brauchte man die Arbeitskraft des Menschen für die Bestellung

des Adlers. Damit trat eine Notwendigkeit ein: Die Sieger mußten ihre kriegerische Organisation zu einer ständigen machen. Um die Unterworfenen im Gehorsam zu erhalten, durfte nicht wie bisher nach dem Kriege die kriegerische Organisation mit der Rangordnung der militärischen Machthaber verschwinden. Es mußte gleichsam ein dauernder Belagerungszustand gegen den „inneren Feind“ erklärt werden. Und diese ursprüngliche Entstehung des Staates hat sein Wesen bis heute bestimmt: Sieger und Sklaven, Herren und Leibeigene, Unternehmer und Arbeiter, Besitzende und Proletarier — es ist im Wesen dasselbe geblieben. Und die Normierung dieses Zustandes ist das, was als „Staatsrecht“ verkündet wird. Je mehr es nun gelingt, die Freiheit jedes einzelnen Menschen aufzurichten, desto mehr wird naturgemäß die staatliche Gewalt auf allen Gebieten zurückgedrängt, um endlich, wenn es nur noch Freie gibt, gänzlich überwunden zu werden.

Für diese ihre Grundauffassung berufen sich die Anarchisten mit Vorliebe auf einen preußischen Staatsminister und Gelehrten: Wilhelm von Humboldt, der im Jahre 1792 in seinen „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“, folgendes ausführt:

„Wenn die Staatsverfassung den Bürgern, sei's durch Übermacht und Gewalt, oder Gewohnheit und Gesetz ein bestimmtes Verhältnis anweist, so gibt es außerdem noch ein anderes, freiwillig von ihnen gewähltes, unendlich mannigfaltiges und oft wechselndes. Und dieses letztere, das freie Wirken der Nation untereinander, ist es eigentlich, welches alle Güter bewahrt, deren Sehnsucht die Menschen in eine Gesellschaft führt. Die eigentliche Staatsverfassung ist diesem, als ihrem Zwecke, untergeordnet, und wird immer nur als ein notwendiges Mittel, und da sie allemal mit Einschränkung der Freiheit verbunden ist, als ein notwendiges Übel gewählt.“

Fürst Kropotkin weist auf die wachsende Tätigkeit der Vereine aller Art hin, die die eigentlichen Kulturträger unserer Zeit seien: Die Genossenschaften, die Gewerkschaften, die Vereinigungen zur Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkoholmißbrauches, für Pflege der Kunst und Wissenschaft, zur Rettung der Schiffbrüchigen, zur Pflege der Verwundeten usw. Überall überlebt sich der Staat und überläßt seine Befugnisse privaten Individuen. Doch das alles sei nur ein kleiner Anfang.

„Es gestattet nur einen schwachen Ausblick auf das, was uns die freie Vereinbarung in der Zukunft vorbehält, wenn es keinen Staat mehr geben wird.“

Der Anarchismus bekämpft nicht etwa nur den monarchischen Staat. Er ist auch ein entschlossener Gegner jeder parlamentarischen Regierungsform. Es gibt kein ehrliches Repräsentativsystem. Die Abgeordneten selbst müssen im Wahlkampf den niedrigsten Instinkten der Masse schmeicheln, Rücksichten auf lokale Wünsche, auf irgend eine einflußreiche Interessenschicht oder selbst auf gegnerische Parteien, die man bei der Stichwahl zu brauchen hofft, nehmen. Die Mittelmäßigkeit findet am ehesten Beifall.

Wie soll auch der einzelne Wähler wirklich Charakter, Talent und Kenntnisse der Kandidaten prüfen? Er wird im letzten Grunde ein Abhängiger von sogenannten Wahlkomitees werden, d. h. von einem ganz eng begrenzten Kreis von Leuten, bei denen nun wieder Liebe und Haß, Neid, persönlicher Vorteil u. entscheidend sind. Und dabei bleibt die Minderheit der Wähler noch gänzlich außer Betracht, ein Vorgang, der sich bei jeder Abstimmung im Parlament natürlich in verschärftem Maße wiederholt.

Auch in der demokratischsten Verfassung entscheidet also zuletzt nicht der Wille des Volkes, sondern der eines kleinen

Bruchteils, nämlich der Wille der Mehrheit der Wähler, die abgestimmt haben in solchen Wahlkreisen, deren Vertreter bei einer Abstimmung gerade die Mehrheit bilden.

Dazu kommt, daß Leute aus dem Volke nicht einmal wirklich Abgeordnete werden können. Das Studieren der Gesetzentwürfe, das Abwägen des Für und Wider erfordert die ganze Zeit und Kraft eines Mannes, so daß entweder der praktische Beruf aufgegeben, also der einzelne aus dem Volksleben herausgenommen werden muß, oder aber die Abstimmung nur auf Befehl der Führer erfolgen kann.

Diejenigen aber, die sich ganz dem parlamentarischen Leben widmen, verraten gar zu leicht die Interessen der Gesamtheit.

Elisée Reclus sagt deshalb in seiner „Anarchie“:

„Die Anarchisten stützen sich auf die Beobachtung und lehren, daß der Staat und alles, was sich an ihn anhängt, nicht ein bloßer Begriff ist oder irgend eine philosophische Formel, sondern eine Gesamtheit von Individuen, die in ein besonderes Milieu gebracht und dessen Einfluß unterworfen sind.

Darum wiederholen wir ohne Unterlaß unsern Brüdern — manchmal feindlichen Brüdern — den Staatssozialisten: „Habt acht auf eure Führer und Vertreter! Wie ihr, sind sie sicherlich von den besten Absichten beseelt; sie wollen glühend die Abschaffung des Privateigentums und des tyrannischen Staates; aber die neuen Beziehungen und Gelegenheiten ändern sie allmählich; ihre Moral wird mit ihren Interessen eine andere, und sie werden, wenn sie sich auch der Sache ihrer Auftraggeber immer treu glauben, ihr doch mit Notwendigkeit untreu. Sie selbst, wenn sie tatsächliche Besitzer der Macht geworden sind, werden sich der Mittel der Macht bedienen müssen: der Armee, der Moralisten, der Behörden, Polizisten und Spitzel . . . Es sind schon mehr als dreitausend Jahre vergangen, seit der indische Dichter

des Mahā Bhārata über diese Sache die Erfahrung der Jahrtausende also zusammengefaßt hat: „Der Mensch, der im Wagen fährt, wird niemals der Freund dessen sein, der zu Fuß geht!“

Will man der Gefahr des Parlamentarismus entgehen, indem man ihn ergänzt oder auch völlig ersetzt durch das System der direkten Volksabstimmung, so würde auch das die wesentlichste Gefahr, die Unterdrückung der Minderheit, die sehr oft die besten und fortgeschrittensten Elemente umfassen wird, nicht beseitigen.

Die Erfahrungen in der Schweiz, wo man die Volksabstimmung zum Teil durchgeführt hat, haben bewiesen, wie leicht selbst die besten Gesetze gerade auf dem Wege der Volksabstimmung zum Scheitern gebracht werden.

Dazu kommt nun, daß die ganze Gesetzgebung an sich sehr wenig Wert hat. Zulezt drückt sie doch nur faktische Machtverhältnisse aus, und diese werden sich auch ohne solche Formen durchsetzen. So lehrt Stirner:

„Was du zu sein die Macht hast, dazu hast du das Recht. Ich bin zu allem berechtigt, dessen ich mächtig bin. Gewalt geht vor Recht und zwar mit — vollem Recht.“

Daß eine Gesetzgebung ohne dahinter stehende wirkliche Macht nichts bedeutet, zeige ein Blick auf die sozialpolitischen Gesetze in Rußland. In Rußland bestehen auf dem Papier Arbeiterschutzgesetze. Weil aber eine freie organisierte Arbeiterbewegung fehlt, so bleiben diese Gesetze im wesentlichen auf dem Papiere stehen. In England und Amerika haben dagegen ohne bestimmte sozialpolitische Gesetzesparagrafen mächtige Vereinigungen von Arbeitern viele Mißstände des Industriesystems endgültig beseitigt.

Der Ersatz der Zwangsorganisation des Staates soll durch freiwillige, vertragsmäßige Organisationen geschehen. Mag

Stirner nennt solche Organisationen „Vereine von Egoisten“. Ein Vertrauensbruch gegen solche freiwillige Gesellschaft, die der einzelne nach Belieben aufsuchen und verlassen kann, ist nicht zu befürchten. Der Egoismus selbst schütze vor solchem Vertrauensbruch. Denn „wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“. Die Lüge würde dem einzelnen so viel Schaden, daß er sie aus Klugheit nicht anwenden werde.

Diese freiwilligen Gemeinschaften werden auch die Träger der Produktion werden. Ansätze dazu sieht der Anarchist in den „Konsum- und Produktivgenossenschaften“, d. h. in solchen Organisationen des Konsums, die zur Eigenproduktion übergehen. Am weitesten auf diesem Gebiete sind England und Schottland vorgeschritten, Länder, in denen bezeichnenderweise die anarchistische Theorie so gut wie gar keinen Einfluß ausübt. Ein ganzes Netz von solchen „Konsum-Produktivgenossenschaften“ ist das wirtschaftliche Ideal des Anarchismus. Dabei muß aber jeder Gruppe vollste Selbstbestimmung gewahrt bleiben.

Johann Most schildert diesen Zustand wie folgt:

„Es ist durchaus keine Schablone nötig. Da arbeitet man vielleicht nur vormittags, hier nur nachmittags. In einer 3. Abteilung zieht man es vor, jeden 2. Tag vor- und nachmittags zu arbeiten, dafür aber jedem Arbeitstage einen Ruhetag folgen zu lassen. In der einen Gruppe führt man gleichmäßige Arbeitszeit und gleichmäßigen Anteil am Ertrag der Tätigkeit der ganzen Gruppe ein. Andere Gruppen überlassen es ihren einzelnen Mitgliedern, bald mehr, bald weniger tätig zu sein und dementsprechend beim Verteilen des Ertrages gehalten zu werden. In manchen Gruppen wollen vielleicht alle, die dazu gehören, mehr leisten, als in anderen Gruppen üblich ist und dafür auch desto reichlicher genießen, während auch der umgekehrte Fall denkbar ist, nämlich Verzicht auf einen Teil der durchschnittlich erreichbaren materiellen Genüsse und dafür desto

kürzere Arbeitszeit resp. desto mehr Gelegenheit zur Ergehung im geistigen Genuß. Jeder suche sich eine solche Gruppierung von Individuen aus, welche in ihren Neigungen den seinigen am nächsten steht."

Jede andere Organisation würde der menschlichen Freiheit widerstreiten. Proudhon gibt zu, daß heute zwar durch das Privateigentum die Starken die Schwachen berauben, aber durch das kommunistische Eigentum käme man zweifellos dahin, daß die vielen Schwachen die Starken vergewaltigen würden, und an anderer Stelle braucht er das Wort: „Die Arbeit von oben herab zu organisieren, das heißt nichts anderes als der Freiheit die Augen ausstechen."

Benjamin Tucker schildert in seinem „Staatssozialismus (Kommunismus) und Anarchismus" „das Ziel am Ende der Bahn, die Karl Marx eingeschlagen hat":

„Da den Individuen nicht erlaubt sein wird, Kapital zu besitzen, kann keines das andere beschäftigen, nicht einmal sich selbst. Jedermann wird ein Lohnarbeiter und der Staat der einzige Lohngeber sein. Wer nicht für den Staat arbeiten will, muß verhungern, oder, was wahrscheinlicher ist, ins Gefängnis wandern; die Handelsfreiheit muß vollständig aufhören; jede industrielle und kommerzielle Tätigkeit muß sich in ein unabsehbare, ungeheures, allumfassendes Monopol auflösen. Welche weiteren Anwendungen sich aus diesem Autoritätsprinzip ergeben werden, wenn es einmal in der wirtschaftlichen Sphäre angenommen ist, liegt auf der Hand. Es bedeutet die absolute Kontrolle alles individuellen Handelns seitens der Mehrheit; es lag von jeher im Wesen der Gewalt, sich zu vermehren, die ihr gesetzten Grenzen zu überschreiten; und wo das Streben, solchen Übergriffen zu widerstehen, nicht gepflegt wird, wo das Individuum nicht dazu angehalten wird, seine Rechte argwöhnisch zu bewachen, verschwindet die Individualität nach und nach, und die Regierung oder der Staat wird alles in

allem. Kontrolle bedingt selbstverständlich Verantwortlichkeit. Unter dem System des Kommunismus, der die Gesellschaft verantwortlich hält für die Gesundheit, den Wohlstand und die Bildung des Individuums, ist es deshalb selbstverständlich, daß die Gesellschaft durch den Ausdruck der Mehrheit immer mehr darauf bestehen wird, die Bedingungen für Gesundheit, Wohlstand und Bildung vorzuschreiben, in solcher Weise die individuelle Unabhängigkeit und mit ihr das Gefühl der individuellen Verantwortlichkeit beeinträchtigend und schließlich gänzlich zerstörend."

Und der Franzose Péguy hat in einer in der anarchistischen Literatur viel verbreiteten Gegenüberstellung „Kommunismus und Anarchismus" wie folgt erklärt:

„Der eine ist diktatorisch, der andere freiheitlich; der eine ist dogmatisch, der andere wissenschaftlich; der eine trachtet das Glück aller zu gründen, der andere will jeden in den Stand setzen, auf seine eigene Weise glücklich zu sein; der eine wünscht, daß es nur noch Proletarier gebe, der andere wünscht, daß es überhaupt keine Proletarier gebe; der eine will jeden expropriieren, der andere will jeden zum Eigentümer machen.

Der eine sagt: „Tue was der Staat will," der andere sagt: „Handle nach eigenem Ermessen;" der eine droht mit Despotismus, der andere verheißt die Freiheit. Der eine betrachtet den Staat als eine Gesellschaft *sui generis*, von einer besonderen Wesenheit, eine Schöpfung Gottes außerhalb und über aller Gesellschaft stehend, mit besonderen Rechten und der Befugnis ausgestattet, unbedingten Gehorsam zu erzwingen; der andere betrachtet den Staat als eine Assoziation wie jede andere, gewöhnlich schlechter verwaltet als andere; der eine proklamiert die Oberherrschaft des Staates, der andere verwirft alle Herrschaft."

Dem gegenüber hat die deutsche sozialdemokratische Partei auf ihrem Parteitag in St. Gallen 1887 folgende Resolution gefaßt:

„Der Parteitag erklärt die anarchistische Gesellschaftstheorie, soweit dieselbe die absolute Autonomie des Individuums erstrebt für antisozial, für nichts anderes als eine einseitige Ausgestaltung der Grundgedanken des bürgerlichen Liberalismus, wenn sie auch in ihrer Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung von sozialistischen Gesichtspunkten ausgeht. Sie ist vor allem mit der sozialistischen Forderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der gesellschaftlichen Regelung der Produktion unvereinbar und läuft, wenn nicht die Produktion auf den Zwergmaßstab des kleinen Handwerks zurückgeführt werden soll, auf einen unlösblichen Widerspruch hinaus.“

* * *

Auf welchem Wege wollen die Anarchisten ihr Ziel erreichen? Der Weg des Terrorismus und Nihilismus, der Weg der Attentate, der gewöhnlich mit dem Begriff des Anarchismus verbunden wird, hat mit der Theorie an sich ebenso viel oder so wenig zu tun, wie mit jedem anderen volkswirtschaftlichen Zukunftsbild. Unter den namhaften anarchistischen Theoretikern ist es denn auch fast nur Bakunin, der die Revolution um ihrer selbst willen gepredigt hat. Seine energische Werbetätigkeit hat auch diesen Teil seiner Ideen weit verbreitet, so daß unter seinem Einfluß auch der Londoner Anarchistenkongreß 1881 sich für die „Propaganda der Tat“ aussprach:

„Da die technischen und chemischen Wissenschaften der revolutionären Sache bereits große Dienste geleistet haben und noch zu leisten bestimmt sind, so empfiehlt der Kongreß allen Organisationen und Mitgliedern großen Wert auf das Studium und die Anwendung dieser Wissenschaften als ein Mittel des Angriffs und der Verteidigung zu legen.“

Auf diesem Kongreß waren 60 Föderationen und 59 Sektionen vertreten, die zusammen 50 000 Mitglieder zählen mochten.

Nach dem Tode Bakunins ist diese Lehre zurückgetreten. Nur Most ist noch als ihr Vertreter anzuführen. Theoretiker wie Mackay, Tucker, Reclus, Kropotkin, verwerfen die Anwendung der Gewalt zu Angriffen als in ihrem Wesen freiheitsfeindlich und zwecklos: „Wenn hier und da ein einzelnes Individuum eine andere Ansicht vertritt und nach ihr handelt, so findet es dafür keine Ermutigung in dem Glaubensbekenntnis des Anarchismus, und es handelt gegen den Rat und gegen das Urteil fast aller seiner Genossen.“

X.

Die Bodenreform.

Aus der Geschichte der Philosophie ist der von Hegel (1770—1831) vertretene Begriff der dialektischen Methode bekannt. Nach ihr weckt jeder Gegenstand die ihm selbst inwohnenden Widersprüche, schlägt jeder Begriff (These) zunächst in sein eigenes Gegenteil (Antithese) um, ehe ein höherer Begriff (die Synthese) gewonnen werden kann. Wendet man diesen Entwicklungsgedanken auf die Geschichte der Nationalökonomie an, so besagt er etwa folgendes: Die Geschichte nimmt ihre Entwicklung nicht in direkter Linie, sondern bewegt sich scheinbar in Widersprüchen: ein Schritt zu weit nach rechts, ein Schritt zu weit nach links und dann erst ein Schritt vorwärts, der uns wirklich weiter bringt.

Faßt man in solchem Sinne den Kommunismus mit seiner absoluten wirtschaftlichen Zentralisation als These auf, so erscheint der Anarchismus mit seiner Betonung schrankenloser persönlicher Freiheit als seine Antithese. Mit dem Anspruch, aus beiden Gegensätzen die Synthese heraus zu bilden, tritt die moderne neophysiokratische oder bodenreformerische Schule auf. Sie stellt als Ziel eine organische Vereinigung zwischen der sozialen Gerechtigkeit und der persönlichen Freiheit hin.

Am meisten Anhang hat die Bodenreform bisher in den

Ländern gewonnen, deren Arbeiterschaft kulturell am höchsten steht und deren gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bildung am weitesten vorgeschritten ist, in den anglosächsischen Ländern.

Als erster Vertreter der Bodenreform in England ist Thomas Spence zu nennen, der 1750 als Sohn eines armen Schusters in New Castle geboren wurde und dort eine Privatschule gründete. Als im Jahre 1775 durch einen langwierigen Prozeß über ein „eingeschlossenes“ Gemeindeländchen bestimmt wurde, daß die Rente dieses Landes allen Bürgern der Stadt gehören und in jedem Jahre verteilt werden müsse, hielt er in der „Philosophischen Gesellschaft“ einen Vortrag, in dem er forderte, daß in gleicher Weise die Rente allen Landes als Gemeineigentum gewonnen werde. Wegen dieses Vortrags wurde er aus jener Gesellschaft ausgestoßen. Er mußte seine Schule eingehen lassen und wandte sich nach London, wo er in größter Armut lebte, aber unermüdlich für seine Ideen wirkte. Er starb 1814. In seiner 1805 erschienenen „Anweisung, wie man ein tausendjähriges Reich gründete“, heißt es:

„Gesellschaftliche Gesetze können nie natürliche Rechte entziehen. Und jeder Mann, jede Frau und jedes Kind behalten, vom Tage ihrer Geburt bis zum Tage ihres Todes, ihr Erstgeburtsrecht am Boden ihrer Gemeinde.

Demgemäß, wenn eine Gemeinde von ihren Pachtgeldern dem Staate und der Provinz ihren Anteil an den gemeinsamen Ausgaben überwiesen und die Mittel zur Bestreitung ihrer eigenen angemessenen Bedürfnisse bereitgestellt hat, so ist der Rest der Pachtgelber das unbestreitbare gemeinsame Eigentum aller Männer, Frauen und Kinder, die in der Gemeinde angefahren sind, und sollte gleichmäßig unter sie verteilt werden.“

„Das Eigentumsrecht ist das jedem Bürger zustehende Recht, nach freiem Ermessen von seinem Eigentum, seinen Einnahmen, seinem Fleiß und seiner Tätigkeit Gebrauch zu

machen und darüber zu verfügen. Von besonderer Art ist sein Recht an Grund und Boden, das, untrennbar mit dem Rechte seiner Gemeindegengenossen verbunden, unveräußerlich ist.“ —

Die Schüler des Thomas Spence traten zum großen Teil in die Chartistenbewegung ein, die 1830—1850 das englische Volk in seinen Tiefen aufrührte. Der begabteste Wortführer unter den Chartisten war D'Brien, der nicht müde wurde, darauf hinzuweisen, daß allein während der Regierung Georgs III. (1760—1820) 6 000 000 Acres Gemeindefand der Benutzung der Gemeindemitglieder entzogen und der Grundbesitzer-Klasse überantwortet worden waren. D'Brien zeigte, daß gerade dadurch die Massenabwanderung in die Städte und damit das Elend des Fabrikproletariats im wesentlichen hervorgerufen würde. In seinem Werke „The Rise and Progress of Human Slavery“ erklärte er:

„Laßt einmal zu, daß der Boden eines Landes, den Gott für alle seine Einwohner und für alle darauf gebornen Geschlechter geschaffen hat, aufgekauft oder anders monopolisiert oder von irgend einer Sondergemeinschaft irgend einer Generation (sie sei groß oder klein) usurpiert werde, so ist in dem Augenblicke euer Gemeinwesen in Tyrannen und Sklaven geteilt, in Schelme, welche für keinen arbeiten wollen, und in Lasttiere, welche für jeden arbeiten müssen. Keine spätere Gesetzgebung, keine nur mögliche Flid- und Stückarbeit auf dem Wege heilsamer Maßregeln kann vernünftig auf ein System wirken, das auf so verderblicher Grundlage erbaut ist.“

Es gelang D'Brien, die englischen Arbeiter zum großen Teil für seine Ideen zu gewinnen, bis D'Connor, der Besitzer des chartistischen Zentralorgans, des „Northern Star“, sich gegen diese Gedanken wandte und zu „praktischer Arbeit“ aufrief. Die Arbeiter sollten nicht warten, bis Gemeinde und

Staat die Bodenfrage regelten, wie es die „First principle men“ wollten, sondern sollten selbst Hand ans Werk legen und „Heimatkolonien“ gründen. Das Schlagwort von der praktischen Arbeit siegte.

Die erste Heimatkolonie „D’Connorville“ wurde in Gegenwart von 20 000 Besuchern 1846 eröffnet. Bis zum November 1847 hatten sich 42 000 englische Arbeiter als Genossen eingetragen lassen und 1 600 000 Mk. aufgebracht. Aber die Heimatkolonien brachen bald elend zusammen, und die Arbeiter verloren einen großen Teil ihres Genossenschaftsgeldes. D’Connor rief sich auf und starb im Wahnsinn. Nach diesen Erfahrungen nahm die Chartistenorganisation 1852 die D’Briensche Forderung auf „Nationalisation des Landes“ ausdrücklich in ihr Programm auf; aber der Zusammenbruch der D’Connorschen Kolonisationspläne hatte doch der Bewegung den besten Teil ihrer Kraft genommen.

Die Bodenfrage blieb aber auch nach dem Niedergange der Chartistenbewegung lebendig.

Charles Kingsley (1819—1875), Hofkaplan der Königin und Professor der Geschichte in Cambridge, kämpft in seinem ergreifenden Tendenzroman „Alton Locke“ für den Grundsatz, daß das Land dem Volke gehöre.

Der große Gewissenswecker Thomas Carlyle (1795—1881) steht auf demselben Boden:

„Die Idee, für ein paar Stücke Metall die Iliade von Homer zu verkaufen, ist einfach lächerlich. Den Erdboden des Schöpfers dieser Welt ebenso zu verkaufen, ist eine noch viel lächerlichere Unmöglichkeit.“

„Die Witwe sammelt Nesseln, um ihren Kindern das Mittagsmahl zu bereiten. Ein nach Wohlgeruch duftender vornehmer Seigneur, der vornehm im „Oeil de Boeuf“ lungert, besitzt ein Zaubermittel, durch das er ihr jede dritte Nessel abnimmt und nennt es „Rente“.

John Stuart Mill (1806—1873), der berühmte Philosoph, folgert aus dem Begriff des Eigentums die Unmöglichkeit eines schrankenlosen Privateigentums am Boden:

„Die wesentlichste Grundursache des Eigentums ist, dem einzelnen das zu sichern, was er durch seine Arbeit erzeugt und durch seine Sparsamkeit angehäuft hat. Dieser Grundsatz kann aber nicht auf etwas angewendet werden, das kein Erzeugnis der Arbeit ist, — auf das Rohmaterial des Erdbodens.“

„Der Mensch hat den Erdboden nicht gemacht; er gehört der gesamten Menschheit.“

Ebenso hat Herbert Spencer, der als der bedeutendste englische Philosoph der neuen Zeit gilt (1820—1901), in der ersten Ausgabe seiner wichtigsten nationalökonomischen Schrift „Social Statics“ (1851) scharf und bestimmt geurteilt:

„Nach und nach wird man zu der Erkenntnis kommen, daß die ewige Gerechtigkeit Gebote erlassen hat, auf die wir noch nicht gehört, und die wir nicht befolgt haben.“

Die Menschen werden dann lernen, daß: anderen Mitmenschen das Recht der Benutzung des Grund und Bodens vorenthalten, ein Verbrechen ist, das an Verruchtheit dem Totschlag oder dem Raub der persönlichen Freiheit um nichts nachsteht.“

„Wir glauben schließlich, daß die Theorie vom gleichen Erbe aller Menschen an dem Erdboden, sich mit der höchsten Zivilisation vereinbaren läßt; und daß — wie schwierig es auch immer sein mag, diese Theorie zu verwirklichen — die Gerechtigkeit ernstlich gebietet, daß es geschehe.“

Eine große Bedeutung für das englische und namentlich auch für das irische Volk gewann das ernste Interesse, das katholische Kirchenfürsten der Landfrage zuwandten. So erklärte der gefeierte Erzbischof und Primas von England Kardinal Manning (1808—1892):

„Die Landfrage ist gleichbedeutend mit Hunger, Durst und Noth, mit Vertreibung aus der Heimstätte, mit vergebens aufgewandter und mit Beschlag belegter jahrelanger Arbeit, mit dem Niederreißen von Häusern, mit Elend und Krankheit, mit dem Tod der Eltern, der Kinder und Frauen, mit der Verzweiflung und der Wildheit, die in dem Herzen der Armen entsteht, wenn die Macht der Geseze wie eine scharfe Egge die empfindlichsten und natürlichsten Menschenrechte zerreißt und vernichtet. Dies alles ist in der Landfrage inbegriffen.“

Der irische Bischof Dr. Thomas Kilty von Meath erließ am 2. April 1881 ein Schreiben an den geistlichen und weltlichen Stand seiner Diözese, in der er sich auf das lebhafteste für das Recht des gesamten Volks auf seinen Grund und Boden und die Notwendigkeit einer durchgreifenden Bodenreform aussprach, weil

„ein besonderer Reiz und eine eigenartige Anmut in der Klarheit liegt, mit welcher die Bodenreformwahrheit die weisen und wohlwollenden Absichten der göttlichen Vorsehung enthüllt.“

Unter den Vertretern der modernen Naturwissenschaft ist in erster Reihe der geniale Mitarbeiter Darwins Alfred Russel Wallace zu nennen, der in seiner Schrift: „Land Nationalisation, its necessity and its aims“ (1882) eifrig für diese Ideen wirbt und selbst als Präsident eines Bodenreformbundes agitatorische Arbeit leistet.

Am erfolgreichsten von allen Bodenreformern der Neuzeit aber wurde das Wirken von Henry George.

Am 2. September 1839 in Philadelphia als Sohn eines armen Buchhändlers geboren, besuchte er nur bis zum 12. Jahre die Volksschule. Abenteuerlust trieb ihn früh in die Welt hinaus. Als Matrose hat er Indien und Australien besucht,

als Goldgräber hat er in Victoria unter den größten Mühen und Entbehrungen nach Glück gerungen, ohne es zu finden. Als er diesen Traum begraben hatte, trat er in eine Zeitungsdruckerei in S. Francisco als Setzer ein. Unermüdlich an seiner Weiterbildung arbeitend, versuchte er sich bald auch schriftstellerisch. Seine Artikel erregten Aufsehen, und er fand den Weg aus dem Setzerraum in das Redaktionszimmer.

1872 gründete er die „Abendpost“, in der er ungehemmt für das Volkswohl eintrat, namentlich auch den so gefährlichen Kampf gegen das Alkoholkapital rücksichtslos führte. Als die Bank von Kalifornien die Zahlungen einstellte und große Geldknappheit entstand, gelang es seinen Feinden, ihn aus der Zeitung zu verdrängen. Dieser Schlag traf ihn außerordentlich schwer, und doch wurde er für ihn ein großer Segen. Um überhaupt Brot für seine Familie zu haben, nahm er die Stellung eines Gasinspektors an. In dieser Beamtenstellung gewann er die Ruhe, 1878 und 1879 „Fortschritt und Armut“ zu schaffen, das Buch, das wohl von allen nationalökonomischen Schriften die weiteste Verbreitung gefunden hat. Der Erfolg dieses Werkes führte George zurück ins öffentliche Leben. In Amerika, in England und Schottland warb er für seine Ideen. 1886 wurde er als Kandidat zum ersten Bürgermeisterposten von New York aufgestellt. Die alten Parteien, die das Geld, die Organisationen und die Presse besaßen, siegten mit etwa 90 000 Stimmen. Aber die fast 68 000 Stimmen, die Henry George erhielt, hatten ihm und der Bodenreform mit einem Schlag eine geachtete Stellung im öffentlichen Leben erzwungen. Am 1. Mai 1887 erklärten sich die großen amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen „der Ritter der Arbeit“ für die Bodenreform; in demselben Jahre tat es der Kongreß der englischen Trade Unions in Swansea.

Besonders großen Erfolg brachte eine Agitationsreise durch

Australien, wo seitdem Bodenreformgedanken vielfach die Gesetzgebung der einzelnen Staaten beeinflussen.

Die Anstrengung der Agitation rief bei H. George ein Herzleiden hervor, das ihm große Schonung auferlegte. Trotzdem folgte er dem Rufe seiner Anhänger, die ihn im Jahre 1897 zum zweitenmal für den Bürgermeisterposten von Groß-New-York als Kandidaten aufstellten. Am 28. Oktober mußte George in vier großen Volksversammlungen sprechen. Am Morgen des folgenden Tages raffte ihn ein Herzschlag hinweg. Das Begräbniß am Sonntag den 31. Oktober gestaltete sich zu einer Kundgebung überwältigender Art. Mehr als 30 000 Menschen zogen grüßend an dem offenen Sarge vorüber. Dr. Edward McGlynn, ein katholischer Priester, hielt dem evangelischen Freunde eine ergreifende Leichenrede, der er das Wort zugrunde legte: „Uns ward ein Mann von Gott gesandt, des Name war Henry George.“

Nach dem Vorschlag Henry Georges, die Grundrente für die Gesamtheit durch eine einzige Steuer (single tax) zu gewinnen, wird die Bodenreformbewegung in den anglosächsischen Ländern meist als „single tax-Bewegung“ bezeichnet.

Neben dem Sohne des „Propheten von S. Francisco“, wie George von seinen Gegnern spöttisch genannt wurde, Henry George junior, ist der anerkannte Führer der amerikanischen Bodenreformer Tom L. Johnson, der 1901 zum Bürgermeister der Stadt Cleveland, der siebenten Stadt der Union, gewählt wurde.

Der Hauptsitz der schottischen Bewegung ist Glasgow. Hier fand der letzte große Bodenreformkongreß vor dem Burenkriege am 20. Oktober 1899 statt. Von den 557 Teilnehmern waren 216 Abgesandte von städtischen Körperschaften.

Im englischen Parlament wurde 1894 zum erstenmal ein Bodenreformantrag eingebracht. Man tat ihm nicht einmal

die Ehre einer Abstimmung an. 5 Jahre später, 1899, erhielt ein Antrag ähnlicher Tendenz schon 123 Stimmen, und abermals 5 Jahre später, am 11. März 1904, wurde ein Antrag des Bodenreformers Trevelyan mit 225 gegen 158 Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

* * *

Als in Deutschland die alte Feudalordnung beseitigt wurde, war der physiokratische Gedanke noch zu mächtig, als daß man zunächst daran gedacht hätte, die unbewegliche Grundlage alles nationalen Lebens unter das Recht der beweglichen Ware zu stellen und es der schrankenlosen Willkür der einzelnen auszuliefern. Der preußische Bauernbefreier, Freiherr vom Stein, hielt es für selbstverständlich:

„Wie ein Soldat sein Gewehr nicht in das Pfandhaus tragen darf, so darf auch ein Bauer seinen Acker nicht verschulden.“

Und im „Edikt, die Regulierung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse betr. vom 14. September 1811“ heißt es im § 29:

„Damit auch die Vereinzelung nicht durch hypothekarische Schulden erschwert werde, so setzen wir hiermit fest, daß die Bauerngüter über $\frac{1}{4}$ ihres Wertes mit dergleichen Schulden niemals belastet werden sollen“.

Die nun beginnende Herrschaft der liberalen Schule ließ diese Grundsätze bald zurücktreten. Der Grund und Boden wurde als Ware behandelt. Ja, die übertriebene individualistische Auffassung ging so weit, den deutschen Landgemeinden selbst den Boden zu bestreiten, den sie als Erbteil vieler Generationen als gemeinschaftliches Eigentum noch bewahrt hatten („Allmende“ oder „Gemeinheiten“). Besonders verheerend ist hier für Preußen die „Gemeinheitsteilungsordnung vom 7. Juni 1821“ mit ihrer Bestimmung geworden,

„daß die von mehreren Einwohnern einer Stadt oder eines Dorfes von Gemeinen und Grundbesitzern bisher gemeinschaftlich ausgeübte Benutzung ländlicher Grundstücke, zum Besten der allgemeinen Landkultur, so viel als möglich ist, aufgehoben werden solle.“

In Hannover wurden von 1834—58 1 900 000 Morgen Gemeindefand zu Privateigentum gemacht. Im Königreich Preußen ist der Umfang des den Gemeinden verloren gegangenen Grundeigentums nicht zahlenmäßig bekannt; er ist zweifellos aber noch viel größer.

Fast überall wurden diese Gemeinheitsteilungen zum Verberben für die große Mehrzahl der Bewohner. Die Armen verkauften ihren Anteil bald an Spekulant, welche solche Aufteilung erwartet und, soweit sie konnten, herbeigeführt hatten, und Zehntausende von Familien verloren damit jeden Anteil an dem Boden ihres Heimatsortes.

Der um diese Frage besonders verdiente deutsche Gelehrte Professor Bücher in Leipzig hat auf der 12. Hauptversammlung des Bundes der deutschen Bodenreformer in glänzender Weise die Bedeutung des Gemeindeg Grundeigentums dargelegt als der historisch gegebenen, aus dem germanischen Volks- und Stammesgefühl heraus geborenen Art der Armen- und Altersversorgung, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Entwicklung sittlicher, genossenschaftlicher und heimatlicher Gefühle. Den Hauptwert der Allmende vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aber faßte er kurz und scharf in das bedeutsame Wort:

„Ein herabgekommenes Landarbeiterproletariat, wie es die Höfe- und Großgüterbezirke aufweisen, ist in den Allmendegenden nicht möglich. Überhaupt läßt die Allmende schroffe Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht aufkommen.“

Besser als in Preußen und in Hannover hat man es in den süddeutschen Staaten verstanden, die Allmende zu schützen,

und es ist bezeichnend, daß gerade im Westen und Südwesten des Reiches, dort, wo die intensivste Landwirtschaft betrieben wird, die Allmende am häufigsten vorkommt. In Baden z. B. betrug 1899 der Reinwert der jährlichen Allmendnutzung für die Gemeinden 6913807 Mark. 121 badische Gemeinden waren durch solche Einnahmen völlig steuerfrei.

Am meisten hat sich noch der ursprüngliche Gemeinbesitz an Wald erhalten. Nach der letzten amtlichen Zählung 1895 umfaßte der Gemeindewald im Deutschen Reiche noch 1340160 Hektar, und 510846 Familien hatten daran Anteil.

In Württemberg, Hessen und Lothringen ist die Verteilung von Allmende zu Privateigentum heute überhaupt verboten. In Baden und Bayern darf sie nur in Betracht gezogen werden, wenn $\frac{3}{4}$ aller stimmfähigen Bürger sie beschließen, und auch dann steht der Regierung in jedem Einzelfall das Recht der Genehmigung zu.

Die Bodenreformer fordern eine Erhaltung und planmäßige Vermehrung des Gemeinde-Grundeigentums auch auf dem Lande. Namentlich sollte bei Zwangsversteigerungen bäuerlicher Anwesen den Gemeinden ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden. Bei allen Maßnahmen der Innenkolonisation, bei Schaffung neuer Dörfer, sollte von vornherein ein wesentlicher Teil der Gemarkung als Gesamteigentum vorbehalten bleiben, damit aus seiner Einnahme Kirche und Schule, Gemeindehaus und Bibliothek, Krankenpflege- und Wohlfahrtseinrichtungen aller Art ihre gesicherte finanzielle Basis finden. Über den gegenwärtigen Stand der deutschen Allmende berichten ausführlich Damaschkes „Aufgaben der Gemeindepolitik“ (5. Aufl. 1904, Jena, Fischer).

Die erwähnten Gemeinheitsteilungen mit ihrer Atomisierung und Verschuldungsfreiheit des deutschen Bauernstandes haben sich bitter gerächt. Die hypothekariſche Verschuldung stieg

schnell und rief in einzelnen Gegenden schon sehr bald eine außerordentliche Notlage der bäuerlichen Bevölkerung hervor, wie das besonders in den Hungerjahren 1846—1847 in Erscheinung trat.

Die schwere Not dieser Zeit weckte der deutschen Landwirtschaft einen Helfer mit warmem Herzen und klarem Blick in Friedrich Wilhelm Raiffeisen (geboren 1818 in Hamm), der seit 1845 die Bürgermeisterei Weyerbusch im armen Westerlande mit 25 und von 1848 an die zu Flammersfeld mit 33 Ortschaften leitete. 1847 gründete er zunächst einen kleinen Konsumverein in Weyerbusch und im Dezember 1849 den „Flammersfelder Hilfsverein zur Unterstützung unbemittelter Landwirte“. Als Raiffeisen 1852 als Bürgermeister nach Heddersdorf bei Neuwied versetzt wurde, gründete er 1854 den „Heddersdorfer Darlehnskassenverein“.

Von diesen Organisationen gingen die ländlichen Darlehnskassen aus, deren Verbreitung nach Überwindung vieler Vorurteile bald einen solchen Umfang annahm, daß sie Raiffeisen 1877 schon in einem „Generalanwaltschafts-Verband“ mit zahlreichen Unterverbänden zusammenfassen konnte. Am 11. März 1888 ist Raiffeisen gestorben. 1902 wurde in Heddersdorf sein Denkmal enthüllt. — Heute sind etwa 4200 ländliche Genossenschaften mit etwa 300 000 Mitgliedern dem Generalverband in Neuwied angeschlossen. Das, was die Raiffeisengenossenschaften von Genossenschaften anderer Art scheidet und ihnen eine ernste sozialpolitische Bedeutung gibt, ist die absolute Unentgeltlichkeit der Geschäftsführung. Aus christlicher und sozialer Gesinnung heraus soll die notwendige Arbeit für das Gemeinwohl geleistet werden.

Jede Spekulation auf hohes Gehalt oder hohe Gewinnanteile wird dadurch ausgeschlossen. Nur der Rechner darf eine bescheidene, aber feste Entschädigung erhalten, damit auch

er nicht in die Versuchung kommt, eine künstliche Ausdehnung der Geschäfte aus Eigeninteresse herbeizuführen.

Diese Unentgeltlichkeit ist nur durchführbar, wenn die Vereine auf einen möglichst kleinen Bezirk beschränkt werden. Die Höchstzahl der Mitglieder ist deshalb auf 3000 festgesetzt worden. Bei solcher Begrenzung ist es möglich, daß die Vereinsgenossen sich nach ihrem Charakter, ihrer Tüchtigkeit, ihrem Vermögen und deshalb auch nach ihrer Kreditfähigkeit gegenseitig auf das genaueste kennen.

Die Raiffeisengenossenschaften sind so sicher, daß in den 53 Jahren ihres Bestehens im ganzen nur drei, und zwar lediglich infolge grober Verletzungen der Satzungen, Bankrott gemacht haben.

Die wichtigste Bestimmung besteht in der Schaffung eines gemeinsamen, unteilbaren Vermögens, dessen Charakter § 48 des Statuts wie folgt bestimmt:

„Der aus dem Geschäftsbetriebe der Genossenschaft sich ergebende Gewinn ist bis zur Höhe von 15 000 Mk. ungeschmälert dem Reservefonds zur Deckung eines aus der Bilanz sich etwa ergebenden Verlustes zuzuschreiben und alsdann als unteilbarer Stiftungsfonds weiter anzusammeln. Der Stiftungsfonds hat den Zweck, die Genossenschaft von fremdem Kapital nach Möglichkeit unabhängig zu machen, sowie endlich gemeinnützige Einrichtungen zur Förderung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder ins Leben zu rufen. Die Ansammlung ist solange fortzusetzen, bis der Fonds einschließlich des Reservefonds eine solche Höhe erreicht hat, daß er als Betriebskapital des Vereins genügt. Bis dahin können die Zinsen des Fonds zum Kapital geschlagen oder zu wirtschaftlich gemeinnützigen Zwecken innerhalb des Vereinsbezirks zum Vorteile der Mitglieder nach Beschluß der Hauptversammlung verwendet werden. Dies letztere muß geschehen, sobald der Fonds die bezeichnete Höhe des Betriebskapitals erreicht hat.“

„Die Mitglieder haben keinen Anteil an diesem Fonds und können keine Teilung desselben verlangen. Bei Auflösung der Genossenschaft soll der Reservefonds und der Stiftungsfonds durch die Liquidatoren entweder der „Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse für Deutschland“ oder einer anderen für Anlage von Mündelgeldern zugelassenen Anstalt unter Zuschlag von Zins und Zinseszins so lange überwiesen werden, bis sich eine neue Genossenschaft streng nach Raiffeisenschen Grundsätzen wesentlich für den jetzigen Vereinsbezirk gebildet haben wird. Dieser neuen Genossenschaft ist alsdann das angesammelte Vermögen zu überliefern.“

Dieser Stiftungsfonds ist gleichsam ein modernes Almend. Von ihm aus werden alle Bestrebungen zur „Wohlfahrtspflege auf dem Lande“, zur Verbreitung von Fortschritten der Technik unterstützt werden können. Bisher haben die deutschen Bauern in diesem Raiffeisenschen Stiftungsfonds eine Summe von etwa 18 000 000 Mark zusammengetragen! Es steht dem auch wohl nichts im Wege, daß dieser Stiftungsfonds wieder in wirkliches Almend, in unverschuldbares und unteilbares Genossenschaftsland, zurückverwandelt und damit den Landgemeinden der Segen der alten Marktgenossenschaft in moderner Form wieder eröffnet wird!

So überaus segensreich die Raiffeisensche Arbeit auch gewirkt hat und im steigenden Maße wirkt, so wird doch auch sie ihre beste Wirkung erst entfalten können, wenn das Bodenrecht wieder der Eigenart der unbeweglichen und unvermehr-
baren Grundlage aller Volksexistenz Rechnung trägt.

Auf dem Gebiete der Bodenrechtsreform hat Carl Robertus bahnbrechend gewirkt. Geboren 1805 zu Greifswald, wurde er zunächst preußischer Justizbeamter und dann Besitzer des Gutes Jagegow in Vorpommern. 1848 übernahm er die Leitung des Kultus in dem Ministerium Auerwald-Sanse-

mann, trat aber schon nach 14 Tagen zurück, weil er an einer erspriesslichen Tätigkeit verzweifelte. Er lebte seit jener Zeit als aufmerksamer Beobachter und Kritiker der sozialen Entwicklung auf seinem Gute, bis er 1875 starb. Besonders wichtig ist seine 1868 und 1869 erschienene Schrift „Zur Erklärung der heutigen Kreditnot des Grundbesitzes“.

In dieser Schrift wandte er sich in schärfster Weise dagegen, daß man den Grund und Boden als ein Kapital schlechtweg betrachte. Das einzige Mittel gegen die steigende landwirtschaftliche Not sei die Annahme des Rentenprinzips. Das Rentenprinzip bestehe darin, daß der landwirtschaftliche Grundbesitz in allen ihn betreffenden Rechtsgeschäften „nur als das behandelt wird, was er ist, als ein immerwährender Rentenfonds“.

Besonders wichtig ist diese Rechtsauffassung bei der Frage der Verschuldung. Wird der Boden rechtlich nur als Rentenfonds angesehen, so kann auch natürlich nur seine Rente beliehen werden. Für eine geliehene Summe darf also nicht das Grundstück an sich, sondern nur sein jährlicher Ertrag haften. Urkunden über solche Schulden nennt Rodbertus Rentenbriefe. Sie sollen den Namen des Gutes, nicht auch den des Besitzers, den Namen des Rentengläubigers, die auf Grund des Briefes schuldige Rentensumme und endlich die vorausgehende Schuldsomme enthalten.

„Die Landrentenbriefe können die Stelle des Geldes für den Verkehr in Grundbesitz vertreten, als Grundgeld dienen, und vermögen dadurch auf die für den Verkehr leichteste und die Nation vorteilhafteste Weise die Schwierigkeiten zu heben, die sich sonst beim Verkaufe und bei einer Verschuldung des Grundbesitzes nach dem Rentenwerte herausstellen würden . . . Sie sind ein Wertmaß des Grundbesitzes selbst; denn der Rentenbrief ist selbst nur ein Teil des Rentenwertes, der dem Grundbesitz eigen ist.“

Eine Amortisation lehnt Robbertus ab, ebenso eine Verschuldungsgrenze;

„Unter dem Rentenprinzip darf der Grundbesitz, nach wie vor, so hoch verschuldet werden, wie es dem Grundeigentümer beliebt.“

Allerdings dürfen die Rentenbriefe nur für solche Schulden ausgegeben werden, die der Bauer wirklich als Grundeigentümer macht. Die Kosten des Betriebes sollen ihrer Natur nach durch Personalkredit gedeckt werden, dessen Organisation er dringend befürwortet:

„Zum Wirtschaftsbetrieb braucht der Landmann oft fremdes Geld, aber dies braucht er eben als Landwirt, und nicht als Landbesitzer; (dies) sollte er doch nicht in der Form der Grundschuld, sondern nur in der persönlichen Obligationsform leihen; denn er gebraucht es als Landwirt, und gebraucht es als Pächter ebenfогut, wie als Besitzer, während er es doch als Pächter gar nicht in der Form der Grundschuld aufnehmen kann; — und könnte es auch in solcher (persönlicher) Obligationsform leihen, weil landwirtschaftliches Betriebskapital sich ebenso umsetzt und reproduziert, wie Fabrikations- und Kaufmannskapital, und also der Landwirt bei Aufnahme solchen Kapitals dem Fabrikanten und Kaufmann völlig gleich steht.“

In jedem Falle hat Robbertus das große Verdienst, zuerst in klarer und erfolgreicher Weise die Notwendigkeit betont zu haben, den Boden unter ein besonderes Recht zu stellen. —

Nach der gleichen Richtung wirkte namentlich auch Albert Schäffle (geboren 24. Februar 1831 in Nürtingen in Württemberg, vom Februar bis Oktober 1871 österreichischer Handelsminister, gestorben 25. Dezember 1903 in Stuttgart). Durch seine „Inkorporation des Hypothekarkredits“ forderte er eine planmäßige Entschuldung des ländlichen Bodens.

Der bedeutendste preußische Staatsmann der Nach-

Bismarckschen Zeit, Riquel stand bewußt auf gleichem Standpunkt. In einem Briefe an Schäffle am 23. September 1894 führte er aus:

„Wenn ich mir auch keine Illusionen über die großen Schwierigkeiten einer durchgreifenden Agrarreform mache, so habe ich doch die Hoffnung, daß wir Schritt für Schritt weiter kommen und daß sogar die wachsende Not der Zeiten einmal zum Angriff auf die heutigen Mißstände mit Fäusten führen wird. Der gute Wille ist in der preußischen Regierung jetzt vorhanden. Lange Zeit ist uns zum Angriff auch nicht mehr vergönnt. Ein in vielen Richtungen beschränktes Eigentum kann allein das Eigentum retten!“

Auch Kaiser Friedrich war von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Agrarreform durchdrungen. Auf dem Kongreß deutscher Landwirte am 11. und 12. Februar 1878 in Berlin hat Graf Behr-Bandelin unter ausdrücklicher Berufung auf den damaligen Kronprinzen folgende Resolution eingebracht, die nach kurzer Begründung einstimmig angenommen wurde:

„Der Kongreß deutscher Landwirte erkennt die Notwendigkeit der Unverschuldbarkeit und Unteilbarkeit des Grundbesitzes an, um den drohenden Ruin abzuwenden.“

Im „Deutschen Landwirtschaftsrat“ hat ein Sachkenner, wie Professor Sering, schon 1896 „die Schuldenerleichterung und Schuldenentlastung als den Kern aller agrarischen Sozialpolitik“ hingestellt. Auf dem Tiroler Agrartag von 1897 wurde ein Antrag des um die Landwirtschaft hoch verdienten Landtagsabgeordneten Dr. Schöpfer angenommen, in dem „die immer wachsende Bodenverschuldung als die eigentliche Ursache der bäuerlichen Notlage“ anerkannt wurde.

Bisher ist aber nichts geschehen, und so geht denn die

Entwicklung ihren verhängnisvollen Gang weiter. Es ist ein beschämender Zustand, daß die amtliche Statistik, die sich mit so vielerlei Dingen beschäftigt, über die Höhe der Verschuldung des deutschen Bodens keine irgendwie erschöpfenden Angaben bietet. Preußen veröffentlicht seit dem Jahre 1886 amtliche Angaben über die Hypothekarbewegung, d. h. über die Eintragungen und über die Löschungen. Nach diesen Angaben betrug der Überschuß der Eintragungen, also die reine Zunahme der Verschuldung, allein in der preussischen Landwirtschaft:

1886:	133,16	Millionen	Mark
1887:	88,03	"	"
1888:	116,81	"	"
1889:	179,13	"	"
1890:	156,37	"	"
1891:	206,65	"	"
1892:	208,68	"	"
1893:	228,29	"	"
1894:	237,28	"	"
1895:	255,61	"	"
1896:	277,50	"	"
1897:	321,06	"	"
1898:	357,55	"	"
1899:	387,89	"	"
1900:	395,70	"	"
1901:	405,88	"	"
1902:	409,25	"	"
1903: (rund)	444	"	"

Diese Zahlen reden mehr, als es lange Erörterungen vermöchten! Besonders bedrohlich erscheinen sie noch dadurch, daß es gerade der kleine und mittlere Besitz ist, der der Verschuldung am meisten anheimfällt!

Aber nicht nur das Wohl der landwirtschaftlichen Bevölkerung, dieses Jungbrunnens jeden Volkes, steht auf dem Spiel.

Die ländliche Grundrente, die durch die steigende Verschuldung immer mehr dem Großkapital ausgeliefert wird, ist ihrem Wesen nach Eigentum der Gesamtheit, der Gemeinde.

In dieser Bedeutung hat der verdiente katholisch-soziale Nationalökonom Freiherr R. von Vogelsang (gest. 1890) das Problem erfaßt, wenn er es in seiner „Grundbelastung und Entlastung“ schon 1879 formulierte:

„Die Grundrente darf nicht ein absolutes Eigentum im privatrechtlichen Sinne sein, über welches der Eigentümer zu Gebrauch oder Mißbrauch frei verfügen kann. Diese Grundrente ist im öffentlichen Interesse konstituiert und muß auch im öffentlichen Interesse verwendet werden. Hiermit verträgt sich die jetzt übliche Art der Verpfändung nicht . . .

Ein Grundbesitzer, der, mit Hypothekenschulden behaftet, sich in einer merklichen Abhängigkeit von seinen Gläubigern befindet, ein ganzer Grundbesitzerstand, bei dem das der Fall ist, der kann seine sozialen und politischen Standesaufgaben nicht erfüllen und leistet daher zum empfindlichen Schaden der Gesellschaft und des Staates nicht den schuldigen Gegendienst für das ihm eingeräumte Monopol.“ —

Noch schärfer rückt Vogelsang diesen Gedanken in den Mittelpunkt volkswirtschaftlichen Denkens durch den Artikel „Die Erde und die liberale Volkswirtschaft“:

„Unsere, das heranwachsende Geschlecht bildende Nationalökonomie muß daher vor allem des Kultus des allein seligmachenden, in Kapital und Zins zu berechnenden momentanen Reingewinns sich entschlagen; sie muß die Gesetze der Dauer in ihre Berechnung ziehen und die solidarische Verpflichtung der Raumgenossen sowohl als der Zeitgenossen. Die Privatökonomie aber muß dem niedrigen Aberglauben entsagen, daß der Grund und Boden wie ein Stück Geld angesehen und behandelt werden könne, da er doch in Wahrheit ein Stück des Allen gemeinsamen Vaterlandes ist; sie muß anerkennen, daß das Recht der Gemeinamkeit und die Pflicht gegen dieselbe der Benützung für den privaten Vorteil Gesetze vorzuschreiben,

Schranken zu ziehen und einen über alle momentane Musmacherei erhabenen Geist einzuhauchen hat."

Aus dem falschen Bodenrecht auf dem Lande entspringen zuletzt auch alle krankhaften Erscheinungen, die wir bei unserer städtischen Bevölkerung beklagen. Die „Landflucht“, die die Tagelöhnersöhne von den Latifundien, in deren Bereich für sie kein Raum zum Leben ist; die die überschuldeten Bauern und ihre Kinder in die anwachsenden Industriezentren treibt, erzeugt dort die „industrielle Reserve-Armee“, die jede dauernde Erhöhung der Lebenshaltung vereitelt und dort die Möglichkeit zu einem Wucher mit dem städtischen Boden gibt, dessen Folgen sich im Wohnungselend am verhängnisvollsten offenbaren.

* * *

In Berlin, Breslau und Magdeburg leben über 40 %, in Königsberg über 50 %, in Wien über 60 % der Bevölkerung in Wohnungen mit nur je einem Zimmer. In Berlin wohnten über 750 000 Menschen in solchen Wohnungen, die in jedem Fall als ungenügend bezeichnet werden müssen. — Von geradezu furchtbaren Verhältnissen aber berichtet die Rubrik „übervöllert“. Die preußische amtliche Statistik benennt so nur Wohnungen „von höchstens einem heizbaren Zimmer,“ die von sechs oder mehr als sechs Personen dauernd bewohnt werden. Solcher „Wohnungen“ gab es nach der letzten Zählung vom 1. Dezember 1900

in Königsberg:	5 299,
in Leipzig:	5 398,
in Breslau:	7 109,
in Berlin:	27 792!

Welche Bedeutung diese Wohnungsverhältnisse für die Entstehung und Verbreitung der Schwindsucht haben, die an jedem Tage im Deutschen Reiche etwa 500 Menschen dahin-

rafft, das haben die berufensten Vertreter der Wissenschaft vielfach dargelegt; es sei nur an die Bodenreformer Prof. Fränkel-Halle und Prof. Gruber-München erinnert. Wie in solchen Verhältnissen neben der gesundheitlichen auch die sittliche Erziehung leiden muß, liegt auf der Hand. Es handelt sich in der That, wie das namentlich Paul Lechler immer wieder betont hat, bei der Wohnungsreform geradezu um eine nationale Lebensfrage.

Was die Menschen in diese ungenügenden Wohnräume hineinpreßt, in denen Hunderttausende nicht soviel Luft-raum haben, wie den Gefangenen in allen Gefängnissen und Zuchthäusern gesichert wird, ist die Höhe des Mietpreises. Während die Nationalökonomie erklärt, daß bei normalen Verhältnissen der siebente Teil des Einkommens auf die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses gerechnet werden muß, ist dieser Prozentsatz in unseren Industriorten schon auf 20—30 % gestiegen; ja in häufigen Fällen wird auch dieser außerordentliche Satz schon überschritten.

Die früher vielfach vertretene Anschauung, die Wohnungsfrage sei einfach eine Lohnfrage, hat sich bald als irrtümlich herausgestellt. Die Berichte der Gewerbeinspektoren haben auch in den Zeiten des glänzendsten industriellen Aufschwungs immer dieselbe Tatsache feststellen müssen, die der Gewerbeinspektor von Königsberg für das Jahr 1898 in die Worte faßte:

„Die Steigerung der Wohnungsmieten in der Stadt Königsberg hat fraglos zu einer Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter in den letzten Jahren geführt.“

In München erklärte der Bürgermeister v. Borscht 1899:

„Tatsache ist, daß in den letzten 6 Jahren die Preise aller Wohnungen, namentlich der kleineren um etwa 30 % in die Höhe gegangen sind!“

Eine Erhöhung der Löhne und der Gehälter in auch nur annähernd gleichem Umfange ist natürlich nicht eingetreten. Auch Professor Fuchs in Freiburg hat 1901 in einem trefflichen Vortrag über die Wohnungsfrage auf Grund seiner Forschungen festgestellt, daß die Mieten schneller zu steigen pflegen, als das Einkommen der Bevölkerung.

In diesem „ehernen Wohngezet“ sehen die Bodenreformer die Ursache dafür, daß den Arbeitern zuletzt nicht die Erfolge der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeit zugute kommen, daß die Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes sich nicht so hebt, als daß ihre gesteigerte Kaufkraft Industrie und Handel nun wieder ihrerseits befruchten könnte.

Die Ursache dieser Not sehen sie in der falschen Behandlung des Bodens. Sie fordern deshalb vor allem Bebauungspläne und Bauordnungen, welche die Mietskasernen unmöglich machen.

Eine vernünftige Steuerpolitik soll die Spekulation in Baugelände einschränken. Rings um alle aufblühenden Orte befindet sich der Boden nicht mehr in den Händen der Urbesitzer, die ihn als Acker- oder Gartenland werten; er befindet sich in sogenannten „festen Händen“, d. h. im Besitz von Spekulantengruppen. (Berlin allein zählt zurzeit 73 Terraingesellschaften.) Diese halten den Boden vom Verkehr zurück. Da der Boden an gegebener Stelle ein Monopol darstellt, das durch nichts ersetzt werden kann, so ist die Bevölkerung gezwungen, sich bis an die Grenze des Möglichen von den Eigentümern der Ware „Erde“ ausbeuten zu lassen.

Außerordentlich unterstützt wird das Spekulationsgeschäft in Boden nun auch dadurch, daß die meisten Gemeinden den Baustelleninhabern Steuerprivilegien einräumen. Sie tun das, indem sie die Grund- und Gebäudesteuer nach dem „Nutzungswert“ erheben. Da eine Baustelle keinen augenblicklichen

Nutzen abwirft, so kommt es vor, daß Gelände, die Hunderttausende wert sind, nur wenige Pfennige zu den Gemeindefasten beitragen. Es ist den deutschen Bodenreformern durch unablässige Aufklärungsarbeit gelungen, eine Reihe von preussischen Gemeinden zu bewegen, die im § 25 des von Miquel geschaffenen „Preussischen Kommunalabgabengesetzes“ gegebene Möglichkeit zur Erhebung der Grund- und Gebäudesteuer nach „dem gemeinen Wert“ zu benutzen. (Eine Liste von 80 Städten und 62 Dörfern, die diese Reform bereits durchgeführt haben, bringt das „Jahrbuch der Bodenreform“ S. 80. Jena, G. Fischer 1905.) Diese Reform hat oft sehr bemerkenswerte Ergebnisse gehabt. (Siehe Dr. Föhr, Die Steuer nach dem gemeinen Wert. Tatsachen und Antworten. 1903. Berlin.) In Spandau z. B. mußte ein großer Terrainbesitzer statt 95 Mk. nun 14 000 Mk. Grundwertsteuer zahlen, in Dortmund statt 3 Mk. 1000 Mk.; in Breslau stieg der Steuerertrag des unbebauten Bodens von 10 800 auf 316 000 Mk. Daß diese Steuer den Boden nicht verteuert, sondern verbilligt, darüber sind sich alle Nationalökonomien von Adam Smith bis Adolf Wagner einig, und die Praxis bestätigt in jedem Einzelfall diese so oft mit Absicht oder aus Unkenntnis verschleierte Tatsache.

Neben der Steuer nach dem gemeinen Wert fordern die Bodenreformer auch die Zuwachssteuer, welche den unverdienten Wertzuwachs des Bodens der Gesamtheit, deren Arbeit ihn allein erzeugt, auch zuführt.

Jede Kulturarbeit der Gesamtheit — der Bau von Straßenbahnen, Brücken, Schulen, Museen, die Anlage von Wegen, Parks und Schmuckanlagen — ruft eine Wertsteigerung des anliegenden Bodens hervor.

Beispiele für solche Werterhöhungen liegen in jeder aufblühenden Gemeinde auf der Straße. Als in Berlin im

Jahre 1842 am Halleschen Thor das Rotherstift für alte Damen errichtet wurde, kostete der Boden und das Gebäude nicht ganz 34 000 Mk. Als nach 43 Jahren die Firma Sandorf das Rotherstift kaufte, um durch Abbruch des Gebäudes einen Bauplatz zu gewinnen, bezahlte sie 1 975 000 Mk.! Für Halle liegen wissenschaftliche Untersuchungen von R. Steinbrück vor. Danach wuchs in den Jahren 1835—95 die Zahl der Einwohner um das $4\frac{1}{2}$ fache, der Wohnhäuser um das $2\frac{1}{5}$ fache, der Wert des nackten Bodens aber um mehr als das 8 fache!

Dieser Wert, der ohne jede Arbeit des Eigentümers dem Boden zuwächst, zieht die Spekulation in immer stärkerem Maße an. Wird dieser Wert durch eine ernste Steuer für die Gesamtheit gewonnen, so bleibt der Preis des Bodens viel eher in normalen Grenzen, und billiger Boden ermöglicht auch preiswerte und gesunde Wohnungen!

Es ist das große Verdienst des Bodenreformers Professor Adolf Wagner in Berlin, schon 1872 auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht und Abhilfe gefordert zu haben. Bisher sind die Städte Frankfurt a. M. und Köln unter ihren tüchtigen Bürgermeistern Adickes und Becker die einzigen preußischen Gemeinden, die eine, wenn auch bescheidene Zuwachsteuer eingeführt haben. Im bayerischen Landtage haben die Abgeordneten Dr. Jäger und Schirmer, beide Mitglieder des Bundes Deutscher Bodenreformer, es durchgesetzt, daß das Abgeordnetenhaus sich grundsätzlich für die Zuwachsteuer ausgesprochen hat. Die erste Kammer hat allerdings diesen Beschlüssen bis jetzt ihre Zustimmung versagt. —

„Am allerschönsten aber“, führte schon auf der 18. Versammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, der alte vielerfahrene Professor Baumeister-Karlsruhe aus „würde es gelingen, wenn die Gemeinde Herrin im eigentlichen Sinne, d. h. Eigentümerin ihres Bodens, wenigstens

eines großen Teils davon, wäre, weil sie dann zugleich die Marktpreise der Bauplätze beherrscht. Ich würde es von Herzen begrüßen, ja manchen Orts für das einzig richtige soziale Heilmittel halten, wenn eine Stadtgemeinde sich freihändig oder durch Enteignung in den Besitz weiter Geländeflächen setzt."

Auf die Frage, wie eine Stadt ihr Gemeindegrundeigentum verwerten soll, empfehlen die Bodenreformer zunächst die in sozialer, sittlicher und gesundheitlicher Beziehung gleich wertvolle Einrichtung von sogenannten „Familiengärten“, die von der Stadt zu möglichst billigen Preisen abgegeben werden. In Kiel sind über 3000 solcher Gärten in Benutzung. Überall wo Stadtgemeinden oder, mit ihrer Unterstützung, gemeinnützige Vereine solche Einrichtungen versucht haben, wie in Leipzig, Magdeburg, Glogau, Charlottenburg, war der Erfolg überraschend.

Wird aber das Gemeindegrundeigentum zur Herstellung von Wohn- und Werkstätten gebraucht, so hat die Gemeinde in dem Erbbaurecht (§ 1012—1017 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) die gegebene Rechtsform, welche der Gesamtheit das Eigentumsrecht am Boden wahrt und doch der genossenschaftlichen und individuellen Betätigung beim Hausbau freie Entfaltung gewährt. Unsere ersten Rechtslehrer, wie die Bodenreformer Rudolf Sohm in Leipzig, Ernst Ritzelmann in Bonn, Paul Örtmann in Erlangen, treten für den Ausbau und die Anwendung dieses Rechts ein. In Frankfurt a. M. sind bereits über 1000 Wohnungen auf Erbbauboden errichtet. Das Deutsche Reich hat durch den Grafen Posadowsky wiederholt erklären lassen, daß es Reichsboden nur noch in solcher Form der Bebauung ausliefere, die jeden Mißbrauch ausschließe, und daß es in dem Erbbaurecht eine sichere Gewähr gegen solchen Mißbrauch sähe. Auf Grund dieses Vor-

gehens des Deutschen Reiches sind bisher Erbbauwohnungen errichtet worden in Dresden, am Kaiser-Wilhelm-Kanal, in Ruhrort, bei Wilhelmshaven.

Ein Zurückdrängen der Bodenspekulation würde auch das Hypothekenbankwesen auf gesunde Basis stellen. Der Zusammenbruch der Pommerschen und Preussischen Hypothekenbanken hat gezeigt, wie unmöglich es ist, in der Schätzung des unbebauten Bodens eine gesicherte Grundlage zur Ausgabe von Pfandbriefen zu finden.

Ein Terrain in Pankow, das im Jahre 1898 auf 3 Millionen Mark geschätzt war, wurde 3 Jahre später auf 30 Millionen Mark gewertet — in beiden Fällen von gerichtlichen Sachverständigen!

Die Bodenreformer fordern zunächst, daß unbebautes Gelände von Hypothekenbanken überhaupt nicht beliehen werden darf. Als Ziel erstreben sie städtische Hypothekenbanken, wozu sich in Düsseldorf und Dresden bereits Anfänge gebildet haben.

Auch die Bauhandwerkerfrage fände durch die Bodenreform ihre endgültige Lösung. Die deutschen Bodenreformer haben unter Führung von Heinrich Freese gerade an diese Frage außerordentlich viel Kraft gesetzt. Hier liegt das Übel am klarsten zutage. In den Jahren 1891—93 wurden 1126 Neubauten in Berlin errichtet. Davon kamen 644 in Zwangsversteigerung. In denselben Jahren hatten nicht weniger als 328 „Bauherren“ selbst die Krankenkassenbeiträge der Arbeiter unterschlagen. Die Malerinnung in München gibt den Verlust von 70 Mitgliedern in den Jahren 1899, 1900 und 1901 auf 280 000 Mk. an. Die Ursache solcher Verluste ist klar. Der Verkäufer des Bodens sucht sich einen Menschen, der nichts zu verlieren hat, „ehemalige Schlächter,

Barbiere, Kellner und Gott weiß was sonst noch“, wie die Berliner Ortskrankenkasse berichtet. Diese kaufen ein Gelände, das etwa 100 000 Mk. wert ist, auch für 200 000 Mk., da sie ja weder die eine, noch die andere Summe haben. Sie geben zu, daß diese Summe als erste Hypothek auf das Grundstück eingetragen wird. Sie bekommen dann „Baugelder“ und müssen nun Bauhandwerker bewegen, ein Gebäude aufzuführen. Bleiben die Baugelder aus und beantragen die Bauhandwerker Zwangsversteigerung, so kommt der Terrainbesitzer und fordert die Auszahlung seiner ersten Hypothek von 200 000 Mk. Die Bauhandwerker fallen mit den Forderungen für ihre Arbeit und ihre Materialien aus, und „von Rechts wegen“ erhält der kluge Spekulant Grundstück und Gebäude zugesprochen. In Petitionen und Vorstellungen aller Art haben die deutschen Bodenreformer versucht, dieser Ausbeutung der ehrlichen Arbeit durch Mißbrauch mit dem Grundbuch ein Ende zu bereiten, bisher ohne Erfolg.

Welche Bedeutung es für das gesamte gewerbliche Leben hätte, wenn die Miete auf ein Normalmaß zurückgebracht werden könnte, läßt sich rechnerisch kaum feststellen. Wenn jede Familie im Durchschnitt nur 50 Mk. jährlich an Miete sparen und dafür Produkte des Handwerks, der Industrie, auch Milch, Butter, Eier kaufen könnte, so würde dies die Eröffnung eines neuen Absatzgebietes für Industrie und Landwirtschaft bedeuten, das einen Jahreswert von Hunderten von Millionen Mark darstellen würde. Die erhöhte Arbeitsgelegenheit, die daraus erwüchse, würde das Lohneinkommen und damit wieder die Konsumkraft steigern, so daß bei freier und genossenschaftlicher Tätigkeit auf organischem Wege zweifellos eine soziale Gesundung von Grund aus erreicht werden könnte.

Eine andere Frage von höchster Bedeutung für die deutsche Industrie betrifft die Kohlenschätze der deutschen Erde.

Es war nach altem deutschen Recht selbstverständlich, daß die Schätze der Erde dem Volksganzen in seinem Vertreter, dem Könige, gehörten.

Durch die falsche individualistische Anschauung des 19. Jahrhunderts sind die Kohlengruben zum größten Teile dem Staate verloren gegangen. Als im Jahre 1828 der Herzog von Arenberg dem preussischen Staat das Recht auf Erhebung von Bergwerksabgaben in der Standesherrschaft Recklinghausen (Westfalen) gegen eine einmalige Entschädigung von 1000 Talern anbot, lehnte der preussische Staat dieses Angebot ab. Heute werden auf diesem Gebiete jährlich 7 Millionen Tonnen Kohlen gefördert! Die freie Betätigung der einzelnen, von der man soviel erwartete, kann dort eben niemals Wahrheit werden, wo die Möglichkeit gegeben ist, die Rohstoffe zu monopolisieren. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat beherrscht heute den größten Teil der für das industrielle Leben unentbehrlichen Kohle. Seine Preispolitik bringt es mit sich, daß es diese deutsche Kohle an ausländische Industrien wesentlich billiger liefert, als an die deutsche Industrie. Welche Erschwerung das für die deutsche Industrie im Kampfe auf dem Weltmarkt bedeutet, bedarf keiner Ausführung. Die Bodenreformer fordern deshalb eine planmäßige Überführung des Kohlenbesitzes in das Eigentum der Einzelstaaten, bzw. des Reiches.

Ähnlich wie mit den Kohlen steht die Sache mit den fließenden Gewässern. Die moderne Technik ermöglicht es, aus ihnen elektrische Kraft zu gewinnen, die weit geleitet und in die einzelnen Werkstätten geführt werden kann. Es bilden sich große Aktiengesellschaften, welche die Wasserfälle systematisch aufkaufen, um so auch die „Bergwerke der Zukunft“ zu monopolisieren. Die Schweizer Bodenreformer haben unter der Führung der beiden Schär, Vater und Sohn, gute Aufklärungsarbeit geleistet und können heute mit Genugtuung sehen,

wie ihre vor 10 Jahren erhobenen Forderungen immer mehr als berechtigt anerkannt werden.

Am leichtesten sind die Bodenreformgedanken in ihrer Reinheit durchzuführen in den Kolonien, dort, wo es gilt, auf neuem Grunde Neues aufzubauen. Leider hat in den afrikanischen Kolonien, namentlich durch die Schuld des Herrn von Buchka, auch das System der großen Landgesellschaften übermächtigen Einfluß gewonnen. Das hat dahin geführt, daß z. B. die Gerechtsame der Südkamerungesellschaft, der man ein Gebiet ausgeliefert hat, das fünfmal so groß ist, als das Königreich Sachsen, und deren ursprüngliches Aktienkapital 2 000 000 Mk. betrug, schon nach 5 Monaten an der Brüsseler Börse mit 18 000 000 Frs. „verwertet“ werden konnte. In Deutsch-Südwestafrika gehören heute 32 % des Bodens großen Landgesellschaften, zumeist englischen Spekulantengruppen. — Diese Verhältnisse haben dahin geführt, daß die ersten Sachkenner, wie H. v. Wissmann und G. v. François sich den Bodenreformern angeschlossen haben.

Anders ist es in der Kolonie, die unter der Verwaltung des Reichsmarineamtes steht. Dort haben Leute mit weitem Blick und festem Willen, wie Admiral von Diederichs und Dr. Schrameier die Lehre der Bodenreform in der bekannten „Landordnung von Kiautschou“ vom 2. Sept. 1898 in die Praxis übersetzt: Vorkaufsrecht für das Reich, eine Steuer nach dem gemeinen Wert von 6 %, eine Zuwachsteuer von 33 $\frac{1}{3}$ %! Als Admiral Tirpitz diese Landordnung bewußt bodenreformerisch im Reichstage vertrat, erklärten alle Parteien ihre Zustimmung zu diesem Vorgehen! Welche Bedeutung ein solches zielklares Vorgehen der Reichsregierung hat, zeigt das Urteil, das der bekannte Pädagoge Prof. Rein in seiner „Ethik und Volkswirtschaft“ (Berlin 1903) darüber fällt:

„Unserer Marineverwaltung — wir nennen an dieser Stelle dankbar die Namen Tirpitz und von Diederichs, Professor Köhner und Dr. Schrameier — gebührt das große Verdienst, das mit den Jahren in steigendem Maße Anerkennung finden wird, den ersten bodenreformrischen Versuch des Deutschen Reiches im fernen Ostasien eingeleitet und befestigt zu haben. Damit haben diese Männer nicht nur unsere dortige Kolonie auf gesunde Grundlagen gestellt, sondern auch den sittlichen Forderungen, die der Bodenreform zugrunde liegen, für unsere heimischen Verhältnisse eine außerordentliche Stärkung verliehen, wofür ihnen alle, die von der tiefen sittlichen Bedeutung der Bodenreformbewegung für unser Volk durchdrungen sind, den wärmsten Dank schulden.“

* * *

Versuche, die Bodenreform an bestimmte politische oder philosophisch-religiöse Parteien einseitig zu binden, sind in Deutschland bisher stets gescheitert.

Auf Grundlage der Bodenreform eine neue Partei zu bilden, hat zuerst Arnold Lindwurm empfohlen, der 1878 in seiner Schrift: „Das Eigentumsrecht und die Menschheitsidee im Staate“ das vollständige Programm einer „national-demokratischen Partei“ aufstellt, in dem es heißt:

„Alles Privat-Grundeigentum wird vom Staate zurückgekauft und fernerhin unveräußerlich gemacht. Aus dem erfahrungsmäßig erfolgenden und wirtschaftswissenschaftlich nachgewiesenen bedeutenden Wertzuwachs desselben (in 100 Jahren in Deutschland mindestens 50 Milliarden Mark, den inzwischen bezogenen Grundrentenbetrag ungerechnet) werden Fonds zur Durchführung der erforderlichen sozialen Reformen, namentlich zur Herbeiführung gesteigerter Volksbildung gesammelt.“

Eine Verbindung von Kaisertum, Demokratie und Bodenreform empfahl der frühere Landrat E. von Helledorf=

Baumer & rode („Das Recht auf Arbeit und die Landfrage“, Berlin, 1886). —

Ein Zusammenbinden bodenreformerischer und bestimmter philosophischer Ideen hat der 1822 geborene Arzt Theodor Stamm versucht. Stamm erwarb sich früh große Verdienste auf seinen Forschungsreisen im Orient, namentlich bei Bekämpfung der Pest. Auch durch Studien über die Entstehungsursachen des gelben Fiebers und über die Behandlung des Kindbettfiebers hat sich Stamm in der medizinischen Wissenschaft einen geachteten Namen erworben. Bei den Studien der Krankheitsursachen erkannte Stamm bald die ausschlaggebende Rolle des volkswirtschaftlichen Elends. 1871 forderte er in seiner „Erlösung der darbenden Menschheit“ (Zürich) eine systematische Bodenreform als das einzige Heilmittel gegen die gesellschaftliche Not. Im Jahre 1874 gründete er in Berlin den „Verein für Humanismus“, der, allerdings neben bestimmten philosophischen Anschauungen, auch bodenreformerische Grundsätze vertrat. Später hat Stamm den „Allwohltsbund“ ins Leben gerufen, der aber bald nach seinem Tode (1892) einging. Der bestimmende Satz im Programm des Allwohltsbundes lautete:

„Die Eigentumsüberhoheit über den Erdboden muß an die Gemeinschaft (Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat) zurückfallen, so daß der mit der wachsenden Zivilisation sich stets mehrende nicht auf die Arbeit des einzelnen Inhabers zurückzuführende Grundzins nach und nach wieder in den gemeinsamen Nießbrauch übergehe.“

Wie Theodor Stamm so verband auch Eduard Balzer humanistische Bestrebungen mit bodenreformerischen Anschauungen. So bezeichnete er schon 1873 in seinem Buche „Ideen der Sozialreform“:

„den Raub der Erde als den ersten und tiefsten Grund menschlichen Elends. . . . So lange er be-

steht, ist die soziale Frage nicht lösbar. . . . In welchem Punkte liegt der Irrtum, daß wir so tief in ihn hinein geraten konnten, ohne es zu merken? Ja, daß Ihr noch heute Euch entsetzt vor einem Grundsatz, der so klar wie Gold ist! Darin scheint es zu liegen, daß wir das, was wirklich Privateigentum ist und sein darf, mit dem verwechseln, was es nicht sein darf, nämlich unsere Arbeit mit dem Erdboden, an den wir sie gewandt haben. Die Arbeit und ihre Frucht gehört dem Arbeiter, der Grund und Boden bleibt Eigentum der Menschheit. Alle Bodenbesitzer sind Lehensträger der Menschheit."

Von Th. Stamm angeregt, warb Michael Klürschheim, der in jener Zeit Direktor der Eisenwerke in Gaggenau war, in Schriften („Auf friedlichem Wege", „Der einzige Rettungsweg", „Deutschland in hundert Jahren") und in Vorträgen für die Bodenreform. Auf seine Anregung gründete sich 1888 der „Deutsche Bund für Bodenbesitzreform", der politisch und religiös durchaus neutral blieb und sich bald eine geachtete Stellung im öffentlichen Leben errang.

Eine schwere Schädigung erlitt die Bodenreformarbeit durch Theodor Herzka, einen Wiener Journalisten. Dieser schilderte in seinem Staatsroman „Freiland" mit lebhaften Farben ein bodenreformerisch-genossenschaftliches Idealgemeinwesen im Innern Afrikas. Es gelang ihm, gegen den Widerspruch fast aller bodenreformerischen Wortführer, unter dem Schlagwort „praktische Arbeit" viel Geld aufzubringen und einen Dampfer mit einer Expedition nach Afrika zu senden, wo diese allerdings kläglich scheiterte.

Von Herzka ging Franz Oppenheimer aus („Freiland in Deutschland"), der aber bald eine selbständige Stellung errang. Seine scharfe Betonung des primären Charakters der Agrarreform führte ihn zu der Forderung, jede organische Bodenreform mit der „Siedlungsgenossenschaft" beginnen zu

fassen. — Die Henry Georgesche Single-Tax-Lehre vertritt in Deutschland am reinsten Carl Marxels, der Vorsitzende des Deutschen Uhrmacherbundes, in seiner vielgelesenen Schrift: „Die Not der Gewerbetreibenden und die Bodenreform“. (Berlin 18. Tausend.)

Im Jahre 1896 nahm die deutsche Organisation den Namen „Bund Deutscher Bodenreformer“ an, gab sich ein neues Programm und entwickelte nun eine lebhafte und erfolgreiche Werbetätigkeit.

Der Stand der heutigen deutschen Bewegung ist am klarsten wohl aus dem Werk des Bundesvorsitzenden A. Damschke zu ersehen: „Die Bodenreform, Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not“ (3. Aufl., Berlin 1904). Hier wird der Grundgedanke, an dem die Bodenreformer alle einzelnen Reformbestrebungen messen und werten, wie folgt dargestellt:

„Drei Faktoren sind zu jeder produktiven Tätigkeit nötig: Grund und Boden, Arbeit und Kapital.

„Grund und Boden“ umfaßt im Sprachgebrauch der Bodenreformer die ganze sichtbare Schöpfung mit Ausnahme des Menschen selbst. Er umschließt alle natürlichen Stoffe, Kräfte und Vorteile.

Unter „Arbeit“ verstehen die Bodenreformer die Zusammenfassung aller menschlichen Anstrengung, die auf die Hervorbringung von Gütern gerichtet ist.

„Kapital“ schließt ein, was weder Arbeit noch Boden ist, was aber durch Vereinigung von Arbeit und Boden hervorgebracht ist, um als Vorrat oder Werkzeug der Produktion zu dienen.

Arbeit, Boden und Kapital teilen sich in den Ertrag jeder menschlichen Tätigkeit.

Die Arbeit erhält den „Lohn“.

Der Teil des Produkts, der für die Benutzung des Bodens oder anderer Naturvorteile geleistet wird, heißt „Grundrente“. Es muß auf das bestimmteste im Auge behalten werden, daß die Vergütung für Verbesserungen an Land, für Bauten auf demselben, nicht Grundrente ist, da sie ja die Entschädigung für Kapitalnutzung bildet.

Die Entschädigung für die Nutzung des Kapitals, der Vorräte und der Werkzeuge, heißt „Zins“.

Wie geht nun die Verteilung des Ertrages der menschlichen Tätigkeit vor sich?

Ein Beispiel gibt die klarste Antwort: Denken wir tausend Jahre zurück. Wo sich heute unser stolzes Berlin erhebt, stand ein kleines wendisches Dorf. Der wendische Mann setzte seine Arbeit ein, um zu fischen oder seinen Acker zu bestellen. Sein Kapital waren Boot, Netz, Pflug, Vorräte.

Die Arbeit des Wenden wird ihm soviel Lohn gebracht haben, daß er und die Seinen davon reichlich leben konnten.

Das Kapital hat gewiß guten Zins ergeben: jede Verbesserung im Netzestricken, im Pflugschmieden hat dem Besitzer solchen vermehrten Kapitals die Arbeit erleichtert oder reichlichen Ertrag gebracht.

Die Grundrente bestand in einer Abgabe an die Gemeinde oder an den wendischen Edeling, der dafür den Waffendienst in erster Reihe zu übernehmen hatte.

Nun liegen tausend Jahre Menschenarbeit, tausend Jahre wunderbarsten Fortschrittes zwischen jenem wendischen Fischerdorf und dieser stolzen Weltstadt. Die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit ist in einer Weise gestiegen, wie es die kühnsten Träume der Vergangenheit nicht zu ahnen wagten. Und der Erfolg?

Die Arbeit ringt auch heute um das Allernotwendigste.

Wer auf ihren Lohn angewiesen ist, steht heute wie vor 1000 Jahren, vielleicht schlimmer als einst, weil eine Unsicherheit in der Arbeitsgelegenheit dazu gekommen ist, wie man sie früher nicht kannte. Denken wir an die Wohnungsverhältnisse, in denen die Vertreter der Arbeit heute in dieser Stadt leben müssen, und wir wissen es, daß die Arbeit nichts von diesem ungeheuren Fortschritt menschlicher Zivilisation gewonnen hat!

Das Kapital, das in Gestalt von Maschinen und Werkzeugen und Vorräten der Arbeit dient, hat bei allem Risiko, das es zu tragen hat, im Durchschnitt keinen wesentlich größeren Anteil erlangt an dem Ertrage der Volkswirtschaft. Man frage die „Unternehmer“ in der Industrie und im Handel, wie sie sich mühen müssen, um für ihre Werkzeuge, Maschinen zc., heute nur Verzinsung und Amortisation herauszuarbeiten.

Wo ist aller Fortschritt der Kultur geblieben? Er ist von dem dritten Faktor, von der Grundrente aufgesogen worden. Die eine Quadratmeile Brandenburger nackten Sandbodens, auf dem die Stadt Berlin steht, die vor tausend Jahren fast wertlos, deren Grundrente verschwindend war, sie gilt heute etwa 4 000 000 000 Mark! Rechnet man die Grundrente zu 4 % des Wertes, so ergibt sich, daß die Menschen, die auf dieser einen Quadratmeile unseres Vaterlandes leben und arbeiten wollen, jährlich 160 000 000 Mark Grundrente aufbringen müssen, wohl verstanden, ohne daß eine Verzinsung der Gebäude oder alles dessen, was Menschenhand auf diesem Boden errichtet hat, dabei eingerechnet wäre. An jedem Arbeitstage werden von dem Ertrag der Berliner Arbeit mehr als 500 000 Mark für die reine Grundrente beansprucht: kein Wunder, wenn für Lohn und Zins nicht mehr als das Allernotwendigste, und in vielen Fällen auch das nicht einmal, übrig bleibt.

Diese Grundrente nun wird heute von den zufälligen Eigentümern des Grundes und Bodens erhoben.

Aber diese Grundrente ist nicht das Produkt der Tätigkeit dieser einzelnen Eigentümer. Man denke sich einmal, daß die Einwohner Berlins diese Stadt verlassen und sich irgendwo anders miteinander ansiedeln. Würde dann noch der Grund und Boden dieser einen Quadratmeile Sandbodens 4 000 000 000 Mark wert sein? Die Grundrente ist allein ein Produkt der Zusammenarbeit aller!

Das ist der Friede zwischen Sozialismus und Individualismus: die Grundrente soziales Eigentum, Kapital und Arbeit aber der freien individuellen Betätigung anheimgegeben!

Das soziale Eigentum, das in der Grundrente natürlich gegeben ist, es wäre groß genug, um Arbeit und Kapital von den oft drückenden und lästigen Abgaben zu befreien, die es heute beschweren. Dieses soziale Eigentum würde die Gesamtheit reich genug machen, damit jedem Menschenkinde, das in diese Gesellschaft hineingeboren wird, die Möglichkeit gegeben werden kann, seine sittlichen, körperlichen und geistigen Fähigkeiten voll zu entwickeln. Kapital und Arbeit aber würden sich in einer Weise entfalten können, wie wir es heute kaum zu ahnen wagen“.

Das Programm des Bundes, der heute etwa 190 000 organisierte Anhänger aller politischen und religiösen Richtungen zählt, umfaßt nur einen markanten Satz:

Der Bund der Deutschen Bodenreformer tritt dafür ein, daß der Grund und Boden, diese Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht.

In welcher Weise die deutschen Bodenreformer in organischer Arbeit ihr Programm zu erfüllen suchen, zeigt am klarsten eine Reihe von Beschlüssen der bisherigen deutschen Bodenreformtage:

I. Zur Agrarfrage.

(Bundestag der Deutschen Bodenreformer 1899 in Berlin.)

Berichterstatter: A. Pöhlman, Hohenaspe.

Der Bund der deutschen Bodenreformer sieht in dem Umstande, daß der vaterländische Boden, diese Grundlage unserer gesamten nationalen Existenz, zu einer bloßen Handelsware geworden und damit auch der unbegrenzten Verschuldbarkeit ausgeliefert ist, die tiefste Ursache der Notlage der deutschen Landwirtschaft.

Zu einer grundlegenden Reform auf diesem Gebiete empfiehlt er die Erwägung und Erfüllung folgender Vorschläge:

1. Festlegung einer Grenze, bis zu welcher die vorhandenen ländlichen Hypotheken als durch den Landbesitz selbst, inklusive Gebäude, Inventar etc., hinreichend gesichert anzusehen sind, und Erklärung aller darüber hinausgehenden Eintragungen für Personalschulden, in Verbindung mit Maßregeln zur Hebung des Personalkredites. — Verschuldungsgrenze.

2. Festlegung einer zweiten Grenze, die der Grundrente. Sie begrenzt jene Hypotheken, welche durch den Boden als solchen gedeckt sind, ohne Gebäude, ohne Meliorationen etc., für größeren und mittleren Besitz ungefähr mit der Mündelgeldzone zusammenfallend, für kleinen etwas darunter bleibend.

3. Übernahme sämtlicher Hypotheken bis zur Verschuldungsgrenze durch den Staat, bez. durch die Gemeinde, zu unverändertem Zinsfuß, Aufnahme von Anleihen in hierzu nötiger Höhe und Amortisierung durch die sich ergebende Zinsdifferenz,

a) bis zur Grundrentengrenze für den Besitzer,

b) von da ab für den Staat, bez. die Gemeinde.

4. Einführung obligatorisch bei Kauf-, Erb- und Subhastationsfällen, sonst durch freien Entschluß der Beteiligten. —

II. Zur Wohnungsfrage.

(Bundestag der Deutschen Bodenreformer 1900 in Berlin.)

Berichterstatter: Prof. Adolf Wagner, Berlin.

Prof. Paul Derkmann, Erlangen.

Gutachter: Prof. Rudolf Sohm, Leipzig.

Genoss.-Direktor R. A. Eschenbach, Berlin.

Der „Bund der Deutschen Bodenreformer“ hält zur Beseitigung der immer bedrohlicher auftretenden Wohnungsnot, sowie zur Bekämpfung der gemeinschädlichen, die Boden- und die Mietpreise künstlich in die Höhe treibenden Bodenspekulation ein Eingreifen des Staates und der Gemeinde für dringend geboten.

Er fordert dementsprechend:

- a) von den Einzelstaaten, als den dafür nach Artikel 109 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch zuständigen Instanzen:

eine Erweiterung der Enteignungsrechte über den Rahmen der jetzigen Bestimmungen (Preussisches Gesetz vom 11. Juni 1874) hinaus in der Weise, daß den Gemeinden auch für Baugenossenschaften, deren dauernd gemeinnütziger Charakter gewährleistet ist, die Enteignung des für die von ihnen zu errichtenden Gebäude notwendigen Bodens gestattet wird.

- b) von den Gemeinden:

1. Tunlichste Ausnutzung des ihnen nach a) zu gewährenden Enteignungsrechtes.
2. Unterstützung der zu a) genannten gemeinnützigen Baugenossenschaften durch Gewährung von Bau-darlehen und durch
3. Erhaltung und tunlichste Erweiterung des den Gemeinden gehörenden Grundeigentums.
4. Überlassung von Grund und Boden an Private grundsätzlich nur in solchen Formen, welche das Eigentum von Boden und damit die in der Zukunft zu erwartende Steigerung des Bodenwertes der Gesamtheit erhalten.

Als bestes Mittel zu diesem Zweck empfiehlt sich das

Erbbaurecht im Sinne der §§ 1012/17 des Bürgerl. Gesetzbuches.

5. Abstufung der Grund- und Gebäudesteuer nach dem sogenannten Wert an Stelle des Nutzungswertes.
6. Einführung einer besonderen Bauplaststeuer auf unbebauten und auch nicht erweislich zu sonstigen Kulturzwecken (Garten-, Ackerbau) verwendeten Boden.
7. Einführung einer besonderen Umsatz- („Zuwachs“) Steuer in progressiver Abstufung nach der Höhe des Mehrerlöses über den Einkaufspreis, einschließlich des Preises für nützliche Verwendungen, Neu- und Umbauten u.

III. Zur Kanalsfrage.

(Bundestag der Deutschen Bodenreformer 1901 in Berlin.)

Berichterstatter: A. Pohlman, Hohenasper.

Der „Bund der Deutschen Bodenreformer“, der Mitglieder aller politischen Parteien umfaßt, bittet eine Königl. Regierung, sie möge Erhebungen anstellen über die Bewegung der Grund- und Bodenpreise, abzüglich privater Melioration, an den Ufern der schon vorhandenen und noch im Bau begriffenen größeren Wasserstraßen, wie Kaiser Wilhelm-, Dortmund-Ems-, Elbe-Elbe- und Teltower Kanal, vom Tage ihrer Bewilligung an.

Falls sich, wie vorauszusehen, eine bedeutende Wertzunahme der anliegenden Ländereien herausstellen sollte, wolle die Königl. Regierung in Erwägung ziehen, inwieweit eine ähnliche Steigerung der Bodenpreise an den Ufern des geplanten Mittellandkanals zu erwarten steht, und ob nicht diese Wertzunahme zur Deckung der Kanalbaukosten herangezogen resp. in die Rentabilitätsrechnung eingestellt werden könnte.

IV. Zur Frage der Wasserkräfte.

(Bundestag der Deutschen Bodenreformer 1904 in Darmstadt.)

Berichterstatter: Prof. Dr. Schär, Zürich.

Der „Bund der Deutschen Bodenreformer“ erhebt dagegen Einspruch, daß die fließenden Gewässer unseres Vater-

landes, die unerschöpfliche Quellen der elektrischen Kraft darstellen, in das schrankenlose Privateigentum von Aktiengesellschaften und Spekulanten übergehen. Er fordert, daß das Eigentumsrecht des Staates bzw. der Gemeinden gewahrt bleibe, damit die Erzeugung und Verwendung der elektrischen Kraft zur Arbeitsleistung aller Art, zur Beleuchtung usw., im Gesamtinteresse beeinflußt werden kann.

V. Zur Kolonialfrage.

(Bundesstag der Deutschen Bodenreformer 1900 in Berlin.)

Berichterstatter: Curt v. François, ehemaliger Landeshauptmann von Deutsch-Südwest-Afrika, Berlin.

Der „Bund der Deutschen Bodenreformer“ hält es für ungerecht und verderblich, daß die steigenden Bodenwerte unserer Schutzgebiete, die das Reich durch Übernahme des Waffenschutzes, der Rechtspflege und Verwaltung hervorbringt, ohne genügende Gegenleistung an einzelne Spekulantengruppen weggegeben werden. Er erklärt die Erteilung von Konzessionen nach dem „Typus“ der Süd-Kamerun-Gesellschaft vom Standpunkte der kolonialen Wirtschafts- und Siedelungspolitik wie von dem der Reichspolitik für gleich verfehlt.

Der Bund fordert

1. bei den konzessionierten Gesellschaften eine straffe Handhabung der Aufsichtsrechte und strengstes Halten auf Erfüllung aller Konzessionspflichten;
2. bei künftigen Konzessionen
 - a) eine ganz erhebliche Verkleinerung des Gebiets,
 - b) grundsätzliche Bestimmungen über Verwirkung der Konzessionsrechte bei Verletzung der Konzessionspflichten über das unbedingte Verkaufsrecht des Reiches an konzessioniertem Land, über Heimfall der Konzession in angemessener Zeit;
 - c) Sicherung der Zuwachsrente, die allein durch die Kulturarbeit der Gesamtheit erzeugt wird, für das Reich (siehe „Landordnung von Kiautschou“).

(Bundesstag der Deutschen Bodenreformer 1904 in Darmstadt.)

Berichterstatter: Admiral Dr. Voeters, Charlottenburg.

Das Ziel der Kolonialpolitik darf nicht sein die einseitige Ausbeutung des Koloniallandes zum Vorteil des Mutterlandes. Es soll vielmehr sein die Erziehung und Hebung der Kolonialbevölkerung und die Entwicklung der Hilfsquellen der Kolonien zum Besten der Gesamtheit. Die entscheidende Voraussetzung dazu ist die richtige Behandlung des Bodens, der nicht kapitalistischen Sonderinteressen ausgeliefert werden darf.

Namenverzeichnis.

- | | |
|---|--|
| <p> Abides, Bürgermeister. 221.
 Agis. 12.
 Alba, Herzog. 45.
 Alexander III., Papst. 39.
 Alexandria. 22.
 Amberg. 35.
 Ambrosius. 23.
 Antiochia. 24.
 Aragon. 44.
 Arenberg, Herzog von. 225.
 d'Argenson, Marquis. 129.
 Aristoteles. 11, 36.
 Arkwright. 107.
 Arnold, Karl. 104.
 Astanier. 27.
 Athen. 10, 11.
 Attika. 9, 11, 13.
 Augsburg. 31, 32, 137, 185.
 Augustus. 18, 19.
 Australien. 196.
 Baader, Oberberggraf. 133.
 Babeuf. 95, 146.
 Babylon. 5.
 Bakunin, Michael. 156, 187, 188, 196, 197.
 Balingen. 98.
 Balzer, Eduard. 228.
 Barmen. 149, 173.
 Basel. 31, 97, 136, 147, 156.
 Basilius d. Große. 23.
 Baudin. 44.
 Baumeister, Prof. 221.
 Bauer, Bruno. 148.
 Bebel, August. 157, 161, 171, 173, 174, 176, 177, 179.
 Becher, Johann Joachim. 54.
 Beder, Bürgermeister. 221. </p> | <p> Beder, Bernhard. 172, 173.
 Bedt, Professor. 41.
 Behr-Bandelin, Graf. 213.
 Bellamy. 146.
 Berlin. 31, 54, 63, 103, 122, 134, 136, 148, 158, 159, 161, 168, 171, 180, 184, 185, 187, 213, 217, 220, 221, 223, 228, 231, 232, 234, 235, 236, 237.
 Bernstein, Eduard. 180, 185.
 Biedermann, Professor. 174.
 Bismarck. 92, 104, 168, 172, 175, 180, 181.
 Blanc, Louis. 105.
 Boeters, Admiral. 237.
 Bologna. 36.
 Bonaparte, Napoleon. 95, 128, 130.
 Bonn. 92, 139, 148, 222.
 Bordeaux. 71.
 Borck von, Bürgermeister. 218.
 Brandenburg. 52, 53, 56.
 Bremen. 136.
 Breslau. 157, 169, 217, 220.
 Brüssel. 136, 155, 156, 187.
 Buccleugh, Lord. 108.
 Buchta, von. 226.
 Bücher, Karl. 207.
 Büchner, Ludwig. 169.
 Bunfen. 137.
 Bußbach, Johannes. 33.
 Cabet. 148.
 Caesar. 18, 19.
 Caesarea. 23, 24.
 Cahors. 39.
 Cahursiner. 39.
 Calvin. 49.
 Campanella. 148. </p> |
|---|--|

Camphausen. 149.
 Cannstatt. 137.
 Carey, Henry C. 122.
 Carlisle, Thomas. 201.
 Cassius. 13.
 Cellini, Benvenuto. 45.
 Chrysostomus. 24.
 Cicero. 18.
 Clemens v. Alexandrien. 22.
 Clemens V., Papst. 39.
 Cleveland. 206.
 Globius. 19.
 Cobden, Richard. 129.
 Cöln. 136, 155, 173, 221.
 Colbert. 46, 53, 55, 56, 57, 59, 61,
 65, 81.
 Condorcet. 93, 106, 118, 119.
 Considérant. 148.
 Constantin d. Große. 25.
 Constantinopel. 24.
 Cromwell. 57, 107.
 Cyprian. 22.
 Czartoryski, Fürst. 96.
 Damaskus, Abolf. 208, 230.
 Dammer. 161.
 Dante. 39.
 Danzig. 34, 48.
 Darby. 107.
 Darwin. 120, 203.
 Delbrück. 122.
 Diederichs, Admiral. 226, 227.
 Dieterich, Prof. 166, 167.
 Dietlingen. 98.
 Dinkelsbühl. 35.
 Diostettan. 20.
 Dönitzes, Helene von. 168, 169.
 Dortmund. 220.
 Du Pont. 77, 98, 106.
 Düsseldorf. 158, 159, 223.
 Dresden. 135, 136, 187, 223.
 Drusus. 17.
 Ed., Dr. 48.
 Edinburgh. 108, 109.
 Eheberg, Prof. 137.

Eisenach. 176.
 Engels, Friedrich. 149, 150, 155, 157.
 Epidaurus. 11.
 Erfurt. 181.
 Erlangen. 137, 222, 235.
 Eschenbach, H. A. 235.
 Eßlingen. 31.
 Euböa. 10.
 Eudoxia. 24.
 Fichte. 102.
 Florenz. 42.
 Fürstheim, Michael. 229.
 Föhr, Dr. 220.
 Förster, Friedrich. 103.
 Fourier. 148.
 Fraenkel, Prof. 218.
 François, Kurt von. 226, 237.
 Frank, Sebastian. 51.
 Frankfurt a. M. 131, 136, 168,
 169, 172, 174, 180, 221, 222.
 Frankfurt a. O. 52.
 Franz I. von Frankreich. 45.
 Franz von Assisi. 36.
 Freese, Heinrich. 223.
 Freiberg i. S. 32.
 Freiligrath, Ferdinand. 155.
 Friedrich Wilhelm Kurfürst von
 Brandenburg. 52, 56, 58, 62.
 Friedrich Wilhelm I. 55, 57, 59,
 60, 62, 63.
 Friedrich Wilhelm II. 64.
 Friedrich Wilhelm III. 134.
 Friedrich d. Große. 60, 64, 100, 101.
 Friedrich III. 49.
 Friedrich III., Kaiser. 180, 214.
 Fritzsche. 161.
 Fuchs, Prof. 119.
 Fugger. 47, 48.
 Georg III. von England. 200.
 George, Henry. 106, 203, 204,
 205, 220.
 George, Henry jr. 206.
 Gera. 174.
 Gießen. 100, 174.

- Girondisten. 93.
 Glasgow. 108, 205.
 Glogau. 222.
 Godwin. 119.
 Goffen. 104.
 Gottha. 177.
 Gracchus, Gaius. 15, 16, 17.
 Gracchus, Tiberius. 15, 16.
 Granada. 44.
 Gregor von Nyssa. 24.
 Gregor d. Große. 25.
 Gregor XVI., Papst. 40.
 Gruber, Prof. 218.
 Gustav III. von Schweden. 96.
 Haag. 156, 185.
 Halebury. 118.
 Halle. 60, 62, 179, 181, 218, 221.
 Hamburg. 132, 133, 136, 160, 180.
 Hammurabi. 5.
 Hannibal. 14.
 Hannover. 136, 207.
 Hansemann. 149.
 Harburg. 160, 180.
 Hasenclever. 173, 176, 179.
 Haspel, Sophie. 158, 173.
 Hegel. 198.
 Heine, Heinrich. 158.
 Heinrich IV. von Frankreich. 46.
 Hellas. 11, 12.
 Hellendorf-Baumerode, C. von. 227.
 228.
 Herkula, Theodor. 229.
 Hesiod. 9.
 Hieronymus. 23.
 Higgs. 108.
 Hirsch, Dr. Max. 174.
 Hübel. 179.
 Hübner. 177.
 Höhenasperg. 132.
 Huber, Aimé. 162, 174.
 Hugentotten. 51.
 Humboldt, Wilhelm von. 189.
 Marien. 139.
 Ingersoll, J. 133.
 Iselin, Staat. 96, 97, 100.
 Israel. 6, 7.
 Jaeger, Eugen, Abg. 221.
 Jakobiner. 93, 94.
 Jakobus. 22.
 Jena. 136.
 Jeremias. 8.
 Jerusalem. 21.
 Jesaja. 8.
 Johnson, Bürgermeister. 205.
 Joseph II. 95, 96, 99, 100.
 Josia. 8.
 Kamerun. 225.
 Kappadokien. 23, 24.
 Karl I. von England. 59, 91.
 Karl Friedrich (Markgraf, Baden)
 97, 98, 100.
 Karthago. 14, 17, 22.
 Kassel. 101, 136.
 Kastilien. 44.
 Kawerschen. 39.
 Klautschou. 226.
 Kiel. 222.
 Kingsey, Charles. 201.
 Kirkaldy. 108.
 Kleomenes. 12.
 Klithenes. 10.
 Köbner, Prof. 227.
 Königsberg. 217, 218.
 Kolowrat. 99.
 Konstantinopel. 24.
 Konstantz. 34.
 Kopenhagen. 180.
 Korinth. 12.
 Kropotkin, Peter. 188, 190, 197.
 Kuffstein. 138.
 Lacharpe. 91.
 Lange, Friedrich Albert. 174.
 Lassalle, Ferdinand. 128, 157, 159,
 160, 161, 168, 169, 170, 171,
 172, 174, 175, 181.
 Latimer. 16.
 Laube, Heinrich. 188.

- Lausanne. 156.
 Lechler, Paul. 218.
 Lesigne. 195.
 Leopold, König von Belgien. 136.
 Leopold von Toskana. 95.
 Leipzig. 133, 135, 136, 157, 161,
 168, 171, 173, 174, 175, 176,
 179, 180, 207, 217, 222, 235.
 Licinius Stolo. 13.
 Liebig, Justus von. 122.
 Liebfnecht, Wilhelm. 157, 174, 175,
 176, 177, 179.
 Limoges. 78, 80.
 Limoufin. 78, 80, 85, 86.
 Lindwurm, Arnold. 227.
 Lippstadt. 34.
 List, Friedrich. 131, 132, 133, 134,
 135, 136, 137, 138, 139, 141,
 142, 143, 144, 145.
 London. 124, 149, 150, 155, 157,
 174, 180, 185, 188, 196, 199.
 Löwe, Ludwig. 161.
 Louvois. 68.
 Louis Philipp. 136.
 Lübeck. 136.
 Ludwig XIV. von Frankreich. 53,
 63, 68.
 Ludwig XV. von Frankreich. 72, 78.
 Ludwig XVI. von Frankreich. 72,
 81, 82, 83, 84, 86, 87, 88, 89, 90,
 91, 92, 93.
 Luther, Martin. 48, 51.
 Lyburg. 9.
 Lyon. 56, 80, 188.
 Mabily. 146.
 Macchiavelli. 44.
 Magdeburg. 136, 217, 222.
 Maday, John Henry. 184, 197.
 Maitland. 23.
 Mainz. 168.
 Maltheßer. 9.
 Malešherbez. 87, 90.
 Maltus, Thomas Robert. 108, 118,
 119, 120, 121, 122, 129, 139.
 Manlius. 13.
 Manning, Cardinal. 202.
 Marfels, Carl. 230.
 Maria Theresia. 90.
 Marie Antoinette. 89.
 Marius. 18.
 Marly. 90.
 Martinique. 77.
 Marx, Karl. 78, 125, 149, 150,
 155, 156, 157, 174, 175, 177,
 181, 187, 194.
 Maubillon, Jakob. 101.
 Mazarin. 46.
 Mazzini. 155.
 Mc Gihnn, Priester. 205.
 Mehring, Franz. 150, 171.
 Meissen. 33.
 Mercier de la Rivière. 76.
 Meran. 138.
 Metternich. 131.
 Mexico. 44, 45, 46.
 Mill, John Stuart. 119, 202.
 Miquel, Minister. 214.
 Mirabeau d. Ä. 76, 77, 98, 106.
 Mirabeau d. J. 93.
 Morelly. 146.
 Morus, Thomas. 146.
 Most, Johann. 185, 193, 197.
 Moses. 6, 7, 38.
 München. 136, 218, 223.
 Nagler, von. 134.
 Naumann, Friedrich. 41.
 Nehemia. 8.
 Neri. 95.
 Nero. 19.
 Nerva. 20.
 Neuburg, Kloster. 33.
 Neuß. 150.
 New-Harmony. 148.
 New-Castle. 190.
 New-York. 156, 204, 205.
 Nebuhr. 103.
 Nieuwenhuis, Domela. 185.
 Nobiling. 179.

- Nürnberg. 35, 47, 56, 136, 175.
 Nulth, Bischof. 203.
 Nyssa. 24.
 O'Brien. 200, 201.
 O'Connor. 200.
 O'Connorville. 201.
 Oefolampadius. 49.
 Oertmann, Paul. 222, 235.
 Onden, Prof. 106.
 Oppenheimer, Franz. 229.
 Orbiston. 148.
 Owen, Robert. 147.
 Oxford. 108.
 Papin. 107.
 Paris. 78, 108, 136, 156, 158, 187.
 Paulus. 22.
 Peloponnes. 12.
 Pergamon. 15.
 Perikles. 11.
 Persien. 11.
 Peru. 44, 45, 46.
 Pestalozzi, Heinrich. 97.
 Philipp II. von Spanien. 45.
 Philadelphia. 133, 203.
 Pissistratus. 10.
 Pisa. 36.
 Pius VIII., Papst. 46.
 Plato. 11.
 Plinius d. Ä. 18.
 Pötk. 135.
 Pohlman, Adolf. 234, 236.
 Pompadour, Marquise de. 72.
 Port Clinton. 133.
 Posadowsky, Graf. 222.
 Potsdam. 60, 134, 180.
 Prag. 136.
 Proudhon. 149, 184, 185, 186, 187, 194.
 Queenwood. 148.
 Quesnay. 72, 73, 74, 76, 95, 106, 109, 122.
 Raiffeisen, Friedrich Wilhelm. 209, 210, 211.
 Rafowitz, von. 169.
 Reclus, Elisee. 187, 188, 191, 197.
 Rein, Prof. 226.
 Reutlingen. 131, 132, 139.
 Ricardo, David. 108, 121, 122, 124, 125, 127, 128, 129.
 Richelieu. 46.
 Richter, Eugen. 174.
 Rocasica. 36.
 Rochery. 118.
 Robespierre. 94.
 Robbertus, Karl. 101, 211, 212, 213.
 Rom. 12, 13, 14, 16, 18, 19, 36, 65.
 Roscher. 105.
 Roßbach. 73.
 Roßmähler, Professor. 161.
 Rottenburg, von. 92.
 Rousseau, Jean Jacques. 70, 74.
 Rufinus. 23.
 Ruge, Arnold. 149.
 Ruhrort. 223.
 St. Francisco. 204, 205.
 St. Gallen. 180, 195.
 St. Just. 94.
 St. Louis. 148.
 Sachsen, Ernst und Albert, Herzöge v. 33.
 Salamis. 11.
 Salomon. 8.
 Salzburger. 53.
 Schäffle, Albert. 213.
 Schär, Prof. 225, 237.
 Scheffer, Graf. 96.
 Schirmer, Abg. 221.
 Schlayer. 137.
 Schleiermacher. 103.
 Schlettwein. 98, 100, 101.
 Schmalz. 103.
 Schmidt, Kaspar. 175.
 Schöpfer, Amilian. 214.
 Schrameier, Admiraltätsrat. 226, 227.
 Schröter, Freiherr von. 55.
 Schulze-Delitzsch. 160, 163.

- Schweizer, von. 173, 175, 176, 177.
 Sering, Prof. 214.
 Sedendorf, von, seit Ludwig. 54.
 Seifachtheia. 10, 13.
 Sellafia. 12.
 Smith, Adam. 108, 109, 110, 111,
 112, 114, 124, 125, 139, 220.
 Sohm, Rudolf. 222, 225.
 Sonnemann, Leopold. 174, 175.
 Solon. 9, 10, 11, 13.
 Spandau. 220.
 Sparta. 11, 13.
 Spence, Thomas. 199, 200.
 Spencer, Herbert. 202.
 Stamm, Theodor. 228, 229.
 Stein, Freiherr von. 206.
 Steinbrück, Karl. 221.
 Stewart, Dugald. 109.
 Stirner, Max. 184, 192, 193.
 Strauß, David. 138.
 Stuttgart. 131, 174, 213.
 Sulla. 18.
 Sully, Herzog von. 46, 81.
 Swansea. 204.
 Tamaqua. 133.
 Tenningen. 98.
 Terray. 77.
 Tessenborn, Staatsanwalt. 177.
 Thaer, A. 122.
 Thomas v. Aquino. 23, 36, 37,
 38, 40, 42, 97.
 Thünen, Heinrich von. 127.
 Tirpitz, Admiral. 226, 227.
 Tocqueville. 104.
 Töle. 173.
 Torshol. 187.
 Toskana. 95, 110.
 Trajan. 20.
 Trevelyan. 206.
 Trier. 139.
 Tucher, Benj. 185, 194, 197.
 Tübingen. 31.
 Turgot. 77, 78, 79, 80, 81, 82,
 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90,
 91, 92, 93, 95, 106, 108.
 Uhlig. 174.
 Vahlreich. 161, 171.
 Valence. 70.
 Valens. 25.
 Valentintian. 25.
 Varnhagen. 158.
 Vauban. 68.
 Veleja. 20.
 Benedig. 44, 56.
 Venezuela. 47.
 Vinci, Leonardo da. 45.
 Vogel v. Falkenstein. 177.
 Vogelsang, R. von. 216.
 Voltaire. 81, 91.
 Wagener, Hermann. 104.
 Wagner, Adolf. 220, 221, 235.
 Wallace, Ruffel Alfred. 203.
 Wangenheim, von. 131.
 Weitzing, Wilhelm. 148, 161.
 Welfen. 27.
 Welfer. 47.
 Westfalen, Jenny von. 149.
 Wien. 132, 217.
 Wilhelm I. 179, 180.
 Wilhelm II. 180.
 Wilhelmshaven. 223.
 Wintertthur. 180.
 Wisemann, F. von. 226.
 Wolf, Christian. 60.
 Worms. 27, 49.
 Wundt, Prof. 174.
 Wunsiedel. 35.
 Wyden, Schloß. 180.
 York, Theodor. 160.
 Zitelmann, Ernst. 222.
 Zürich. 160, 180, 236.





To avoid fine, this book should be returned on
or before the date last stamped below

G MAR 21 1952

97372

